ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Judith Vey

Gegen-hegemoniale Perspektiven

Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010

VSA

Judith Vey
Gegen-hegemoniale Perspektiven

Judith Vey ist promovierte Soziologin, freie Wissenschafts- und Bildungsarbeiterin, Lehrbeauftragte an der Alice-Salomon-Hochschule für Soziale Arbeit in Berlin, Gastwissenschaftlerin am »Zentrum Technik und Gesellschaft« der Technischen Universität Berlin und aktiv in der Initiative für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin. Sie ist Mitbegründerin des selbstverwalteten Hausprojekts M29 in Berlin.

Judith Vey

Gegen-hegemoniale Perspektiven

Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Titelfoto: 1.500 Teilnehmer_innen demonstrieren im Mai 2014 in Berlin unter dem Motto »Grenzenlos solidarisch – für eine Demokratie von unten!« Die Demonstration wird von der Blockupy Plattform Berlin organisiert. © picture alliance/Geisler-Fotopress
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-626-8

Inhalt

1. Einleitung 9
Erkenntnisinteresse und Vorgehen 11
Erkenntnistheoretischer Zugang:
Die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe 13
Erkenntnisprozess und Wissenschaftsverständnis:
Keine Erkenntnis ohne Interesse 14
Aufbau der Arbeit 17

2. Krisenproteste 2009/2010
und ihr gesellschaftspolitischer Kontext 19
2.1. Was sind »linke Krisenproteste«? 19
2.2. Forschungsstand 21
**2.3. System(e) in der Krise –
der gesellschaftspolitische Kontext der Krisenproteste** 23

3. Wissenschaftliche Zugänge zu sozialen Bewegungen 27
3.1. Strukturzentrierte Zugänge zu sozialen Bewegungen 28
3.2. Framing – oder: Wieso bewegen sich die bewegten Menschen? 31
Der Framing-Ansatz aus diskurs- und
hegemonietheoretischer Perspektive 33
Resümee 37

4. Hegemonie – Diskurs – Gegen-Hegemonie 39
4.1. Hegemonie. Gramsci 40
Grundprämissen des Hegemonieansatzes: Zivilgesellschaft
als das Tor zur Gesellschaft (und ihrer Beherrschung) 42
Grenzen des Hegemonieansatzes 46
Notiz: Gramsci und der Poststrukturalismus 48
4.2. Hegemonie - Diskurs. Laclau und Mouffe 50
Theoretische Einordnung 50
Anti-Essenzialismus und Post-Fundationalismus:
Alles ist aufgelöst 54
Diskurs als artikulatorische Praxis 57
Wie kommt die Hegemonie in den Diskurs? 62
Subjekte in der Hegemonietheorie 68
Grenzen der Hegemonietheorie 71

4.3. Hegemonie – Diskurs – Gegen-Hegemonie 77
Gegen-Hegemonie als Strategie 79
Gegen-hegemoniale Perspektiven als Infragestellung, Umdeutung herrschender und Produktion alternativer Wahrheitshorizonte 81
4.4. Prämissen für eine kritische, diskurs- und hegemonietheoretisch inspirierte Bewegungsforschung 87

5. Forschungsaufbau und Forschungspraxis 96
5.1. Erkenntnisleitende Forschungsfragen 96
5.2. Auswahl des empirischen Materials 99
5.3. Forschung als Prozess. Zum Analysedesign 102
5.4. Forschungsrealitäten: Engagierte Wissenschaft und Besonderheiten bei der Erforschung von politischem Protest 106

6. Krisenproteste in Deutschland 2009/2010: Eine dichte Beschreibung von linken Interventionen 110
6.1. »Die K-Frage stellen!« – Antikapitalistischer Ratschlag der Interventionistischen Linken (IL) 110
Krisenanalysen 111
Die Linke in der Krise 113
Handlungsstrategien und Forderungen 116
Die Linke und die Linkspartei 119
Resümee: Der Antikapitalistische Ratschlag als gleichermaßen antikapitalistisch wie Ratschlag 120
6.2. »Kapitalismus am Ende?« – Attac-Kapitalismuskongress 120
Typen von Krisenanalysen und Forderungen 121
Heterogenität und Homogenität der Kämpfe 126
Resümee 128
6.3. »Wir zahlen nicht für eure Krise« – Erste bundesweite Krisendemonstration 128
Gesellschaftsdiagnose und Krisenanalyse 129
Forderungen 133
Die Linke in Aktion – Handlungsstrategien 135
Die Linke im Spannungsfeld zwischen Bewegung und institutionalisierter Politik 136
Macht- und Herrschaftsverhältnisse 137
Vom »Knüppel der Privatisierung« und »Second-Hand-Dealern des Neoliberalismus«: Begrifflichkeiten und Denkfiguren 138
Resümee 139

6.4. »Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus. Eine andere Welt ist möglich« – Drittes Deutsches Sozialforum 139
Gesellschaftsdiagnose und Krisenanalyse 141
Wachstumskritik vs. Wachstumsorientierung 143
Perspektiventwicklung: Abschied von großen Utopien und gesamtgesellschaftlichen Projekten?! 144
Handlungsstrategien 145
Mobilisierung und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit der Linken .. 147
Sensibilität für Macht- und Herrschaftsverhältnisse 148
Resümee 149

6.5. »Die Krise heißt Kapitalismus« – Zweite bundesweite Krisendemonstration 150
Staatliche Krisenbewältigungsstrategien in der Kritik 151
Forderungen und Projekte 153
Umgang mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen 155
Resümee 156

7. Argumentationslinien, Diskursräume und Spannungslinien 157

7.1. Argumentationslinien und eröffnete Diskursräume 157
Krisenanalysen und Forderungen 157
Handlungsstrategien und -räume 164
Umgang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Widersprüchen 167
Hegemonieprojekte und Verbindung von Kämpfen 172

7.2. Spannungsfelder 175
Spannungsfeld I: »Kapitalozentrismus« 175
Spannungsfeld II: Divide et impera – Teile und herrsche! 181
Spannungsfeld III: Sphären gesellschaftlicher Veränderung und Politikverständnis 182
Spannungsfeld IV: Hierarchisierende Dichotomisierung, Externalisierung und Vereindeutigung von Identitäten 187
Spannungsfeld V: Heterogenität – Homogenität und die Frage nach dem Charakter der Verbindung der Kämpfe 188

8. Gegen-hegemoniale Perspektiven – eine theoretisch-politische Betrachtung 191

8.1. Spannungsfeld I: Dekonstruktion des kapitalozentristischen Diskurses 192
Darstellung der Problematik: das »Biest« des Kapitalismus 192
Raus aus dem Kapitalismus(-diskurs)! 196

8.2. Spannungsfeld II: Verbinde und werde hegemonial 200
Trennung als Herrschaftsmechanismus 200
»Das Bewusstsein für das große Ganze ...« 204
8.3. Spannungsfeld III: Politik und das Politische – Konzeptionen und Praxen 206
Organisierung, Institutionalisierung und Repräsentation – Zum Verhältnis institutionalisierter Politik und sozialer Bewegung 207
Revolution im Alltag – Revolution ist Alltag 219
8.4. Spannungsfeld IV: Verstrickungen und Entstrickungen aus gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen 223
Der Habitus als strukturierende Struktur 223
Politisierung von Paradoxie und Ambiguität, Offenhaltung von Identitäten und strategischer Essenzialismus 225
8.5. Spannungsfeld V: Der leere Signifikant als ein modernes Relikt?! Hegemonie (wirklich) poststrukturalistisch denken 230

9. Fazit und Ausblick 236
9.1. Argumentationslinien und Diskursräume 237
9.2. Gegen-Hegemonie ist ... – gegen-hegemoniale Perspektiven 239
Gegen-Hegemonie ist nicht nur Antikapitalismus! 240
Gegen-Hegemonie ist Verbinden! 242
Gegen-Hegemonie ist institutionalisierte Politik, Bewegung und Alltagspraxis! 243
Gegen-Hegemonie ist widersprüchlich! 245
Gegen-Hegemonie ist vielfältig! 246
9.3. Grenzen der Arbeit 247
9.4. Ausblick 249

Literatur 254

Danksagung 269

1. Einleitung

> »Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische* Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.« (Luxemburg 1983a: 360, Herv. i. O.)

Die Monate nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers Ende 2008, zu verstehen als Kulminationspunkt der Krise auf den globalen Finanzmärkten, stellten in vielerlei Hinsicht ökonomisches wie gesellschaftliches Neuland dar. Sie hatten eine Wiederbelebung breiter linker Proteste in Deutschland zur Folge. Auch wenn in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Krisen auf den Finanzmärkten zu verzeichnen waren, galt diese Krise als eine Art Zäsur. Nicht nur das Schnüren eines milliardenschweren Rettungspakets der deutschen Bundesregierung hat der Kritik an der jahrelangen »Sparzwanglogik« in Deutschland und weltweit neuen Aufwind gegeben. Das temporäre Schwanken des gesamten kapitalistischen Systems schien in diesen Monaten eine andere, gerechtere Welt ein Stück weit möglicher gemacht zu haben. Viele linke Aktivist_innen[1] wurden von einer enthusiastischen Stimmung und der Hoffnung ergriffen, dass sich nun *wirklich* etwas ändert und die Proteste weitreichende gesellschaftliche Veränderungen bewirken könnten. Es wurden Parallelen zu anderen Weltwirtschaftskrisen gezogen, Ratschläge und Kongresse einberufen sowie Krisen-Demonstrationen initiiert. Diese verfolgten das Ziel, eine gesellschaftliche Gegen-Macht zu mobilisieren und hinsichtlich der in der Öffentlichkeit dominierenden neoliberalen oder neokonservativen Krisenanalysen und -lösungsansätze, kapitalismus*kritische* Ansätze zu diskutieren und hegemonial zu machen. Um diese Erfahrungen und die darin implizierten Möglichkeitsräume soll es in dieser Arbeit gehen.

Denn trotz der optimistischen Aufbruchstimmung waren viele Diskussionen zugleich durch eine Perspektiv-, Visions- und Ratlosigkeit gekenn-

---

[1] In der gesamten Arbeit wird anstelle des Binnen-I das Unterstrich-i verwendet. Während erstere Schreibweise Zweigeschlechtlichkeit suggeriert und diese sprachlich reproduziert, impliziert das Unterstrich-i Geschlechter auch jenseits dieser Unterscheidung bzw. schiebt diese kontinuierlich auf (vgl. u.a. Engel 2009: 14).

zeichnet. Es hat sich kein konkretes, realisierbares und alle vereinzelten Forderungen verbindendes Projekt abgezeichnet. So lautete ein zentrales Statement der Redner_innen des Eröffnungsinputs von avanti und der Antifaschistischen Linken Berlin auf dem Antikapitalistischen Ratschlag der Interventionistischen Linken Anfang 2009:

»Es bedarf daher einer neuen Gemeinsamkeit, eines neuen, konkreten Kampffeldes, in dem sich die Linke vereint. Dieses Feld ist bisher noch unscharf umrissen.«

Dementsprechend waren viele Debatten und Proteste durch eine Suchbewegung, Selbstkritik und z.T. auch Selbstzweifel bzw. Pessimismus bezüglich der gesamtgesellschaftlichen Wirkmächtigkeit der eigenen Praxen und Ideale gekennzeichnet.

Die Frage, warum die Krisenproteste 2009/2010 es nicht geschafft haben, innerlich eine Einheit auszubilden und letztendlich über relativ wenig Resonanz und Wirkmächtigkeit verfügten, lässt sich einerseits mittels herkömmlicher Methoden der Bewegungsforschung bearbeiten. Es könnte eine qualitative oder quantitative Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Möglichkeitsstrukturen, der angewendeten Mobilisierungsstrategien, der zur Verfügung stehenden Ressourcen, der Framingstrategien oder der Koalitions- und Allianzbildungen angestellt werden. Die Antwort auf die Frage, warum und in welcher Weise politischer Protest gesellschaftliche Wirkmächtigkeit besitzt oder eben auch nicht, ist andererseits jedoch untrennbar mit einer Analyse des diskursiven Möglichkeitsraums verbunden, der durch die Proteste konstituiert wird. Denn jede Krisenanalyse, jede Forderung und jede Handlungsstrategie basiert auf einer bestimmten Weltsicht und steckt einen bestimmten Diskurs- und damit Möglichkeitsraum ab. Dieser Raum, der durch die Praxen der Aktivist_innen kontinuierlich erzeugt, reproduziert oder auch erweitert wird, impliziert ein bestimmtes Verständnis von Gesellschaft, des Politischen und dem Inhalt gesellschaftlicher Veränderung und (re)produziert dieses gleichzeitig. Dieser Raum beeinflusst den konkreten Möglichkeits- und Handlungsraum gesellschaftlicher Veränderung: Manche Praxen und Utopien werden auf diese Weise denk- und lebbar, andere nicht. Manche Forderungen werden erhoben, andere bewusst ausgeklammert oder schlichtweg vergessen oder nicht gedacht. Manche Strategien werden berücksichtigt und angewendet, andere fallen aus diesem Möglichkeitsraum heraus. Manche Subjektstandpunkte werden lebbar, andere bleiben im Raum des Unmöglichen. So betrachteten viele Aktivist_innen die Organisierung eines Generalstreiks oder von zivilem Ungehorsam als notwendige und legitime Strategie und versuchten

auf diese Weise, den Raum gesellschaftlich legitimer politischer Praxen zu erweitern. Ähnlich stellte sich die Situation hinsichtlich der Krisenanalysen oder Forderungen dar. Manche Krisenanalysen befanden sich näher am hegemonialen Krisendiskurs, in anderen wurde sich konträr zu diesem positioniert und es wurde versucht, alternative Interpretationen, Begriffe und Ökonomieverständnisse zu etablieren. Dies hat wiederum konkrete Auswirkungen auf die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven, also den Versuch, alternative Weltsichten und Lebensräume hegemonial zu machen und herrschende Praxen zu kritisieren.

Um die Konstituierung, den Erfolg und die Wirkmächtigkeit der Krisenproteste bewerten zu können, muss die wissenschaftliche Analyse daher ebenfalls auf dieser Meta-Ebene stattfinden. Dieser, im Rahmen der Krisenproteste eröffnete diskursive Möglichkeitsraum, sein Inhalt und seine Grenzen sowie die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Konzeptionalisierung gegen-hegemonialer Perspektiven stehen im Zentrum dieser Arbeit. Gleichzeitig können die Krisenproteste nur als ein Teil eines breiten Spektrums gegen-hegemonialer Praxen verstanden werden, der durch seine hohe öffentliche Sichtbarkeit am wahrscheinlichsten wahrgenommen wird. Parallel dazu findet jedoch auch eine Vielzahl weiterer, z.T. wenig sichtbarer Kämpfe um soziale und politische Veränderung auf den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen statt. Sie müssen im Rahmen dieser Arbeit jedoch größtenteils ausgeklammert werden.

Erkenntnisinteresse und Vorgehen

Krisendiskurse können – wie jede soziale Praxis – aufgrund ihrer fundamentalen Partikularität nur einen bestimmten Teil aller möglichen Analysen, Forderungen und Handlungsmöglichkeiten umfassen und repräsentieren. Sie sind daher immer nur eine Partikularität, die danach strebt, hegemonial und dementsprechend universal zu werden. Diese Partikularität steckt einen bestimmten Raum ab und verfügt daher über ein Innen, durch das andere Interpretationen, Strategien, Forderungen und Handlungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der Krisenproteste stellen sich daher folgende Fragen: Was wird im Rahmen der Proteste thematisiert und diskutiert und was nicht? Wie wird es diskutiert? Auf welchen Grundannahmen und Weltsichten basieren die Diskussionen? Welche Gesellschaftsvorstellungen gehen mit ihnen einher? Wie verhalten sich diese Artikulationen zu den hegemonialen Verhältnissen? Welche Positionen befinden sich innerhalb des Leb- und Denkbaren und welche außerhalb und bleiben dementsprechend im Rahmen der Forderungen und Hegemoniepro-

jekte unberücksichtigt? Welche Spannungsfelder und Problematiken resultieren aus diesen Möglichkeitsräumen? Welche Auswirkungen hat die spezifische Konstituierung des Diskursraumes auf die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven? Und wie lassen sich die Spannungsfelder und Problematiken auflösen?

Diese Vielzahl von Fragen, die sich aus solch einer diskurs- und hegemonietheoretischen Perspektive ergeben, lässt sich zu drei, aufeinander aufbauenden, Fragenkomplexen zusammenfassen:

1. Welche Diskurs- und Möglichkeitsräume werden durch die Krisenproteste abgesteckt?
2. Welche zentralen Spannungsfelder resultieren aus diesen Diskurs- und Möglichkeitsräumen? Inwiefern erschweren oder behindern sie die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven?
3. Wie können diesbezügliche Lösungs- und Handlungsansätze aussehen, um gegen-hegemoniale Perspektiven weiterzuentwickeln?

Diskursräume entstehen jedoch nicht nur durch situative Ereignisse, sondern basieren immer auch auf längerfristigen Entwicklungen, Kontexten und Sinnstrukturen. Die Fragen zielen daher auf eine Analyse tiefer liegender und länger bestehender Argumentationsmuster in der Linken und streben die theorie- und empiriegeleitete Weiterentwicklung gegen-hegemonialer Perspektiven an. Es stehen demzufolge nicht primär eine Analyse und Bewertung der konkreten Gründe der (geringen) Wirkmächtigkeit der Krisenproteste im Vordergrund.

Die Basis der Arbeit bilden u.a. fünf, z.T. mehrtägige Großveranstaltungen der Linken in Deutschland im Zeitraum von 2009 bis 2010. Diese stellten zentrale Veranstaltungen innerhalb der bundesdeutschen Linken mit direktem Krisenbezug dar. Die Veranstaltungen umfassten Großdemonstrationen, Kongresse und Ratschläge. Ergänzend wurden weitere Veranstaltungen besucht, schriftliches Informationsmaterial, wie Aktionsaufrufe, Zeitschriften, Flugblätter und Positionspapiere, gesammelt und ausgewertet und informelle Kurzinterviews mit Teilnehmer_innen geführt, um die Ergebnisse zu ergänzen und ggf. zu modifizieren.

Die Auswertung des empirischen Materials fand in mehreren Schritten und auf mehreren Ebenen statt: Zunächst wurden die Daten mittels einer dichten Beschreibung (Geertz 1987) aufbereitet, um einen Überblick über die Veranstaltungen zu erhalten, ohne deren Eigenheiten zu vernachlässigen. Parallel dazu wurden – basierend auf der Methode der Grounded Theory (Glaser/Strauss 1967; Strauss/Corbin 1990; Strauss/Corbin 1996) – kontinuierlich zentrale Themenfelder und diesbezügliche Argumentati-

onslinien erarbeitet, um den eröffneten Diskursraum abstecken und vermessen zu können. Im Kontext dieser zentralen Argumentationslinien und Diskursräume wurden fünf Spannungsfelder identifiziert. Daran anschließend wurden theoriegeleitete und empirisch inspirierte Lösungsansätze entwickelt.

Erkenntnistheoretischer Zugang:
Die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe

Wie muss ein theoretischer Zugang aussehen, der dieser Perspektive auf soziale Bewegungen gerecht wird? In dessen Kontext politischer Protest, soziale Bewegungen und Politik als das Ringen um ein hegemoniales Projekt und um einen damit verbundenen Möglichkeitsraum begriffen werden können? Der berücksichtigt, dass hegemoniale Wahrheiten immer auch ein Außen produzieren, und der dementsprechend dafür sensibel macht, dass bestimmte Positionen bewusst oder unbewusst ausgeschlossen werden und sich außerhalb des Diskursraums befinden? Solch einen theoretischen Zugang, der die gesellschaftspolitischen Kämpfe um Hegemonie als gesellschaftskonstituierend betrachtet und mit dem sich der diskursiv produzierte Möglichkeitsraum erfassen lässt, stellt die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (u.a. Laclau/Mouffe 2006) dar. Die Basis dieses Zugangs, bei dem an das Hegemonieverständnis von Antonio Gramsci angeknüpft und es diskurstheoretisch gewendet wird, bildet die Grundannahme, dass soziale Realität immer hegemonial konstituiert ist. Es können immer nur Partikularitäten hegemonial werden, alternative Partikularitäten werden ausgegrenzt – bleiben jedoch stets reaktivierbar. Dieses Ringen um Hegemonie findet vor allem in der Zivilgesellschaft statt. Die Etablierung einer hegemonialen Wirklichkeit beruht daher immer auf der Ausgrenzung einer anderen. Infolgedessen sind in dieser Arbeit auch nicht die Akteur_innen und verschiedenen Gruppen Ausgangspunkt der Analyse, sondern die auf den Veranstaltungen geführten Diskussionen, deren Inhalte, gesellschaftspolitische Bedeutung und Wirkmächtigkeit und daraus resultierende Praxen. Diskurs stellt dabei eine artikulatorische Praxis dar, die nicht nur Sprache, sondern alle sozialen Praxen umfasst, durch die soziale Wirklichkeit erzeugt wird.

Laclau und Mouffe haben jedoch kein methodisches Instrumentarium entwickelt, mittels dessen theoretische Fragestellungen operationalisiert und empirisch überprüft werden können. Andere Wissenschaftler_innen haben zwar die Hegemonietheorie im Rahmen empirischer Studien operationalisiert und angewendet (u.a. Fairclough 2003; Glasze/Mattissek 2009b;

Howarth/Torfing 2005; Marchart/Adolphs/Hamm 2007; Nonhoff 2007a; Wullweber 2010). Diese Arbeiten sind in ihrer Ausgestaltung jedoch sehr unterschiedlich, sodass sich bisher noch keine elaborierte, einheitliche Form der Operationalisierung der Hegemonietheorie nach Laclau und Mouffe etabliert hat. Dies gilt insbesondere für das Feld der Bewegungsforschung, in dem dieser Ansatz bisher fast gar keine Anwendung gefunden hat. Das vorliegende Promotionsprojekt widmet sich aus diesem Grund ebenfalls der konkreten Übersetzung der hegemonietheoretischen Grundannahmen in empirische Bewegungsforschung.

Erkenntnisprozess und Wissenschaftsverständnis: Keine Erkenntnis ohne Interesse

> »Wer sich nicht mit Politik befaßt, hat die politische Parteinahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen: er dient der herrschenden Partei.« (Frisch 1972: 329)

> »Keine Wissenschaft ohne Engagement. Kein Engagement ohne Wissenschaft.« (Bourdieu, zitiert nach Jurt 2003: 164)

Die Fragen, die im Rahmen dieses Projekts aufgeworfen werden, sind nicht nur von wissenschaftlicher Bedeutung, sondern vor allem auch vor dem aktuellen gesellschaftlichen Hintergrund, in dem sich eine Vielzahl von Krisen und daraus resultierende soziale Konflikte kontinuierlich zuspitzen. Eine Analyse der verschiedenen Möglichkeiten, in welcher Weise sich die Gesellschaft weiterentwickelt, wer die zentralen Akteur_innen der gesellschaftlichen Entwicklungen sind und welche Veränderungen sich wie durchsetzen wollen und können, ist folglich von zentraler Bedeutung. Die Annahme, die in diesem Zusammenhang behandelten Fragen »objektiv« bearbeiten zu können, scheint aus der in dieser Arbeit eingenommenen hegemonie- und diskurstheoretischen Perspektive jedoch weder möglich noch notwendig, da dieser Herangehensweise ein postpositivistischer Standpunkt zugrunde liegt. Dieser impliziert die Prämisse, dass Wissenschaft letzten Endes auf Grundannahmen und Grundentscheidungen basiert, die wissenschaftlich nicht vollständig begründet werden können. So basieren auch vermeintlich unpolitische, scheinbar objektive Arbeiten immer auf im Vorfeld getroffenen politischen, methodischen und theoretischen Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen. Wissenschaft ist demnach nie unpolitisch oder unparteiisch, auch wenn sie sich als solche ausgibt. Diese Sichtweise, in der

die Möglichkeit des Aufstellens objektiver, prädiskursiver Wahrheiten und Gegebenheiten negiert wird, zielt daher nicht darauf ab, nach allgemein gültigen Wahrheiten zu suchen – »ganz einfach aus dem Grund, weil es diese Wahrheit nach diesem Ansatz nicht geben kann« (Wullweber 2012: 48). Stattdessen sind diese immer in einen bestimmten Wahrheitshorizont eingeflochten, der das Ergebnis von Machtverhältnissen und -kämpfen ist. Ein Wahrheitshorizont ist immer ein politischer Wahrheitshorizont. Die Produktion von Theorie, Vernunft und Wahrheit ist daher selbst eine politische Praxis und ein von Machtverhältnissen durchdrungener Prozess (vgl. Brand 2005: 24-25). Ähnlich argumentierte bereits der junge Jürgen Habermas im Rahmen der im »Positivismusstreit« angestellten »Analyse des Zusammenhangs von Erkenntnis und Interesse«. Er konstatiert, dass die »erfahrungswissenschaftlich relevanten Tatsachen als solche durch eine vorgängige Organisation unserer Erfahrung« (Habermas 1968: 156) erst konstituiert werden und jede Interpretation vom Vorverständnis des Interpreten abhängt (vgl. Habermas 1968: 157). Erkenntnis und Interesse sind daher fundamental miteinander verknüpft. Aus diesem Grund müsse eine emanzipatorische Wissenschaft immer herrschaftskritisch sein:

> »Gerade die reine Theorie, die alles aus sich selber haben will, fällt dem verdrängten Äußeren anheim und wird ideologisch. Erst wenn Philosophie im dialektischen Gang der Geschichte die Spuren der Gewalt entdeckt, die den immer wieder angestrengten Dialog verzerrt, und aus den Bahnen zwangloser Kommunikation immer wieder herausgedrängt hat, treibt sie den Prozeß, dessen Stillstellung sie sonst legitimiert, voran: den Fortgang der Menschengattung in die Mündigkeit. (...) *Die Einheit von Erkenntnis und Interesse bewährt sich in einer Dialektik, die aus den geschichtlichen Spuren des unterdrückten Dialogs das Unterdrückte rekonstruiert.*« (Habermas 1968: 164, Herv. i. O.)

Wissenschaft basiert demnach stets auf einem spezifischen Wahrheitshorizont, produziert diesen jedoch zugleich auch. Postpositivistische, poststrukturalistische Wissenschaft ist bzw. kann daher als eine interpretative Intervention begriffen werden, da sie – im Gegensatz zum »Mainstream«, bei dem Wissenschaft als objektive Wahrheitsproduktion verstanden und realisiert wird – die politischen Effekte der Interpretationen wahrnimmt und anerkennt (vgl. Campell in Wullweber 2010: 52). Der Maßstab wissenschaftlicher Erklärungen ist daher nicht *Objektivität*, sondern *Plausibilität* (vgl. Wullweber 2010: 46). Das Problem, das einer wissenschaftlichen Erklärung bedarf und das den Ausgangspunkt der Forschung bildet, das so genannte *Explanandum*, entsteht daher erst im Prozess der Problematisierung und

wissenschaftlichen Beschäftigung (vgl. Wullweber 2010: 47). Wahrheiten können daher immer nur »positioned truths« (Abu-Lughod 2005: 468) sein. Aus solch einem Verständnis von Wissenschaft und Wahrheit, das die Möglichkeit feststehender, objektiver und universaler Wahrheiten negiert, resultiert die Notwendigkeit, diese Position kenntlich zu machen, aus der die wissenschaftliche Praxis heraus getätigt wird:

> »Standing on shifting ground makes it clear that every view is a view from somewhere and every act of speaking a speaking from somewhere.« (Abu-Lughod 2005: 468)

Diese Positionsgebundenheit von Forschung bedeutet einerseits, dass Forschung immer von einem bestimmten wissenschaftlichen, politischen Standpunkt heraus praktiziert wird. Andererseits folgt daraus darüber hinaus, dass die Auswahl der Thematik, Forschungsdurchführung, Auswertung und Schwerpunktsetzung bis zu einem gewissen Punkt durch Kontingenz gekennzeichnet ist. Zufällige Diskussionen auf Tagungen, besonders einschneidende oder prägende Erlebnisse während des Forschungsprozesses, strategische Entscheidungen bezüglich des Forschungsprozesses, die Notwendigkeit der Prioriätensetzung hinsichtlich der Durchführung der Forschung – all diese Aspekte haben einen erheblichen Einfluss auf die Umsetzung der Forschungsfragen und die Ergebnisse. Diese Kontingenz sollte bei aller wissenschaftlichen Begründetheit der Forschung nicht vergessen und sichtbar gemacht werden, anstatt sie unter dem Deckmäntelchen vermeintlicher Objektivität unsichtbar zu machen.

Um den Standpunkt, von dem aus diese Arbeit erstellt wurde, deutlich zu machen, möchte ich kurz darauf eingehen, aus welchem spezifischen Kontext heraus diese Arbeit erstellt wurde. Durch diese Benennung soll eine Entnormalisierung und De-Neutralisierung des eigenen Standpunkts bewirkt werden. Meine wissenschaftliche wie politische Tätigkeit wurde vor allem von dem bundesrepublikanischen (Universitäts-)System beeinflusst. Dies hat zur Folge, dass in dieser Arbeit vor allem Theoretiker_innen des globalen Nordens Berücksichtigung fanden und Ansätze des globalen Südens leider überwiegend unberücksichtigt blieben. Anstatt diesen Umstand jedoch einfach unthematisiert zu belassen, möchte ich diese »Blindheit« gegenüber diesen Ansätzen und Sichtweisen explizit machen. Die Arbeit entstand darüber hinaus vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen in politischen Bewegungen und durch politisierte (Alltags-)Praxen. Der Blick auf soziale Bewegungen und Protest in Deutschland geschieht aus diesem Grund aus einer doppelten »Innen-Perspektive« als Deutsche und als Aktivistin heraus. Da in der Arbeit ein herrschaftskritischer Anspruch verfolgt

wird, ist die wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Intention die Produktion von »Strukturwissen emanzipativen Handelns« (Brand 2005: 24ff.). Anstatt Forschung *über* soziale Bewegungen zu betreiben, bei der die Gefahr besteht, die Bewegungen zu objektivieren, soll kritische Bewegungsforschung zu der Reflexionsfähigkeit der Bewegungen beitragen (vgl. Brand 2006: 44). Auf diese Weise können Subalterne und Aktivist_innen dabei unterstützt werden, sich ihrer Handlungsbedingungen bewusst zu werden und diese zu reflektieren (vgl. Brand 2005: 24). Denn die Soziologie ist – in Bourdieus Worten – »ein Kampfsport, der der Verteidigung dient, der eigenen und der Verteidigung derer, die keine Verteidigung haben« (Bourdieu, zit. n. Jurt 2003: 171).

Aufbau der Arbeit

Das Buch lässt sich in drei verschiedene Teile unterteilen: einen einführenden Teil, in dem der theoretische und methodische Bezugsrahmen der Arbeit erläutert wird, einen analytischen Teil, der sich mit den Krisendiskursen und daraus resultierenden Spannungsfeldern beschäftigt, und einen dritten, theoretischen Teil, in dem die gegen-hegemonialen Perspektiven und Lösungsansätze bezüglich der Spannungsfelder konkret ausgearbeitet werden.

Im *ersten Teil* der Arbeit (Kap. 2 bis 5) werden die empirische Basis sowie der methodische und theoretische Zugang vorgestellt. So wird in Kapitel 2 die »Materie«, um die es in dieser Arbeit geht, genauer bestimmt und kontextualisiert: Was wird unter Krisenprotesten genau verstanden und in welchem gesellschaftspolitischen Kontext fanden diese statt? In Kapitel 3 werden mögliche Zugänge zu sozialen Bewegungen vorgestellt und begründet, warum diese Ansätze in gesellschaftswissenschaftlicher Hinsicht in Bezug auf gewisse Aspekte zu kurz greifen und eine hegemonie- und diskurstheoretische Herangehensweise fruchtbarer erscheint. Darauf aufbauend werden in Kapitel 4 ausführlich die Charakteristika einer spezifisch hegemonie- und diskurstheoretischen Perspektive auf soziale Bewegungen und Gesellschaft erläutert. Als Ergebnis werden Prämissen für eine hegemonie- bzw. diskurstheoretisch fundierte Bewegungsforschung dargelegt. Daran anschließend gehe ich in Kapitel 5 auf den konkreten Forschungsaufbau und die Forschungspraxis ein.

Der *zweite Teil* der Arbeit (Kap. 6 und 7) widmet sich der Auswertung des empirischen Materials. Die Krisendiskurse werden in Kapitel 6 zunächst einzeln nach den untersuchten Veranstaltungen in Form einer dichten Beschreibung dargestellt, um auf diese Weise dem spezifischen Charakter

und den Diskussionslinien jeder Veranstaltung gerecht zu werden. In Kapitel 7 werden daran anschließend die zentralen Diskussionslinien und diesbezüglichen Spannungsfelder identifiziert und ausgewertet, um eine Gesamtschau der Proteste zu erhalten.

Im *letzten Teil* der Arbeit (Kapitel 8 und 9) wird abschließend eine Theoretisierung der Spannungsfelder der linken Proteste vorgenommen. Die identifizierten Problemfelder und Widersprüche werden in Rekurs auf gesellschafts- und herrschaftskritische Theorien, insbesondere verschiedene (queer)feministische, marxistische, hegemonie- und diskurstheoretische Ansätze, aber auch unter Einbezug von in den Protesten entwickelten Umgangsweisen und Lösungsansätzen produktiv bearbeitet, sodass im Ergebnis konkrete Perspektiven gegen-hegemonialer Hegemonieprojekte erarbeitet werden konnten.

2. Krisenproteste 2009/2010 und ihr gesellschaftspolitischer Kontext

In diesem Kapitel wird zunächst eine Eingrenzung des Begriffs »linke Krisenproteste« vorgenommen. Anschließend werden diese sich in den Jahren 2009 und 2010 formierenden Proteste in einen größeren Kontext linker Proteste eingeordnet und auf den diesbezüglichen Forschungsstand eingegangen. Abschließend wird eine kurze Einordnung der Krisenproteste in den allgemeinen gesellschaftlichen (Krisen-)Kontext in Deutschland vorgenommen.

2.1. Was sind »linke Krisenproteste«?

Soziale Bewegungen werden in dieser Arbeit als ein »auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen (...)« (Rucht 1994: 76f.) definiert, in dessen Rahmen sozialer Wandel herbeigeführt, verhindert oder rückgängig gemacht werden soll (vgl. Rucht 1995; della Porta/Diani 2006). Dies wird zumeist mithilfe der Strategien des politischen Protests zu realisieren versucht, z.B. Straßendemonstrationen, Kampagnen und medienwirksam inszenierte Protestaktionen (vgl. Kolb 2002; Klein/Walk 2012: 117). Soziale Bewegungen und Protest stellen daher einen Grundbaustein gesellschaftlicher Veränderung, aber sicherlich nicht den einzigen, und möglicherweise auch nicht immer den wichtigsten Baustein dar. Aus der in dieser Arbeit vorgenommenen Schwerpunktsetzung auf soziale Bewegungen folgt daher nicht zwangsweise die Zentralität dieser Aktions- und Organisationsform. Wie sich in der Analyse der Krisendiskurse und Strategien zeigen wird, stellt insbesondere die Sphäre der Alltagspraxen einen ebenso eminent wichtigen Ort gegen-hegemonialer Praxis dar.

In den Monaten nach dem Höhepunkt der Krise auf den Finanzmärkten Ende 2008 ließ sich solch eine Verdichtung von Protest*ereignissen* (Aktionen und Demonstrationen) sowie eine *inhaltliche* Verdichtung feststellen. Es wurden zum einen Proteste und Veranstaltungen in direkter Reaktion auf die Krise initiiert (Antikapitalistischer Ratschlag, Krisenproteste, Bildung eines »Krisenbündnisses« von unterschiedlichen politischen und sozialen Akteur_innen) und zum anderen standen bereits geplante Veranstaltungen (wie das Sozialforum) thematisch im Licht der Krise(n). Die Proteste und Veranstal-

tungen standen infolgedessen in einem größeren inneren Zusammenhang, indem sie sich auf die Krise(n) und die Krisenbewältigungsstrategien verschiedener politischer Akteur_innen bezogen und diese kritisierten. Diese Proteste wurden medial mit dem Begriff »Krisenproteste« gelabelt. Unter »Krisenprotesten« werden in dieser Arbeit folglich die *diskursiven Verdichtungen* verstanden, unter die nicht nur Protestereignisse fallen, sondern alle Orte der Auseinandersetzung mit der Krise, ihrer Folgen und ihrer Bewältigung, wie Kongresse oder Ratschläge, aber auch schriftliches Material. Diskurs meint dabei – wie ich im Kapital 4 ausführlicher erläutern werde – nicht nur Sprache, sondern allgemein jegliche soziale Praxen.

»*Linke* Krisenproteste« meint – in Abgrenzung zu rechten Antworten auf die Krise und Krisenbewältigungsstrategien – alle Proteste, die sich selbst dem linken Spektrum zugeordnet haben. Rechte Krisenproteste und Reaktionen, die es – zwar in weitaus geringerem Umfang – auch gab, werden in dieser Arbeit nicht berücksichtigt. Mit Linke wird in dieser Arbeit die gesellschaftliche Linke bezeichnet; wenn auf die Links*partei* rekurriert wird, wird sie unter ihrem offiziellen Namen die Partei DIE LINKE oder als Linkspartei genannt. Was jedoch unter dem Begriff »links« genau gefasst wird, wird aus zwei Gründen offen gelassen. Erstens haben die Aktivist_innen »Links-sein« mit ganz unterschiedlichen Inhalten, Visionen und Praxen gefüllt, sodass es schwer fällt, einen gemeinsamen inhaltlichen Nenner zu finden. Was Links sein umfasst, für welche Inhalte linke Aktivist_innen eintreten und wie die Aktivist_innen ihre linke politische Ausrichtung selbst definieren, ist von einer enormen Spannbreite gekennzeichnet – wie auch Michael Brie und Christoph Spehr herausgefunden haben (Brie/Spehr 2006). Matuschek et al. folgern daraus, dass die Linke in Deutschland keine homogene soziale Gruppe bildet, und dass es *die* linke Identität nicht gibt (vgl. Matuschek et al. 2011: 11, Herv. i. O.). Sie nehmen dennoch einen minimalen Grundkonsens an, nämlich das linksaffine Gruppen und Personen »in emanzipatorisch-herrschaftskritischer bzw. humanistischer Absicht Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Zu- bzw. Missständen formulier[en]« (Matuschek et al. 2011: 12).[2] Doch bei Betrachtung des von mir erhobenen empirischen Materials erscheint sogar solch eine Festlegung als zu eng. Zweitens würde eine Vorab-Festlegung, was *genau* unter linkem Protest gefasst wird, dem

[2] In ihrer Studie zu den politischen Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus unterscheiden sie zwischen Linksaffinen, Rechtsaffinen und Tendenzlosen, die mittels Selbsteinschätzung der politischen Orientierung und der Nähe zu politischen Parteien eingeordnet wurden (vgl. Matuschek et al. 2011: 34-35).

Forschungsinteresse der Arbeit entgegenlaufen, da es ja um die Bedeutungsrahmen linker Aktivist_innen geht. Stattdessen erschien es gewinnbringender – analog zu dem offenen Vorgehen von Matuschek et al. – auf die Selbstbeschreibung der Aktvist_innen und Organisator_innen der Veranstaltungen als »links« zu rekurrieren.

2.2. Forschungsstand

Die Krisenproteste lassen sich inhaltlich und zeitlich in den Kontext der *globalisierungskritischen* Bewegungen einordnen (hierzu z.B. Andretta et al. 2003; Brand 2002; Brand 2006; della Porta/Caiani 2011; della Porta et al. 2006; Marchart/Weinzierl 2006; Roth/Rucht 2008; Rucht/Teune 2008; Rucht 2009; Starr 2005). Diese haben sich seit 2001 in Reaktion auf die Politik der Alternativlosigkeit der G8-Staaten und ihrer Gipfeltreffen formiert und haben zum Hauptziel, dieser Alternativlosigkeit etwas entgegenzusetzen. Die Proteste seit der Krise Ende 2008 stellen jedoch nicht nur aufgrund der veränderten gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Ausgangslage ein Novum dar. So wird in einigen Analysen bereits davon ausgegangen, dass sich die gegenwärtigen Proteste an anderen Begriffen als denen der Globalisierungskritik ausrichten, wie z.B. auf internationaler Ebene an der Forderung nach Klimagerechtigkeit (z.B. Chatterton/Featherstone/Routledge 2013). Weitere gesellschaftliche und ökologische Krisen traten in den vergangenen Jahren ins Bewusstsein der Aktivist_innen und bildeten Antagonismen aus. Es ist zu einer Vervielfältigung der Proteste, Themen und Konfliktfelder gekommen, die Bewegungsforscher_innen dazu veranlassten, von der »Bewegung der Bewegungen« zu sprechen (u.a. Brunnengräber 2006: 29; Brand 2006: 35).

Im Zuge der Krise(n) auf den Finanzmärkten und der Zuspitzung weiterer globaler Krisen, wie z.B. der Ernährungs- oder ökologischen Krise, hat sich darüber hinaus in den letzten Jahren der Fokus der Proteste von der Kritik einer neoliberalen Globalisierung hin zu einer konkret *kapitalismus*kritischen Ausrichtung verschoben. In den Krisendiskursen stand daher nicht mehr primär eine Globalisierung *neoliberaler* Façon im Zentrum der Kritik. Stattdessen ließ sich vor allen in den ersten Monaten nach der Krise auf den Finanzmärkten Ende 2008 eine Verschiebung des Fokus auf das kapitalistische System selbst feststellen. Der Titel des Dritten Deutschen Sozialforums 2009 lautete dementsprechend: »Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus. Eine andere Welt ist möglich«. Es kam in diesem Kontext zu einer

kritisch-politischen Wiederbelebung des Kapitalismus-Begriffs – und infolgedessen zu einer temporären Kritik eines gesamten wirtschaftlichen Systems. Globale Prozesse wurden vor allem als vom Kapitalismus verursachte globale Krisen wahrgenommen. Da die Hauptakteur_innen der »Bankenrettungen« und der Durchsetzung der Sparmaßnahmen zunächst die nationalen Regierungen und Parlamente waren, richteten sich die Forderungen vor allem an die Nationalstaaten und dementsprechend nicht mehr primär an internationale Organisationen oder Organe, wie dies im Rahmen der globalisierungskritischen Bewegungen der Fall war. Es ließ sich infolgedessen eine Wiederbelebung der Kritik an Akteur_innen auf nationaler Ebene beobachten. Wie wir in der Analyse sehen werden, haben sich in diesem Zusammenhang die konkreten Inhalte, Adressat_innen und Strategien verändert. Die Krisenproteste als bloße Fortsetzung der globalisierungskritischen Bewegungen einzuordnen, würde diesen neuen Entwicklungen nicht gerecht werden. Die Einschätzung, dass infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen die Proteste einen anderen Charakter aufweisen, hat sich spätestens seit den Occupy-Bewegungen 2011/2012 bestätigt.

Im Gegensatz zu diesen Occupy-Protesten, welche sich – u.a. vom *Arabischen Frühling* (z.B. Kerton 2012) und der 15M-Bewegung in Spanien inspiriert – im Herbst 2011 weltweit formierten[3] und auf die Krisenproteste 2009/2010 folgten, haben die Krisenproteste nicht eine solch differenzierte und umfassende Analyse erfahren. Es gibt keinen umfassenden Überblick und keine wissenschaftliche Analyse der Krisenproteste der Jahre 2009 und 2010 in Deutschland – und noch weniger hinsichtlich der Frage des abgesteckten Diskursraums und seiner Hegemoniefähigkeit. Es wurden zwar einzelne Krisen-Veranstaltungen dokumentiert, wie z.B. im Sammelband zum Attac-Kapitalismuskongress (Brenner et al. 2009), in dem zentrale Vorträge des Kongresses zusammengestellt sind. Diese wurden jedoch nicht wissenschaftlich analysiert. Cornelia Hildebrandt und Nelli Tügel haben den Sammelband »Herbst der Wutbürger« (Hildebrandt/Tügel 2010) herausgegeben, in dem verschiedene soziale Kämpfe in Deutschland, wie die Proteste gegen Stuttgart 21, Castortransporte oder Naziaufmärsche in den Blick genommen wurden. Ingo Matuschek et al. haben eine aufschlussreiche, breit angelegte Studie über linksaffine Milieus in Deutschland erstellt, die wich-

[3] Siehe hierzu Graeber 2011a und b; Hardt/Negri 2011; Kastner et al. 2012; Tarrow 2011; Milkman et al. 2012; Rehmann 2013; für Deutschland siehe Infogruppe Bankrott 2012; Kastner et al. 2012; Mörtenböck/Mooshammer 2012; Brinkmann et al. 2013; Décieux/Nachtwey 2014; Geiges 2014.

tige Hinweise auf die Protestkultur und den Alltag von Linksaffinen gibt (Matuschek et al. 2011). Christina Flesher Fominaya und Laurence Cox haben einen Sammelband zu sozialen Bewegungen in Europa vorgelegt (Flesher Fominaya/Cox 2013), in dem aktuelle Protestbewegungen in Europa (und Tunesien) untersucht wurden und die deutsche globalisierungskritische Bewegung hinsichtlich ihrer (transnationalen) Identitätsbildung in Augenschein genommen wurde (Daphi 2013). Arbeiten, in denen die Krisenproteste als solche und darüber hinaus der eröffnete Diskursraum und die damit zusammenhängenden gegen-hegemonialen Perspektiven in den Vordergrund stehen, die dadurch eröffnet oder geschlossen werden bzw. bleiben, gibt es nicht. In diesem Sinne erweitert die vorliegende Arbeit die vorhandenen Studien zu sozialen Bewegungen und Protest um die Analyse einer neuen Protestbewegung *und* um eine neue theoretische Perspektive auf soziale Bewegungen.

Das Fehlen von Forschungsarbeiten in diesem Bereich ist sicherlich u.a. dem Umstand geschuldet, dass die Proteste in Deutschland nicht das gleiche Ausmaß angenommen haben wie in anderen, vor allem südeuropäischen Ländern wie Spanien oder Griechenland, in denen die Folgen der Krise vor allem ökonomisch viel stärker zu spüren waren und sind. Die Proteste waren anscheinend noch zu klein, zu wenig sichtbar und nicht erfolgreich genug, um medial und wissenschaftlich stärker Aufmerksamkeit zu erlangen. Gerade aus diesem Grund erscheint es lohnend, diesem »Scheitern« auf den Grund zu gehen.

2.3. System(e) in der Krise – der gesellschaftspolitische Kontext der Krisenproteste

Proteste und soziale Bewegungen finden nicht isoliert statt. Sie sind Teil gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und stehen im direkten Wechselverhältnis mit ihnen. Aus diesem Grund möchte ich im Folgenden den gesellschaftlichen Kontext der Krisenproteste skizzieren und hier insbesondere auf die Krise selbst eingehen, die den Rahmen der Proteste gebildet hat. Eine ausführliche Analyse der Krisenursachen und des Krisenverlaufs wird im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht vorgenommen, da deren Analyse und Deutung seitens der Aktivist_innen den Fokus der Arbeit bilden und sie selbst gesellschaftlich umkämpft sind.

Die politische und wirtschaftliche Ausgangslage zeigte sich in Deutschland folgendermaßen: Während des Ausbruchs der Krise regierte in Deutsch-

land eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD (2005-2009). Bundeskanzlerin war die CDU-Politikerin Angela Merkel. Am 27. September 2009 fand die Wahl zum Siebzehnten Bundestag statt, die zu einer Mehrheit von CDU/CSU und FDP führte; Kanzlerin blieb Angela Merkel. Die Krise auf den Finanzmärkten Ende 2008 lässt sich in einen Krisenzyklus einordnen, der je nach wissenschaftlicher und politischer Einschätzung, spätestens im Sommer 2007 mit der US-Immobilienkrise (auch als »Subprimekrise« bezeichnet) begonnen und Ende 2008 – angestoßen durch die Insolvenz der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers – einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Die Krise auf den globalen Finanzmärkten war unter anderem Folge eines spekulativ aufgeblähten Immobilienmarkts und der damit einhergehenden Bildung einer Immobilienblase in den USA. Folge der Krise war u.a. eine weltweite Rezession, aufgrund derer zahlreiche, auch große Unternehmen und Banken insolvent gingen, Arbeitsplätze in hohem Ausmaß abgebaut wurden, Hunderttausende von Menschen ihre Unterkunft verloren haben und vor allem in den Ländern des Südens ein drastischer Anstieg der Deprivation in all seinen Facetten zu verzeichnen war.

Wie ich bereits erläutert habe, findet die Produktion von Wissen immer in einem umkämpften Terrain statt, in dem über hegemoniale Bedeutungs- und Erklärungsmuster gerungen wird. Die Ursachen und der Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise sind dementsprechend keineswegs objektiv beschreibbar, sondern immer das Ergebnis von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, damit einhergehenden Positionierungen und Möglichkeitsräumen. Aus diesem Grund möchte ich im Folgenden zwei verschiedene Krisendeutungen vorstellen: Zunächst werde ich auf die im öffentlichen Diskurs dominanten Krisendeutungen und Politiken eingehen, um anschließend die zentralen Merkmale linker Krisenanalysen darzustellen.[4]

Die im gesamtgesellschaftlichen Diskurs *dominanten Krisendeutungen* sind Teil des hegemonialen Alltagsverstands und basieren zum Teil auf wirtschaftswissenschaftlichen Analysen. Sie zeichnen sich nach Ulrich Brand durch ein Erklärungsmodell aus, bei dem »der Grund der Krise in deregulierten Finanzmärkten und vor Allem in den unkontrollierten – mitunter als gierig bezeichneten – Finanzmarktmanagern liegt« (Brand 2009a: 2). Dies habe eine unkontrollierbare Spirale in Gang gesetzt, der nur durch eine stärkere Regulierung des Finanzmarkts und Konjunkturprogramme entgangen werden könne, durch die ein neuer Wachstumszyklus angestoßen werden

[4] Da jedoch nicht die Krise selbst, sondern die Krisen*proteste* im Zentrum der Arbeit stehen, wird dies nur überblicksartig vorgenommen.

könne (vgl. Brand 2009a: 2-3). Die Krisenpolitiken fallen, Brand zufolge, überwiegend systemstablisierend und strukturkonservativ aus; die Ursachen der Krise werden ausschließlich im Finanzmarkt verortet (vgl. Brand 2009a: 3). Weitere gesellschaftliche Krisen und deren Verbindungen werden nicht gesehen. Wie wir in der Analyse der linken Krisendiskurse in den Kapiteln 6 und 7 sehen werden, wird in der finanzmartkzentrierten Argumentationslinie der Krisenproteste diese dominante Krisendeutung z.T. reproduziert.

In wissenschaftlichen *linken Krisenanalysen* (vgl. für den deutschsprachigen Raum u.a. Altvater et al. 2009; Altvater 2010a; Altvater 2010b; Brand 2009a; Brand 2009b; Candeias 2009; Demirović/Sablowski 2012; Demirović et al. 2011) wird der Beginn dieses spezifischen kapitalistischen Zyklus in dem Ende des fordistischen Systems in den 1970ern verortet:

> »Es handelt sich um die Krise des finanzmarktdominierten Akkumulationsregimes, das die heute bestimmende Form der Kapitalverwertung darstellt und sich in den 1970ern herausgebildet hat, um die Krise des Fordismus zu bewältigen (vgl. Aglietta 1979; Lipietz 1985).« (Demirović/Sablowski 2012: 78)

Nach Mario Candeias stellt dieses Akkumulationsregime eine neue Phase der Überakkumulation dar, »für welches es an ausreichenden Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten mangelt« (Candeias 2009: 11). In dieser postfordistischen Konstellation haben sich in den letzten 20 bis 30 Jahren zahlreiche Krisen entwickelt, die u.a. von Elmar Altvater als multiple Krise bezeichnet wurden (vgl. Brand 2009a: 1). Diese Krisen umfassen laut Brand eine Wirtschafts- und Finanzkrise, eine sozial-ökologische, Energie- und Ernährungskrise, den Krisenkomplex »globale soziale Spaltungen – erzwungene Migration – offene Gewalt« (Brand 2009a: 8), die Krise der Geschlechterverhältnisse und hegemonialer Männlichkeit sowie die Krise sozialer Integration und politischer Institutionen (vgl. Brand 2009a: 5–10)[5]. Multiple Krise bedeutet dabei nicht eine bloße Addition von Krisen; vielmehr gehe es bei diesem Begriff um das Aufzeigen und die Analyse innerer Zusammenhänge bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Ungleichzeitigkeiten und Besonderheiten der Krisen (vgl. Brand 2009a: 1).

Aus der Konstituierung einer neoliberal geprägten Vergesellschaftungsformation folgt eine neue Herrschaftsform, deren Implementierung je-

[5] Eine vielseitige und differenzierte Analyse der auch als Vielfachkrise bezeichneten gesellschaftlichen und sozialökologischen Krisentendenzen bietet der Sammelband »VielfachKrise« von Alex Demirović et al. (2011).

doch noch nicht vollständig abgeschlossen ist (vgl. Demirović 2009: 51). Deren wesentliches Merkmal ist der Verzicht auf Konsens und Hegemonie (vgl. Demirović 2009: 39). Demirović bezeichnet diese Herrschaftsform auch als »Herrschaft durch Kontingenz« (2009: 40; 2001), da der die fordistische Gesellschaftsformation prägende Klassenkompromiss zugunsten von Ungewissheiten, verstärkter Eigenverantwortung, Elitenbildung und einer stärkeren Polarisierung aufgegeben wurde. Er kommt zu dem Schluss, dass »die Periode der vom Neoliberalismus bestimmten kapitalistischen Akkumulation und gesellschaftlichen Reorganisation« (Demirović 2009: 38) geprägt ist von

> »(...) einer Tendenz der Zerstörung eingespielter Muster in den Verhältnissen der gesellschaftlichen Klassen, also der Auflösung des Kompromisses der Kapitaleigner mit der lohnarbeitenden Klasse und Auflösung von Allianzen des Bürgertums mit der Mittelklasse. Ich begreife den Neoliberalismus als eine praktische Ideologie, als eine Strategie, die es den Herrschenden erlaubt, den Staat mit dem Markt zu regieren (vgl. Foucault 2004; Demirović 2008).« (Demirović 2009: 39)

Der US-amerikanische Erziehungswissenschaftler Henry Giroux hat vorgeschlagen, die mit dem Neoliberalismus einhergehenden kulturellen und ideologischen Umbrüche als »public pedagogy« zu bezeichnen, also als ein Projekt, dass weniger von den klassischen erzieherischen Institutionen ausgeht, sondern von der pädagogischen Wirkmächtigkeit kultureller Institutionen und Praxen des öffentlichen Lebens (vgl. Merkens 2006: 11).

Was folgt aus diesen gesellschaftspolitischen Verhältnissen konkret für den Möglichkeitsraum linker Interventionen? Nach Zeiten scheinbarer sozialer Sicherheit in den westlichen Industrieländern schien das »Ende der Geschichte« doch noch nicht erreicht und das Rad der Geschichte sich wieder zu drehen: Gesellschaftlich vermeintlich feststehende Fundamente und Wahrheiten wurden erschüttert und neue Möglichkeitsräume eröffnet. Die linken Aktivist_innen versuchten genau in diese sich verändernde gesellschaftliche Konstellation zu intervenieren und ihre Krisendeutungen und Politiken hegemonial zu machen. So fand bereits im November 2008 eine bundesweite Veranstaltungsreihe der Interventionistischen Linken (IL) unter dem Titel »Ich krieg die Krise!« statt, in der es »um die Krise des Kapitalismus, ihre Hintergründe, das staatliche Krisenmanagement und – natürlich – um die Chancen für linke Interventionen« (Interventionistische Linke 2008a) ging.

3. Wissenschaftliche Zugänge zu sozialen Bewegungen

Obwohl soziale Bewegungsforschung noch eine relativ junge akademische Disziplin ist – sie ist erst seit den 1960er Jahren eine systematische Wissenschaft (vgl. Kern 2008: 9) – weist sie bereits eine enorme Bandbreite von Methoden und methodologischen Zugängen zu sozialen Bewegungen auf. In den vergangenen 50 Jahren wurden vor allem im englischsprachigen Raum zahlreiche Ansätze entwickelt und modifiziert, soziale Bewegungen und Proteste wissenschaftlich zu untersuchen, ihre gesellschaftliche Wirkmächtigkeit einzuschätzen und zu erklären. Die Erforschung von und Beschäftigung mit sozialen Bewegungen geht jedoch noch weiter zurück – so können Karl Marx und Friedrich Engels als zwei der ersten Bewegungsforscher verstanden werden (vgl. Kern 2008: 10). In ihren Schriften haben sie sich mit den Erfolgsbedingungen proletarischer Bewegungen befasst und eine Theorie der um gesellschaftliche Vorherrschaft ringenden gesellschaftlichen Kräfte, ihrer materiellen Voraussetzungen, Ideologien und Strategien entwickelt. Die Beschäftigung mit sozialen Bewegungen und politischem Protest erfolgte dementsprechend aus einem konkreten politischen Erkenntnisinteresse heraus; nämlich »*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx 1976a: 385, Herv. i. O.). Aus diesem Grund erschien es ihnen notwendig, die Erfolgsbedingungen von gesellschaftlichem Widerstand zu analysieren. Heute findet sich dieser politisch-philosophische Zugang zu sozialen Bewegungen in Kritischen Theorien und in vielen Diskurs- und Hegemonietheorien wieder (z.B. in Brand et al. 2001; Brand 2005; Brand 2006; Demirović 2007a; Demirović 2010; Lorey 2012; Laclau/Mouffe 2006; Habermann 2006a; Marchart/Weinzierl 2006). Heute wie damals werden soziale Bewegungen aus dem primären Erkenntnisinteresse heraus untersucht, Gesellschaft zu verändern und aus diesem Grund gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, politische Strategien und Hegemonieprojekte zu analysieren. Die hier vertretenen Wissenschaftler_innen betrachten sich dementsprechend nicht primär als Bewegungsforscher_innen, sondern als kritische Gesellschaftstheoretiker_innen, und ihre Herangehensweise ist infolgedessen weniger stark datenbasiert.

Der heutige, primär als Bewegungsforschung verstandene Zugang zu sozialen Bewegungen ist demgegenüber vor allem eine *akademische* Disziplin, die durch eine wissenschaftlich distanzierte Haltung der Forscher_innen ge-

genüber ihrem Gegenstand gekennzeichnet ist (vgl. Kern 2008: 10). In diesen Arbeiten steht primär eine Analyse der Ursachen von Erfolg und Mobilisierung, Mobilisierungsstrategien, politischen und diskursiven Möglichkeitsstrukturen, zur Verfügung stehenden und genutzten Ressourcen, Protestzyklen, Identität(sbildung) und kollektiven Deutungsmustern im Vordergrund (z.B. della Porta et al. 2006; della Porta 2009; Jenkins/Klandermans 1995; Meyer/Tarrow 1998; Rucht 1994; Rucht/Teune 2008; Roth/Rucht 2008; Tarrow 2005; Zald/McCarthy 1994). Diese werden mittels quantitativer und qualitativer Methoden der Sozialforschung erhoben und ausgewertet. Dieser Strang der Bewegungsforschung wurde bis in die 1980er Jahre durch ein strukturalistisches Paradigma dominiert, in dessen Rahmen der Erfolg einer Bewegung primär durch den soziostrukturellen Kontext und hier insbesondere der politischen Gelegenheitsstrukturen (Eisinger 1973) und der von der Bewegung mobilisierten Ressourcen (McCarthy/Zald 1977) erklärt wurde. Im Gegensatz dazu wurde bei dem in den 1980ern entwickelten Framing-Konzept von David A. Snow und Robert D. Benford die strategische Verknüpfung von verschiedenen Inhalten und Deutungsrahmen als ausschlaggebender Faktor für eine erfolgreiche Mobilisierung identifiziert. Infolgedessen wurde erstmals dem interpretativen, bedeutungsgenerierenden und -verknüpfenden *Handeln* der Akteur_innen zentrale Bedeutung beigemessen. Da mittels des Framing-Ansatzes ebenfalls nur bedingt Möglichkeitsräume und daraus resultierende Spannungsfelder analysiert werden können, erscheint es fruchtbar, diesen durch diskurs- und hegegemonietheoretische Ansätze zu ergänzen. Im Folgenden werde ich die zentralen Ansätze in der Bewegungsforschung skizzieren und kurz erläutern, warum sich diese Ansätze nicht oder nur bedingt zur Beantwortung der Forschungsfragen eignen.

3.1. Strukturzentrierte Zugänge zu sozialen Bewegungen

Der überwiegende Teil der Ansätze in der Bewegungsforschung basiert auf der Annahme, dass sich soziale Bewegungen aufgrund von relativer Deprivation oder kollektiver Unzufriedenheit formieren, aber dass dies noch nicht die hinreichende Bedingung und Erklärung sein kann. Aus diesem Grund wurde nach weiteren Erklärungen gesucht. Bis in die 1980er-Jahre hinein standen hier vor allem sozialstrukturelle Faktoren im Fokus der Analyse.[6]

[6] Eine strikte Trennung in strukturzentrierte und handlungsbezogene Ansätze der Bewegungsforschung scheint heute obsolet, denn beide Richtungen haben sich wei-

Ressourcen-Mobilisierungstheorien waren bis Mitte der 1980er-Jahre das die westliche Bewegungsforschung dominierende Erklärungsmodell für die Formierung von sozialen Bewegungen (vgl. Kern 2008: 11). Bei diesem von Mayer N. Zald und John D. McCarthy (McCarthy/Zald 1977) formulierten Ansatz wird die Formierung einer sozialen Bewegung mit dem Vorhandensein von Ressourcen erklärt, die das Handeln der Akteur_innen begrenzen oder auch begünstigen können, und die Art und Weise, wie die Aktivist_innen diese erschließen und effektiv für die Realisierung ihrer Ziele nutzen. Diese Ressourcen umfassen nicht nur materielle Aspekte, wie Geld, sondern zum großen Teil auch immaterielle Ressourcen, wie soziale Beziehungen, charismatisches Auftreten von Führungspersonen oder rhetorisches Geschick von Aktivist_innen (vgl. Kern 2008: 123). Trotz der vielfachen Modifizierungen und Ausdifferenzierungen der Theorie (z.B. Edwards/McCarthy 2004; McCarthy/Zald 2001; Zald/McCarthy 1979; Jenkins 1983) konnte keine Einigkeit über einen festgelegten Kanon von den Bewegungserfolg begünstigenden Ressourcen erlangt werden (vgl. Kern 2008: 123). Im Zuge der Entwicklung der Ressourcen-Mobilisierungstheorien wurden Aktivist_innen nun nicht mehr – wie in den Anfängen der Bewegungsforschung – als irrationale Akteur_innen betrachtet, sondern in Rekurs auf die Rational-Choice-Theorie als rational und strategisch handelnde Subjekte (vgl. Kern 2008: 122). Daraus folgte auf der einen Seite ein differenzierterer, realistischerer Blick auf soziale Bewegungen, da diese nicht mehr als »aggressive Masse« wahrgenommen wurden, wie es bei den ersten sozial- und massenpsychologisch inspirierten Arbeiten zu sozialem Protest der Fall war. Andererseits trug diese Sichtweise sicherlich zu der nicht unproblematischen Annahme von rational und strategisch handelnden Bewegungsaktivist_innen bei.

Ein weiterer Zugang zu sozialen Bewegungen, bei dem die strukturellen Rahmenbedingungen im Vordergrund stehen, ist die *Theorie politischer Gelegenheitsstrukturen*. Dieser Ansatz wurde maßgeblich von Peter Eisinger entwickelt und 1973 vorgestellt (Eisinger 1973) und in den folgenden Jahrzehnten u.a. von Sidney Tarrow, David Meyer, Charles Tilly, Doug McAdam und Herbert Kitschelt weiterentwickelt (Kitschelt 1986; Kitschelt 1999; McAdam 1996; McAdam/Tarrow/Tilly 2003; Meyer 2004; Tarrow 1988; Tarrow 1991; Tarrow 1998). Bei diesem Ansatz steht die Offenheit oder Geschlos-

---

terentwickelt und Komponenten des jeweils anderen Zugangs in ihre Theoriebildung miteinbezogen. Dennoch bestehen beide Strömungen mit den jeweiligen Schwerpunktsetzungen und Erklärungsmodellen fort, sodass eine diesbezügliche Klassifizierung zum besseren Verständnis der jeweiligen Grundprämissen hilfreich sein kann.

senheit eines politischen Systems, politischen Protest und erhobene Forderungen aufzunehmen oder abzuweisen, im Fokus der Analyse. Es wird davon ausgegangen, dass »die institutionellen und informellen Rahmenbedingungen des politischen Aushandlungsprozesses als Anreizstrukturen und Restriktionen« (Ullrich 2008: 31) fungieren und dementsprechend das Auftreten und den Erfolg von Protest erklären können. Dieser Ansatz wurde in den vergangenen Jahren um die Berücksichtigung *diskursiver Gelegenheitsstrukturen* erweitert, die sich »auf das *framework* von Ideen und ideengenerierenden Institutionen« beziehen und erklären sollen, »warum bestimmte Akteure und Deutungsmuster im öffentlichen Diskurs prominenter sind als andere« (Ullrich 2008: 35). So sind z.B. vorherrschende Wertvorstellungen ein Faktor für die Erklärung von politischem Protest. Dieser Ansatz, bei dem Kultur- und Diskursanalysen mit Theorien politischer Gelegenheitsstrukturen zusammengeführt werden, ist bisher jedoch nur wenig analytisch elaboriert (vgl. Ullrich 2008: 33). Ein weiterer Ansatz, der die politischen, institutionellen und materiellen Gelegenheitsstukturen um kulturelle Faktoren ergänzt, ist das Konzept der »kulturellen Umgebung« (cultural environment) von Rhys H. Williams (Williams 2004).

Darüber hinaus existieren weitere, tendenziell ebenfalls eher als strukturzentriert einzustufende, Erklärungen, wie die *Netzwerkanalyse*, bei der der Einfluss von sozialen Netzwerken und Allianzsystemen auf das Entstehen sozialer Bewegungen sowie deren Mobilisierungsfähigkeit analysiert werden (z.B. Kolb 1997).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei diesen primär strukturzentrierten Ansätzen die Sichtweisen, Wahrnehmungen und Deutungen der Akteur_innen und folglich die Diskursebene weitestgehend unbeachtet bleiben. Politische Gelegenheitsstrukturen, Ressourcen und soziale Missstände müssen jedoch erst als solche wahrgenommen – geframet – werden, damit die Aktivist_innen die Notwendigkeit, Möglichkeit und Sinnhaftigkeit von politischem Aktivismus sehen und potenzielle Aktivist_innen für eine Teilnahme an Protesten mobilisieren können. Um diese interpretative Komponente von Mobilisierung in den Blick nehmen zu können, wurde in den 1980er- Jahren das *Framing-Konzept* von der Forscher_innengruppe um David A. Snow und Robert D. Benford entwickelt (z.B. Snow et al. 1986; Snow/Benford 1988; Snow/Benford 1992; Benford/Snow 2000). Sie erklären politische Mobilisierung vor allem damit, dass es Aktivist_innen gelingt, verschiedene Ereignisse, Missstände und Themen so darzustellen, dass Menschen einen Sinn in politischem Engagement erkennen können und auf diese Weise weitere Menschen zur politischen Partizipation animiert wer-

den. Da es in dieser Arbeit um Deutungsmuster und die Analyse von Inhalten geht, erscheint der Bezug auf diesen Ansatz am fruchtbarsten. Aus diesem Grund werde ich im Folgenden auf das Framing-Konzept ausführlicher eingehen. Es wird sich jedoch zeigen, dass auch dieser Zugang meinem Erkenntnisinteresse und theoretischen Ansatz nicht vollständig gerecht wird und daher ergänzt bzw. modifiziert werden muss.

3.2. Framing – oder: Wieso bewegen sich die bewegten Menschen?

Im Gegensatz zu den oben beschriebenen strukturzentrierten Zugängen zu sozialen Bewegungen stehen beim Framing-Ansatz die Interpretationsleistungen der Aktivist_innen im Zentrum der Analyse. Die Grundannahme des Framing-Ansatzes lautet, dass objektive Gegebenheiten, wie soziale Missstände, erst der Interpretation durch die Akteur_innen bedürfen, damit Proteste initiiert werden. Snow und Benford wenden sich daher gegen rein strukturzentrierte Ansätze, bei denen (politisches) Handeln mit soziostrukturellen Gründen erklärt wird:

> »From this perspective, social movements are not viewed merely as carriers of extant ideas and meanings that grow automatically out of structural arrangements, unanticipated events, or existing ideologies. Rather, movement actors are viewed as signifying agents actively engaged in the production and maintenance of meaning for constituents, antagonists, and bystanders or observers (Snow and Benford [1988]). They are deeply embroiled, along with the media, local governments, and the state, in what has been referred to as the ›politics of signification‹ (Hall 1982).« (Benford/Snow (2000: 613)

Um den diagnostizierten strukturellen Engführungen zu entgehen, und der Bedeutung der subjektiven Framing-Prozesse der Aktivist_innen bei der Bewegungsmobilisierung Rechnung zu tragen, wurde der Framing-Ansatz in Rekurs auf psychologische, subjekttheoretische und psychosoziale Ansätze entwickelt (vgl. Snow et al. 1986: 464). Der Begriff Frame bezieht sich auf Erving Goffmanns Konzept der »schemata of interpretation« (Goffman 1974: 21; vgl. Snow et al. 1986: 464). Durch diese Interpretationsschemata werden soziale Akteur_innen überhaupt dazu befähigt, ihre Umwelt zu begreifen: Frames »organize experience and guide action, whether individual or collective« (Snow et al. 1986: 464). Bezogen auf soziale Bewegungen bedeutet dies, dass der Erfolg von Mobilisierungspro-

zessen nicht nur auf strukturelle Gründe zurückzuführen ist, sondern auch ein Ergebnis von Framing-Prozessen ist. Durch diese geben die sozialen Akteur_innen Ereignissen und Erfahrungen eine Bedeutung. Sie interpretieren ihre Umwelt in einer bestimmten Art und Weise, die sie dazu bewegt, sich politisch zu engagieren, indem sie dem Konflikt, ihren Zielen und ihrem Handeln einen Rahmen und folglich eine Rechtfertigung geben (vgl. Kolb 1997). Für eine erfolgreiche Mobilisierung müssen die Aktivist_innen dementsprechend Frames zur Verfügung stellen, die potenziellen Aktivist_innen Anreize geben, sich ebenfalls politisch zu engagieren. Dadurch werden aus sozialen Akteur_innen politische Aktivist_innen. Im Rahmen ihrer Forschung haben Snow und Benford diese Framing-Prozesse genauer analysiert und systematisiert. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass es für eine erfolgreiche Mobilisierung wichtig ist, dass die Aktivist_innen dieselbe *Problemdefinition, Verantwortungszuschreibung* und *Problemlösung* teilen (vgl. Benford/Snow 2000: 615; auch Snow/Benford 1992: 138–141). Es ist dementsprechend erstens von zentraler Bedeutung, dass Aktivist_innen eine ähnliche *Diagnose* darüber stellen, was das Problem genau umfasst, was seine Ursachen und wer die Verantwortlichen sind. Snow und Benford bezeichnen dies als *diagnostic framing*. Zweitens müssen soziale Bewegungen eine *Prognose* erstellen, wie mittels ihrer Intervention der soziale Missstand behoben werden, also wie eine Problemlösung aussehen kann (*prognostic framing*). Und drittens müssen *Anreize* entwickelt werden, die ein gemeinsames Handeln sinnvoll erscheinen lassen, wie Anerkennung, Solidarität oder moralische Appelle (vgl. Kern 2008: 145). Diese fassen Snow und Benford unter *motivational framing* zusammen. Für eine erfolgreiche Mobilisierung müssen diese drei *framing tasks* erfüllt sein. Snow und Benford haben darüber hinaus vier verschiedene Möglichkeiten von interpretativen Prozessen, so genannte *frame alignment*-Prozesse, in deren Folge diese drei *framing tasks* erfüllt und bestimmte Frames verbunden werden, identifiziert:

Frame Bridging meint die Verbindung von zwei ideologisch kongruenten, aber strukturell unverbundenen Frames (vgl. Snow et al. 1986: 467). Es wird hier davon ausgegangen, dass die Menschen bereits Orientierungen teilen, sie jedoch noch nicht organisatorisch verbunden sind. Durch bestimmte Medien, wie z.B. Massenmedien, Email-Aufrufe, Flugblätter, werden diese Einstellungen strukturell bzw. organisatorisch miteinander verbunden.

Durch *Frame Amplification* wird ein Frame inhaltlich oder organisatorisch verstärkt, z.B. durch Symbolik. Damit vergrößert sich die kulturelle Resonanz eines Deutungsrahmens (vgl. Kern 2008: 147).

Bei Frames, die nicht direkt die konkrete Lebenssituation oder die Bedürfnisse der Akteur_innen betreffen und in deren Rahmen auch nicht auf eine bereits bestehenden Stimmung oder einen Interessenverband zurückgegriffen werden kann, können Frames mittels der inhaltlichen Ausweitung eines Deutungsrahmens verbunden werden (*Frame Extension*, vgl. Snow et al. 1986: 472).

Wenn die Frames einer sozialen Bewegung oder Bewegungsorganisation nicht mit denen der Individuen korrespondieren oder sogar gegensätzlich sind, müssen neue Frames »implantiert« werden (*Frame Transformation*, vgl. Snow et al. 1986: 473). Durch eine Re-Interpretation von bereits interpretierten Themen, Ereignissen oder Handlungen können auf diese Weise neue Bedeutungen, Sichtweisen und Zusammenhänge erzeugt werden. Snow identifiziert zwei verschiedene Arten von Frame Transformation: Zum einen die Transformierung von Frames in einem bestimmten, abgegrenzten Bereich, und zum anderen die Umdefinierung von globalen Frames (vgl. Snow et al. 1986: 474). Einen solchen globalen Frame bezeichnen Snow und Benford als *Master Frame* (Snow et al. 1986: 475), den sie im Laufe ihrer weiteren Arbeit ins Zentrum der Analyse rücken und vertiefend bestimmen werden. Ein Master Frame organisiert eine gesamte Weltsicht neu und re-interpretiert damit zusammenhängende Frames. Dieser Master Frame muss ausreichend flexibel und breit genug sein, damit es ihm gelingt, viele Bereiche zu re-interpretieren.

Snow und Benford ist es mithilfe dieser Werkzeuge gelungen, Mobilisierungsprozesse genauer zu durchleuchten und infolgedessen die Rolle und das Wirken von »Bedeutungsarbeit« bei der Untersuchung von sozialen Bewegungen auf die wissenschaftliche Forschungsagenda zu bringen. Sie können daher als diejenigen bezeichnet werden, die einen »cultural turn« (vgl. u.a. Williams 2004: 91) in der Bewegungsforschung initiiert haben.

Der Framing-Ansatz aus diskurs- und hegemonietheoretischer Perspektive

Snow und Benfords Perspektive auf soziale Bewegungen impliziert bestimmte ontologische Grundannahmen bezüglich des handelnden Subjekts, die aus einem diskurs- und hegemonietheoretischen Standpunkt heraus problematisch erscheinen. Ihr Ansatz basiert auf der Annahme von prädiskursiven mobilisierungsfähigen Einstellungen und Identitäten, die dem politisch aktiven Subjekt voraus gehen. Darüber hinaus bleiben in ihrem Ansatz gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse, in denen politisches Handeln stattfindet, unterbelichtet. Auf diese essenzialistischen

Vorstellungen des Subjekts und von Gesellschaftlichkeit möchte ich im Folgenden näher eingehen.

Annahme der Existenz prädiskursiver mobilisierungsfähiger Einstellungen und Identitäten

In Snow und Benfords Ansatz stehen Mobilisierungsprozesse im Zentrum der Analyse. Deutungsrahmen werden dementsprechend primär aus der Perspektive von Erfolg und Mobilisierungsstrategien betrachtet. Der Zugang zu sozialen Bewegungen basiert in diesem Zusammenhang auf bestimmten subjekttheoretischen Annahmen, die die Erklärungskraft ihres Ansatzes einschränken. Framing wird bei Snow und Benford als intentionaler, strategischer und von den Bewegungsakteur_innen geplanter Prozess konzipiert, bei dem Deutungsrahmen mittels der Frame-Alignment-Prozesse bewusst und geplant aktiviert werden und auf diese Weise Partizipation initiiert wird. Snow und Benford unterstellen dem Subjekt eine Linearität und Intentionalität, die möglicherweise so gar nicht existiert (vgl. Schwenken 2006: 82). Mobilisierungsprozesse werden zwar auch von Bewegungsakteur_innen aktiv initiiert, viele vollziehen sich jedoch unbewusst, häufig sogar unbeabsichtigt und zufällig. Snow und Benfords Zugang zu sozialen Bewegungen basiert dementsprechend auf einem Subjektverständnis, bei dem – basierend auf den Prämissen der Rational-Choice-Theorie – von rational, intentional, voluntaristisch und strategisch handelnden Subjekten und Bewegungsorganisationen ausgegangen wird. Das Framing-Konzept wird infolgedessen den Subjekten, die im Fokus der Analyse stehen, nicht mehr vollständig gerecht:

> »Der Framing-Ansatz (Snow et al. 1986), der angetreten war, um dagegen ideationalen Prozessen wieder zu mehr Bedeutung zu verhelfen, lenkte zwar tatsächlich erneut den Blick auf Inhalte von Protestakteuren und Protestkommunikation, aber auch er verharrte mit seinen Grundkategorien in dieser rationalistisch verengten Perspektive, die letztlich ihr eigenes Forschungsobjekt nicht mehr ernst nimmt.« (Ullrich 2012: 317)

Ullrich zufolge werde darüber hinaus übersehen, dass soziale Bewegungen und politischer Protest nicht nur strategisch inspiriert und motiviert seien, sondern vor allem auch dadurch, dass die Aktivist_innen »ein Ereignis interpretieren und diese Interpretationen so tatsächlich glauben« (Ullrich 2012: 318). Politisches Engagement und Partizipation vollziehen sich dementsprechend nicht primär aus einem strategischen Interesse oder Kalkül heraus, sondern vor allem, weil die Aktivist_innen von einer bestimmten Sache überzeugt sind, diese Überzeugung in der Lebenswelt der Aktivist_innen

zurückgebunden ist und diese auch gleichzeitig erzeugt. Die Sinnhaftigkeit dieses alltagsweltlichen Kommunikations- und Handlungszusammenhangs lässt sich folglich nicht primär über den strategischen Gesellschaftsbezug erklären (vgl. Ullrich 2012: 318).

Mit diesem rationalistischen Subjektverständnis geht darüber hinaus die Vorstellung von geschlossenen, prädiskursiv konstituierten Subjekten einher. So basieren die beiden frame-alignment-Prozesse Frame Bridging und Frame Amplification auf der Annahme, dass ein nicht aktivierter, aber generell mobilisierungsfähiger Pool an Einstellungen und Stimmungen existiert (vgl. Snow et al. 1986: 467). Mobilisierung wird als geplanter, sich bewusst vollziehender Prozess verstanden, bei dem bereits konstituierte Einstellungen durch die Alignment-Prozesse verbunden werden. Diese Vorstellung von geschlossenen, prädiskursiven, kohärenten Identitäten erscheint jedoch zu statisch. Die Möglichkeit, dass politische Positionen und Identitäten im Allgemeinen als solche erst durch genau diese Prozesse erzeugt werden, wird beim Framing-Konzept nicht berücksichtigt. Subjekte werden zwar als von ihrer Umwelt geprägt verstanden, aber als dennoch präkonstituierte Einheiten, die in den (politischen) Diskurs eintreten. Mobilisierungsprozesse werden als *inter*-subjektiv – nicht aber als *intra*-subjektiv – verstanden. Als Folge dieser eingeschränkten Sichtweise wird die subjektkonstituierende Wirkung von Mobilisierungsprozessen übersehen. Stattdessen erscheint dieser Pool an Einstellungen und Stimmungen als objektive Struktur. Die von Snow und Benford kritisierte Fokussierung auf strukturelle Faktoren ist auf diese Weise durch die Hintertür wieder in die Analyse eingetreten; die objektiven Strukturen wurden – vereinfacht ausgedrückt – einfach in das Innere des Subjekts verlegt. Ebenso erscheinen die gesellschaftlichen Verhältnisse als objektives, neutrales Setting, in dem Mobilisierungsprozesse stattfinden. Macht- und Herrschaftsverhältnisse und die hegemoniale Produktion von gesellschaftlicher Realität bleiben infolgedessen unsichtbar. Auf diesen Aspekt werde ich im folgenden Teil eingehen.

Gesellschaftsverständnis

Mobilisierungsprozesse – wie alle Deutungsprozesse – finden immer vor einem spezifischen gesellschaftlichen Hintergrund statt. Dies impliziert erstens, dass die Aktivist_innen innerhalb gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse agieren und in diese in irgendeiner Weise verstrickt sind. Zweitens finden Mobilisierung und politisches Engagement immer auf der Basis bereits bestehender gesellschaftlicher, meist unhinterfragter und folglich implizierter Frames statt. Auf diese wird sich im Rahmen der

Framing-Prozesse bezogen und sie treten auf diese Weise im Bewegungskontext in Erscheinung. Beide Aspekte bleiben im Framing-Ansatz unterbelichtet. Zwar lassen sich mit dem Konzept des Master-Frames auch bewegungsübergreifende Framing-Prozesse untersuchen und ins Verhältnis zu bestehenden Frames setzen. Die diesen Sinngebungsprozessen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die hegemonialen, z.T. sedimentierten spezifischen Wissensbestände, auf denen die einzelnen Interpretationsakte basieren, oder in Gramscis Worten, die Analyse des Alltagsverstands, bleiben im Dunkeln. Die gesamtgesellschaftlichen Kämpfe um die Hegemonie spezifischer Wissens- und Erfahrungsbestände und diesbezügliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse können mit diesem Konzept nur schwerlich analysiert werden. Stattdessen erscheinen gesellschaftliche Verhältnisse als neutrales, objektives Setting.

Dieser blinde Fleck im Framing-Konzept lässt sich auf die bereits beschriebene, *akteur_innen*zentrierte Sichtweise zurückzuführen: Framing wird als von autonom handelnden *Subjekten* ausgeführte Mobilisierungsstrategie verstanden. Mit dem Framing-Konzept lassen sich daher schwerlich gesellschaftliche *Verhältnisse* – und damit zusammenhängend Kämpfe um Bedeutungen und hegemoniales Alltagswissen – analysieren. Gegenüber Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist dieses Konzept daher blind; politisches Handeln wird primär als Verhandeln von Positionen verstanden. Öffentlichkeit wird infolgedessen nicht als umkämpftes, von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenes Terrain verstanden, sondern als neutrale Arena. In diesem Sinne ist das Framing-Konzept ein liberaler Ansatz zur Erklärung der Entstehung von sozialen Bewegungen.

Thomas Kern hat versucht, mit der Einführung des *memory framing* diese gesellschaftshistorische Leerstelle in Snow und Benfords Konzept zu füllen. *Memory framing* meint dabei »die Entwicklung eines kollektiven Gedächtnisses«, denn »[j]ede soziale Interaktion beruht auf bestimmten Realitätsannahmen, die nicht eigens in die Kommunikation eingeführt oder begründet werden müssen (Luhmann 1996: 121)« (Kern 2008: 145). Diese Realitätsannahmen bilden einen »unhinterfragten Kontext«, einen »symbolische[n] Rahmen« (Kern 2008: 145). Aber auch diese Ergänzung vermag es nicht, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die dieses kollektive Gedächtnis maßgeblich bestimmen, befriedigend zu erfassen.

Resümee

Die Entwicklung und Etablierung diskurstheoretischer Ansätze ist auch an der Bewegungsforschung nicht spurlos vorbeigegangen. So lässt sich in der weiteren Entwicklung des Framing-Konzepts eine Berücksichtigung diskurstheoretischer Debatten erkennen. In einem Artikel von Snow und Benford aus dem Jahr 2000 wird Framing daher nicht mehr nur als *strategischer*, intendierter und geplanter Prozess verstanden, sondern es wird darüber hinaus nach den dahinterliegenden *diskursiven* Prozessen sowie Aushandlungsprozessen gefragt (Benford/Snow 2000: 623). Sie weisen in diesem Zusammenhang auf die gesellschaftliche Einbettung von Bedeutungsarbeit hin:

> »All actors within the collective action arena who engage in this reality construction work are embroiled in the politics of signification. This means that activists are not able to construct and impose on their intended targets any version of reality they would like; rather there are variety of challenges confronting all those who engage in movement framing activities.« (vgl. Benford and Snow 2000: 625)

Framing Prozesse vollziehen sich demnach nicht (mehr) in einem luftleeren Raum, sondern unter konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, die den Rahmen der möglichen Frames festlegen. Darüber hinaus wurde der methodologische Zugang und das methodische Instrumentarium in den letzten zwei Jahrzehnten im Rahmen empirischer Studien, die u.a. mit dem Framing-Konzept arbeiten, um diskurstheoretische Elemente ergänzt (z.B. Donati 2001; Schwenken 2006). Wie in dem angeführten Zitat jedoch deutlich wird, wird Diskurs nur als *ein* Element der Realitätskonstruktion verstanden; es besteht daher kein allgemeines Verständnis des fortwährenden Kampfes um die Hegemonie einer spezifischen Realität und diesbezüglicher Prozesse, auf denen Framing – ob strategisch oder diskursiv – basiert. Diskurs wird in den Arbeiten, die (auch aus einer diskursanalytischen Perspektive) mit dem Framing-Konzept arbeiten, primär unter dem Gesichtspunkt der (öffentlichen) Kommunikation und Aushandlung verstanden. Der Umstand, dass jegliche soziale Realität – also auch strukturelle Settings, Strategien usw. – auf diskursiven Prozessen basiert, in denen unter bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen Realität ständig (re)produziert und legitimiert wird, lässt sich mit diesem Ansatz nicht zufriedenstellend erfassen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Snow und Benford es vermocht haben, die Wichtigkeit von Sinngebungsprozessen in der Analyse von sozialen Bewegungen hervorzuheben. Aber auch sie sind einer begrenzten

Vorstellung von Diskurs verhaftet geblieben und haben dementsprechend nur einen »cultural turn«, nicht aber einen »discursive turn« vollzogen. Darüber hinaus stehen nicht die konkreten *Inhalte*, sondern ausschließlich die *Mobilisierungsprozesse* im Vordergrund des analytischen Zugangs. Der Framing-Ansatz stellt daher einen guten Ausgangspunkt für eine Analyse der Bedeutungsrahmen von Aktivist_innen dar, bedarf jedoch einer diskurs- und hegemonietheoretischen Erweiterung bzw. Reformulierung.

4. Hegemonie – Diskurs – Gegen-Hegemonie

Wie in Kapitel 3 erläutert wurde, werden Protest und soziale Bewegungen in den meisten Arbeiten der sozialen Bewegungsforschung auf ihre Erfolgsbedingungen hin analysiert, das Handeln und die Merkmale der Teilnehmer_innen beschrieben und kategorisiert, miteinander in Verbindung gesetzt und Kausalzusammenhänge hergestellt. Untersuchte Fragen sind bspw.: Welchen Einfluss haben Alter und Bildungsabschluss auf das Protestverhalten? Aus welchem Milieu stammen die Protestierenden? Was waren die politischen Rahmenbedingungen oder die zur Verfügung stehenden und genutzten Ressourcen und wie haben sie sich auf den Verlauf der Bewegung ausgewirkt? Wie hat es die Bewegung geschafft, verschiedene Themen miteinander in Verbindung zu setzen und auf dieser Basis breite Teile der Bevölkerung zu mobilisieren? Auf welche Weise wurden kollektive Identitäten konstruiert und wie wirkt sich die zunehmende Internationalisierung von Politik auf diese Identitäten und das Handeln der Akteur_innen aus?

Welche Gesellschaftsideale und Handlungsmuster die politischen Praxen implizieren, auf welchen Prämissen sie basieren und welche Möglichkeitsräume sie produzieren, bleibt hingegen zumeist im Dunkeln. Das *Wesen der politischen Prozesse* selbst ist nicht Gegenstand der Analysen; es wird selten nach tieferen Zusammenhängen und Logiken gefragt. Was die konkreten Praxen und Inhalte gesamtgesellschaftlich bedeuten, auf welchen machtvollen Wahrheitshorizonten sie basieren und welche sie durch ihr Handeln selbst produzieren, kann auch mittels des Framing-Ansatzes nicht zufriedenstellend beantwortet werden und kann daher als ein blinder Fleck in der Bewegungsforschung angesehen werden. Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit erscheinen infolgedessen in vielen empirischen Studien wie auch in Demokratietheorien (z.B. bei Habermas' Konzeption einer deliberativen Demokratie [Habermas 1996]) als neutrale Sphären der Aushandlung und Verhandlung von Geltungsansprüchen. Macht und Herrschaft werden hier als ausschaltbare Störfaktoren begriffen oder erst gar nicht thematisiert, sodass ein voluntaristisches, von gesellschaftlichen Zusammenhängen losgelöstes Bild von Protest entsteht. Selbst wenn der gesellschaftliche Raum, in dem Protest stattfindet, miteinbezogen wird, bleiben seine Rolle und sein Wesen untertheoretisiert. Um jedoch soziale Bewegungen, politischen Protest und widerständige Praxen adäquat analysieren zu können,

ist eine theoretische Einordnung dieser Praxen, ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung, Wirkweise und Rahmung sowie des Verhältnisses zu dem herrschenden System nötig.

Der Hegemonieansatz nach Antonio Gramsci und dessen poststrukturalistische Wendung durch Ernesto Laclau und Chantal Mouffe stellen hierfür ein hilfreiches Werkzeug dar. Mithilfe von Gramscis Hegemonieansatz lässt sich nachzeichnen, auf welche Weise Zivilgesellschaft grundlegend vermachtet ist und wie Hegemonie über die unsichtbare und doch extrem wirksame Macht des Konsenses hergestellt wird. Aus diesem Grund beschäftigt sich der erste Teil dieses Kapitels mit Gramscis Hegemonieansatz. Die diskurstheoretische Wendung des Gramscianischen Hegemonieansatzes durch Laclau und Mouffe ermöglicht es, Hegemonie als fundamental realitätskonstituierende, von substanziellen (Klassen-)Identitäten losgelöste Praxis zu begreifen. Die in der Bewegungsforschung dominante Frage nach den die Entstehung von sozialen Bewegungen begünstigenden Einflussfaktoren stellt sich infolgedessen auf eine ganz andere Weise. Wenn soziale Realität als diskursiv erzeugt verstanden wird, kann es keine vorher bestehenden, »objektiven« Bedingungen und Identitäten geben. Diese entstehen – wie die Identitäten auch – erst durch ihre spezifische Artikulation. Aus diesem Grund erscheint es hilfreich, im zweiten Teil dieses Kapitels in den Diskursbegriff nach Laclau und Mouffe einzuführen und zu erläutern, welche Auswirkungen und Möglichkeiten aus der diskurstheoretischen Wendung des Hegemonieansatzes resultieren. Im dritten Teil dieses Kapitels wird auf dieser Basis ein Begriff von Gegen-Hegemonie entworfen, der die formulierten diskurs- und hegemonietheoretischen Prämissen aufnimmt und sie in ein Konzept politischer Handlungsfähigkeit übersetzt. Daran anschließend werden im letzten, vierten Teil Prämissen für eine kritische, diskurs- und hegemonietheoretisch inspirierte Bewegungsforschung entwickelt.

4.1. Hegemonie. Gramsci

Der italienische Journalist, Politiker und Philosoph Antonio Gramsci hat Anfang des 20. Jahrhunderts in der marxistischen Theorie eine entscheidende Wendung eingeläutet, indem er Herrschaft in den »industriell und zivil fortgeschrittensten« (Gramsci 1991: 1587-90, Heft 13, §24) Gesellschaften als nicht nur durch äußeren Zwang abgesichert begriffen hat, sondern vor allem durch Konsens. Im Gegensatz zu rein ökonomischen und staatstheoretischen Ansätzen lenkt er den Fokus auf die kulturellen Prozesse, die

den Alltagsverstand formen und über die Herrschaft vollzogen und stabilisiert wird. Seine Überlegungen ermöglichen daher eine neue Sichtweise auf die Funktionsweise kapitalistischer Herrschaftsausübung. Es handelt sich bei Gramscis Hegemonieansatz jedoch nicht um ein einheitliches, kohärentes Werk. Gramsci hat in den später als »Gefängnishefte« bekannt gewordenen Schriften von 1929 bis Ende 1934 seine philosophischen und gesellschaftstheoretischen Gedanken notiert, als er aufgrund seiner politischen, intellektuellen und journalistischen Tätigkeiten durch das faschistische Regime in Italien inhaftiert worden war.[7] Diese erzwungene Aufgabe seiner *politischen* Praxis hat dazu geführt, dass er sich ausführlicher mit *theoretisch*-politischen Fragen beschäftigen konnte (vgl. Candeias 2007: 15). Er selbst beschreibt die Hefte als eine »rasche Gedächtnisstütze«, die, »[g]eschrieben, ohne die Bücher, auf die Bezug genommen wird, bei der Hand zu haben«, möglicherweise »nach der Kontrolle radikal korrigiert werden [muss], weil sich gerade das Gegenteil des Geschriebenen als wahr herausstellen könnte« (Gramsci 1991: 1367, Heft 11, Notiz methodischer Art). Dieses Extrem hat sich zwar nicht bewahrheitet, aber für ein besseres Verständnis und für eine bessere Einordnung der Gefängnishefte ist dies dennoch wichtig zu wissen. Seine Texte unterlagen darüber hinaus einer Selbstzensur, damit sie die Gefängniszensur passieren konnten. Der Charakter der Texte ist dementsprechend relativ unsystematisch, fragmentarisch und unzusammenhängend. Beim Lesen befinden wir uns quasi mitten im konkreten Denkprozess Gramscis:

> »(...) wir finden uns sozusagen im Laboratorium wieder, erhalten Einblick in die Genealogie eines neuen Denkens, das immer wieder neu ansetzt, überprüft, revidiert, weiter entwickelt wird, immer neue Anschlüsse erlaubt. So ist die Methode der Verknüpfung, der Artikulation, wahrscheinlich die eigentliche Methode der *Gefängnishefte*, um ein komplex gegliedertes Ganzes gesellschaftlicher Verhältnisse begreiflich fassbar zu machen.« (Candeias 2007: 16)

Die Gefängnishefte stellen daher eher ein »Antiwerk [als ein Hauptwerk dar], durchsetzt von fast warnenden Hinweisen auf seinen vorläufigen Charakter, ein riesenhaftes fragmentarisches Mosaik« (Haug 1991: 8). Die Begrifflichkeiten sind daher manchmal unpräzise und an manchen Stellen widersprüchlich, sodass weder von *der* Hegemonietheorie noch von einer Hegemonie*theorie* gesprochen werden kann. Es ist vielmehr ein Ansatz, eine

[7] Gramsci war bereits 1926 verhaftet und 1928 zu über 20 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Denkweise, die – worauf Gramsci explizit hinweist – einer spezifischen historischen Situation geschuldet ist und sich konkret auf diese bezieht. Die Wirkweise von Hegemonie kann sich dementsprechend in einer anderen gesellschaftspolitischen Konstellation anders darstellen.[8] Trotz dieser Umstände und der Tatsache, dass es Gramsci aufgrund seines frühen Todes 1937 nicht vergönnt war, seine Notizen zu einer Theorie auszuarbeiten, beweisen die Gefängnishefte eine erstaunliche analytische Schärfe und eröffnen einen alternativen analytischen Blickwinkel, mit dem fundamentale gesellschaftliche Prozesse noch weit über Gramscis »Epoche« hinaus erhellt werden können. Die Tragweite von Gramsics Ideen hat bereits der damalige Staatsanwalt in seiner Anklagerede 1928 erkannt: »Für die nächsten 20 Jahre müssen wir verhindern, dass dieses Gehirn funktioniert.« (Fiori 1979, zit. n. Candeias 2007: 15)

Grundprämissen des Hegemonieansatzes: Zivilgesellschaft als das Tor zur Gesellschaft (und ihrer Beherrschung)

Gramsics Hauptinteresse galt der Frage, warum es den revolutionären Bewegungen in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern – im Gegensatz zur den Kräften der Oktoberrevolution 1917 in Russland – nicht gelungen ist, ihr Gesellschaftsideal gesamtgesellschaftlich durchzusetzen und im Staat zu implementieren. Seiner Analyse nach liegt der Grund darin, dass sich in den westeuropäischen, »industriell und zivil fortgeschrittensten Gesellschaften« eine Zivilgesellschaft herausgebildet hat, durch die das liberal-kapitalistische System geschützt und abgesichert wird:

> »Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewahrte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine ro-

[8] In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass bei der Bezugnahme auf und Darstellung von Gramscis Hegemonieansatz – viel stärker noch als bei anderen politischen Theorien oder Ansätzen – die eigene, individuelle Lesart und Schwerpunktsetzung eine Rolle spielt. Denn »jede Darstellung und Aneignung von Gramscis Hegemonieverständnis [ist] mit der Tatsache konfrontiert, keine elaborierte Hegemonie*theorie* vorzufinden« (Merkens 2006: 4, Herv. i. O.). Die hier vertretene Lesart legt den Fokus auf die Aspekte in Gramscis Hegemonieansatz, die für das Verständnis und die Weiterentwicklung von politischem Protest und gegen-hegemonialer Perspektiven fruchtbar gemacht werden können.

> buste Kette von Festungen und Kasematten befand (…).« (Gramsci 1991: 874, Heft 7, § 16)

Im Gegensatz zum damaligen Russland, wo die politische Macht mittels der Stürmung des Winterpalais ergriffen und der Staat erobert werden konnte, stellten sich die Gesellschaften in den westeuropäischen Ländern ganz anders dar: Der Staat war hier nicht mehr nur ein politisches Bollwerk, »eine Maschine, ein militärischer oder polizeilicher Apparat oder eine Bürokratie« (Demirović 2007b: 24), das durch Zwang und offene Gewalt herrscht, sondern war zum »integralen Staat« geworden. Durch diese Erweiterung des Staates in die Zivilgesellschaft hinein ist er selbst Gesellschaft geworden. Ein Angriff auf den Staat kommt daher einem Angriff auf die gesamte Gesellschaft und die Lebensweise jedes einzelnen gleich. Gramsci verwendet daher auch den Begriff »ethischer Staat« für die Zivilgesellschaft (vgl. Gramsci 1991: 783, Heft 6, § 88).

Die Zivilgesellschaft steht damit im Zentrum seiner gesellschaftswissenschaftlichen und staatstheoretischen Analysen. Dies stellte zu seiner Zeit ein Novum dar, denn damals wurden vor allem staats- und wirtschaftstheoretische und -analytische Überlegungen und Analysen zum Verständnis der politischen Kräfteverhältnisse herangezogen. Gramsci hat jedoch erkannt, dass weder »[d]er ›stumme Zwang der Verhältnisse‹, der von der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln« (Scherrer 2007: 72) ausgeht, noch politischer oder staatlicher Zwang ausreichen, um die kapitalistischen Verhältnisse abzusichern und beständig zu reproduzieren. Die Zivilgesellschaft wird damit zu einem zentralen Terrain erklärt, auf dem gesellschaftliche Kämpfe ausgetragen werden und wo Herrschaft abgesichert wird. Die Unterscheidung von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft ist folglich zentral:

> »Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle Ebenen festlegen: diejenige, die man die Ebene der Zivilgesellschaft nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin privat genannten Organismen, und diejenige der politischen Gesellschaft oder des Staates – ›die der Funktion der Hegemonie‹, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der direkten Herrschaft oder des Kommandos, die sich im Staat und in der formellen Regierung ausdrückt, entsprechen.« (Gramsci 1991: 1502, Heft 12, § 1)

In der Sphäre der Hegemonie, also der Zivilgesellschaft, wird über »spontanen Konsens« – »den Prozess der Willensbildung und Schaffung von Bündnissen, durch geteilte Überzeugungen, Diskussion, Verhandlung oder Kompromiss« (Demirović 2007b: 24) – Herrschaft ausgeübt; in der politischen

Gesellschaft über den »staatlichen Zwangsapparat« (Gramsci 1991: 1502, Heft 12, § 1). Dieser umfasst insbesondere die drei Gewalten: das Parlament, die Justiz und die Regierung. Hegemonie wird daher über Zugeständnisse an die Subalternen hergestellt, die mit diesen ausgehandelt wurden. Diese umfassen bspw. höhere Löhne, soziale Leistungen und Absicherungen – also klassische Elemente des Korporatismus. Diese Zugeständnisse betreffen jedoch nicht die fundamentalen Grundsäulen der Gesellschaft. Die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft ist rein *methodischer* Natur und daher nicht organischer Art (vgl. ebd.: 1566, Heft 13, § 18).

Doch wie lässt sich dieser spontane Konsens erklären, bei dem die Subalternen an ihrer eigenen Unterdrückung teilhaben? Denn bei Hegemonie handelt es sich »nicht *nur* um die Fähigkeit einer Klasse oder eines Bündnisses, ihr Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen – so zu tun als ob – und dann durchzusetzen (Liepitz 1998: 160; vgl. MEW 3: 47)« (Candeias 2007: 19, Herv. J.V.). Stattdessen nimmt zumindest ein Großteil der Bevölkerung den hegemonialen Kollektivwillen als Ausdruck der eigenen Interessen und Wünsche wahr. Dieser Konsens vollzieht sich auf der Ebene des *Alltagsverstands*, über die Internalisierung der Kultur der herrschenden Klasse. Alltagsverstand meint eine »eklektische, auf Ablagerung vergangener philosophischer und religiöser Strömungen beruhende Lebensanschauung, die den Mitgliedern der jeweiligen Schichten eine praktische Orientierung bietet« (Scherrer 2007: 27). Alltagsverstand bedeutet dabei weder Entfremdung von den eigentlichen Interessen noch die Existenz eines falschen Bewusstseins, durch das die Subalternen getäuscht werden. Gramsci rechnet all das, was die öffentliche Meinung direkt oder indirekt beeinflusst oder beeinflussen kann, zu dieser ideologischen Struktur der herrschenden Klasse:

> »Der beträchtlichste und dynamischste Teil derselben ist die Presse im allgemeinen: Verlagshäuser (die implizit und explizit ein Programm haben und sich auf eine bestimmte Strömung stützen), politische Zeitungen, Zeitschriften jeder Art, wissenschaftliche, literarische, philologische, populärwissenschaftliche usw., unterschiedliche Periodika bis zu den Mitteilungsblättern der Kirchengemeinden.« (Gramsci 1991: 373, Heft 3, § 49)

Darüber hinaus umfasst diese die (katholische) Kirche, »Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs unterschiedlichster Art, bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und zu den Namen derselben« (Gramsci 1991: 373, Heft 3, § 49). Über all diese Elemente des Alltagsverstands, die Gramsci als vielgestaltig, zweideutig und widersprüchlich beschreibt, wird tagtäg-

lich Hegemonie (re)produziert. Der Alltagsverstand ist neuerungsfeindlich und konservativ (vgl. Gramsci 1991: 1397, Heft 11, § 13). Trotzdem bildet der Alltagsverstand die Basis, auf der sein Gegenpol – der gesunde Menschenverstand – aufbaut und weiterentwickelt wird.

Zivilgesellschaft stellt infolgedessen *das* zentrale Terrain dar, auf dem gesellschaftliche, politische und ökonomische Kämpfe ausgetragen werden. Zivilgesellschaft ist daher niemals neutral, herrschaftsfrei und frei von ökonomischen Interessen:

> »Was öffentliche Meinung genannt wird, ist aufs engste mit der politischen Hegemonie verknüpft, es ist nämlich der Berührungspunkt zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft, zwischen dem Konsens und der Gewalt.« (Gramsci 1991: 916, Heft 7, § 83)

Diese Sichtweise von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit steht (links)liberalen Ansätzen diametral entgegen, bei denen Zivilgesellschaft als Ort der Deliberation verallgemeinerungsfähiger Interessen konzipiert wird, der weder ökonomisch noch staatlich bestimmt ist und sich dementsprechend unabhängig von partikularen Interessen konstituiert (vgl. Demirović 2007b: 28), und wie sie später bspw. von Jürgen Habermas vertreten wurden. Hegemonie ist damit vor allem eine Praxis und nicht allein ein Gedankensystem. Gramsci beschreibt Hegemonie daher auch als »Revolution ohne Revolution« oder als »passive Revolution« (Gramsci 1991: 102, Heft 1, § 44), da sich gesellschaftliche Veränderung nicht (allein) über militärische oder politische Kämpfe vollzieht, sondern vor allem über ideologische und zivilgesellschaftliche. Infolgedessen ist ein langer Kampf notwendig – anstelle eines »Bewegungskrieges« ein »Stellungskrieg« (vgl. Gramsci 1991: 873f. Heft 7, § 16) – um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Es muss folglich bereits vor der *politischen* Hegemonie eine *kulturelle* Hegemonie bestehen.

Die Hegemonialwerdung selbst beschreibt Gramsci als einen mehrstufigen Prozess: Beginnend in der korporativ-ökonomischen Phase der berufsgruppenspezifischen Einheit entsteht in der zweiten Phase eine Interessensolidarität zwischen allen Mitgliedern einer gesellschaftlichen Gruppe auf ökonomischem Gebiet. Die dritte und letzte Phase impliziert die Überschreitung der eigenen korporativen Interessen hin zu einer breiteren gesellschaftlichen Einheit, bei der nicht nur über die ökonomischen und politischen gemeinsamen Interessen, sondern vor allem auch hinsichtlich intellektueller und moralischer Aspekte eine Einheit über einzelne gesellschaftliche Gruppen hinaus gebildet und Hegemonie ausgeübt wird. Die letzte Phase ist daher von einer Überschreitung der ökonomischen Interessen gekennzeichnet. Gramsci beschreibt diese Phase auch als »univer-

sale Ebene«, die die »Hegemonie einer grundlegenden gesellschaftlichen Gruppe über eine Reihe untergeordneter Gruppen herstellt« (Gramsci 1991: 1561, Heft 13, § 17).

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe weisen darauf hin, dass nicht eine Klasse die Staatsmacht *ergreift*, sondern Staat *wird* (vgl. 2006: 104). Daraus folgt darüber hinaus, dass eine Klasse in bestimmter Weise gleichzeitig auch Gesellschaft wird, da Gramsci von einem integralen Staat ausgeht, der in die Gesellschaft hineinreicht: Die Interessen der herrschenden Klasse, wie z.B. fortwährendes Wirtschaftswachstum und inter-staatliches Konkurrenzdenken, werden in einer Weise artikuliert, dass sie als gesamtgesellschaftliche Interessen wahrgenommen werden und sich die Subalternen von einem Interessenkompromiss eigene Vorteile versprechen. Die Interessen haben sich von *partikularen*, also (Klassen-)Interessen, in *universale*, verallgemeinerte Interessen transformiert. Infolge dieser Hegemonialwerdung konstituiert sich ein spezifischer geschichtlicher Block, der die herrschende historische Konstellation und den Interessenkompromiss zwischen Herrschenden und Subalternen beschreibt. Dieser ist jedoch – trotz der temporären Einheit – keineswegs widerspruchsfrei.

Grenzen des Hegemonieansatzes

Auf der Grundlage der Analyse dieser neuen politischen Logik kann die Wirkweise von Herrschaft differenzierter verstanden und analysiert werden, da sie aufzeigt, dass westliche kapitalistische Gesellschaften nicht einfach revolutioniert werden können, indem die politische Regierungsmacht erlangt wird. Gramsci eröffnet infolgedessen eine neue Sichtweise auf soziale Bewegungen, indem diese nicht mehr nur als Zusammenschluss von Bürger_innen, die ihre Interessen und Forderungen in die politische Arena tragen, sondern als Teil von in einem vermachteten Raum stattfindenden gesellschaftlichen Kämpfen um Hegemonie verstanden werden. Wieso also nicht an dieser Stelle stehen bleiben? Es sind doch scheinbar alle Elemente zum Verständnis der Wirkweise kapitalistischer Herrschaft vorhanden:

> »Man sollte glauben, dass hier alle Bedingungen für das, was wir die demokratische Praxis der Hegemonie genannt haben, vorhanden sind. Nichtsdestoweniger beruht die ganze Konstruktion auf einer letztlich inkohärenten Konzeption, die nicht imstande ist, den Dualismus des klassischen Marxismus vollständig zu überwinden. Für Gramsci muss es (...) in jeder hegemonialen Formation immer ein *einziges* vereinheitlichendes Prinzip geben, und dies kann nur eine fundamentale Klasse sein.« (Laclau/Mouffe 2006: 104f., Herv. i. O.)

Laclau und Mouffe kritisieren an Gramscis Hegemonieansatz, dass Klassenhegemonie nicht als vereinheitlichendes Resultat eines Kampfes verstanden wird, sondern auf der Stellung im Produktionsprozess basiert – und daher letztlich doch auf rein ökonomischen Faktoren beruht. Hegemonie hat damit eine letzte ontologische Grundlage. Die Identität der Klasse scheint im Prozess der Hegemonialwerdung unverändert zu bleiben. Laclau und Mouffe weisen daher zu Recht darauf hin, dass Gramscis Hegemonieverständnis einen »verborgene[n] essentialistische[n] Kern« enthält, »der im Denken Gramscis immer noch lebendig ist und der dekonstruktiven Logik der Hegemonie Schranken setzt« (2006: 105). Gramsci geht folglich auch davon aus, dass an den *objektiv* gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gemessen werden kann, »ob in der Gesellschaft die notwendigen und hinreichenden Bedingungen für ihre Umgestaltung vorhanden sind«, wie z.B. die Anzahl der Unternehmen und ihrer Beschäftigten (Gramsci 1991: 1560, Heft 13, § 17). Die artikulatorische Praxis des hegemonialen Kampfes, in deren Prozess von den rein objektiv-ökonomischen Kräfteverhältnissen abstrahiert wird und die den zentralen Punkt von Gramcis Gesellschaftsverständnis bildet, bleibt dabei unberücksichtigt. Gramsci scheint an diesem Punkt hinter die Schlagkraft seines eigenen Ansatzes zurückzufallen.

Darüber hinaus begreift Gramsci Hegemonie stellenweise wortwörtlich als Vor*herrschaft*, indem er (analytisch) strikt zwischen herrschender und beherrschter Klasse unterscheidet.[9] Die gegenseitige, identitäre Verschränkung von Herrschenden und Beherrschten und die subjekt- und realitätskonstituierende Wirkung von Hegemonie bleiben im Dunklen. Hegemonie erscheint infolgedessen als etwas rein *Negatives* und nicht als fundamentaler realitäts- und gesellschaftskonstituierender Prozess. Mit Gramsci lässt sich zusammenfassend der erste zentrale Schritt zu einer hegemonietheoretischen Sichtweise auf die soziale Wirklichkeit vollziehen. Um die essenzialistischen und deterministischen Implikationen seines Ansatzes auszugleichen und seine primär politische Theorie zu einer Theorie des Politischen *und* des Sozialen zu machen, erscheint eine poststrukturalistische Wendung bzw. Erweiterung seines Konzepts sinnvoll. Zum Konzept *Hegemonie* muss also das Konzept *Diskurs* hinzugefügt werden. Es gibt jedoch noch einen weiteren Grund, warum eine Erweiterung des Gramscianischen Hege-

[9] Auch dieser Aspekt verweist auf die zentrale, determinierende Stellung, die Gramsci der Ökonomie zuweist: Die gesellschaftspolitische Stellung in der Gesellschaft wird allein von der ökonomischen Stellung bestimmt.

monieverständnisses durch eine poststrukturalistische Perspektive fruchtbar erscheint – und dieser liegt in den poststrukturalistischen Elementen in seinem Ansatz selbst.

Notiz: Gramsci und der Poststrukturalismus

Gramscis Hegemoniebegriff ist komplex und widersprüchlich zugleich. Auf den ersten Blick scheinbar eindeutig und einfach zu verstehen, stellt er sich bei der weiteren Beschäftigung immer komplexer und vielschichtiger dar. Dies liegt zum Teil an dem Umstand, dass die Gefängnishefte relativ unsystematisch, fragmentarisch und unzusammenhängend erstellt wurden, da sie eben als Notizen und nicht als eine ausgearbeitete Theorie konzipiert waren. Diese Mehrdeutigkeit der Begriffe verweist jedoch darüber hinaus auf einen weiteren Aspekt der Gefängnishefte: Gramsci ist einerseits in einer klassisch marxistischen Sprach- und Denkweise verhaftet. In den Gefängnisheften wird andererseits punktuell erkennbar, dass er bereits weit darüber hinaus denkt, er seine Gedanken jedoch noch nicht adäquat ausdrücken kann, weil die dazugehörige Sprache erst mehrere Jahrzehnte später u.a. von poststrukturalistischen Theoretiker_innen entwickelt wurde. So erscheint Hegemonie in den meisten Passagen als einfacher Klassenkompromiss zwischen zwei klar unterscheidbaren Klassen. Stellenweise schimmert bei Gramsci jedoch ein fundamental identitätsbildendes Moment von Hegemonie durch, bei dem Identitäten als auf spezifische Art und Weise geformt und sich in einem kontinuierlichen Wandlungsprozess befindlich begriffen werden. Laclau beschreibt diesen Aspekt folgendermaßen:

> »Einerseits hat die politische Zentralität der Arbeiterklasse einen historischen, *kontingenten* Kern, was erfordert, daß *die Klasse aus sich herausgeht, ihre eigene Identität durch ihre Artikulation mit einer Pluralität von Kämpfen und demokratischen Forderungen transformiert*. Andererseits hat es den Anschein, daß ihr diese artikulatorische Rolle durch die ökonomische Basis zugeschrieben wird, die Zentralität deshalb einen notwendigen Charakter besitzt.« (Laclau/Mouffe 2006: 106, Herv. J.V.)

Laclau und Mouffe entsprechend folgt daraus eine »grundlegende Ambiguität hinsichtlich des Status der Arbeiterklasse« (Laclau/Mouffe 2006: 106). Auch Wullweber entdeckt in Gramscis Hegemonieansatz Elemente, die viel später ausgearbeiteten Begriffen poststrukturalistischer Theoretiker_innen ähneln: Der von Gramsci verwendete Begriff *Katachresis* ähnele dem von Foucault ausgearbeiteten Begriff der *Gouvernementalität*: Beide Begriffe beschreiben die Produktion und Transformation von Identitäten im poli-

tischen Prozess – die Idee von vorher festgelegten Identitäten wird dementsprechend bei beiden Konzepten negiert (vgl. Wullweber 2012: 34).

Die These, dass in Gramscis Hegemonieansatz Elemente einer fundamental neuen Sichtweise auf Gesellschaft, Identität und soziale Realität angelegt sind, der er sich möglicherweise selbst gar nicht bewusst war und die er infolgedessen nur fragmentarisch ausgearbeitet hat, wird darüber hinaus durch eine weitere Beobachtung untermauert. Gramsci hat manche Begriffe behelfsmäßig herangezogen, um bestimme gesellschaftliche Prozesse zu beschreiben. Die verwendeten Begriffe vermögen es aber nicht vollständig, diese adäquat zu erfassen. Dieser Aspekt lässt sich anhand von Gramscis Verwendung des Begriffs »Stellungskrieg« veranschaulichen. Dieser Begriff impliziert Laclau und Mouffe zufolge in seiner eigentlichen militärischen Bedeutung, dass beide Seiten des Kampfes über eine beständige, fixierte Identität verfügen, mit der sich beide gegenübertreten (Laclau/Mouffe 2006: 106). Wie wir jedoch gesehen haben, geht Gramsci stellenweise sehr wohl davon aus, dass sich die Identitäten beständig im Prozess verändern. Der Begriff vermag es daher nicht, den Prozess, den Gramsci beschreiben wollte, adäquat darzustellen. Gramsci war – vereinfacht ausgedrückt – gedanklich seiner Zeit voraus. Dies wird ebenfalls in dem folgenden Zitat deutlich, in dem er Sprache als eine Vielzahl von sozialen Praxen und dementsprechend bereits als *Diskurs* begreift und deren Zentralität hervorhebt, diese begrifflich jedoch noch nicht vollständig erfassen kann:

> »§ (44). *Einführung ins Studium der Philosophie.* Sprache, Sprachen, Alltagsverstand. Unterstellt man die Philosophie als Weltauffassung und das philosophische Wirken nicht mehr [nur] als individuelle Ausarbeitung systematisch kohärenter Begriffe, sondern darüber hinaus und besonders als kultureller Kampf zu Umformung der Volks-Mentalität und zur Verbreitung der philosophischen Erneuerungen, die sich dem Maße als geschichtlich wahr erweisen werden, in welchem sie konkret, also geschichtlich und gesellschaftlich universell werden, dann muß die Frage der Sprache und der Sprachen technisch an vorderste Stelle gerückt werden. (...) Man kann wohl sagen, daß Sprache wesentlich ein Sammelname ist, der eine weder in der Zeit noch im Raum einheitliche Sache voraussetzt. Sprache bedeutet auch Kultur und Philosophie (sei es auf der Ebene des Alltagsverstands), und darum ist das Faktum Sprache in Wirklichkeit eine Vielzahl mehr oder weniger organisch kohärenter und koordinierter Fakten (...).« (Gramsci 1991: 1334, Heft 10, § 44, Einfügungen i. O.)

Es scheint, als fehlten Gramsci stellenweise die adäquaten Begriffe, woraus die diagnostizierten begrifflichen Unschärfen folgen. Schon allein aus die-

sem Grund erscheint es fruchtbar, sich der Theorie von Laclau und Mouffe, die auf den Ideen Gramscis aufbaut und in der diese (poststrukturalistisch) weiterentwickelt wurden, ausführlicher zu widmen.

4.2. Hegemonie – Diskurs. Laclau und Mouffe

Durch die Einführung des Hegemonieansatzes nach Gramsci wurde es möglich, soziale Bewegungen als in einem von Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Feld agierend zu begreifen, in dem das Handeln und Denken der Akteur_innen von einem Kampf um kulturelle Hegemonie geprägt ist. Sprache und Kultur spielen dabei eine zentrale Rolle. Im folgenden Unterkapitel werden diese Einsichten um das von Laclau und Mouffe entickelte poststrukturalistische, anti-essenzialistische Verständnis von Identität, Gesellschaft und sozialer Realität ergänzt, sodass im Ergebnis ein Zugang zu sozialen Bewegungen möglich wird, in dem das Ringen um Hegemonie als fundamentaler Mechanismus jeglicher Realitätsproduktion verstanden wird.

Die politische Theorie Laclaus und Mouffes wird hierzu zunächst theoretisch und politisch verortet, um daran anschließend in die Grundprämissen eines diskursiven Verständnisses von sozialer Realität einzuführen. Wie in solch einer von Essenzialismen befreiten Theorie die Etablierung von Sinn verstanden werden kann, werde ich im Anschluss daran erläutern. Anschließend werde ich aufzeigen, wie Subjekte – und infolgedessen politische Aktivist_innen – in solch einem anti-essenzialistischen Konzept von Identität verstanden werden können. In den letzten beiden Unterkapiteln werde ich kritische Aspekte der Theorie aufzeigen und ein Resümee ziehen.

Theoretische Einordnung

> »Hier laufen wichtige Denklinien des 20. Jahrhunderts – insbesondere der Strukturalismus Saussures, die Hegemonietheorie Gramsics, die Psychoanalyse Freuds und Lacans sowie die Dekonstruktion Derridas – zusammen und werden zu einer Theorie des Sozialen und des Politischen verdichtet (...).« (Nonhoff 2007b: 7)

Den grundlegenden Ausgangspunkt der Arbeiten von Laclau und Mouffe stellen die Kämpfe der 1960er und 1970er in Europa und Südamerika dar, in denen Laclau und Mouffe selbst politisch aktiv waren. Der Argentinier Laclau wurde als linksgerichteter Aktivist von den politischen Kämpfen in

seinem Heimatland beeinflusst, die Belgierin Mouffe wurde insbesondere durch die Studentenbewegung in Paris politisiert. Ihre z.T. sehr abstrakt-philosophisch anmutenden Arbeiten haben daher damals wie heute ihren Ursprung und ihre Motivation in konkreten (real)politischen Kämpfen sowie in deren unbefriedigender theoretischer Erklärung – insbesondere seitens marxistischer Theoretiker_innen. Die Beobachtung, dass die neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er in Europa nicht mehr an den traditionellen Konfliktlinien der marxistischen Theorien entlang verliefen – nämlich der Stellung im Produktionsprozess und folglich klassenspezifisch – veranlasste sie zu der Feststellung, dass politischer Widerstand und daraus folgende Identitäten nicht mehr auf substanzielle (ökonomische) Missverhältnisse zurückzuführen sind. Laclau und Mouffe haben diese neue Entwicklung in Rekurs auf marxistische Theorien des 19. Jahrhunderts und deren Weiterführung im 20. Jahrhundert, insbesondere von Louis Althusser und Antonio Gramsci, aber auch durch die Bezugnahme auf die Sprachphilosophie Ludwig Wittgensteins, die Psychoanalyse Sigmund Freuds und Jacques Lacans, den Strukturalismus Ferdinand de Saussures, die Diskurstheorie Michel Foucaults und die Dekonstruktion im Sinne Jacques Derridas zu erklären versucht. Aus ihren Analysen resultierte die These, dass sich die Positionen, Koalitionen und Kämpfe erst durch hegemoniale Artikulationen konstituieren und dass sich der marxistische, ökonomische Determinismus und Essenzialismus und folglich die Annahme von ökonomischen Klassen und daraus resultierenden Klassenkämpfen nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Diese – wie sie es im Untertitel der (deutschsprachigen) Ausgabe ihres zentralen Werkes nannten – *Dekonstruktion des Marxismus* hatte jedoch nicht zur Folge, dass sie das marxistische Projekt der Emanzipation und Befreiung von Unterdrückung aufgegeben haben. Stattdessen forcieren sie einen »nicht-ökonomischen Marxismus«, der es erlaubt, »den Kampf der Arbeiterklasse mit dem Kampf der Neuen Sozialen Bewegungen zu artikulieren« (Laclau/Mouffe 1998). Aus dieser Kritik heraus wurde ihr Hauptwerk »Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus« (Laclau/Mouffe 1985) entwickelt. In diesem rekonstruieren sie die Entwicklung der klassischen marxistischen Erklärungsansätze der Formierung von marxistischen Bewegungen bis hin zu der Entstehung einer neuen politischen Logik – der Hegemonie. Im Gegensatz zu den stark empirisch entwickelten und fokussierten Ansätzen der Bewegungsforschung ist ihr Blickwinkel daher auch stark marxistisch und hegemonietheoretisch geprägt; ihr Interesse ist es nicht nur die Entstehung von sozialen Bewe-

gungen zu analysieren, sondern das *Wesen* von Politik, Identitätsbildung und Hegemonie selbst zu erklären:

> »Während üblicherweise mit der Aufzählung solcher Ursachenketten nur die Bedingungen erklärt werden, die Antagonismen möglich machen, wollen Laclau und Mouffe (1991: 179) die Antagonismen selbst erklären.« (Demirović 2007a: 56).

Die politische Theorie von Laclau und Mouffe ist infolgedessen von verschiedensten theoretischen und politischen Strömungen geprägt. Je nach Kontext wird ihre Theorie daher als postmarxistisch, poststrukturalistisch oder postmodern bezeichnet, und alle diese Beschreibungen erhellen auch – je nach Blickwinkel und Positionierung des Beschreibenden – spezifische, aber dennoch zentrale Merkmale der Theorie. So lässt sich ihre Theorie am treffendsten als *politische Theorie poststrukturalistischer Ausrichtung mit klar marxistischer Prägung* beschreiben. In Anknüpfung an marxistische Theorietraditionen haben sie eine politische Theorie mit explizit politischem *und* philosophischem Anspruch entwickelt.

Nicht weniger komplex als die Einordnung ihrer Theorie stellt sich die Nomenklatur ihres Werkes dar. Allgemein ordnet Martin Nonhoff ihr Theoriegebäude als Sozialtheorie und Theorie des Politischen ein. Er stellt jedoch auch fest, dass das Denken Laclaus und Mouffes je nach Betonung einzelner Aspekte als Diskurs-, sowie Hegemonietheorie oder auch als Theorie radikaler Demokratie rezipiert wird (vgl. Nonhoff 2007b: 7). Oliver Marchart spricht bspw. von der *diskursanalytischen Hegemonietheorie* (Marchart 2007). Laclau und Mouffe selbst bezeichnen sich als Diskurstheoretiker_innen (vgl. Laclau 2007a). Unter dem Label »Diskurs und Diskurstheorien« werden jedoch sehr unterschiedliche theoretische Stränge zusammengefasst, eine solche Bezeichnung könnte – vor allem im deutschsprachigen Raum – irreführend wirken. Da Laclau und Mouffe das Konzept der Hegemonie gegenüber dem Konzept des Diskurses privilegieren, indem sie vom »Primat der Politik bei der Strukturierung sozialer Räume« (Laclau 2007a: 36) ausgehen und dementsprechend die *hegemoniale* Konstituierung von sozialer Realität im Zentrum steht, folge ich der von Wullweber und Nonhoff vorgeschlagenen Etikettierung und werde im Folgenden von *Hegemonie*theorie sprechen (vgl. Nonhoff 2007b: 8; Wullweber 2010: 58).

Das Diskursverständnis von Laclau und Mouffe unterscheidet sich von anderen Diskursverständnissen z.T. grundlegend, da sie Diskurs nicht nur sprachlich begreifen, sondern als grundlegende, soziale Realität konstituierende Praxis. »Objektive« Rahmenbedingungen von sozialen Bewegungen kann es folglich als vor-diskursive Realität nicht geben; dieser wer-

den erst durch Artikulation erzeugt. Um diese Unterschiede deutlich zu machen, möchte ich die Einteilung von verschiedenen diskurstheoretischen Strömungen von Wullweber heranziehen (vgl. Wullweber 2010: 29f.). Im deutschsprachigen Raum und dort vor allem in der empirischen Forschung dominiert nach Joscha Wullweber ein Diskursverständnis, bei dem Diskurs linguistisch begriffen wird und infolgedessen die *sprachliche* (Text-)Ebene im Zentrum steht. Als Hauptvertreter ist hier Siegfried Jäger zu nennen, der im Anschluss an Michel Foucault und Jürgen Link gemeinsam mit Margarete Jäger die Methodik der *Kritischen Diskursanalyse* entwickelt hat (z.B. Jäger 2004). Als zweite Strömung identifiziert Wullweber die *Critical Discourse Analysis*. Sie geht auf den frühen Foucault zurück und wurde von Norman Fairclough (1995), Bob Jessop und kritischen Realist_innen (u.a. Jessop 2004) weiterverfolgt. In ihrem Zentrum steht die Analyse der diskursiven Möglichkeitsbedingungen. Die Diskursanalyse nach Laclau und Mouffe, die Wullweber in Abgrenzung zu den ersten beiden diskurs*analytischen* Ansätzen als Diskurs*theorie* bezeichnet, geht auf den älteren Foucault und dessen Gouvernementalitätkonzept zurück. Anders als der frühe Foucault negieren Laclau und Mouffe die Möglichkeit der Erfassung außerdiskursiver Praxen (vgl. Stäheli 1991: 202). Diskurs umfasst stattdessen – im Gegensatz zu den ersten beiden genannten Ansätzen – die gesamte soziale Welt, also auch non-verbale Praxen.

Laclau und Mouffe unterscheiden in ihrer Analyse zwischen dem *Politischen*, mit dem die ontologische Einrichtung der Gesellschaft gemeint ist, und der *Politik*, die sich mit dem Versuch der Etablierung einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung befasst und sich somit auf politische Programme bezieht (vgl. Mouffe 2007: 15, sowie Mouffe 1999: 22). Die in dieser Arbeit verwendete Hegemonietheorie ist dementsprechend als *politische Theorie* über das Wesen oder die Logik der Gesellschaft einzuordnen; das Projekt einer »radikalen und pluralen Demokratie«, mit dessen Entwicklung insbesondere Mouffe beschäftigt ist, ist dagegen ein *politisches Programm* und wird in dieser Arbeit nicht behandelt.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind einige empirische Studien entstanden, die an das Diskurs- und Hegemonieverständnis von Laclau und Mouffe anschließen und dieses operationalisieren (z.B. Bedall 2013; Howarth/Torfing 2005; Marchart/Adolphs/Hamm 2007; Torfing 1998 und Wullweber 2010). Da Laclau und Mouffe ihr theoretisches Gerüst nie selbst im Rahmen einer emprischen Arbeit operationalisiert und angewendet haben, stellen sich die Ausarbeitung und Anwendung der Hegemonietheorie sehr unterschiedlich dar. So stellt für manche Autor_innen der leere Signifikant die

zentrale Analysekategorie dar, für manche die Bildung einer Äquivalenzkette und für wieder andere der demokratische Horizont. In einigen Arbeiten wird eher quantitativ vorgegangen, in anderen inhaltsanalytisch oder es steht eine Analyse der Etablierung eines konkreten Wahrheitshorizonts oder von sozialen Kämpfen im Vordergrund. Darüber hinaus sind die wissenschaftlichen Disziplinen, in denen sie angewendet wird, vielfältig und reichen von Geografie über Soziologie bis hin zu den Politikwissenschaften.

Anti-Essenzialismus und Post-Fundationalismus: Alles ist aufgelöst

> »This means that, between the ability of a certain order to become a principle of identification and the actual contents of that order, there is no necessary link.« (Laclau 1994: 3)

Wie viele (marxistische) Theoretiker_innen und Bewegungsforscher_innen feststellen mussten, verliefen die sozialen Konfliktlinien der sozialen Bewegungen der späten 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahre in Europa größtenteils nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit, sondern entlang anderer gesellschaftlicher Themen. Zu nennen sind hier z.B. die Frauen- oder Umweltbewegung. Es stellte sich folglich immer schwieriger dar, soziale Kämpfe im Rahmen des klassisch-marxistischen Paradigmas von der »Klasse an sich«, die zur »Klasse für sich« werden kann und muss, zu analysieren:

> »Gegenüber dieser Erwartung waren die Theoretiker der Arbeiterbewegung immer wieder damit konfrontiert, dass Proteste von unerwarteten Akteuren getragen wurden, zu einem überraschenden Zeitpunkt stattfanden und von einer unvorhergesehenen Konfliktualität (Forderungen, Radikalität des Protests) gekennzeichnet waren, die einer Erklärung durch die Logik des Kapitalverhältnisses widerstanden.« (Demirović 2007a: 57)

Es ließ sich infolgedessen eine zunehmende Pluralisierung von Konflikten und infolgedessen politischer Identitäten feststellen, die sich in den neuen sozialen Bewegungen manifestierte und materialisierte. Politische Identitäten waren nicht (mehr) aus der Stellung im Produktionsprozess oder allgemein aus gesellschaftlichen Entwicklungen heraus ableitbar:

> »Der Einwand richtet sich dagegen, eine Protestbewegung durch eine externe Ursache zu erklären: die Anti-Atombewegung durch Kernkraftwerke, Friedensbewegung durch Hochrüstung, die rechtsradikalen Proteste durch Arbeitslosigkeit (...).« (Demirović 2007a: 56)

Der Beginn dieser Fragmentierung und Zersplitterung der Arbeiter_innenklasse setzte bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts ein. Laclaus und Mouf-

fes Analyse zufolge versuchten bereits Marxist_innen des frühen 20. Jahrhunderts dieser Entwicklung auf theoretischer Ebene Rechnung zu tragen, indem sie die orthodox-marxistische Theorie erweiterten. So führte Rosa Luxemburg die »Logik des Spontaneismus« ein, durch die sich die Einheit der Arbeiter_innenklasse als »*Vereinheitlichung*, das Ergebnis einer Überdeterminierung« (Laclau/Mouffe 2006: 47, Herv. i. O.) vollzieht. Sie unterstreicht daher den prozessualen, spontanen Charakter der Formierung einer Arbeiter_innenmacht. Die Einheit der Arbeiter_innenklasse kann nach Luxemburg nicht aus apriorischen Überlegungen heraus, »vom Reißbrett aus«, entstehen (vgl. Laclau 2007b: 70). Diese Verbindung partikularer Identitäten vollzieht sich bei Luxemburg – analog zu Gramscis Konzeption – jedoch letzten Endes doch wieder auf der Basis der ökonomischen Klassen. Laclau und Mouffe waren es dann, die dem Aufkommen dieser – wie sie es nennen – »neuen Logik des Politischen« systematisch auf den Grund gegangen sind. Sie identifizierten eine grundlegende »Ambiguität im marxistischen Geschichtsverständnis« (Laclau 2007a: 25). Diese umfasst auf der einen Seite eine »objektivistische Sichtweise«, bei der Geschichte als

> »vollkommen objektiver Prozess [begriffen wird], der beherrscht wird vom Widerspruch zwischen sukzessiven Systemen von Produktionsverhältnissen, die die Gesellschaft organisieren, und der Entwicklung der Produktivkräfte« (Laclau 2007a: 25).

In Marx' Geschichts- und Gesellschaftsauffassung sei aber auf der anderen Seite eine »Zentralität gesellschaftlicher Antagonismen – in Marx' Begriffen: der Klassenkampf« (Laclau 2007a: 26) – angelegt, die zumindest »potentiell die Möglichkeit kontingenter Ergebnisse« (Laclau 2007a: 34) und dementsprechend zumindest theoretisch die Möglichkeit anderer Identitätsbildungen als um einen Klassenkern herum eröffnete.[10] Die Folge der ökonomischen Determinismen war eine »Begrenzung (...) der politischen Kreativität und Vorstellungskraft« (Laclau 2007a: 35):

> »Sobald jedoch der Glaube an die historische Notwendigkeit geschwächt war, brachen die Dämme, die die marxistischen Dogmen darstellten, an allen Stellen.« (Laclau 2007a: 35)

---

[10] Während in *Hegemonie und radikale Demokratie* der Klassismus aufgrund seiner essenzialistischen Implikationen im Zentrum der Kritik steht, wird in späteren Veröffentlichungen (z.B. Laclau 2007a) die Annahme eines antagonistischen Klassenverhältnisses als potenziell *progressives* Element der Theorie beschrieben – eben weil es Antagonismen ins Zentrum stellt.

Die Negation der Annahme jeglicher historischer Notwendigkeit und historisch begründeter, durch die Stellung im Produktionsprozess festgelegter Identitäten stellte den Ausgangspunkt des *Post*marxismus dar, der an dem emanzipatorischen Gehalt festhält, diesen jedoch nicht auf einen Klassenkern beschränkt. Durch diese Wendung werden die Möglichkeiten emanzipativer Praxen nicht begrenzt, sondern – im Gegenteil – erweitert. Diese Sichtweise wird zumeist als anti-essenzialistisch oder *post-foundationalist* bezeichnet, da die letzten Fundamente, aus denen gesellschaftliche Differenzen und Interessen abgeleitet werden, aufgegeben werden (vgl. Stäheli 2000: 9). Im Anschluss an Derrida vollzogen Laclau und Mouffe dementsprechend eine Dekonstruktion der Annahme eines *essenziell* antagonistischen Verhältnisses zwischen Kapitalist_in und Arbeiter_in, und im Anschluss an Foucault fertigten sie eine Genealogie an, indem sie die historische Genese dieses Verhältnisses aufzeigten. Denn Laclau zufolge sind kapitalistische Produktionsverhältnisse nicht inhärent antagonistisch:

> »Die Beziehung wird nur zu einer antagonistischen, wenn der Arbeiter der Abschöpfung des Mehrwerts *Widerstand* entgegensetzt – aber man kann die Kategorie Verkäufer von Arbeitskraft solange analysieren, wie man will, und wird dennoch nicht in der Lage sein, von ihr die Kategorie Widerstand logisch abzuleiten.« (Laclau 2007a: 35)

Stattdessen sei ausschlaggebend, wie die Arbeiter_innen *außerhalb* der Produktionsverhältnisse konstituiert werden (vgl. Laclau 2007a: 36), also in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen sie konkret leben. Das Produktionsverhältnis ist folglich von ihm äußerlichen Momenten fundamental überdeterminiert und gewinnt erst dadurch seinen antagonistischen Charakter. Das bedeutet, dass es keine Essenzen, keine objektiven Identitäten und auch keine Antagonismen gibt, die direkt aus dem Produktionsprozess abgeleitet werden können. Stattdessen entstehen diese im politischen Prozess. Laclau und Mouffe weisen jedoch explizit darauf hin, dass nicht die Existenz von Gegenständen und Strukturen außerhalb unseres Denkens bestritten wird – sie können sich nur nicht außerhalb jeder diskursiven Bedingung des Auftauchens als Gegenstände konstituieren (vgl. Laclau/Mouffe 2006), denn »(...) jegliche ›Erfahrung‹ [hängt] von präzisen diskursiven Bedingungen ihrer Möglichkeit ab (...)«. (ebd.: 153) Hier wird die Zentralität des Diskurses sichtbar.

Diskurs als artikulatorische Praxis

> »Die Gegenwart des antagonistischen Anderen hindert mich daran, ganz ich selbst zu sein. Notwendig ist also ein ontologisches Terrain, innerhalb dessen diese aus dem Antagonismus resultierende Distanz zu mir selbst eingeschrieben werden kann. Dieses Terrain haben wir *Diskurs* genannt und dabei mehrfach klar gemacht, dass Diskurs nicht auf Sprache und Schrift begrenzt ist, sondern alle Signifikationssysteme umfasst. In diesem Sinne ist er gleichbedeutend mit dem gesellschaftlichen Leben.« (Laclau 2007a: 28f., Herv. i. O.)

Wenn soziale Identitäten, Sinnerzeugung und soziale Praxen nicht mehr auf Letztbegründungen basieren und auf diese zurückgeführt werden können, kann die Entstehung von sozialen Identitäten nur als Verhältnis *zwischen* Elementen begriffen werden. Sinn und Bedeutung können daher nur durch gegenseitiges Sich-in-Beziehung-Setzen entstehen. Wullweber beschreibt den Laclau-Mouffeschen Diskursbegriff folgendermaßen:

> »Ein Diskurs ist hier eine in sich differenzierte, aus Artikulationen entstandene Gesamtheit relationaler Momente, die zur Stabilisierung eines bestimmten Handlungs- und Wahrheitshorizontes führt. Diskurse sind jedoch kein Abbild der Realität, sondern stellen diese permanent her (...).« (Wullweber 2010: 36, vgl. auch Wullweber 2012: 39)

Diskurse können daher auch als »Differenzsysteme« bezeichnet werden, weil die einzelnen Praxen nicht von sich aus eine bestimmte Bedeutung tragen, sondern erst durch ihre Beziehung zu anderen Elementen bedeutsam werden (vgl. Stäheli 1991: 199, Herv. i. O.). Diese *Praxis*, in der Elemente in Beziehung zueinander gesetzt werden, bezeichnen Laclau und Mouffe als »Artikulation« (Laclau/Mouffe 2006: 127). Auf diese Weise werden soziale Verhältnisse konstituiert und organisiert. Der Diskurs entsteht also durch Artikulation und bildet infolgedessen für eine gewisse Zeit in einem bestimmten Raum eine »relationale Totalität« (Laclau/Mouffe 2006: 147) aus. Artikulation stellt dabei vor allem eine *Praxis* dar, und eben nicht nur den »Name[n] eines *gegebenen* relationalen Komplexes« (Laclau/Mouffe 2006: 127, Herv. i. O.). Laclau und Mouffe unterscheiden in diesem Zusammenhang zwischen Elementen und Momenten: Durch Artikulation werden Elemente, die an sich keinen Sinn tragen, zu Momenten im Diskurs (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 141).

Im Gegensatz zu vielen gängigen Diskurstheorien, u.a. auch solchen, die in der Bewegungsforschung Anwendung finden, handelt es sich hier bei

Diskurs weniger um einen Diskurs *über* etwas. Stattdessen entsteht dieses Etwas mit seinen konkreten Eigenschaften erst *durch* die diskursive Produktion:

> »Diskurs – und darin eingeschlossen: Macht – ist deshalb nicht länger als eine Ebene sozialer Wirklichkeit zu verstehen, sondern wird zum eigentlichen Medium, worin gesellschaftliche Wirklichkeit verhandelt und fixiert wird.« (Marchart 2007: 3f.)

Es gibt folglich keine Trennung mehr zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praxen, da jegliche soziale Realität erst durch diskursive Artikulationen konstituiert wird. Laclau und Mouffe betonen dabei, dass Diskurs eine *reale* Kraft darstellt, durch die Gesellschaft konstituiert wird, und nicht nur ein Ideen- oder Gedankensystem. Diese abstrakt-theoretischen Begriffbestimmungen lassen sich anhand der von Judith Butler vorgenommenen Dekonstruktion von biologischen Geschlechtsidentitäten veranschaulichen. Butler bestreitet – ebenso wie Laclau und Mouffe – nicht die Existenz von Körpern und Materialität, sondern nur die Annahme, dass sich diese nicht-diskursiv konstituieren können. Sie argumentiert, dass z.B. die Genitalien in ihrer konkreten Realität erst zu Geschlechtsmerkmalen werden, durch die »Männer« und »Frauen« unterschieden werden. In poststrukturalistischen Theorien wird daher nicht die Materialität von Objekten bestritten, sondern nur, dass die Materialität außerhalb diskursiver Prozesse zugänglich ist. Diskurse entscheiden darüber, wie über etwas gedacht wird, und was zu Unterscheidungsmerkmalen wird. Objekte können demnach nicht Bedeutung objektiv in sich tragen – kurz: keine Bedeutung ohne Diskurs. Nach Laclau und Mouffe ist die Unterteilung in eine Ebene der Diskurse, eine Ebene der Handlungen und eine Ebene der Strukturen obsolet, da Handlungen und Strukturen erst durch Artikulation konkreten Sinn erzeugen.

Aus der These, dass Sinn immer nur temporär stabilisiert werden kann, folgt unausweichlich, dass jede soziale Identität nie ganz sie selbst sein kann, da sie stets über sich hinausweist und die anderen Identiäten, z.B. als Frau, Arbeitnehmer_in oder Mutter, immer in ihr präsent sind. Identitäten sind also fundamental *überdeterminiert* (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 148). Demirović beschreibt dies folgendermaßen:

> »Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zufolge lässt sich seit zweihundert Jahren eine zunehmende Vielzahl von nicht aufeinander reduzierbaren politischen Konflikten und Interessen feststellen. Die Konflikte, die Interessen und Identitäten stehen in keinem linearen Entstehungsverhältnis zu einer einzigen äußeren Ursache, vielmehr überkreuzen, verlagern und verdichten sich Forderungen, politische Praktiken und Identitäten. In

> diesem Prozess überdeterminieren sich diese Identitäten, die Konflikte, die Ziele, die Radikalität – was bedeutet, dass sie niemals mehr zum Zustand einer ursprünglichen, authentischen Identität zurückkehren würden, die es nicht gibt und nie gab.« (Demirović 2007a: 60)

Daraus folgt darüber hinaus, dass die vollkommen äquivalente Wiederholung eines Wortes unmöglich ist. Jede Verwendung eines Begriffs verweist auf andere Kontexte, sodass ein Signifikant nie ein Signifikat vollständig repräsentieren kann (vgl. Sarasin 2003: 47). Laclau und Mouffe unterscheiden daher *Diskurs* und *Feld der Diskursivität* (Laclau/Mouffe 2006: 149), mittels der sie den »Überschuss« jeder diskursiven Situation beschreiben:

> »Dieser Begriff gibt die Form der Beziehung zu jedem konkreten Diskurs an: er bestimmt zugleich den notwendigerweise diskursiven Charakter jedes Objekts und die Unmöglichkeit jedes gegebenen Diskurses eine endgültige Naht zu bewerkstelligen.« (Laclau/Mouffe 2006: 149)

Der Diskurs ist also die konkrete gesellschaftliche Bedeutungsfixierung, während das Feld der Diskursivität darüber hinausweist.

Wie wir gesehen haben, lehnen Laclau und Mouffe die Unterscheidung zwischen Struktur und Handlung sowie zwischen Materialität und Diskurs ab. Dennoch ist Materialität in Bezug auf die Konstituierung sozialer Realität hinsichtlich zwei verschiedener Aspekte relevant. Erstens hat die Welt außerhalb des Bewusstseins reale Konsequenzen. So müssen Lebewesen bspw. Nahrung zu sich nehmen, um nicht zu verhungern. Wie diese Notwendigkeit wahrgenommen und wie mit ihr umgegangen wird, ist hingegen in dieser Tatsache nicht angelegt. Nahrungs*verweigerung* kann bspw. die Krankheit Anorexie bedeuten oder ein politisches Statement in Form eines Hungerstreiks. Die Bedeutung einer Notwendigkeit und damit zusammenhängende Wahrnehmungen und Handlungen entstehen demnach erst diskursiv und können nur in einem konkreten gesellschaftlichen Kontext verstanden werden. Butler erklärte dieses Verständnis von Materialität folgendermaßen:

> »Es ist durchaus möglich, die Materialität der Körper und sogar die Materialität des Leidens innerhalb des Poststrukturalismus zu fassen. Freilich ist nicht unmittelbar klar, was diese Materialität konstituiert, noch ebensowenig, durch was jenes Feld von Macht, Gewalt, Sexualität und Bedeutung, das wir reale Körper und insbesondere sexuelle Körper nennen, konstituiert, reguliert und begrenzt wird.« (Butler 1993: 51f.)

Dekonstruktion bedeutet daher nicht die Negation materieller Verhältnisse und daraus resultierender Auswirkungen, sondern – im Gegenteil – eröffnet erst weitere Möglichkeiten der Kritik und Handlungsfähigkeit, weil das

Verhältnis von Materialität und Realität eben nicht vorgegeben und dementsprechend veränderbar ist:

> »Paradoxerweise wird vielleicht auch so etwas wie Handlungsfähigkeit nur möglich, wenn man die Kategorie Frauen von ihrem feststehenden Referenten befreit. (...) Was man als Referenten dieses Terminus festsetzte, wurde damit auch fixiert, zur Norm erklärt, festgeschrieben und in einer Position der Unterordnung still gelegt. Im Grund hat man das Signifikat mit dem Referenten verwechselt, insofern man annahm, daß bestimmte Bedeutungen der realen Natur der Frauen selbst innewohnen. (...) Die Konzepte der Materie und des Körpers dekonstruieren heißt nicht, sie zu verneinen oder abzulehnen. Vielmehr beinhaltet die Dekonstruktion dieser Begriffe, daß man sie weiterhin verwendet, sie wiederholt, subversiv wiederholt, und sie verschiebt bzw. aus dem Kontext herausnimmt, in dem sie als Instrumente der Unterdrückungsmacht eingesetzt wurden.« (Butler 1993: 50–52)

So argumentiert auch Laclau, dass das Konzept der Produktionsweise durch das der hegemonialen Formierung ersetzt werden müsse (Laclau 2007a: 34), da es sich eben um eine hegemoniale ökonomische Logik und nicht um eine objektiv feststehende Produktionsweise handelt.

Andersherum folgt aus einer poststrukturalistischen Sichtweise nicht, dass sich bestimmte Diskurse nicht »materialisieren« und den *Schein* von Strukturen annehmen können. Damit kommen wir zur zweiten Möglichkeit, Materie und Strukturen aus Laclaus und Mouffes Sicht zu theoretisieren. Diskurse können durch ständige Wiederholung die Form von Materie, ja sogar von Gebäuden, Zäunen und allgemein Gegenständen annehmen. Laclau und Mouffe beschreiben diesen Prozess als *Sedimentierung*. So können Diskurse zu Institutionen, Objekten und Strukturen »sedimentieren«, infolgedessen wie Materie oder gegebene Strukturen erscheinen und reale Auswirkungen auf das soziale Leben haben.[11] Um den Prozess der Sedimentierung rekonstruieren zu können, unterscheiden Laclau und Mouffe zwi-

[11] So stellt eine sedimentierte, herrschaftsförmig durchgesetzte Praxis die Kopplung von bestimmten Rechten an die Staatsbürger_innenschaft eines bestimmten Landes und den konkreten Aufenthaltsstatus dar. Für illegalisierte Migrant_innen stellt sich aus diesem Grund die gesundheitliche Versorgung in Deutschland kompliziert und nicht ungefährlich dar; die sedimentierten Strukturen haben konkrete Auswirkungen auf den Möglichkeits- und (Über-)Lebensraum der Subjekte. Dass dieses System jedoch nie vollständig und endgültig fixiert ist, sondern einer beständigen (Re-)Interpretation auf der Subjektebene und infolgedessen einem beständigen Wandel unterliegt, der vor allem auch durch politische Interventionen herbeigeführt wer-

schen dem Sozialen – dem »Feld sedimentierter sozialer Praktiken« und dem Politischen, der »Welt kontingenter Artikulationen« (Laclau 2007a: 36). Das *Soziale* umfasst die zunächst unhinterfragte hegemoniale Wirklichkeit, in der wir leben und die wir als solche anerkennen; das Soziale bildet die »nicht mehr hinterfragten und somit verfestigten Beziehungen einer Gesellschaft« (Wullweber 2012: 35). Diese gesellschaftlichen Verhältnisse, Regeln, Normen und Werte sind infolgedessen depolitisiert, weil sie aktuell nicht mehr zur Verhandlung stehen und ihr politischer Entstehungskontext vergessen wurde. Daraus folgt jedoch nicht, dass diese Sedimentierungen nicht reaktiviert – also (re)politisiert – werden können. Dies passiert, wenn die soziale Gewachsenheit der Strukturen aufgezeigt wird. Diese ständige Gegenwart der Möglichkeit der antagonistischen Konstruktion gesellschaftlicher Verhältnisse nennen Laclau und Mouffe das *Politische* (vgl. Laclau/Mouffe 1998: 22). Laclau und Mouffe unterlaufen hier also eine herkömmliche politik- und gesellschaftswissenschaftliche Unterscheidung – nämlich die von Sozialem und Politik, die gemeinhin als zwei verschiedene gesellschaftliche Bereiche konzipiert werden. Stattdessen wird alles als potenziell politisch – weil politisierbar – betrachtet. Das Politische stellt dementsprechend die Grenze der Gesellschaft dar, weil sie die sozialen »Gegebenheiten« hinterfragt, politisiert und dekonstruiert. Das bedeutet, dass der Bereich, was zu einem bestimmten raum-zeitlichen Moment als politisch und damit verhandelbar angesehen wird und was nicht, selbst ein Politikum darstellt, immer politisch und daher stets auch verhandelbar ist. Politik und das, was als legitimes politisches Feld betrachtet wird, ist daher nicht a priori festgelegt ist, sondern immer umkämpft und nur temporär festgelegt.

Diese These lässt sich leicht nachvollziehen, wenn man die Kämpfe der 1960er betrachtet, in denen auch die Frage verhandelt wurde, was als politisch gilt. Scheinbar plötzlich wurden Geschlechterverhältnisse, Bildung, Erziehung, Familie und Privatheit als politisch betrachtet. Gegenwärtig sind neben den genannten Themenfeldern ebenfalls u.a. Konsum, Wohnen oder Lebensführung politisch reaktiviert worden. Aus solch einem Verständnis von der Produktion sozialer Realität muss jedoch nicht folgen, dass alles beliebig ist, und Bedeutungen zufällig entstehen. Laclau und Mouffe erklären dies mit dem Begriff der *Kontingenz*. Kontingenz bewegt sich zwischen Notwendigkeit und Zufall: Es ist nicht jeder beliebige Sinn zu jeder Zeit möglich, die Möglichkeiten sind jedoch auch nicht (ökonomisch) determiniert.

---

den kann, wird in der Monografie *Kranksein in der Illegalität* von Susann Huschke gezeigt (vgl. Huschke 2013).

Stattdessen produzieren vorangegangene Diskurse einen diskursiven Möglichkeitsraum, der die Grenzen des Diskurses setzt. Hier knüpfen Laclau und Mouffe an die Marxsche Prämisse der Situiertheit sozialer Kämpfe an und entwickeln diese poststrukturalistisch weiter:

> »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbst gewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« (Marx 1976b: 115)

Daraus folgt, dass Artikulationen immer an »bestehende« Wahrheits- und Handlungsshorizonte anknüpfen, innerhalb derer Bedeutungen reproduziert, verschoben oder neu konstituiert werden: »Es gibt daher einen Kampf um die Objektivität.« (Gramsci, zit. n. Wullweber 2012: 40)

Sinn wird infolgedessen immer nur temporär fixiert. Genau an diesem Punkt wird das Konzept der Hegemonie wieder relevant, da durch sie die Kontenpunkte entstehen, die die Bedeutungsfixierung temporär ermöglichen und das diskursive Feld fundamental autoritär strukturieren.

Wie kommt die Hegemonie in den Diskurs?

> »Hegemonie stellt also eine Anzahl von unterschiedlichen politischen Elementen zusammen, die nicht notwendigerweise miteinander verbunden sind, aber durch eine Artikulation zusammengesetzt werden.« (Laclau/Mouffe 1998)

Da jeder Diskurs aufgrund des Fehlens eines letzten Grundes von Unentscheidbarkeit gekennzeichnet ist, jedoch Entscheidungen getroffen werden müssen, können diese nicht auf einem rationalen Grund beruhen, der für alle gleichermaßen und infolgedessen als universal gilt (vgl. Mouffe 2007: 25). Doch wenn soziale Identitäten nicht auf Letztbegründungen zurückgeführt werden können, sondern Sinn nur als Relation der Momente eines Diskurses zueinander entstehen kann, stellt sich unweigerlich die Frage, wie Bedeutung hergestellt werden kann, wenn alles nur aus relationalen Differenzen besteht. Laclau und Mouffe führen an dieser Stelle den Begriff des »leeren Signifikanten« ein. Dieser strukturiert die »free-floating dispersion of signifiers« (Mouffe 1999: 751). Gleichzeitig wird durch einen Antagonismus das konstitutive Außen gebildet, durch den das Innere eine Einheit gewinnt:

> »Das zur eigenen Identität gehörende Lager lässt sich aufgrund der Präsenz der antagonistischen Kraft nicht um die eigene ontische Partikulari-

> tät schließen; und so muss es sich einerseits durch eine Äquivalenzkette zwischen den eingeschlossenen Inhalten signifizieren und andererseits durch die Produktion eines leeren Signifikanten, der kein Signifikat hat, weil er die unmögliche Fülle der Gemeinschaft repräsentiert.« (Laclau 2007a: 31)

Laclau definiert den leeren Signifikanten zunächst ganz banal als ein »Signifikant ohne Signifikat« (Laclau 2007b: 65). Der Begriff wurde u.a. in Anlehnung an Jacques Lacans Konzept der »points de capiton« – Stepp-Punkte, die die Bedeutung einer Signifikantenkette fixieren (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 150, Herv. i. O.) – entwickelt. Diese Punkte verbinden mehrere Signifikanten und bilden infolgedessen ein Zentrum, um das der Diskurs organisiert ist und seine Struktur ausbildet. Ein Signifikant, der eigentlich den Inhalt eines Signifikats – zumindest temporär – fixiert, wird in diesem Prozess so weit entleert, dass er eigentlich gar nichts konkretes mehr beschreibt und es infolgedessen vermag, die *Fülle* des Diskurses zu signifizieren, die aufgrund der ständigen Überdeterminierung eigentlich gar nicht zu fixieren ist. Er wird dadurch zum *leeren* Signifkanten:

> »Dieser [leere Signifikant] signifiziert eine Totalität, die tatsächlich unmöglich ist. (...) Das Moment des antagonistischen Aufeinanderpralls kann nicht direkt repräsentiert werden, aber es kann dennoch signifiziert – bzw., wenn man so will, positiviert – werden durch die Produktion eines leeren Signifkanten (oder vielmehr von zwei leeren Signifikanten: einen auf jeder Seite der antagonistischen Grenze).« (Laclau 2007a: 30f.)

Das bedeutet, dass ein leerer Signifikant weder das Resultat eines Überschusses noch eines Mangels an Signifikation ist. Er tritt aus den »einfachen«, partikularen Differenzen heraus und wird eine konstituierende, universale Differenz, die die Totalität des Diskurses repräsentiert und infolgedessen erzeugt. Aus diesem Grund vermag es der leere Signifikant, als verbindender »Stepp-Punkt« zu fungieren, der die anderen Signifikanten verbindet und ein konsistentes Bedeutungsfeld erzeugt. Der leere Signifikant erlangt somit eine »symbolische Autorität« (Mouffe 1999: 750), die für eine gewisse Zeit eine Struktur herstellt. Der leere Signifikant wird immer unkonkreter und inhaltsleerer, je mehr Kämpfe unter ihm vereint werden. Durch ihn wird eine Hegemonie ausgebildet.

Ein zentraler leerer Signifikant, der es mindestens seit der Mitte des letzten Jahrhunderts vermag, soziale Kämpfe zu einen ebenso wie imperialistische Kriege zu legitimieren und dementsprechend so überdeterminiert ist (vgl. Torfing 1999: 301), dass er alles und nichts meint, ist der Hochwertbegriff Demokratie. Ebenso können Leitbegriffe wie Globalisierung, Neolibe-

ralismus oder auch »Green New Deal« als zentrale leere Signifikanten der Gegenwart betrachtet werden.

Auf soziale Bewegungen übertragen bedeutet dies, dass die Einheit einer Bewegung durch diese leeren Signifikanten – in Form von Slogans, Leitbegriffen oder einer zentralen Forderung – hergestellt wird. Leitsprüche wie »Wir sind das Volk« der Bürgerrechtsbewegung der DDR, oder auch »We are the 99 percent« der Occupy-Bewegungen haben es – in unterschiedlichem Ausmaß – vermocht, verschiedene soziale Kämpfe und Forderungen zu vereinen und partikularen Kämpfen temporär eine Einheit zu geben. Bezüglich der Formierung einer sozialen Bewegung spielt vor allem eine Rolle, ob einzelne Forderungen befriedigt werden und die Proteste infolgedessen abflauen, oder ob sie unbefriedigt bleiben, sich mit anderen Forderungen verbinden und eine Bewegung bilden (Laclau 2005).

Die Kette, die verschiedene Identitäten, Forderungen und Kämpfe unter einem leeren Signifikanten ausbilden, nennen Laclau und Mouffe »Äquivalenzkette«, denn sie vermag es, unterschiedliche, partikulare Elementen im Hinblick auf einen bestimmten Aspekt *äquivalent* zu machen. Diese Äquivalenzkette bewegt sich kontinuierlich in dem Spannungsfeld aus zu viel Äquivalenz oder zu viel Differenz. Denn wenn eine Identität nur aus Differenzen bestehen würde, könnte es keine Einheit zwischen den Elementen geben. Wenn es aber nur Äquivalenzen gäbe, würde es keine Relationen mehr geben und folglich das Spiel der Bedeutungen zusammenbrechen. Dieses Spiel wird von Laclau und Mouffe als Logik der Äquivalenz und Differenz bezeichnet. Während erste dazu drängt, alle Differenzen zu eliminieren, drängt letztere dazu, den politischen Raum offen und komplex zu halten (Laclau/Mouffe 2006: 171). Soziale Bewegungen bewegen sich dementsprechend immer zwischen Vereinheitlichung und Auseinanderfallen. Und auch hier spielt Kontingenz eine zentrale Rolle: Die Verbindung der einzelnen Signifikanten ist weder notwendig noch alternativlos oder rational begründbar, sondern kontingent: »Kein leerer Signifikant kann völlig kontrollieren, welche Verbindungen Teil der Kette sind.« (Laclau 2007a: 31) Dieser Aspekt ist insbesondere bei der Betrachtung von sozialen Bewegungen von zentraler Bedeutung, denn aus der Kontingenz der Verbindungen von Forderungen und Identitäten resultiert, dass sich eine Bewegung weder auf strukturelle Bedingungen noch auf rationale Argumentationsketten zurückführen lässt. Infolgedessen können sich auch sehr unerwartete Inhalte unter einer Bewegung oder einem leeren Signifikanten verbinden, da es keine notwendige Verbindung von leerem Signifikanten und Inhalt gibt. So ist z.B. immer wieder zu beobachten, wie sich rechte, konservative oder neoliberale For-

derungen unter einen leeren Signifikanten einer eigentlich progressiven Bewegung subsumieren können, oder ein leerer Signifikant umgedeutet wird, sodass er für andere Ziele eingespannt werden kann. So hat die Partei »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (kurz: BüSo) den aus einem linken Kontext stammenden Begriff »Globalisierungskritik« mit einem vor allem antisemitischen Inhalt gefüllt und ihn diesbezüglich umgedeutet. Globalisierung wird hier als eine einseitige, US-amerikanische und israelische, imperialistische, oft personalisierte Hegemonie geframet, die eine Gefahr für das »deutsche Volk« oder die »deutsche Kultur« darstelle.

Auf der anderen Seite, dem konstitutiven Außen, bildet sich ebenfalls eine Äquivalenzkette um einen leeren Signifikanten, dem Antagonismus. Es bildet sich demzufolge je eine Äquivalenzkette auf jeder Seite, die die Identität der jeweils anderen Seite ermöglicht und gleichzeitig fundamental gefährdet (vgl. Laclau 2007a: 31). Ebenso wie der leere Signifikant sind Antagonismen nicht einfach weitere Differenzen. Stattdessen handelt es sich hier um eine konstitutive Differenz. Antagonismen sind folglich auch keine objektiven Relationen, sondern »eine Art der Relation, in der sich die Grenzen jeder Objektivitätskonstituierung anzeigen« (Laclau 2007a: 26) lassen. Antagonismen existieren daher »*außerhalb* der Gesellschaft; beziehungsweise sie konstituieren die Grenze der Gesellschaft und deren Unmöglichkeit, sich vollständig zu konstituieren« (Laclau/Mouffe 2006: 165, Herv. i. O.). Dieses Außen bedroht durch seine Existenz die vollständige Schließung der Identität, ermöglicht diese jedoch gleichzeitig erst. Die fundamentale Abgrenzung zu einem Außen wirkt stabilisierend und destabilisierend zugleich.

Die Ambivalenz, dass Antagonismen eine ständig präsente Alternative darstellen und sich daher *an der Grenze* der Gesellschaft befinden, diese unterdrückten Möglichkeiten jedoch gleichzeitig zu Antagonismen *innerhalb* der Gesellschaft werden können (wie z.B. Kapitalist_in und Arbeiter_in), verweist auf eine grundlegenden Problematik des Antagonismus-Begriffs bei Laclau und Mouffe in Form einer Unschärfe bzw. Mehrdeutigkeit.[12] Zu dieser begrifflichen Unschärfe trägt der Umstand bei, dass Laclau und Mouffe – mit der Absicht, ihre theoretischen Überlegungen zu veranschaulichen – stellenweise von konkreten »Antagonisten« schreiben, wie z.B. »dem Kapi-

[12] Diese begriffliche Unschärfe ist ebenfalls bei dem Begriff des leeren Signifikanten erkennbar. Während Oliver Marchart den leeren Signifikanten als weitere Entwicklung des Konzepts des Knotenpunkts (»nodal point«) versteht (Marchart 2007: 79f.), betrachtet Jacob Torfing sie als unterschiedliche Konzepte (vgl. Torfing 1999: 303).

talisten«. Der Antagonismus darf jedoch nicht als Antagonist in Form einer Person missverstanden werden, da es sich bei Antagonismen um Subjektpositionen und nicht Subjekte handelt. Der Antagonismus, der gesellschaftskonstituierend wirkt, stellt hingegen die »Erfahrung der Grenze aller Objektivität« (Laclau/Mouffe 2006: 61) dar. Laclau und Mouffe sind folglich in der Verwendung des Antagonismusbegriffs nicht stringent (vgl. Wullweber 2012: 46). Sie fassen unter Antagonismus zwei unterschiedliche Aspekte zusammen, weswegen Wullweber zum besseren Verständnis und zur Abgrenzung der konfligierenden Inhalte die Unterscheidung zwischen einem *ontisch*-konkreten und einem grundlegenden *ontologischen* Antagonismus eingeführt hat. Ontologisch verweist er dabei auf das radikale Außen und die Grenzen des Sozialen. Mouffe bezeichnet diesen Antagonismus daher auch – rekurrierend auf Derrida – als »konstitutives Außen« (vgl. Mouffe 1996: 247), da er die Einheit des Inneren konstituiert. Konstitutives Außen und ontologischer Antagonismus sind in diesem Sinne gleichbedeutend. Der ontische Antagonismus bezieht sich auf den konkreten gesellschaftlichen Konflikt auf realpolitischer Ebene zwischen Subjektpositionen (Wullweber 2012: 45). Der Begriff Antagonist verweist daher auf einen konkreten, also ontischen Antagonismus mit einer realen Existenz in Form eines Kapitalisten. Ontologische Antagonismen sind dementsprechend unterdrückte Ausschlüsse, die zu ontischen Antagonismen werden, wenn sie »reaktiviert« werden.

Aus diesem Gesellschaftsverständnis folgt, dass soziale Realität immer durch eine *Unterdrückung von Alternativen* bei gleichzeitiger *Hegemonialisierung eines spezifischen Horizonts* fixiert wird:

> »Wir nennen *Horizont*, was zu ein und demselben Zeitpunkt die Grenzen und das Terrain der Konstitution jedes möglichen Objektes errichtet – und folglich jedes Jenseits verunmöglicht. Vernunft für die Aufklärung, Fortschritt für den Positivismus, die kommunistische Gesellschaft für den Marxismus – dies sind nicht die Namen von Objekten innerhalb eines bestimmten Horizonts, sondern die des Horizonts selbst.« (Laclau 2007c: 147, Herv. i. O.)

Hegemonie ist bei Laclau und Mouffe daher immer eine Doppelbewegung der Etablierung eines spezifischen Horizonts bei gleichzeitiger Exklusion anderer Horizonte. Es gibt infolgedessen keine strukturellen oder rational ableitbaren Erfordernisse, welche die Etablierung einer Möglichkeit als die einzig rationale legitimieren. Die Entscheidungen *für* einen spezifischen Horizont wird immer im Raum der Unentscheidbarkeit getroffen (Engel 2009: 36, 119). Die Fixierung von Sinn kann sich folglich nur auf der Grundlage

von Macht und Hegemonie vollziehen. Macht erscheint daher nicht als etwas destruktives, sondern im Gegenteil – solange sie nicht mit einem Herrschaftsverhältnis verbunden ist – als etwas produktives, denn durch sie wird Bedeutung überhaupt erst möglich. Sozialer Konflikt, Macht und Antagonismus sind infolgedessen keine abzuschaffenden Störfaktoren, sondern sind Möglichkeitsbedingungen von sozialer Realität:

> »Jede gesellschaftliche Ordnung ist *politischer* Natur und basiert auf einer Form von Ausschließung. Es gibt immer andere unterdrückte Möglichkeiten, die aber reaktiviert werden können. Die artikulatorischen Verfahrensweisen, durch die eine bestimmte Ordnung etabliert und die Bedeutung der gesellschaftlichen Institutionen festgelegt wird, sind hegemoniale Verfahrensweisen.« (Mouffe 2007: 27, Herv. J.V.).

Diese Sichtweise unterscheidet diskurstheoretische Ansätze im Allgemeinen von den meisten anderen soziologischen und sozialphilosophischen Theorien, wie z.B. der Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas, bei der davon ausgegangen wird, dass mittels einer Diskursethik Macht durch rationale Verfahren begrenzt werden kann (u.a. Habermas 1996)[13]. In poststrukturalistischen Diskurstheorien hingegen sind Machtverhältnisse nicht das Ergebnis des Misslingens der Herstellung einer idealen Sprechsituation, sondern zentrale Voraussetzung zur Herstellung eines Diskurses. Jeder Diskurs ist somit immer schon fundamental autoritär strukturiert, da er immer auf Ausschlüssen beruht (Mouffe 2008). Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit können – im Anschluss an Gramsci – nie neutrale Sphären der Aushandlung und Deliberation sein, sondern sie sind von Anfang an vermachtete, von Ausschluss gekennzeichnete Sphären. Die grundlegende Notwendigkeit der Existenz von Antagonismen und Ausschluss bedeutet jedoch weder, dass alle gesellschaftlichen Verhältnisse *immer* antagonistisch organisiert sein, noch dass alle Ausschließungen als legitim betrachtet werden müssen:

> »Wenn wir also akzeptieren – was wie ich denke, wir beide tun –, daß es keine politische Ordnung, keine Gesellschaftlichkeit, kein Feld des Politischen gibt, ohne daß bereits bestimmte Arten von Ausschließung getroffen wurden – konstitutive Ausschließungen, die ein konstitutives Äußeres gegenüber jedem Ideal von Inklusivität produzieren –, bedeutet das nicht, daß wir alle Ausschließungsarten als legitim akzeptieren. Es wäre ungerechtfertigt zu schließen, nur weil Ausschließungen unver-

[13] Für eine ausführliche Lektüre der Kritik an einem deliberativen Demokratiemodell vgl. Mouffe (1996), Mouffe (1999) und Mouffe (2000).

meidlich seien, wären alle Ausschließungen gerechtfertigt.« (Butler/Laclau 1998: 240)

Subjekte in der Hegemonietheorie

»Was wir also taten, (...) ist, den Begriff eines identifizierbaren Agenten in Frage zu stellen. Das heißt, was wir erkannten, ist, dass das Subjekt durch eine Vielfalt der Subjektpositionen konstruiert wird, dass eine wesentliche Uneinheitlichkeit zwischen diesen Positionen existiert und dass es fortwährende Praktiken der Reartikulation gibt.« (Laclau/Mouffe 1998)

Wie können soziale Bewegungen, politischer Protest und die Subjekte der widerständigen Praxen – die Aktivist_innen – im Kontext solch eines antiessenzialistischen Gesellschaftsverständnisses, in dem es keine Basis für die Konstituierung rational handelnder, einheitlicher und geschlossener Akteur_innen gibt, verstanden werden? Laclaus und Mouffes Subjektverständnis beruht auf dem Begriff der »Anrufung« (»Interpellation«) von Louis Althusser (Althusser 1977, 109ff.). Mouffe zufolge sind Identitäten das Ergebnis von Identifikationsprozessen und niemals vollständig fixierbar (vgl. Mouffe 2007: 27). Das Subjekt wird durch den Akt der Anrufung und dem folgenden (Nicht-)Identifikationsprozess als solches erst konstituiert – bspw. als Frau, Arbeitnehmer_in, Mutter, Aktivist_in usw. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass das Subjekt verschiedene Rollen einnimmt, die ggf. miteinander konfligieren können, wie es in der soziologischen Rollentheorie angenommen wird (vgl. Stäheli 2000: 49). Aus poststrukturalistischer Perspektive wird das Subjekt durch diese einzelnen Subjektpositionen erst *erzeugt*:

»Such an approach can only be adequately formulated within a problematic that conceives of the social agent not as a unitary subject but as the articulation of an ensemble of subject positions, constructed within specific discourse and always precariously and temporarily sutured at the intersection of those positions.« (Mouffe 1992: 237)

Die einzelnen Subjektpositionen befinden sich zwar in einem Spannungsverhältnis. Dieses wirkt auf das Subjekt jedoch nicht (nur) bedrohlich, sondern vor allem konstitutiv. Foucault macht anhand des französischen Begriffs für Subjekt – »sujet« – die Doppelbewegung der Subjektanrufung deutlich. »Sujet« bedeutet im Französischen gleichzeitig Subjekt(werdung) und Unterwerfung – durch die Unterwerfung erlangt das Subjekt überhaupt erst den Subjektstatus. Da die anderen Identitäten im Moment

der Anrufung ausgeschlossen werden, wird das Subjekt auf *eine* Identität festgelegt. Die subjektkonstituierende Anrufung hat also immer auch Totalisierungseffekte, die das Subjekt ermöglichen und gleichzeitig beschränken. Die anderen Subjektpositionen schwingen bei einer spezifischen Anrufung jedoch stets mit, da sie eben nur temporär unterdrückt und folglich potenziell reaktivierbar sind. Diese Tatsache bildet den Grund für die fundamentale Überdeterminierung und Polysemie der Subjekte. Das Subjekt ist immer mehr als in dem Moment seiner Konstituierung. Aus dieser Polysemie und Überdeterminierung resultieren zahlreiche Widersprüche und Ambivalenzen. Anschauliche Beispiele hierfür stellt die Stuttgart 21-Gegnerin dar, die gleichzeitig Arbeitnehmerin bei der Deutschen Bahn ist und deren Arbeitsplatz möglicherweise von der Umsetzung des Bahnhofsprojekts abhängt, oder der Polizist, der gegen Demonstrant_innen vorgehen muss, die im Rahmen einer Demonstration gegen eine verschärfte Austeritätspolitik und u.a. für die Erhaltung seines Weihnachtsgeldes kämpfen.

Subjekte sind aufgrund dieser widersprüchlichen Anrufungen fundamental von Widersprüchen durchzogen. Diese widersprüchlichen Subjektanrufungen haben sich – wie Foucault im Rahmen seiner Gouvernementalitätsstudien aufgezeigt hat – im Zuge der modernen Subjektivierungstechniken vervielfacht, verdichtet und erlangen im Zuge des Neoliberalismus einen vorläufigen Höhepunkt. Antke Engel weist darauf hin, dass Neoliberalismus von dem grundlegenden Paradoxon aus einerseits dem Bezug auf Freiheit (in Form von Freiheits- und Konsument_innenrechten) und andererseits dem Bezug auf naturalisierte affektive Bindungen, wie z.B. Familie oder Privateigentum, durchzogen ist (vgl. Engel 2011: 73). Allgemein stellen neoliberale Diskurse paradoxe Anforderungen, z.B. individuelle Besonderheit und gleichzeitig soziale Anpassung (vgl. Engel 2009: 37). Daraus resultieren zahlreiche Widersprüche, mit denen das Subjekt umgehen muss.[14] Das bedeutet, die externen Regierungspraxen werden in das Subjekt hinein verlegt; das Subjekt regiert

[14] So haben die Hartz IV-Gesetze in Deutschland gleichzeitig eine bürokratische *Passivierung* und *Aktivierung* erzeugt. Die Antragsteller_innen wie Empfänger_innen unterliegen einem enormen Reglement, durch das sie nahezu jegliche Handlungsmacht verloren haben. Gleichzeitig werden sie jedoch aktiviert und sollen zu »Unternehmer_innen ihrer selbst« (Bröckling 2008: 80; auch 2002) werden. Ein weiteres Beispiel stellt das derzeit hegemoniale Frauenbild dar, nach dem Frauen (vor allem in Bezug auf ihren Körper) selbstdiszipliniert und zugleich leidenschaftlich und wild sein sollen.

sich selbst, es muss diese widersprüchlichen Anrufungen in Eigenverantwortung regulieren, kontrollieren und vereinen.[15]

Die verschiedenen Identitäten und Subjektpositionen stehen darüber hinaus nicht als einfache Differenzen auf einer Ebene gleichberechtigt nebeneinander, sondern haben Hierarchien ausgebildet. So sind manche Subjektpositionen legitim(er) als andere; manche Identitäten lebbarer als andere, manche wirkungsmächtiger als andere. Die Subjekte sind folglich immer in ein konkretes Macht- und Herrschaftsgeflecht eingebettet, das durch Ungleichheit, Exklusion und Diskriminierung gekennzeichnet ist.

Nicht nur poststrukturalistische Theorien theoretisieren diese Verstricktheit des Subjekts in herrschende Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Theorien der Intersektionalität analysieren diese Verflechtung aus einem stärker empiriegeleiteten Blickwinkel (u.a. Winker/Degele 2009).[16] Vertreter_innen dieses Ansatzes haben aufgezeigt, dass und wie sich verschiedene Ungleichheits- und Differenzverhältnisse, insbesondere Klasse, *race* und Gender,[17] nicht einfach addieren, sondern sich gegenseitig überschneiden, durchdringen und verstärken. Sie können daher nicht voneinander isoliert betrachtet werden. Eine *schwarze*[18] Frau ist z.B. anders von Diskriminierung betroffen als eine *weiße* Frau oder als eine *schwarze* Frau mit einer Behinderung.

Macht- und Herrschaftsverhältnisse erzeugen jedoch nicht nur Diskriminierung und Ungleichheit, sondern auch im sozialen Raum privilegierte Positionen. Mit Pierre Bourdieus Habitus- und Kapitaltheorie (u.a. Bourdieu 1982) lassen sich diese unterschiedlichen Positionen im sozialen Raum und den damit zusammenhängenden (Handlungs-)Möglichkeiten erfassen und beschreiben. Durch eine (vor allem klassen)spezifische Sozialisation wird das Subjekt erst als solches erzeugt. Subjekte verfügen dementsprechend über sozial produzierte Handlungshorizonte und Handlungsmöglichkeiten

---

[15] Damit einher geht eine Atomisierung und Individuierung des Subjekts, in deren Rahmen es vollständig aus gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöst (handlungsfähig) zu sein scheint.

[16] Friederike Habermann zufolge bleibt bei intersektionalen Theorien jedoch (ähnlich wie bei der Rollentheorie) die subjektkonstituierende Wirkung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse unterbelichtet (Habermann 2006b).

[17] Diese wurden von Nina Degele und Gabriele Winker um die Kategorie Körper erweitert. Darüber hinaus existieren noch zahlreiche weitere Ungleichheits- und Diskriminierungskategorien, wie z.B. Ableism, Adultismus, Ziganismus.

[18] Mit der kursiven Schreibweise soll darauf hingewiesen werden, dass *Weiß*- und *Schwarzsein* keine Wesensmerkmale an sich sind, sondern gesellschaftlich wirkmächtige Zuschreibungen (vgl. dazu u.a. Eggers et al. 2005: 13).

(Kapitalien) sowie Handlungsmuster (Habitus), die ihr Handeln unbemerkt und unbewusst beeinflussen. Wenn diese nicht sichtbar gemacht und reflektiert werden (was nie vollständig möglich sein wird), produzieren die Aktivist_innen die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse infolge ihrer eigenen Position im sozialen Raum zumindest partiell mit. Sie sind also unweigerlich in gewissem Ausmaß in bestehende Macht- und Herrschafts*praxen* verstrickt. Emanzipatives Handeln kann deshalb nie ganz widerspruchsfrei sein: »Unter widersprüchlichen Bedingungen ist und bleibt auch kritisches und emanzipatorisches Denken und Handeln widersprüchlich« (Brand 2006: 42) und: »Jeder Versuch, eine Gegen-Hegemonie zu errichten, wird deshalb immer in gewissem Ausmaß in die hegemoniale Formation verstrickt bleiben« (Marchart 2005: 12).

Folglich ist auch die Subjektposition der Aktivist_in als fundamental fragmentiert und überdeterminiert zu verstehen. Aus der fundamentalen Polysemie folgt, dass aus einer Subjektposition, z.B. der als Frau, nicht die spezifischen Interessen eines Subjekts abgeleitet werden können (vgl. Mouffe/Laclau 1991: 172). Damit gehen spezifische Widersprüche einher, die die Aktivist_innen und ihr Handeln durchkreuzen und subjektkonstituierend wirken. Im Neoliberalismus haben sich diese widersprüchlichen Subjektanrufungen intensiviert und erzeugen immer neue Widersprüche. Diese das Subjekt durchziehenden Widersprüche können zwar nicht vollständig abgeschafft werden, wohl aber reduziert und politisiert werden. Darüber hinaus bewegen sich die Aktivist_innen immer in einem konkreten gesellschaftlichen Gefüge und haben immer eine konkrete Sprecher_innenposition inne, aus der unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten und eine ungleich verteilte Handlungsmacht einhergeht. Sie sind daher unweigerlich in Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt und produzieren diese immer ein Stück weit mit. Subjekte sind zwar nicht die Urheber_innen der Diskurse und können nicht die Bedeutung des gesamten Diskurses kontrollieren, können aber als Sprecher_innen durch die von ihnen vorgenommene Positionierung im sozialen Raum den Verlauf des Diskurses mitbestimmen.

Grenzen der Hegemonietheorie

Seit ihrer Entwicklung Mitte der 1980er Jahre ist die Hegemonietheorie nach Laclau und Mouffe nicht nur innerhalb marxistischer Theorie und Praxis zu Prominenz gelangt. Sie ist seit einigen Jahren Bestandteil von Standard- und Einführungswerken der politischen Theorie. Die zunehmende Verbreitung der Theorie vor allem im europäischen Raum hatte eine intensive Rezeption und Kritik insbesondere innerhalb marxistischer Debatten zur Folge.

Denn nicht nur der bei allen poststrukturalistischen Theorien kritisierte (vermeintliche) Verlust von Handlungsfähigkeit bildete einen Schwerpunkt der Kritik, sondern vor allem die Dekonstruktion zentraler marxistischer Prämissen wurde in Teilen der Linken sehr kritisch aufgenommen. Im folgenden Unterkapitel werden zentrale Kritikpunkte dargestellt, die sich vor allem aus theoretischer Perspektive ergeben haben.

Urs Stäheli zufolge liegt eine zentrale Schwierigkeit darin, dass sich poststrukturalistische Soziologien durch eine Fokussierung auf das Moment des Sinnbruchs und des Scheitern von Sinnprozessen auszeichnen (vgl. Stäheli 2000: 5). Dieses Scheitern bezieht sich nicht nur auf die Konstruktion sozialer Wirklichkeit, sondern auch auf die verwendeten soziologischen Begrifflichkeiten und Theorien. Stäheli identifiziert in diesem Zusammenhang als ein Charakteristikum von poststrukturalistischen Ansätzen das Innehaben der »Position eines Parasiten«, »der von den etablierten Unterscheidungen der Soziologie lebt (wie z.B. Handlung/Struktur) und sie unterminiert« (Stäheli 2000: 6). Daraus folgt, dass die poststrukturalistischen Begriffe quer zu vielen gängigen soziologischen Unterscheidungen und Begriffen stehen, wie z.B. Struktur und Handlung oder Objekt und Subjekt, wodurch sich der Zugang zu den theoretischen Konzepten relativ sperrig darstellt. So verwenden auch Laclau und Mouffe soziologische, politikwissenschaftliche und philosophische Begrifflichkeiten, besetzen diese jedoch mit neuem Inhalt.[19] Aus diesem Zuwiderlaufen gängiger Unterscheidungen bei gleichzeitiger Beibehaltung, aber inhaltlich neu gefüllter gesellschaftswissenschaftlicher Begriffe und der Einführung neuer Begrifflichkeiten folgt ein komplexes Theorie-Geflecht, in dem es nicht immer einfach ist, die Durchsicht und Klarheit der Begriffe (z.T. auch seitens der Theoretiker_innen selbst) zu behalten. Darüber hinaus verwenden Laclau und Mouffe manche Begrifflichkeiten nicht stringent, wie an der Verwendung des Antagonismus-Begriffs deutlich wurde.

Im Folgenden möchte ich in Anschluss an Wullweber (2012: 47–51) auf fünf zentrale Kritikpunkte eingehen. Die ersten vier lassen sich – wie Wullweber aufzeigt, theorieimmanent entkräften bzw. klären. Der fünfte Punkt tangiert jedoch den Kern der Theorie und stellt grundlegende Prämissen der Theorie infrage, weswegen ich auf diesen ausführlicher eingehen möchte.

---

[19] So argumentiert Laclau, dass er den Begriff *Ideologie* nicht aufgeben, wohl aber postmarxistisch reformulieren würde (vgl. Laclau 2007a: 40).

Der erste von Wullweber angeführte Kritikpunkt stellt wohl den generell strittigsten Aspekt im Kontext poststrukturalistischer Theorien dar: das Postulat der diskursiven Vermittlung von Realität. Der geäußerten Kritik zufolge werden infolgedessen die *realen* Auswirkungen von Ereignissen und Objekten übersehen oder unterschätzt. Diese Sichtweise wird vor allem von Norman Geras (1987), Bob Jessop (1990) und J. Magnus Ryner (2006) kritisiert. Laclau und Mouffe bestreiten jedoch nicht, dass Ereignisse oder Objekte reale Auswirkungen haben können. Sie weisen nur darauf hin, dass diese Auswirkungen von sich aus keine Bedeutung in sich tragen, sondern diese erst diskursiv erzeugt wird.

Als zweiten Kritikpunkt identifiziert Wullweber die Schlussfolgerung von Ryner und Andreas Bieler/Adam D. Morton, dass aus der diskursiven Verfasstheit sozialer Realität folge, dass Realität beliebig gestaltbar wäre. Aus der poststrukturalistischen Negierung von Notwendigkeiten folgt jedoch nicht, dass jedwede Subjektposition und Realität möglich ist:

> »Die Positionen des Subjekts werden ebenfalls durch die Situation definiert, die es seinen Möglichkeiten nach im Verhältnis zu verschiedenen Gebieten oder Gruppen von Gegenständen einnehmen kann.« (Foucault 1981: 78)

Der dritte Punkt betrifft wieder Laclaus und Mouffes Verständnis von Materialität, diesmal aus einem gegensätzlichen Blickwinkel: der Verstetigung und dementsprechend »Materialisierung« von Diskursen. Die diesbezügliche Kritik wurde Wullweber zufolge u.a. von Jessop (2002) vorgebracht und bezieht sich auf die Gegenüberstellung von materiellen und diskursiven Verhältnissen. Materialität ist jedoch als die Sedimentierung von diskursiven Praxen zu begreifen, Materialität und Diskursivität stellen daher theorieimmanent keinen Gegensatz dar.

Ein vierter Kritikpunkt bezieht sich auf die politische Praxis, Handlungsfelder und Akteur_innen gesellschaftlicher Veränderung. Nach Wullweber kritisieren Geras (1987; 1988) und Ryner (2006), dass infolge der poststrukturalistischen Dekonstruktion eines identitären Klassensubjekts die Position eines prädestinierten, determinierten Trägers gesellschaftlicher Veränderung verloren gegangen sei. Durch die Ablehnung von essenziellen Bedürfnissen, Interessen und sozialen Verhältnissen ergeben sich jedoch vor allem neue Handlungsfelder und Praxen, die nicht über einen Klassenantagonismus verlaufen müssen. Und auch Butler (1993) macht deutlich, dass infolge der Dekonstruktion einer gemeinsamen Geschlechtsidentität nicht das Subjekt der Veränderung verloren geht, sondern auf diese Weise neue Kampffelder und mögliche Allianzen eröffnet werden.

Der letzte Punkt betrifft nicht – wie die vorangegangen – einzelne Begrifflichkeiten, Unterscheidungen oder Zugänge, die problematisch erscheinen können, sondern den Kern des Konzepts:

> »Die Logik des Politischen, und darin inbegriffen *Kontingenz* und *Negativität* – verstanden im Sinne eines radikalen Außens, welches die Konstruktion von Identität und Bedeutung überhaupt erst ermöglicht –, entflieht als grundlegend notwendige Ontologie der Historisierung.« (Wullweber 2012: 51, Herv. i. O.)

Zentraler Kritikpunkt ist, dass die letztendliche Konsequenz aus Laclaus und Mouffes Begriff und Stellenwert des Logischen sei, dass aus ihr ein »quasitranszendenter Status« (Wullweber 2012: 51) folge. Das Logische erscheint als den Handlungen gegenüber privilegiert und folglich ahistorisch. Die Logik des Politischen entzieht sich folglich der Möglichkeit der Dekonstruktion. Diese Kritik wird u.a. von Butler (1998) und Demirović (2007a) vorgebracht.

Eine ähnliche Problematik stellt sich hinsichtlich der theorieimmanent nicht plausibel begründbaren Herkunft der ontologischen Antagonismen und der Annahme von Trieben dar, wie sie insbesondere von Mouffe (2007) vertreten wird. Diese erscheinen als prädiskursive Gegebenheiten. Auch der Prozess, wie und warum sich ontische Antagonismen bilden, also Elemente zu Momenten des Diskurses werden, bleibt ungeklärt. Zudem wird nicht deutlich, ob die kapitalistische Logik eine objektive Materialität darstellt, vergleichbar mit Objekten, deren Bedeutung unterschiedlich diskursiv erzeugt werden kann, oder ob sie – vice versa – eine sehr stark sedimentierte gesellschaftliche Praxis darstellt. Allgemein stellt sich diese Unterscheidung problematisch dar – denn wie lässt sich unterscheiden, ob eine Struktur auf Basis von Materialität diskursiv erzeugt oder als soziale Praxis sedimentiert wurde? Bei körperlichen Merkmalen lässt sich dieser Prozess noch relativ einfach nachvollziehen (wie z.B. Geschlechts*organe* zu Geschlechts*merkmalen* werden). Aber sind ökonomische »Logiken«, wie z.B. das kapitalistische Mehrwertgesetz, diskursiv erzeugbare Objektivitäten oder sedimentierte soziale Praxen?

Darüber hinaus liegt der Annahme, dass die kapitalistische Entwicklung viele Orte des Konflikts kreiert (vgl. Laclau 2007a: 36) zwar kein Klassenreduktionismus mehr zugrunde, wohl aber ein ökonomischer Reduktionismus. Auch J. K. Gibson-Graham weisen darauf hin, dass das kapitalistische System bei Laclau und Mouffe unbeabsichtigt doch als unhinterfragter Bezugsrahmen fungiert und ihm infolgedessen eine prädestinierte Stelle zugewiesen wird, die alle sozialen Verhältnisse durchdringt (vgl. Gibson-Graham

2006a: 258f.).[20] Wie es scheint, haben sich einige Essenzialismen in Laclaus und Mouffes Theoriegebäude eingeschlichen. So sind einige Elemente nicht theoretisch herleit- oder begründbar, sondern erscheinen als unhinterfragbare und unbegründbare Notwendigkeit innerhalb des Theoriegebäudes.

Neben dieser Ontologisierung des Logischen stellt Demirović generell die von Laclau und Mouffe durchgeführte Gleichsetzung von Diskurs und Gesellschaft infrage. Laclau und Mouffe ziehen eine linguistische Logik zur Erklärung von Gesellschaft und sozialen Praxen im Allgemeinen heran. Er kritisiert, dass auf der Basis einer diskursiven Logik alle sozialen und politischen Prozesse erklärt werden. Insbesondere das Konzept des Antagonismus sei geprägt »von einer falschen Universalisierung besonderer gesellschaftlicher Phänomene auf die Gesamtheit der geschichtlichen Entwicklung« (Demirović 2011: 521). Ein weiterer Kritikpunkt, der aus dieser Sichtweise resultiert, bezieht sich auf die These, dass sich Gesellschaft nur durch Exklusion konstituieren kann (Demirović 2008: 416). Laclau und Mouffe nehmen infolge ihres Verständnisses des Politischen in Kauf, dass sich Gesellschaft immer nur total und exklusiv konstituieren kann – anstatt die Totalisierungslogik, die Gesellschaft in Laclaus und Mouffes Augen zugrunde liegt, und die damit verbundenen Zwänge zu kritisieren:

> »Deswegen, so wäre gegen Laclau und Mouffe einzuwenden, vollzieht sich der Antagonismus in der Gesellschaft selbst – zwischen denen, die andere zwingen, die Natur zu zwingen, und denen, die sich nicht weiter zwingen lassen wollen, bloß Natur, Notwendigkeit, Identität zu sein.« (Demirović 2007a: 83)

Demirović kritisiert dementsprechend das Totalisierungsprojekt »Gesellschaft«. Gesellschaft stelle eben kein Apriori dar, sondern »eine historisch kontingente und von bürgerlichen Kräften getragene moderne Form des Zusammenlebens« (Demirović 2008: 416). Er argumentiert, dass sie kein notwendiges, gegebenes Naturkonstrukt des Zusammenlebens ist, sondern als Projekt des Bürgertums zu begreifen ist, die eigene Lebensweise kompromisshaft durchzusetzen. Es stelle sich in diesem Zusammenhang die grundlegende Frage: Wenn Gesellschaft nur durch Exklusion und Inklusion denkbar ist, wollen wir dann überhaupt Gesellschaft? Demirović schlussfolgert daraus: »Totalität ist entsprechend keine hinzunehmende, sondern eine kritische Kategorie« und im Anschluss an Adorno: »›Eine befreite Menschheit wäre länger nicht Totalität‹ (Adorno 1972: 292)« (Demirović 2007a: 84). Die

[20] Auf Gibson-Grahams Kritik werde ich in Kapitel 7 und 8 noch einmal vertiefend eingehen.

von Laclau und Mouffe unhinterfragte Annahme eines totalisierenden, auf Exklusion basierenden Bildes von Gesellschaft stellt sich für eine kritische Theorie und Praxis als fatal dar, weil sie genau das, was sie eigentlich bekämpft, verteidigt und lebt:

> »Damit verschiebt sich die Rolle der kritischen Intellektuellen, die sich von Kritikern der großen Mechanismen des Ausschlusses zu ihren Verteidigern verwandeln – und das nicht, weil sie irgendeine konkrete soziale Gruppe ausschließen wollen, sondern weil er ihnen als notwendig im Sinn der Rationalität der sozialen und politischen Ordnung erscheint. Der kritische Rest, der bleibt, besteht darin, für verflüssigte, durchlässige, flexible Exklusionen zu plädieren, die nicht zu Lasten besonderer Personengruppen gehen sollen, bei denen sie sich verfestigen.« (Demirović 2008: 410)

Laclaus und Mouffes Theorie läuft daher Gefahr, Verhältnisse von Exklusion und Totalisierung, die sie eigentlich kritisieren wollen, zu zementieren.

Auf diese problematische Ontologisierung der Logik des Politischen und des Sozialen und die damit einhergehende Notwendigkeit der Exklusion von Subjektpositionen werde ich im Kapitel 7 und 8 ausführlicher eingehen. Denn bei der Betrachtung der Krisenproteste wird sich ebenfalls die Frage stellen, ob die von Laclau und Mouffe beschriebene Logik der Etablierung einer Hegemonie mittels eines leeren Signifikanten und eines Antagonismus die einzige denkbare Logik des Politischen ist. Die Analyse der Argumentationslinien und Diskursräume wird zum einen zeigen, wie die bewusste Etablierung eines die Kämpfe einenden Antagonismus die Entwicklung gegen-hegemonialer Perspektiven blockieren kann. Zum anderen wird deutlich werden, dass sich im Rahmen der Krisenproteste noch eine weitere Logik des Politischen herausgebildet hat, die sich durch andere Merkmale auszeichnet und in deren Rahmen keine Schließungs- und Exklusionsprozesse notwendig sind.

Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass mithilfe der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe das in Gramscis Hegemonieansatz vorherrschende essenzialistische Top-down-Verständnis von Hegemonie aufgelöst werden kann. Sie greifen die Grundgedanken in Gramscis Hegemonieansatz auf und übertragen sie auf die generelle Produktion sozialer Wirklichkeit. Hegemonie wird zum grundlegenden Modus von Realitätsproduktion. Mit solch einem Verständnis von Hegemonie und sozialer Realität lassen sich zum einen die Prozesse und Mechanismen, durch die soziale Realität und Identitäten konstituiert werden, und zum anderen, welche Rolle soziale Bewegungen bei der Produktion gesellschaftlicher Realität spielen, dif-

ferenzierter und vor allem macht- und herrschaftssensibler nachvollziehen. Zum anderen stellt sich aus dieser Sichtweise heraus die Frage nach den Inhalten und den Grenzen bestehender Hegemonien und sich formierender Hegemonieprojekte auf eine ganz andere Art und Weise – nämlich nach den Positionen, die innerhalb und denen, die außerhalb der Grenzen liegen und in welches Verhältnis sich gegen-hegemoniale Projekte dazu setzen. Mit Bourdieus Worten lässt sich zusammenfassen:

> »Will man die Welt ändern, muss man die Art und Weise, wie Welt gemacht wird, verändern.« (Bourdieu 1992: 152)

4.3. Hegemonie – Diskurs – Gegen-Hegemonie

> »(...) jeder geschichtliche Akt kann nur vom Kollektivmenschen vollzogen werden, setzt also die Erreichung einer kulturell-gesellschaftlichen Einheit voraus, durch die eine Vielzahl auseinanderstrebender Willen mit heterogenen Zielen für ein und dasselbe Ziel zusammengeschweißt werden, auf der Basis einer (gleichen) und gemeinsamen Weltauffassung (einer allgemeinen oder besonderen, transitorisch – auf emotionalem Wege – wirkenden oder permanenten, deren intellektuelle Basis so verwurzelt, assimiliert, gelebt ist, daß sie zur Leidenschaft werden kann). Da es so geschieht, scheint die Bedeutung der allgemeinen Sprachfrage auf, das heißt des kollektiven Erreichens ein und desselben kulturellen Klimas.« (Gramsci 1991: 1335f., Heft 10, §44)

Gramsci selbst hat den Begriff »*Gegen*-Hegemonie« in seinen Schriften nicht verwendet. Dennoch ist dieser Begriff mit dem Denken Gramsci aufs engste verbunden und die Art und Weise, wie er eine andere, von der Arbeiter_innenklasse angeführte Hegemonie konzipiert, kann als eine Form der Gegen-Hegemonie begriffen werden. Allgemein sind (mindestens) drei verschiedene Konzeptionen von (Gegen-)Hegemonie denkbar.[21] Erstens kann der Begriff Gegen-Hegemonie bedeuten, dass jedwede Form von Hegemonie abgelehnt wird, d.h. versucht wird, gesellschaftliche Verhältnisse herzu-

[21] Ich danke den Teilnehmer_innen des Hegemonie- und Diskursworkshops in Frankfurt a.M., bei dem diese Einteilung vorgestellt und diskutiert wurde. Diese Unterteilung stellt eine von vielen möglichen Lesarten von Hegemonie und Gegen-Hegemonie dar. Je nach Schwerpunktsetzung kann das Verständnis von Gegen-Hegemonie auch über andere Foki verfügen.

stellen, die nicht auf der Vorherrschaft eines Wahrheitshorizonts und der Exklusion von Alternativen basieren. Gegen-Hegemonie wäre damit gleichbedeutend mit *Anti-Hegemonie*. Dieses Verständnis ist in Anschluss an Laclaus und Mouffes Theorie nicht denkbar, da hier Gesellschaft und soziale Realität immer auf Ausschluss basieren. Soziale Realität kann demnach nur durch die temporäre Stabilisierung eines Wahrheitshorizonts konstituiert werden – und mit dieser gehen immer die Exklusion und die Herstellung der Undenkbarkeit von Alternativen einher. Die Herstellung einer hegemoniefreien Gesellschaft ist theorieimmanent nicht möglich. Hegemonie erscheint in diesem Kontext jedoch auch nicht als etwas Negatives, das einer Abschaffung bedarf.

Auch wenn die Prämisse, dass Hegemonie nicht abgeschafft werden kann, vorausgesetzt wird, gibt es mindestens zwei weitere Möglichkeiten, Hegemonie zu konzipieren. Gegen-Hegemonie kann daher zweitens als bloße *Ablehnung oder Kritik* der bestehenden Ordnung verstanden werden; eine neue Ordnung wird demnach nicht zwangsweise anvisiert. In Gramscis Hegemonieverständnis beinhaltet die Analyse und Kritik einer herrschenden Ordnung jedoch immer auch drittens die *Etablierung einer neuen Hegemonie*. So schreibt Andreas Merkens in Anlehnung an Frank Deppe:

> »Der ganze Gramsci (...) ist der marxistische Theoretiker, der die Problematik der Hegemonie seiner Zeit immer auch in der Perspektive einer neuen revolutionären Strategie durchdenkt, der die geschichtliche Handlungsfähigkeit der subalternen Klassen anstrebt. (...) Vielleicht ließe sich sagen, dass Antonio Gramscis *politische Pädagogik* in besonderer Weise, die *Gleichzeitigkeit* von Hegemonie und Gegen-Hegemonie repräsentiert.« (Merkens 2006: 5, Herv. i. O.)

Gegen-Hegemonie bedeutet in Gramscis Verständnis nicht nur Ablehnung, sondern immer auch – und das bereits im Rahmen der Analyse der gegenwärtigen Machtverhältnisse – die Berücksichtigung der Frage, wie Handlungsfähigkeit geschaffen und erweitert werden kann und gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend verändert werden können. Bei diesem dritten möglichen Verständnis von Hegemonie wird demnach zwar von der Unumgänglichkeit hegemonialer Verhältnisse ausgegangen – jedoch immer unter der Prämisse der Möglichkeit deren Veränderbarkeit. Denn Gramscis Verständnis von Hegemonie impliziert – wie wir gesehen haben – immer auch die gleichzeitige Perspektive der Überwindung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Wie in dem eingangs angeführten Zitat deutlich wird, verfügt Gramsci über eine relativ klare Vorstellung, wie gesellschaftliche Verhältnisse grund-

legend verändert werden können. Diese kann als sein Verständnis von »Gegen-Hegemonie« begriffen werden: Der »Kollektivmensch«, den Gramsci in Anlehnung an Machiavelli als modernen Fürsten konzipiert – zu seiner Zeit die Partei, heute möglicherweise die sozialen Bewegungen –, eint die »Vielzahl auseinanderstrebender Willen mit heterogenen Zielen« und erzeugt auf diese Weise eine »kulturell-gesellschaftliche Einheit«, ein neues »kulturelles Klima«. Es geht also bei Hegemonie nicht darum, die Macht zu ergreifen, sondern ein Klima, ein Bewusstsein zu schaffen, das eine kollektive gesellschaftliche Veränderung möglich macht.[22] Auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Kämpfe bezogen bedeutet dies: Wenn soziale Bewegungen eine Gegen-Hegemonie etablieren wollen, dann müssen sie verschiedene Elemente emanzipatorischer Politik verbinden und infolgedessen ein neues kulturelles Klima erzeugen, in dem die herrschende Politik infrage gestellt werden kann. Es bedarf also einer »neuen kulturellen Grammatik« (Marchart/Weinzierl 2006: 8). Ein so verstandener Begriff von Gegen-Hegemonie ist infolgedessen nicht nur ein rein deskriptiver oder analytischer Begriff, sondern vor allem auch ein strategischer.

Gegen-Hegemonie als Strategie

> »Es ist offensichtlich, dass – sobald wir die gesellschaftliche Realität im Sinne hegemonialer Praxen ins Auge fassen – der für radikale Politik charakteristische Prozess der Gesellschaftskritik nicht länger ein Rückzug aus den bestehenden Institutionen sein kann, sondern ein Eingriff in diese sein muss, um derart die bestehenden Diskurse und Praxen, durch welche die gegenwärtige Hegemonie errichtet und reproduziert wird, zu desartikulieren, und zwar mit dem Ziel, eine andere Hegemonie zu konstruieren.« (Mouffe 2008)

Neben Mouffe hebt auch Brand hervor, dass der Begriff der (Gegen-)Hegemonie darauf hinweisen soll, dass emanzipatorische Bewegungen strategische Perspektiven entwickeln können und müssen – eben aufgrund der Tatsache, dass eine Gegen-Hegemonie – genauso wie die Hegemonie selbst – aktiv und damit strategisch hergestellt werden kann und muss (vgl. Brand 2007: 66). Eine gegen-hegemoniale Perspektive kann daher die Sichtweise auf soziale Kämpfe als Kämpfe *gegen* etablierte Wahrheitshorizonte eröff-

[22] Andreas Merkens begreift daher Hegemonie immer auch als ein pädagogisches Verhältnis (Merkens 2006).

nen, und ermöglicht es, den Erfolg einer gegen-hegemonialen Intervention zu messen und die Strategien danach auszurichten. Der Begriff der Gegen-Hegemonie ist daher nicht nur wissenschaftliche Kategorie, sondern gleichzeitig ein Kampfbegriff. Mouffe beschreibt dementsprechend Kritik auch als »gegenhegemoniale Intervention« (Mouffe 2008).

Aber worum geht es genau, wenn wir von Gegen-Hegemonie sprechen, und wie kann sie konkret aussehen? Wenn Gramscis Hegemoniebegriff ernst genommen werden soll, so stehen nicht (nur) die herrschenden Machtverhältnisse und hegemonialen Praxen im Zentrum der Analyse, sondern darüber hinaus die Orte und Praxen, durch die sie produziert und abgesichert werden:

> »Es geht auch darum, gesellschaftliche Kräfte- bis hin zu Alltagsverhältnissen zu verändern und die Spielregeln selbst zu verändern. Das ist eine schwache Position, und diese Position bleibt öffentlich erstmal schwach. Gegen-hegemoniale Perspektiven nehmen das politische Vorfeld in den Blick und gehen davon aus, dass nicht zuletzt hier Handlungsfähigkeit im weiten gesellschaftlichen und im engeren politischen Sinne zurückgewonnen werden muss.« (Brand 2006: 42)

Gegen-hegemoniale Perspektiven lassen sich dementsprechend nicht per se auf vorgegebene Terrains ein, auf denen gesellschaftliche Kämpfe ausgetragen werden (vgl. Brand 2006: 42). Das Terrain, auf dem diese Kämpfe stattfinden, rückt in den Fokus der Kritik. Infolgedessen wird das Feld für Auseinandersetzungen und Interventionen erheblich erweitert. Nicht mehr nur die primären Sphären der Politik, wie Parlament und politische Institutionen, sondern die ihnen vorgelagerten Praxen, auf denen Politik und Gesellschaftlichkeit basieren – die Zivilgesellschaft, die Kultur und die Alltagspraxen – stehen plötzlich gleichwertig neben der »großen« Ebene der Politik. Owen Worth und Carmen Kuhling weisen in diesen Zusammenhang darauf hin, dass die Beschäftigung mit diesen kulturellen Aspekten von Hegemonie in wissenschaftlichen Diskursen – und meiner Beobachtung nach auch in der politischen Praxis – zwar beständig eingefordert, jedoch selten realisiert wird (Worth/Kuhling 2004: 33). Stattdessen stehen in vielen Arbeiten der Internationalen Politischen Ökonomie, die sich positiv auf Gramsci beziehen, vor allem die internationalen Machtkonstellationen im Zentrum; die kulturelle Dimension von Herrschaft bleibt Worth und Kuhling zufolge zumeist unterbelichtet. In Rekurs auf die Strategie des »anti-consumerist activism« und Noami Kleins Buch »No Logo« (2002) zeigen sie konkrete Möglichkeiten auf, wie in politischen Kämpfen und daran anschließenden wissenschaftlichen Analysen diese Ebene in den Fokus gestellt werden kann.

Abschließend möchte ich auf einen weiteren zentralen Bestandteil gegen-hegemonialer Perspektiven eingehen. Im Sinne Gramscis kann Gegen-Hegemonie nur durch einen *Kollektiv*menschen, d.h. in kollektivierter Form, etabliert werden. Das schließt zwar eine potenzielle Wirkmächtigkeit individueller widerständiger Praxen nicht aus, diese müssen jedoch in den gesellschaftlichen Kontext eingebettet werden. So stellt z.B. das Fahren ohne gültigen Fahrschein an sich nur eine Ordnungswidrigkeit dar. In verkollektivierter Form kann daraus jedoch eine politische, widerständige Praxis werden. Gegen-hegemoniale Perspektiven basieren im Wesentlichen nicht nur auf den Praxen kollektiver Akteur_innen, sondern müssen darüber hinaus immer auch andere Subjektivierungsformen produzieren (vgl. Brand 2011: 15).

Gegen-hegemoniale Perspektiven als Infragestellung, Umdeutung herrschender und Produktion alternativer Wahrheitshorizonte

Wie können gegen-hegemoniale Praxen gedacht werden, wenn man die Annahme der Existenz eines einheitlichen, autonomen Subjekts aufgibt? Handlungsfähigkeit ist poststrukturalistisch schwer zu konzipieren und bringt immer wieder Diskussionen, Kontroversen und Irritationen hervor, da in den auf dem Paradigma der Aufklärung basierenden Gesellschaften Rationalität und Autonomie die fundamentalen Grundlagen von Handlungsfähigkeit darstellen. In solch einem Verständnis scheint es daher schwer, Handlungsfähigkeit ohne ein handlungsfähiges Subjekt zu denken. Ich möchte mich dennoch daran wagen, Handlungsfähigkeit und den Möglichkeiten, gegen-hegemoniale Perspektiven und Praxen zu denken, in Anschluss an die poststrukturalistischen Theoretiker_innen Laclau und Mouffe, Butler und Foucault nachzuspüren – auch wenn dies im Rahmen einer empirischen Arbeit nur bruchstückhaft und relativ oberflächlich bleiben kann.

Kritik und Handlungsfähigkeit

> »Macht und Freiheit stehen sich also nicht in einem Ausschließungsverhältnis gegenüber (wo immer Macht ausgeübt wird, verschwindet Freiheit), sondern innerhalb eines sehr viel komplexeren Spiels: in diesem Spiel erscheint die Freiheit sehr wohl als die Existenzbedingung von Macht (sowohl als ihre Voraussetzung, da es der Freiheit bedarf, damit Macht ausgeübt werden kann, wie auch als ihr ständiger Träger, denn wenn sie sich völlig der Macht, die auf sie ausgeübt wird, entzöge, würde auch diese verschwinden und dem schlichten und einfachen Zwang der

> Gewalt weichen); aber sie erscheint auch als das, was sich nur einer Ausübung von Macht entgegenstellen kann, die letztendlich darauf ausgeht, sie vollkommen zu bestimmen. Das Machtverhältnis und das Aufbegehren der Freiheit sind also nicht zu trennen.« (Foucault 1987a: 256)

Wie wir gesehen haben, wird im Poststrukturalismus das Subjekt nicht den Handlungen als vorgängig begriffen. Stattdessen wird es erst durch Anrufungen konstituiert. Das Subjekt bewegt sich daher immer schon in einem vorstrukturierten, vermachteten Raum. Wenn man – in Anschluss an Foucault – Macht nicht als *auf* bereits konstituierte Subjekte wirkend, sondern diese erst als *durch* Macht konstituiert begreift, kann Handlungsfähigkeit folglich nur bedeuten, dieses Terrain, auf dem Subjekte konstituiert werden, zu strukturieren: »Regieren heißt in diesem Sinne, das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren.« (Foucault 1987b: 255) Kritik kann daher ganz allgemein als »die Kunst nicht regiert zu werden bzw. die Kunst nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden« (Foucault 1992: 12) verstanden werden – also den subjektkonstituierenden, totalisierenden Anrufungen zu widerstehen und das Feld, in dem Subjektivität erzeugt wird, selbst zu strukturieren.[23] Freiheit und Handlungsfähigkeit sind dementsprechend der Macht nicht entgegengesetzt, sondern ihr inhärent und gehen aus ihr hervor. Aber woher kommt Handlungsfähigkeit konkret?

Unterwerfung birgt immer auch die Möglichkeit von Handlungsfähigkeit und Widerstand mit sich, da – im Gegensatz zu einer strukturalistischen Sichtweise – im Poststrukturalismus Bedeutungen nicht strukturell festgelegt sind. Sie bedürfen einer ständigen Reproduktion. Da dies nie vollständig gelingen kann und die anderen unterdrückten Identitäten immer mitschwingen, besteht immer ein Bedeutungsüberschuss. Subjekte sind infolgedessen nie vollständig konstituiert und von Macht durchdrungen – die machtvollen Anrufungen verfehlen die Subjekte immer ein Stück weit. Aus diesen Verfehlungen resultieren Handlungsfähigkeit, Widerstand und infolgedessen gegen-hegemoniale Perspektiven. Bedeutungen können daher immer verschoben und Ausgeschlossenes reaktiviert werden. Nichts ist nie vollständig und für immer hegemonial und nichts ist nie vollständig und

[23] Dieses Verständnis ist nicht nur poststrukturalistischen Theoretiker_innen eigen, sondern auch anderen kritischen Theoretiker_innen. So beschreibt Bourdieu gesellschaftliche Veränderung als Veränderung der »Art und Weise, wie Welt gemacht wird«. Für Klaus Holzkamp ist kritische Praxis die Veränderung der Bedingungen, unter denen restriktive Handlungsfähigkeit nicht mehr die naheliegende Handlungsvariante ist (vgl. Holzkamp 1984; Holzkamp 1985 und Holzkamp 1990).

für immer ausgeschlossen. Laclau und Mouffe reformulieren diese Vorstellung von sozialer Realität hegemonietheoretisch. Aufgrund der fundamentalen Instabilität jeder sozialen Ordnung besteht immer die Möglichkeit der Repolitisierung, also der Antagonisierung von Ausschlüssen. Grenzen sind also nie fixiert, sondern können immer verschoben und politisiert werden. Dieses Aufzeigen und Politisieren der gesellschaftlichen Konstruktion von vermeintlichen Objektivitäten, auf dem alle poststrukturalistische Theorien aufbauen, ist die Dekonstruktion. Laclau und Mouffe haben ihre Theorie vor allem aus einer Bewegungsperspektive auf soziale Bewegungen, Protest und Widerstand heraus entwickelt. Infolgedessen steht die Repolitisierung in Form der Antagonisierung des Sozialen im Vordergrund. In Rekurs auf Butler lässt sich noch ein weiterer Aspekt beleuchten. Da Butler ihre Theorie mit Bezug auf die Konstruktion von heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit und die damit verbundene Exklusion von anderen geschlechtlichen Identitäten entwickelt hat, geht es bei ihr vor allem um die Politisierung von Normierungsprozessen und Grenzziehungen, die Verschiebung von Grenzziehungen und die damit einhergehende Inklusion von ausgeschlossenen Identitäten. Auch Butler geht nicht davon aus, dass Exklusion verhindert werden kann, da diese zur Konstitution eines Inneren fundamental notwendig ist. Ins Zentrum gegen-hegemonialer Perspektiven stellt sie stattdessen die Frage, wie kontinuierlich mehr Identitäten lebbar gemacht und dementsprechend als legitime Subjekte im Inneren der Gesellschaft konstituiert werden können (Butler 2001). Dies umfasst insbesondere die Forderung, dass bestimmte Differenzen nicht mehr als subjektkonstituierende Differenzen fungieren, also dass z.B. Unterschiede in der Hautfarbe nicht mehr eine identitätsstiftende Funktion innehaben, sondern zu einer einfachen Differenz, wie es z.B. bei der Haarfarbe der Fall ist, werden. Während sich mithilfe von Laclau und Mouffe die Repolitisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durch die Herausbildung eines Antagonismus erklären lässt und hier infolgedessen die konfliktbezogene Komponente im Vordergrund steht, legt Butler den Fokus auf die Inklusion von ausgeschlossenen Identitäten. Mit beiden Konzepten lassen sich daher zwei Perspektiven gegen-hegemonialer Praxen aufzeigen.

Gegen-hegemoniale Praxis

Gegen-hegemoniale Perspektiven können als fundamentales Infragestellen von herrschenden Wahrheits*horizonten* verstanden werden: Sie dekonstruieren herrschende diskursive Stabilisierungen, verschieben oder erweitern sie, etablierten aber auch neue Horizonte und politisieren diesbezügliche

Grenzziehungen. Gegen-Hegemonie in Laclaus und Mouffes Verständnis kann folglich erstens bedeuten, einen *bestehenden* leeren Signifikanten zu hinterfragen, seinen Inhalt zu erweitern oder ihn neu zu füllen, *oder* zweitens einen ganz *neuen* leeren Signifikanten zu etablieren.

Gegen-Hegemonie umfasst im ersten Fall die *Verschiebung, Erweiterung oder Umdeutung des leeren Signifikanten*:

> »Wenn also eine Dekonstruktion der Materialität von Körpern den traditionellen ontologischen Referenten dieses Begriffs suspendiert und problematisiert, wird damit keineswegs der Gebrauch dieses Begriffs eingefroren, verbannt, für nutzlos erklärt oder seiner Bedeutung entleert. Im Gegenteil stellt die Dekonstruktion erst die Bedingungen her, den Signifikanten zu *mobilisieren* und in den Dienst einer anders gearteten Produktion zu stellen.« (Butler 1993: 53, Herv. i. O.)

Gegen-hegemoniale Praxen verschieben dementsprechend das Innere, nehmen neue Bedeutungen auf, grenzen andere aus, die dann außerhalb des demokratischen Horizonts zu identitätskonstituierenden Momenten werden. Diese Praxis kann mit Butlers Politik des Performativen realisiert werden (Butler 1991; Butler 2006). Wie wir gesehen haben, wird soziale Realität durch das Zitieren von Konventionen reproduziert. Durch »falsches« Zitieren gesellschaftlicher Normen – z.B. in Form von Kleidertausch oder der Parodie – können gesellschaftliche Normen irritiert und ihre gesellschaftliche Konstruiertheit aufgezeigt werden. Auf diese Weise können bspw. neben der Unterscheidung Mann/Frau weitere sexuelle Identitäten in den Möglichkeitshorizont integriert werden (Abb. 1a).

Auf politischen Protest bezogen kann dies bedeuten, Begriffe, vermeintliche Logiken und Sachzwänge zu dekonstruieren und sie mit neuem Inhalt zu füllen: Wenn der Begriff »Globalisierung« bspw. nicht mehr nur neoliberal gedacht wird, sondern mit kritischem Inhalt gefüllt wird, wird ein bestehender leerer Signifikant erweitert oder umgedeutet. Ebenso stellt es sich hinsichtlich des Ökonomiebegriffs dar: Wenn nicht (nur) ein kapitalistisches Verständnis von Ökonomie vorausgesetzt wird, das von dem Mehrwertgesetz als unveränderbare Logik von Ökonomie ausgeht, sondern auch andere ökonomische Modelle entwickelt und praktiziert werden, wie z.B. in Form einer solidarischen Ökonomie oder Wirtschaftsdemokratie, erweitert sich der leere Signifikant Ökonomie und alternative Möglichkeitsfelder werden eröffnet. Infolgedessen kann die Wirkmächtigkeit herrschender Sinnhorizonte abgeschwächt oder ganz eliminiert werden. Gegen-Hegemonie bedeutet hier auch die Ausgrenzung anderer Bedeutungen und dementsprechend die Verschiebung herrschaftlicher Sinnhorizonte (Abb. 1b).

Möglichkeiten der Hegemonialisierung

Abbildung 1a: Erweiterung des Raum des Möglichen

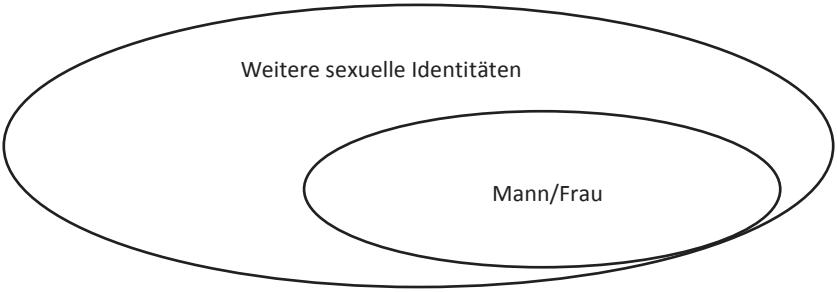


Abbildung 1b: Umdeutung eines bestehenden Signifikanten

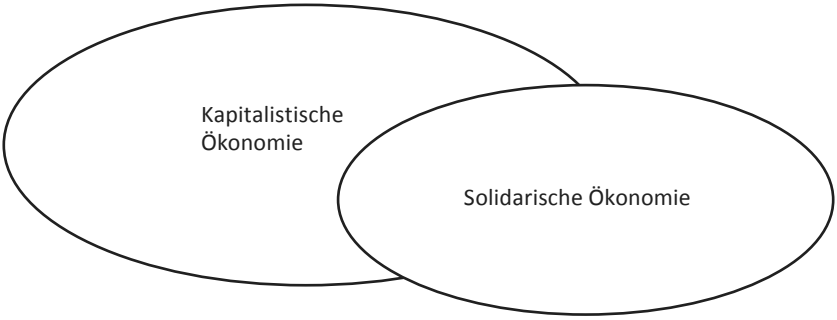
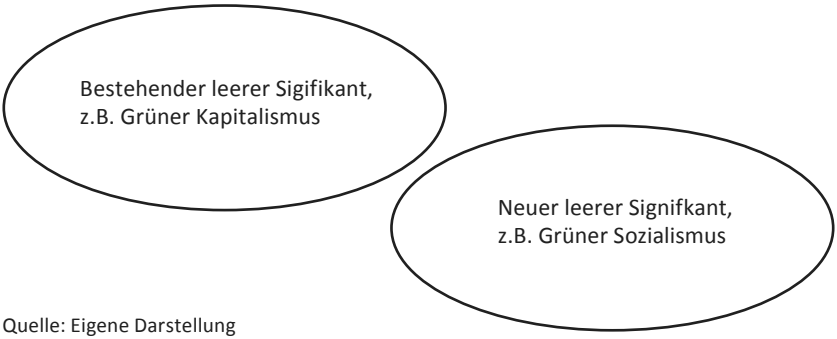


Abbildung 2: Etablierung eines neuen leeren Signifkanten



Quelle: Eigene Darstellung

Gegen-Hegemonie kann aber auch die *Etablierung eines neuen leeren Signifikanten* bedeuten, der das Feld der Bedeutungen neu strukturiert. Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit oder Grüner Sozialismus (in Abgrenzung zu Grünem Kapitalismus) stellen neue Signifikanten dar, die in den letzten Jahren als gegen-hegemoniale Projekte entwickelt wurden und unter denen sich soziale Kämpfe (neu) organisiert haben (Abb. 2).

Diese beiden, sich sicherlich nicht erschöpfenden Möglichkeiten, Gegen-Hegemonie zu denken, schließen sich weder aus noch sind sie klar voneinander trennbar. So hat Butler mittels der Dekonstruktion der Annahme eines biologischen Geschlechts zum einen einen bestehenden leeren Signifikanten von seinem identitären, substantiellen Inhalt geleert und infolgedessen andere Bedeutungen innerhalb des Signifikanten möglich gemacht. Andererseits hat sie aber auch den Raum des Möglichen um andere geschlechtliche Identitäten erweitert.

Gegen-hegemoniale Perspektiven setzen zusammenfassend an den Fragen an, wie gesellschaftliche Realitäten produziert, mit welchen Inhalten sie gefüllt und welche Inhalte und Positionen infolgedessen in das gesellschaftliche Außen verschoben werden. Sie analysieren nicht nur, sondern zielen auf die Veränderung dieser Realitäten ab. Sie nehmen die Produktionsweise des Terrains in den Blick, wie Gesellschaft, Politik und diesbezügliche Verfahren der Subjektivierung konstituiert werden.

Aus diesen theoretischen Überlegungen ergeben sich für die vorliegende Arbeit folgende Fragen:

- Welche Gesellschafts- und Kriseninterpretationen und damit zusammenhängenden Forderungen befinden sich im Inneren des demokratischen Horizonts der Krisendiskurse?
- Welche Handlungsräume und – konkret – welche Strategien werden angewandt und befinden sich innerhalb und außerdem des Raums des Möglichen?
- Wie werden herrschende Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die eigene Verstrickung in diese und die daraus resultierenden Widersprüche reflektiert und welche Auswirkungen hat dies auf den Umgang damit?
- Welche Hegemonieprojekte werden imaginiert und wie verhalten sich diese zu den herrschenden Hegemonien?
- Welche Spannungsfelder ergeben sich aus den ersten vier Punkten bezüglich der Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven und wie lassen sich diese produktiv wenden?

4.4. Prämissen für eine kritische, diskurs- und hegemonietheoretisch inspirierte Bewegungsforschung

Die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sind nicht primär im Feld der Bewegungsforschung angesiedelt. Stattdessen lassen sie sich dem ersten in Kapitel 3 beschriebenen Zugang zu sozialen Bewegungen zuordnen: Sie beschäftigen sich mit sozialen Bewegungen aus dem konkreten politischen Erkenntnisinteresse heraus, Gesellschaft zu verändern und dafür gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Funktionsweisen, z.B. die Logik des Politischen, zu analysieren. Ihre Arbeiten nehmen an vielen Stellen direkt Bezug auf soziale Bewegungen und Proteste. Diese werden jedoch nicht einer systematischen Analyse unterzogen, sie stellen vielmehr den Ausgangspunkt ihrer philosophisch-politischen Überlegungen dar. Ihre Beschäftigung mit sozialen Bewegungen basiert daher nicht auf einer ausgearbeiteten, auf ihrer spezifischen diskurs- und hegemonietheoretischen Perspektive basierenden Methodik. Dieser weiße Fleck wurde bereits von vielen Wissenschaftler_innen punktuell gefüllt, die – oft unter Rekurs auf andere diskurstheoretische oder diskursanalytische Ansätze – die von Laclau und Mouffe entwickelten Begrifflichkeiten zu operationalisieren versucht haben (z.B. Fairclough 2003; Glasze/Mattissek 2009b; Howarth/Torfing 2005; Marchart/Adolphs/Hamm 2007; Nonhoff 2007a, Wullweber 2010) dar. Die Ausarbeitung einer differenzierten und vor allem umfassenden Methodik steht jedoch noch aus. Es erscheint daher für die Analyse von sozialen Bewegungen fruchtbar, das Framing-Konzept, das ebenfalls auf eine inhaltliche Analyse von Bedeutungsrahmen von Bewegungen abzielt und bereits über ein elaboriertes Instrumentarium verfügt, mit einer diskurs- und hegemonietheoretischen Perspektive zu verbinden und auf diese Weise den essenzialistischen, subjektzentrierten und herrschaftsunsensiblen Grundannahmen des Framing-Konzept entgegenzuwirken. Im folgenden Abschnitt wird versucht, die beiden Ansätze zu verbinden, ohne die unterschiedlichen theoretischen Grundlagen der einzelnen Konzepte zu negieren. Insbesondere hinsichtlich der ersten vier, tendenziell *diskurs*theoretischen Prämissen erweist sich eine *Verbindung* der beiden Ansätze als fruchtbar. Wenn es jedoch um die Berücksichtigung gesellschaftlicher (Macht- und Herrschafts-)Verhältnisse und das implizite oder explizit gemachte Verständnis von Gesellschaft und Öffentlichkeit geht (Prämissen 5-8), ist eine reine *Ergänzung* des Framing-Ansatzes durch *hegemonie*theoretische Prämissen notwendig.

1. Diskursive Produktion von sozialer Wirklichkeit

Hinsichtlich der Herstellung von sozialer Realität sind zwischen beiden Konzepten zentrale Überschneidungen erkennbar. Snow und Benford definieren Framing als »signifying work or meaning construction« (Benford/Snow 2000: 614), das sie als Verbindung von unverbundenen Elementen fassen. Sie gehen also ebenfalls bis zu einem gewissen Grad von einer diskursiven Verfasstheit sozialer Realität und der Notwendigkeit von Artikulation für deren (Re)Produktion aus. Snow und Benfords Konzept basiert jedoch auf der Annahme der Existenz objektiver Bedingungen, die bereits vor ihrer Artikulation bestehen und durch diese aktiviert werden. Diese beinhalten einen »*extant* stock of meanings, beliefs, ideologies, practices, values, myths, narratives (...)« sowie eine »*extant* culture« (Benford/Snow 2000: 629, Herv. i. O.). Diese Aspekte werden im Rahmen des Framing-Ansatzes als Faktoren identifiziert, die Framing-Prozesse beeinflussen, jedoch selbst keiner diskursiven Produktion unterliegen. Dass auch Kultur nicht einfach objektiv besteht, sondern die Elemente durch Artikulation erst zu Momenten werden (vgl. Laclau/Mouffe 2006) und sie daher nicht bereits vor ihrer Artikulation objektiv erfasst werden können, bleibt unberücksichtigt.

Es lässt sich zusammenfassen, dass mit beiden Konzepten – wenn auch bei Snow und Benford mit einem essenzialistischen Kern – eine Sichtweise auf sozialen Bewegungen ermöglicht wird, mittels der die Notwendigkeit von Verknüpfung, Umdeutung, Verstärkung oder Entwicklung neuer Forderungen und Deutungsrahmen ins Zentrum der Analyse von Mobilisierung und Hegemonialisierung rückt. Die Verbindung der Frames gilt in beiden Ansätzen nicht als notwendige, sondern als mögliche Verknüpfung. *Die erste Prämisse lautet daher, dass Frames, deren Verknüpfung und die damit einhergehende Bildung einer Bewegung zur Realitätskonstruktion maßgeblich beitragen. Sie sind nicht auf einen rationalen Grund zurückführbar oder das Ergebnis einer logischen Schlussfolgerung, sondern immer das Ergebnis einer diskursiven, kontingenten Praxis.*

2. Involviertheit der Forschenden in die Konstruktion sozialer Realität

Aus der ersten These folgt, dass durch jede Handlung soziale Realität hergestellt wird. Dies betrifft ebenfalls die Arbeit der Forschenden:

> »[T]he outsider self never simply stands outside; he or she always stands in a definite relation with the other of the study (...).« (Abu-Lughod 1993: 40)

Durch die wissenschaftliche Beschäftigung mit Personen, Bewegungen, Ereignissen und Praxen werden diese in das wissenschaftliche und infolge-

dessen oft auch in das öffentliche, mediale und politische Sichtfeld gerückt. Die Analyse und Darstellung durch die Forschenden erfolgt jedoch immer auf eine spezifische Art und Weise. Forscher_innen erforschen infolgedessen nicht primär soziale Realität, sie stellen sie durch den Forschungsprozess in ihrer spezifischen Form erst her. *Daraus folgt für die zweite Prämisse, dass die Forschenden einen entscheidenden Einfluss darauf haben, was im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs wie thematisiert und verhandelt wird – oder eben keine Aufmerksamkeit erfährt. Jede Kategorie und Unterscheidung, die durch wissenschaftliche Arbeit eingeführt wird, ist daher auch politischer Natur. Daraus folgt die Notwendigkeit der Reflexion der eigenen Position als Forscher_in, der damit verbundenen Privilegien und Begrenzungen sowie der damit zusammenhängenden verwendeten Kategorien und Begriffe.* Dies spielt vor allem dann eine Rolle, wenn es um die (unbewusste) Reproduktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und des damit verbundenen Raumes anerkannter Identitäten geht: Wenn die Kategorien und Identitätskonzepte des Alltagsverstandes unkritisch übernommen werden, werden damit zusammenhängende gesellschaftliche Verhältnisse reproduziert und legitimiert. Im Rahmen eines bestimmten wissenschaftlichen Diskurses können dementsprechend politische Praxen ganz unterschiedlich geframet und entsprechend legitimiert oder eben auch delegitimiert werden. Widerständige Alltagspraxen und »Lifestyle Movements« werden in der Bewegungsforschung zumeist übergangen (vgl. hierzu z.B. Bayat 2010; Habermann 2006a; Haenfler/Johnson/Jones 2012; Sauer 2013), woraus nicht selten deren Marginalisierung und Nicht-Berücksichtigung als politische Protestform folgt. Den Begriff »soziale Bewegung« in den Plural zu setzen, wie es viele Bewegungsforscher_innen in den letzten Jahren getan haben, um der Diversität und Pluralität der Proteste Rechnung zu tragen, ist hingegen ein Bespiel für einen reflektierten Umgang mit Begriffen und Kategorien. Ebenso stellt es sich mit der konkreten Bezeichnung der Aktivist_innen dar: Aus Globalisierungsgegner_innen wurden Globalisierungskritiker_innen.

3. Hegemoniale Stabilisierungen und Identitäten:
Master Frames und leere Signifikanten

In gängigen Forschungen zu sozialen Bewegungen, insbesondere bei auf quantitativen Umfragen basierenden Analysen, erscheinen Identitäten und Meinungen als feststehend, sodass sie durch eine Erhebung objektiv abgebildet werden können. Mit Laclau und Mouffe lassen sich Identitäten hingegen als Ergebnis jenes Artikulationsprozesses begreifen, in dessen Rah-

men politische Partizipation erzeugt wird. Identitäten sind demnach immer prekär, d.h. sie bedürfen einer ständigen Reproduktion. Daraus folgt auch, dass sie einem ständigen Wandel unterliegen und nie abgeschlossen sind. Die Identität von Aktivist_innen und Bewegungen ist folglich nicht als präkonstituierte, statische Einheit zu begreifen, sondern als erst durch den Prozess der Bewegung selbst konstituiert. Identitäten bedürfen daher einer ständigen (Re)Produktion, sie unterliegen dementsprechend einem fortwährenden Wandel. Doch wie kann die Identitätsbildung einer Bewegung verstanden werden, wenn sie nicht auf präkonstituierten, festgelegten und stabilen Identitäten beruht? Um die Konstituierung sozialer Bewegungen verstehen zu können, ist es notwendig, die zugrunde liegenden Prozesse zu analysieren, die der Bewegung eine temporäre Einheit geben. Mit Snow und Benford lässt sich dieser Prozess als Verstärkung, Ausweitung, Verbindung oder Neubildung von verschiedenen Frames analysieren. Sie heben in diesem Zusammenhang die Zentralität eines die Weltsicht neu interpretierenden Frames – dem Master Frame – hervor (Snow/Benford 1992; Benford/Snow 2000). Dieses Konzept ist vergleichbar mit dem Laclau und Mouffeschen Konzept des leeren Signifikanten. Auch wenn es sich immer als komplexes und zugleich komplexitätreduzierendes Unterfangen darstellt, Kategorien und Begrifflichkeiten aus unterschiedlichen Theorien und Theorietraditionen miteinander zu verbinden, so erscheint es in diesem Fall fruchtbar, diese beiden Konzepte, mit denen ähnliche Prozesse beschrieben werden, zusammenzuführen. Mit beiden Konzepten sind Stepp-Punkte gemeint, an denen das Spiel unverbundener Forderungen, Signifikanten und Frames temporär stabilisiert wird, sodass eine gemeinsame Identität fixiert werden kann. Auf diese Weise werden die verschiedensten Inhalte miteinander verbunden und resignifiziert; sie bilden eine »Äquivalenzkette« (z.B. Laclau 2005: 77) aus, die eine symbolische Vereinheitlichung bewirkt (Laclau 2005: 74). Soziale Bewegungen gewinnen ihre Einheit demnach nicht nur durch den gemeinsamen Bezug auf negative Aspekte – einen Antagonismus oder eine geteilte Problemdiagnose (»diagnostic framing«); sie basieren immer auch auf einem positiven Bezugspunkt, der dem Handeln einen Sinn und ein Ziel gibt. Laclau schlägt in diesem Zusammenhang vor, Forderungen als die kleinste Untersuchungseinheit zu verwenden, da sie Verbindungen ausbilden und sich infolgedessen die Gesamtheit der Bewegung ausbildet (Laclau 2005: 72f.).

Doch während beim Framing-Konzept Bewegungsorganisationen, die die Framing-Prozesse organisieren, als Ursprung der Artikulation identifiziert werden, wird im Kontext diskurstheoretischer Ansätze der Blickwinkel von

einer akteur_innenzentrierten Sichtweise auf die diskursiven Prozesse verschoben, mittels derer eine gemeinsame Identität erst ausgebildet wird. Denn es sind nicht die Akteur_innen, die hegemonial werden, sondern die Diskurse und Subjektpositionen. Im Rahmen einer Beschäftigung mit sozialen Bewegungen erweist sich daher eine Zuordnung der unterschiedlichen Artikulationen zu den jeweiligen Sprecher_innenpositionen als vielversprechendes Verfahren (vgl. Wullweber 2010: 54). *Zusammenfassend lautet die dritte Prämisse, dass sich soziale Bewegungen nicht um einen rationalen Kern bilden, sondern ihre Identität kontingent ist und sich durch die Konstituierung eines Master Frames bzw. eines leeren Signifikanten bildet. (Bewegungs-)Identitäten sind dabei immer partikularer, sich als Universalität darstellender, relationaler und fragiler Natur. Dabei fungieren nicht die Akteur_innen als grundlegende Untersuchungseinheit, sondern die Forderungen und die damit einhergehenden Frames und Signifikanten.*

4. Demokratischer Horizont

Soziale Bewegungen und Protest finden immer vor einem spezifischen gesellschaftlichen Hintergrund statt und (re)produzieren diesen kontinuierlich. Dieser Kontext basiert immer auf bestimmten »Wahrheiten«. Hegemonie bildet sich daher durch die »Expansion eines Diskurses zu einem dominanten Horizont sozialer Orientierung« (Glasze/Mattissek 2009a: 160). Laclau und Mouffe nennen diesen Raum des Möglichen *demokratischen Horizont*. In ihm befindet sich alles Denk-, Sag- und Lebbare. Die Grenze des demokratischen Horizonts bildet das konstitutive Außen, der (Nicht-)Raum ausgeschlossener Identitäten. Soziale Bewegungen und Protest bewegen sich in diesem Raum (oder fallen aus ihm heraus). Sie bilden infolge ihrer Aktivitäten jedoch auch selbst einen Horizont von legitimen Forderungen und Identitäten aus. Die Herausforderung kritischer Bewegungsforschung liegt daher in dem Aufzeigen und der Analyse der gesellschaftlich und bewegungsintern hegemonialen Formationen. *Protest- und Bewegungsforschung – so meine vierte Prämisse – muss infolgedessen immer auch berücksichtigen, in welcher Weise sich der gesellschaftliche und bewegungsinterne Möglichkeitsraum ausbildet. Was befindet sich innerhalb des demokratischen Horizonts und was fällt heraus? Auf welchen Gesellschaftsbildern und Normen basieren die Diskurse?*

5. Exklusionen

Dieser Punkt knüpft an die vorhergehende Prämisse an, zielt jedoch auf die andere Seite des demokratischen Horizonts: auf die produzierten Ausschlüsse. Denn wo es Inklusion gibt, existiert auch Exklusion. Die Etablierung eines demokratischen Horizonts impliziert zwei Arten von Ausschlüssen: einfache Differenzen und identitätskonstituierende Differenzen. Soziale Bewegungen können nicht alle Forderungen absorbieren, sonst würden sie absolut beliebig werden. Sie können daher nie eine vollkommene Positivität erlangen. Diese Ausschlüsse sind einfache, im Rahmen des konkreten demokratischen Horizonts nicht artikulierte, Differenzen. Soziale Bewegungen produzieren jedoch kontinuierlich eine bestimmte soziale Realität, die andere Formen ausschließt und die zum Teil fundamental auf diesen Ausschlüssen basiert. Es werden daher kontinuierlich alternative Identitäten exkludiert und infolgedessen zum Teil delegitimiert. *Daher lautet meine fünfte Prämisse, dass es immer ausgeschlossene Identitäten und Forderungen gibt. Die Aufgabe der Forscher_innen besteht darin, diese zu identifizieren, sie sichtbar zu machen und ihre Funktion für die Identitätsbildung einer sozialen Bewegung zu analysieren. Dies impliziert auch eine Berücksichtigung der Vielfalt gegen-hegemonialer Projekte, die in der hegemonialen Bewegung nicht sichtbar sind.*

6. Macht- und Herrschaftsverhältnisse

In vielen Studien der Bewegungsforschung bleibt der gesellschaftliche Raum, in dem Protest stattfindet, unhinterfragte Hintergrundfolie. Wenn er thematisiert wird, wird er zumeist als neutraler Raum zur Aushandlung von Interessen konzipiert. Die Analysen basieren daher zumeist auf impliziten Grundannahmen über das Wesen der Gesellschaft, von Politik und Öffentlichkeit. Ebenso stellt es sich beim Framing-Konzept dar. Die Entwicklung von Master Frames erscheint als das Resultat einer erfolgreichen Mobilisierung seitens der Bewegungsorganisationen. Die dahinterliegenden gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnisse, in deren Rahmen die Mobilisierung stattgefunden hat, sind in der Analyse nicht oder von nebensächlicher Bedeutung. Der Zugang zu sozialen Bewegungen und Protest basiert folglich auf einem liberalen Grundverständnis: Verschiedene Interpretationen stehen in Konkurrenz zueinander und manchen gelingt es aufgrund bestimmter Faktoren eben besser, Aktivist_innen zu mobilisieren. In diesem Sinne ähnelt das Verständnis von Öffentlichkeit dem Konzept der deliberativen Demokratie von Habermas (z.B. 1996): Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden als Störfaktoren, nicht aber als den Dis-

kurs konstituierende Momente verstanden. Der Prozess, wie Frames auf der Basis von Macht- und Herrschaftsverhältnissen etabliert werden, kann mit dem Framing-Konzept nicht adäquat erfasst werden. Die Frage der Berücksichtigung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist einer der zentralen Aspekte, bei dem der Framing-Ansatz und die Hegemonietheorie weit auseinandergehen, denn Macht, Herrschaft und Hegemonie sind bei Laclau und Mouffe basale Bestandteile, auf denen das gesamte Verständnis von sozialer Wirklichkeit aufbaut. Mittels ihres Ansatzes lässt sich der gesellschaftliche Raum, in dem soziale Bewegungen agieren und der einen entscheidenden Einfluss auf die Konstitution und Wirkmächtigkeit von sozialen Bewegungen hat, erfassen und überhaupt erst (adäquat) in der Analyse berücksichtigen. *Die sechste Prämisse lautet daher, dass sich soziale Bewegungen immer in spezifischen gesellschaftlichen (Macht- und Herrschafts-)Verhältnissen bewegen und durch diese konstituiert werden. Bei der Analyse sozialer Bewegungen müssen dementsprechend immer auch die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft und auch innerhalb der Bewegung berücksichtigt werden.*

7. Spannungsfelder, Widersprüche und Ambivalenzen

Subjekte werden in Laclaus und Mouffes Konzeption nicht – wie bei Snow und Benford – als geschlossene, strategisch handelnde Individuen verstanden, sondern als durch eine Vielzahl von eingenommenen Subjektpositionen, z.B. als Frau_Mann, Umweltaktivist_in oder Arbeitnehmer_in konstituiert. Aus dieser Vielzahl von Subjektpositionen resultieren zahlreiche Überlagerungen und infolgedessen eine Überdetermination:

> »Die Konflikte, die Interessen und Identitäten stehen in keinem linearen Entsprechungsverhältnis zu einer einzigen äußeren Ursache, vielmehr überkreuzen, verlagern und verdichten sich Forderungen, politische Praktiken und Identitäten. In diesem Prozess überdeterminieren sich diese Identitäten, die Konflikte, die Ziele, die Radikalität (...).« (Demirović 2007a: 60)

Die verschiedenen Subjektpositionen basieren z.T. auf sehr unterschiedlichen Logiken und implizieren infolgedessen unterschiedliche Anforderungen an das Subjekt, die unter Umständen auch konfligieren können. Aus dieser fundamentalen Mehrdeutigkeit und dem Überschuss an Bedeutungen (da man immer mehr ist als nur Frau_, Umweltaktivist_in usw.) ergeben sich zahlreiche Spannungen und Ambivalenzen, die das Handeln und den Handlungsraum fundamental bestimmen. So stellt bspw. die feministische Forderung nach Teilhabe am Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Ableh-

nung der damit verbundenen Ausbeutung einen fast schon klassisch gewordenen Widerspruch dar. Das punktuell widersprüchlich erscheinende politische Handeln von einzelnen Akteur_innen und Gruppen stellt sich unter Berücksichtigung dieses anti-essenzialistischen Subjektverständnisses also gar nicht mehr als so widersprüchlich dar und lässt sich in seiner Komplexität adäquat rekonstruieren. *Die siebte Prämisse lautet daher, dass sich die Aktivist_innen mit zahlreichen widersprüchlichen Anforderungen, Subjektanrufungen und Praxen konfrontiert sehen, die aus den unterschiedlichen, sich überlagernden Subjektpositionen resultieren. Diese Spannungsfelder, Widersprüche und Ambivalenzen müssen bei der Analyse der politischen Praxen berücksichtigt werden, um ein differenziertes Bild von sozialen Bewegungen, ihren Handlungsmöglichkeiten und -strategien zeichnen zu können.*

8. Hegemonialwerdung: Partikularismus und Universalismus

Nach Laclau und Mouffe basiert jede soziale Bewegung auf partikularen Forderungen. Um aber hegemonial werden zu können, muss sie vorgeben, die Allgemeinheit und universale Interessen zu repräsentieren. Die Krisenaktivist_innen müssen, damit ihre Proteste als gesellschaftlich legitim gelten, überzeugend darstellen, dass sie nicht nur für die Durchsetzung der Interessen einer bestimmten Gruppe kämpfen, sondern dass sie allgemein gültige Ziele verfolgen.[24] *Hegemonialwerdung basiert daher auf der Fähigkeit, partikulare Forderungen in universale, allgemeingültige Forderungen zu transformieren, sodass auch andere gesellschaftliche Gruppen sich einen Nutzen von deren Realisierung versprechen. Daraus ergibt sich für die letzte Prämisse: Um Aussagen über die Wirkmächtigkeit einer Bewegung machen zu können, bedarf es einer differenzierten Analyse, ob und wie es einer Bewegung glaubhaft gelingt, Partikularismen als Universalismen darzustellen.*

In diesem Kapitel wurden Prämissen vorgestellt, wie eine diskurs- und hegemonietheoretisch inspirierte Bewegungsforschung aussehen könnte. Ziel war es, einen Zugang zu sozialen Bewegungen zu entwickeln, durch den soziale Bewegungen stärker gesellschaftstheoretisch begriffen werden können. Daraus folgt selbstverständlich nicht, dass alle Prämissen immer gleichermaßen berücksichtigt werden müssen und können. Es erscheint stattdessen sinnvoll, Schwerpunkte zu setzten, in deren Folge bestimmte Aspekte gegen-

[24] Ein weiteres, aktuelles Beispiel stellen die Mietenproteste in Berlin dar, in deren Rahmen argumentiert wird, dass es nicht nur um einzelne Mietverhältnisse und -steigerungen geht, sondern dass bezahlbare Mieten ein Allgemeininteresse darstellen.

über anderen privilegiert werden. So wurden auch in dieser Arbeit manche Aspekte stärker berücksichtigt als andere. Es geht dementsprechend vielmehr um eine veränderte Sichtweise auf soziale Bewegungen und deren Erforschung, die den hegemonialen Prozessen und dem diskursiven Charakter jeglicher sozialer Realitätskonstituierung gerecht wird.

Der Rekurs auf die Hegemonietheorie bedeutet jedoch auch, dass die reine Betrachtung von sozialen Bewegungen nicht ausreicht, um Aussagen über ihre Hegemoniefähigkeit und Wirkmächtigkeit sozialer Bewegungen machen zu können, da diese immer rückgekoppelt sind an konkrete Alltagspraxen. Die Analyse gegen-hegemonialer Perspektiven müsste dementsprechend auf weitere Räume der Produktion sozialer Realität ausgeweitet werden, die alltägliche widerständige Praxen umfassen, wie Wohnen, Arbeit, Konsum, Erziehung usw. Soziale Bewegungen können daher immer nur als *ein Teil gegen-hegemonialer Perspektiven und Praxen* verstanden werden.

5. Forschungsaufbau und Forschungspraxis

In diesem Kapitel wird der konkrete methodische *Zugriff* auf die Krisenproteste dargestellt. Zunächst werden hierfür die Erkenntnis leitenden Fragen und Meta-Kategorien vorgestellt. Anschließend werde ich erläutern, wie sich das empirische Material zusammengesetzt hat und nach welchem konkreten Analysedesign es erhoben und ausgewertet wurde. Abschließend möchte ich einige Aspekte thematisieren, die im konkreten Forschungsprozess aufgetreten sind und die den Forschungsprozess beeinflusst haben. In diesem Zusammenhang stehen insbesondere die von mir eingenommene Doppelrolle als Aktivistin und Wissenschaftlerin sowie die Besonderheiten der Erforschung von politischem Protest im Zentrum.

5.1. Erkenntnisleitende Forschungsfragen

Im Zentrum des Erkenntnisinteresses dieses Forschungsprojekts stehen die eröffneten und geschlossenen Möglichkeitsräume gegen-hegemonialer Perspektiven im Kontext der Krisenproteste 2009/2010 in Deutschland. Aus den theoriegeleiteten Überlegungen in Kapitel 4 wurden Fragenkomplexe zu den folgenden Aspekten abgeleitet: (1) Krisenanalysen und Forderungen, (2) Handlungsräume und -strategien, (3) Umgang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und (4) Hegemonieprojekte und die damit zusammenhängende Verbindung von Kämpfen. Gleichzeitig waren insbesondere die Punkte (1), (2) und (4) zentrale inhaltliche Schwerpunkte der Proteste. Es wurden also theoriegeleitete Fragen und daraus abgeleitete Meta-Kategorien an das empirische Material herangetragen, um darauf aufbauend die einzelnen Argumentationslinien in Form von Frames zu rekonstruieren und spezifizieren. Daraus resultierten folgende Forschungsfragen an das Material und die Analysestruktur:

1. Krisenanalysen und Forderungen
Um den eröffneten Diskursraum und das Verhältnis zu hegemonialen Krisendiskursen analysieren zu können, standen zunächst die Krisenanalysen im Zentrum der Analyse, die auch unter dem Begriff des *diagnostic framing* (Benford/Snow 2000: 615) gefasst werden können.

- Welche Krisen wurden identifiziert und problematisiert?
- In welcher Form wurde(n) die Krise(n) analysiert?

- Wer wurde für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen verantwortlich gemacht und welche Gruppen wurden als die Leidtragenden identifiziert?
- In welcher Form wurde die gegenwärtige Gesellschaftsformation generell berücksichtigt und bewertet und wie wurde sich bezüglich der herrschenden Verhältnisse positioniert?

Da sich die Suche nach und die Evaluation von gegen-hegemonialen Perspektiven nicht nur in einer Analyse der Krisenanalysen der Aktivist_innen erschöpft, sondern auch die Frage nach konkreten Veränderungsvorschlägen impliziert, lässt sich als zweiter zentraler Aspekt die Frage nach den aufgestellten Forderungen (*social demands*) (Laclau 2005: 73) identifizieren. Dieser Aspekt lässt sich ebenfalls in Rekurs auf das Konzept des *prognostic framing* (Benford/Snow 2000: 616) analysieren. Snow und Benford fassen jedoch unter *prognostic framing* ebenfalls die Handlungsstrategien; diese werden in diesem Projekt jedoch getrennt analysiert:

- Welche Forderungen folgten aus den Analysen?
- An wen richteten sich die Forderungen?

2. Handlungsräume und -strategien

Die Analyse der durch die diskutierten und realisierten Handlungsstrategien eröffneten Handlungsräume wurde vor allem unter motivationalen und hier vor allem unter handlungsorientierten Gesichtspunkten angestellt. In diesem Sinne können diese Aspekte unter *motivational framing* (Benford/Snow 2000: 617) zusammengefasst werden, durch das den Aktivist_innen konkrete Handlungsanreize zur Verfügung gestellt werden:

- Welche konkreten Handlungsstrategien wurden vorgeschlagen und diskutiert?
- Wie gestalteten sich die konkreten Praxen?
- Wer wurde als Akteur_in der Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven identifiziert (z.B. institutionalisierte Akteur_innen wie Parteien und Gewerkschaften oder einzelne Aktivist_innen und Graswurzelbewegungen)?
- Welche gesellschaftlichen Bereiche und Verhältnisse galten als Kampffelder der gesellschaftlichen Veränderung?
- Auf welchem Verständnis des Politischen basieren die Handlungsstrategien?

3. Umgang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Widersprüchen

Die Identitäten der Aktivist_innen sind fundamental durch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse konstituiert und müssen permanent mit gesellschaftlich erzeugten widersprüchlichen Anforderungen an sie umgehen (vgl. Kapitel 4). Bezüglich der Analyse gegen-hegemonialer Perspektiven stellt sich folglich die Frage, wie die Aktivist_innen mit diesen umgegangen sind:

- In welcher Weise bestand ein Bewusstsein für gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse, insbesondere *race*, Klasse und Gender?
- Wie sind die Aktivist_innen mit der unausweichlichen Verstrickung in diese umgegangen?
- Wie haben die Aktivist_innen die z.T. widersprüchlichen gesellschaftlichen Anforderungen an die Subjekte wahrgenommen und bearbeitet?

4. Hegemonieprojekte und Verbindung von Kämpfen

Diese Frage impliziert die Analyse der diskutierten Hegemonieprojekte und Visionen, der Herausbildung eines gemeinsamen Hegemonieprojekts bzw. einer geteilten Vision und das Wesen der diskursiven Verbindung von partikularen Kämpfen gleichermaßen. Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Entwicklung gemeinsamer Projekte und Visionen war ebenfalls zentrales Thema auf den analysierten Veranstaltungen. Dieser Aspekt lässt sich mit den *frame alignment*-Prozessen, insbesondere der Frage nach der Herausbildung eines *Master Frames* – oder in Laclaus und Mouffes Begrifflichkeiten: der Bildung einer Äquivalenzkette um einen leeren Signifikanten – erfassen:

- Welche Hegemonieprojekte wurden vorgestellt und diskutiert?
- Inwieweit ließ sich eine diskursive Verbindung von Kämpfen, Forderungen und Hegemonieprojekten feststellen?
- Bildete sich ein Antagonismus und ein *Master Frame* bzw. leerer Signifikant heraus, die den Kämpfen eine Verbindung bzw. Einheit gegeben haben?
- Welcher Stellenwert wurde der Herausbildung eines gemeinsamen Projekts bzw. einer gemeinsamen Vision beigemessen?

Auf der Analyse der eröffneten Diskursräume aufbauend wurden diese Aspekte kontinuierlich auf explizit thematisierte oder implizite *Spannungsfelder und Problematiken* hin analysiert:

- Was waren zentrale Spannungs- und Konfliktlinien innerhalb der Linken? An welchen Stellen trat Dissens auf?

- Wie haben sich die Krisenanalysen, Forderungen, Handlungsstrategien und Hegemonieprojekte auf gegen-hegemoniale Perspektiven ausgewirkt?
- Welche Subjektpositionen und Realitäten befanden sich infolge der Möglichkeitsräume innerhalb, welche außerhalb des diskursiven Raums?
- Welche Spannungsfelder und diskursiven Begrenzungen gehen mit den eröffneten und geschlossenen Möglichkeitsräumen einher?

5.2. Auswahl des empirischen Materials

Das Hauptinteresse dieser Arbeit galt der Rekonstruktion von zentralen Diskurslinien und -inhalten, damit verbundenen Möglichkeitsräumen und Spannungsfeldern. Diese lassen sich am besten in ihrem konkreten Entstehungs- und Reproduktionskontext erheben: bei Kongressen, Ratschlägen und Demonstrationen. Denn hier geht es explizit darum, den eigenen Standpunkt darzustellen, sich ggf. von anderen Positionen abzugrenzen, aber auch Bündnisse zu schließen, gegen-hegemoniale Perspektiven weiterzuentwickeln und hegemonial zu machen. Interviews mit einzelnen Aktivist_innen hingegen sind bereits Rekonstruktionen dieser Inhalts- und Konfliktlinien sowie individuelle diesbezügliche Einschätzungen und Schwerpunktsetzungen. Sie sind in diesem Sinne nicht mehr die »Primärquelle«. Der Fokus der Erhebung des empirischen Materials wurde daher bewusst auf die Dokumentation von Veranstaltungen gelegt und nicht auf die Erhebungsmethode der individuellen Interviewführung. Diese Herangehensweise ergibt sich zudem aus der in dieser Arbeit vertretenen Grundprämisse, dass soziale Realität primär durch Sich-ins-Verhältnis-setzen zu anderen Positionen und dementsprechend in konkreten sozialen Kontexten und Interaktionen konstituiert wird.

Der Fokus der Erhebung und Analyse des empirischen Materials lag infolgedessen auf der Dokumentation linker Großveranstaltungen in den Jahren 2009 und 2010 in Deutschland. Der gewählte Zeitraum von insgesamt knapp eineinhalb Jahren (Januar 2009 bis Juni 2010) resultierte aus der Dauer der Proteste, die 2009 mit einem Ratschlag, einer Großdemonstration und mehreren Kongressen begannen und 2010 kontinuierlich abflauten. Ende 2011 setzte mit den Occupy-Protesten eine zweite Protestwelle in Deutschland ein. Diese Proteste stellten jedoch keine direkte Reaktion auf die Krise auf den Finanzmärkten Ende 2008 dar und werden daher auch nicht als Krisenproteste gefasst. Der Fokus lag hier vor allem auf den po-

litischen Folgen der Krise in Form einer verstärkten Austeritätspolitik. Die Fokusverschiebung von Krisen- zu Anti-Austeriätsprotesten wurde bereits auf der zweiten Krisendemonstration Mitte 2010 erkennbar. Diese zweite Protestphase ist nicht Gegenstand dieser Arbeit.

Den Schwerpunkt des empirischen Materials bildeten folgende Großveranstaltungen: Antikapitalistischer Ratschlag der IL »Die K-Frage stellen! am 28. Januar 2009 in Frankfurt am Main, Attac-Kongress »Kapitalismus am Ende?« vom 6. bis zum 8. März 2009 in Berlin, Krisendemonstration »Wir zahlen nicht für eure Krise« am 28. März 2009 in Berlin, Drittes Deutsches Sozialforum im Wendland vom 15. bis zum 18. Oktober 2009 in Hitzacker/Wendland und die Krisendemonstration »Die Krise heißt Kapitalismus« am 12. Juni 2010 in Berlin. Diese Veranstaltungen lassen sich als diskursive Verdichtungen hinsichtlich der Krisenproteste begreifen. Es trafen viele verschiedene Standpunkte extrem komprimiert aufeinander – vielmehr noch: Aufgrund der intensiven (teilweise mehrtägigen) kommunikativen Interaktion entstanden neuer Sinn und neue Praxen. Sie stellten dementsprechend den idealen Ausgangspunkt dar, um Bedeutungsstrukturen zu untersuchen.

Durch die Schwerpunktsetzung auf Großveranstaltungen konnte ein inhaltlich und personell breites Spektrum der Linken abgedeckt werden. Alle ausgewählten Veranstaltungen wurden von Bündnissen aus unterschiedlichen Gruppen organisiert[25] und es waren bis zu 30.000 Teilnehmer_innen auf den einzelnen Veranstaltungen anwesend, sodass zahlreiche sehr unterschiedliche Gruppen und Aktivist_innen vertreten und an der Organisation beteiligt waren. Die ausgewählten dokumentierten Veranstaltungen stellen die zentralen Ereignisse dar, die 2009 und 2010 mit direktem Krisenbezug stattfanden. Sie sind dementsprechend als zentrale Diskursereignisse zu verstehen. In die Analyse flossen darüber hinaus die Dokumentationen von weiteren kleineren (Abend-)Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen sowie Mitschriften aus informellen Interviews und Gesprächen mit einzelnen Aktivist_innen mit ein. Dies erwies sich vor allem deshalb als fruchtbar, da auf diese Weise weitere, auf den Großveranstaltungen nicht artikulierte Diskurse, vor allem in die Entwicklung gegen-hegemonialer Perspektiven, einbezogen werden konnten.

Die Dokumentation von Großveranstaltungen impliziert jedoch auch bestimmte Problematiken, auf die ich im Folgenden eingehen möchte. Die Ver-

[25] Dies gilt auch für den Attac-Kongress, der *per definitionem* ein Netzwerk aus unterschiedlichen linksaffinen Gruppen und Einzelpersonen ist.

anstaltungen wurden jeweils von einem Bündnis verschiedener Gruppen organisiert und durchgeführt. Daraus folgte zwar, dass eine Vielzahl von Gruppen in den Vorbereitungsprozess integriert war. Trotzdem bestanden zahlreiche Hierarchien innerhalb der Linken fort. Manche Gruppen wurden nicht beteiligt oder wollten sich nicht an der Organisation beteiligen, und auch innerhalb der Organisator_innen-Gruppe wurden bestehende Machtverhältnisse reproduziert. So ist bereits die Frage, welche Gruppe auf einer Demonstration das Front-Transparent tragen darf[26], oder in welcher Reihenfolge die Inputs auf Kundgebungen gehalten werden, ein Politikum.

Darüber hinaus hatte die in dieser Arbeit vorgenommene Fokussierung auf das *Gesagte* die Folge, dass Bedeutungsmuster, die auf den Veranstaltungen marginalisiert waren oder wurden, es in der Analyse zum größten Teil auch blieben: Aus der begrenzten Anzahl von Redebeiträgen (auf dem Podium und im Publikum) folgte zwangsweise, dass bestimmte Positionen nicht vertreten waren. Ebenso stellte es sich bei den Foren, Workshops und Seminaren auf den inhaltlichen Veranstaltungen (Kongressen, Ratschlägen usw.) dar. Aus unterschiedlichem, z.B. geschlechtsspezifischen, Redeverhalten folgte, dass manche Positionen unartikuliert blieben. Erschwerend kam hinzu, dass die Teilnahme an solchen Großveranstaltungen einem (inhaltlichen, politischen und ressourcenabhängigen) Selektionsmechanismus unterliegt, da nicht alle Aktivist_innen gleichermaßen teilnehmen können und wollen. Folglich werden nur bestimmte Bedürfnisse und Interessen auf den Veranstaltungen vertreten. Es wurde versucht, diesen Diskursauslassungen mittels eines kontrastierenden Forschungsaufenthalts in New York entgegenzuwirken, bei dem der Schwerpunkt auf der Identifikation von Diskursen lag, die im deutschen Diskurs nicht oder unterrepräsentiert sind, wie z.B. migrantische Forderungen.

Eine weitere Schwierigkeit, die mit der Fokussierung auf Diskussionen und Redebeiträge auf Großveranstaltungen einhergeht, stellt die Tendenz dar, dass inhaltliche und politische Schwerpunktsetzungen und Abgrenzungen gegenüber anderen Positionen häufig auch strategische Gründe haben und dementsprechend kontext- und situationsabhängig sind. So ist ein Inputreferat immer aus einem spezifischen Kontext heraus verfasst und enthält strategische Abgrenzungen, Schwerpunktsetzungen und Positionierungen gegenüber anderen. Diese Aspekte müssen jedoch nicht zwangsweise als Hindernisse betrachtet werden, da jede Aussage in einen bestimmten Dis-

[26] Dieses ist aufgrund seiner guten Sichtbarkeit besonders präsent und dominant.

kursraum eingebettet ist und durch diesen konstituiert wird, was sich wiederum in dem wirklich Gesagten offenbart:

> »Die Möglichkeit ist nicht die Wirklichkeit, doch auch sie ist eine Wirklichkeit: daß der Mensch eine Sache tun oder lassen kann, hat seine Bedeutung, um zu bewerten, was wirklich getan wird.« (Gramsci 1991: 1341, Heft 10, Teil II, § 48)

Darüber hinaus kann jedes Element nur in Relation und Abgrenzung zu einem Äußeren seine Identität gewinnen. Wenn also gemäßigte Aussagen trotz radikaler Grundhaltung geäußert werden, spiegelt dies aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse und den Raum des Möglichen wider. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, wurde als weitere Quelle schriftliches Material in Form von Mobilisierungsaufrufen, Flugblättern und Zeitschriften, die auf den Veranstaltungen verteilt wurden, hinzugezogen sowie Veranstaltungsprogramme, Pressemitteilungen, Hintergrundtexte auf Internetseiten und z.T. linke Zeitschriften. Diese stellen in dieser Hinsicht einen reflektierten und fundierten Ausgleich zu den häufig kontextabhängigen Diskussionen und Redebeiträgen auf den Veranstaltungen dar. So konnte die Eigenlogik von Massenveranstaltungen kontextualisiert, das Gesagte in einen größeren Zusammenhang eingebettet und individuelle Schwerpunktsetzungen der Aktivist_innen in ihren Rede- und Wortbeiträgen ausgeglichen werden.

5.3. Forschung als Prozess. Zum Analysedesign

Die Erhebung des empirischen Materials orientierte sich an der Methode der Teilnehmenden Beobachtung (z.B. Lamnek 2005: 547-640), fokussierte jedoch stark auf die Dokumentation der sprachlichen Interaktionen, wie Vorträge, Inputs, Redebeiträge und Diskussionen, um die Möglichkeitsräume zu erfassen. Sie wurden protokolliert, bei Zustimmung der Aktivist_innen mit einem digitalen Diktiergerät aufgezeichnet, und anschließend transkribiert. Während des gesamten Forschungsprozesses wurde ein Forschungstagebuch geführt, in das Protokolle, Gesprächsnotizen und Memos notiert wurden. Die Protokolle und Transkripte wurden durch die im Forschungstagebuch festgehaltenen Ergebnisse aus teilnehmender Beobachtung und informellen Gesprächen mit Aktivist_innen sowie durch Fotos (z.B. von Transparenten auf Demonstrationen) ergänzt.

Der Forschungsprozess und die Analyse des empirischen Materials orientierten sich an dem Ansatz der Grounded Theory (Glaser/Strauss 1967;

Strauss/Corbin 1990; Strauss/Corbin 1996).[27] Diese »discovery of theory from data« (Glaser/Strauss 1967: 1) wurde seit ihrer Begründung Ende der 1960er Jahre verschieden interpretiert und angewendet – so haben sich bereits die beiden Gründer_innen Anselm L. Strauss und Barney G. Glaser in ihrer weiteren Ausarbeitung auseinander bewegt (vgl. Strübing 2002: 320). Die Herangehensweise der Grounded Theory ist durch den charakteristischen Zirkel aus Datenerhebung, Datenanalyse und Theoriebildung charakterisiert, die zeitlich parallel ablaufen und die durch eine funktionale Abhängigkeit gekennzeichnet sind. Mit der Auswertung der Daten wird folglich nicht erst nach Abschluss der empirischen Phase begonnen. Stattdessen werden vermittels der *komparativen Analyse* (Glaser/Strauss 1967: 21ff.) die Kategorien kontinuierlich durch das und an dem empirischen Material erarbeitet und konkretisiert. In Form von Memos werden während des gesamten Forschungsprozesses diesbezügliche Ideen, Erklärungsansätze und Hypothesen festgehalten. Auf dieser Grundlage werden die weiteren Samples ausgewählt, bis eine theoretische Sättigung erreicht ist. Bei diesem *theoretischen Sampling* (Glaser/Strauss 1967: 45ff.) steht daher weniger die Repräsentativität der Daten im Vordergrund, sondern deren *theoretische Sättigung*, also der Punkt, ab dem keine neuen Erkenntnisse mehr zu erwarten sind. Es bedarf folglich nicht unbedingt einer großen Datenmenge, um eine adäquate Theoriebildung vorzunehmen (Strauss 2007: 75).

Die Grounded Theory stellt dementsprechend einen Forschungsansatz zur Verfügung, mit dem der Empirie zunächst relativ offen begegnet werden kann. Daraus muss jedoch nicht folgen, dass – abhängig von der Datenlage – nicht doch auch relativ schnell und prägnant Ergebnisse formuliert werden können. Für die erste Annäherung an den Forschungsgegenstand und dessen Systematisierung erwies sich die Methode der Grounded Theory daher als äußerst praktikabel, weil sie sich dazu eignete, die zentralen inhaltlichen Schwerpunkte und Diskussionslinien der Krisenproteste zu identifizieren, kategorisieren, kontinuierlich zu modifizieren und zu ergänzen. Auf der Grundlage der Methode der komparativen Analyse und des Kriteriums der theoretischen Sättigung konnte entschieden werden, welche Veranstaltungen für einen weiteren Erkenntnisgewinn relevant sein könnten und wann eine weitere Erhebung keine weiteren Erkenntnisse bringen würde. Infolgedessen konnte anhand des empirischen Materials die Vielfalt der eröffneten Möglichkeitsräume rekonstruiert werden, um darauf aufbauend

[27] Zur Einführung und Vertiefung gleichermaßen eignet sich der *Grounded Theory Reader* von Mey/Mruck (2007).

Spannungsfelder innerhalb der Linken zu identifizieren, die anschließend mittels einer theoretischen Diskussion produktiv bearbeitet wurden.

Ein weiterer Vorteil der Grounded Theory liegt in der Tatsache, dass sie sich besonders für die Erfassung von Sinngebungsprozessen eignet:

> »Sie ist aber besonders dann angemessen, wenn es darum geht, alltägliche Sinnkonstitutionsprozesse als Ausgangspunkt geistes- und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung zu nutzen, wenn die Forschenden bereit sind und wenn es darauf ankommt, dem/der Anderen zuzuhören.« (Berg/Milmeister 2007: 190f.)

Die Erstellung eines ausdifferenzierten Kodierungssystems erwies sich im Laufe des Forschungsprozesses jedoch als zu starre Herangehensweise, da es in dieser Arbeit primär um die Herausarbeitung von verschiedenen Argumentationssträngen und damit verbundenen Problematiken und Spannungsfeldern ging und nicht um das Aufstellen allgemeiner Kategorien von Handlungstypen. Dieses Vorgehen widerspricht nicht den Prämissen der Grounded Theory, nach der ebenfalls die Möglichkeit der Anwendung abgekürzter Verfahren gegeben ist (vgl. Strauss 2007: 75).

Das empirische Material wurde mit dem an die Methode der Grounded Theory angelehnten, zur Auswertung qualitativer Daten entwickelten Programm *atlas.ti* kodiert. Auf diese Weise konnten zentrale Bedeutungsmuster, Themen und Problembereiche identifiziert und konkretisiert werden.

Der Blick des/der Forschenden ist jedoch immer ein durch die eigene Sozialisation begrenzter Blick. Um mein Bewusstsein für meine eingeschränkte Wahrnehmung, aufgrund der spezifischen Forschungsperspektive, vor allem hinsichtlich der Diskursbegrenzungen der bundesdeutschen Krisenproteste zu sensibilisieren, habe ich im Rahmen eines achtwöchigen Forschungsaufenthalts in New York City im Mai/Juni 2009 kontrastierend US-amerikanische Proteste analysiert. Auf diese Weise konnten Besonderheiten des deutschen Diskurses besser identifiziert werden. Infolgedessen wurde mein Bewusstsein für das Diskriminierungsverhältnis entlang der Linie *race* geschärft: Bei den von mir in New York besuchten Protestveranstaltungen war es selbstverständlich, dass die Reden ins Spanische übersetzt und auf Spanisch gehalten wurden – bei den Aktivist_innen in Deutschland hingegen entwickelt sich erst langsam ein Bewusstsein dafür, z.B. Informationsmaterial und Slogans ins Türkische oder Arabische zu übersetzen. Darüber hinaus lenkte dieser Aufenthalt meinen Blick auf die Zentralität der Existenz einer (im Parlament vertretenen) Linkspartei innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Linken, über deren Gründung in den USA intensiv diskutiert

wird. Der Begrenztheit des eigenen Blicks auf politischen Protest konnte infolgedessen zumindest zum Teil Rechnung getragen werden.

Da in dieser Arbeit der Schwerpunkt auf der Rekonstruktion diskursiv eröffneter Möglichkeitsräume lag, erschien es für eine erste Aufbereitung der Ergebnisse sinnvoll, jede Veranstaltung zunächst für sich sprechen zu lassen und die Diskussionen auf den Veranstaltungen in Anlehnung an die Methode der *dichten Beschreibung* (u.a. Geertz 1987) zu rekonstruieren. Bei dieser steht das Aufdecken von Vorstellungsstrukturen im Vordergrund der Analyse. Auf diese Weise konnten zentrale Argumentationslinien der Krisenproteste nachgezeichnet und der Eigenlogik der jeweiligen Veranstaltung Rechnung getragen werden, um daran anschließend Typen von Argumentationen zu erarbeiten.[28] Daraus folgt das folgende Forschungsdesign:

I Erhebung des empirischen Materials

a) Teilnehmende Beobachtung und Dokumentation von Großveranstaltungen
b) Ergänzende Dokumentation von weiteren, kleineren Veranstaltungen und Erhebung von schriftlichem Material
c) Durchführung einzelner, informeller Interviews und Gespräche mit Aktivist_innen

II Auswertungsprozess

1.) Dichte Beschreibung der Veranstaltungen für eine möglichst genaue Rekonstruktion der Diskurse (Kapitel 6)
2.) Auswertung des Materials anhand der Meta-Kategorien und Fragen: An der Grounded Theory orientierte Entwicklung von Argumentationstypen nach dem Empirie-Theorie-Zirkel bis zum Sättigungsgrad (Kapitel 7); Ergänzung von blinden Stellen durch kontrastierenden Forschungsaufenthalt
3.) Problemzentrierte Auswertung: Identifizierung von Spannungsfeldern (Kapitel 7)

III Lösungsorientierte, theoretische Einbettung und Rückbindung der Spannungsfelder (Kapitel 8)

---

[28] Hier geht es um die schriftliche *Darstellung* der Ergebnisse in der Arbeit. Der Forschungsprozess folgte dem geschilderten Muster der begleitenden Theoriebildung.

5.4. Forschungsrealitäten: Engagierte Wissenschaft und Besonderheiten bei der Erforschung von politischem Protest

Im Kontext der Dokumentation der besuchten Veranstaltungen fand ich mich in einer Doppelrolle als Wissenschaftlerin und Aktivistin wieder, da ich selbst politisch aktiv war und mit den Protesten sympathisierte. Diese Doppelrolle stellte sich mir zunächst als dichotomes, sich ausschließendes Verhältnis dar und brachte zahlreiche Probleme, Unsicherheiten und Herausforderungen mit sich, die ich zu Beginn des Forschungsprozesses zu lösen als notwenig erachtete. Sollte ich mich als externe Beobachterin verhalten, so, als ob ich einen objektiven, neutralen Blick auf die Proteste werfen könnte?

Ich sah mich gezwungen, meine Rolle als engagierte Wissenschaftlerin zu reflektieren und mich diesbezüglich zu positionieren. Aufgrund meines erkenntnistheoretischen Standpunkts, dass es eine objektive, neutrale Wissenschaft nicht geben kann, und infolge eines intensiven Austauschs mit anderen politisch engagierten (Bewegungs-)Forscher_innen entschied ich mich dafür, diese Frage mit einem klaren »Nein« zu beantworten. Forschung bedeutet immer ein spezifisches Verhältnis und ein sich-in-Beziehung-setzen zu dem untersuchten Gegenstand. Der Untersuchungsgegenstand war zudem in bestimmter Art und Weise ein Teil von mir, da ich mich selbst mit diesen Protesten verbunden und als Teil der gesellschaftspolitischen Linken fühlte.

Dass sich eine Verbindung von Wissenschaft und politischem Aktivismus nicht zwingend als problematisch erweisen muss, sondern diese Verbindung beide Seiten bereichern kann, wird in den umfangreichen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dieser Frage sichtbar (u.a. Abu-Lughod 1993; Abu-Lughod 2005; Hale 2008b; Huschke 2013; The Autonomous Geographies Collective 2010). So kann aus der spezifischen, umfangreichen Kenntnis des untersuchten Feldes, des differenzierten Kontextwissens und persönlichen Beziehungen und Verbindungen zu Aktivist_innen ein Vorteil gegenüber externen Forscher_innen resultieren:

> »[R]eserach that is predicated on alignment with a group of people organized in struggle, and on collaborative relations of knowledge production with members of that group, has the potential to yield privileged insight, analysis, and theoretical innovation that otherwise would be impossible to achieve.(...) The very conditions of *activist research* place the scholar in an advantageous position to develop a deep, multifaceted, and complex understanding of the topic under study.« (Hale 2008a: 20, Herv. J.V.)

Mein eigenes politisches Engagement ermöglichte mir in vielerlei Hinsicht tiefergehende Einsichten in politischen Protest, über das nicht involvierte Wissenschaftler_innen nicht oder in geringerem Maße verfügen. Wissenschaft, die Partei ergreift, und sich mit den »Beforschten« verbunden fühlt, kann dementsprechend auch ein ganz spezifisches Wissen generieren. Die Wahrscheinlichkeit, die untersuchten Praxen in diesem Sinne fehlzuinterpretieren oder falsch einzuordnen, verringert sich infolgedessen.[29]

Das *Autonomous Geographies Collective* hat sich ebenfalls mit dieser Fragestellung befasst und Prinzipien für *scholar activists* entwickelt (The Autonomous Geographies Collective 2010). Ihrer Ansicht nach geht es dabei nicht (nur) darum, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, sondern die eigene Tätigkeit als politisch zu begreifen und die damit verbundene Trennung von Politik und Wissenschaft aufzuheben:

> »What unites past and present generations of scholar activists is their desire to bring together their academic work with their political ideals to further social change and work directly with marginal groups or those in struggle. This work goes beyond simply trying to understand the politics of our research and argues that our work is political.« (The Autonomous Geographies Collective 2010: 246)

Sie unterstreichen ebenfalls den Mehrwert, den es bringen kann, wenn soziale Bewegungen, politischer Protest und widerständige Praxen nicht von außenstehenden Beobachter_innen untersucht werden. Aktivismus und Forschung müssen demnach nicht einander ausschließende Handlungslogiken implizieren, da wissenschaftliche Wahrheiten immer auf einer »positioned objectivity« (Hale 2008a: 13) basieren. Engagierte Wisserschaftler_innen machen diese Tatsache und ihre Position kenntlich, anstelle sie in Rekurs auf eine vermeintlich wissenschaftliche Objektivität zu verschleiern und infolgedessen ihre Ergebnisse zu universalisieren. Aktivismus und Forschung schließen sich demnach nicht aus, sondern sie können sich gegenseitig befruchten und aufeinander aufbauen.

---

[29] So habe ich immer wieder feststellen müssen, dass von Wissenschaftler_innen für die Analyse herangezogene Aussagen und Handlungsweisen von Aktivist_innen anders verstanden wurden, als sie meiner Ansicht nach von den Aktivist_innen gemeint waren bzw. praktiziert wurden. Infolgedessen unterlagen die politischen Praxen einer »Fehlinterpretation«. So hatte ich bspw. im Kontext von Analysen der Occupy-Proteste den Eindruck, dass einige Forscher_innen über keine eigenen Erfahrungen mit Prozessen basisdemokratischer Entscheidungsfindung verfügten und infolgedessen die Delegation von Aufgaben als hierarchisch bewerteten, da einzelne Personen losgelöst von der Gruppe zu agieren schienen.

Der Vorteil solch einer bewussten Positionierung trat im konkreten Kontext dieses Forschungsprojekts an mindestens zwei Stellen zutage. Insbesondere zu Beginn meiner empirischen Forschung äußerten einige Aktivist_innen, die ich aus politischen und universitären Kontexten kannte, ein gewisses Unbehagen, dass sie plötzlich »beobachtet« wurden und ihre Aussagen womöglich wissenschaftlich verwertet werden. Auch ich fühlte mich in dieser neuen Rolle zunächst unsicher. Als Resultat meiner aktiven Selbstpositionierung als engagierte Wissenschaftlerin verbesserte sich das z.T. angespannte Verhältnis zu den Aktivist_innen. Darüber hinaus wurde von vielen Aktivist_innen die herrschaftskritische Zielrichtung meiner Forschung, mein Interesse an ihrer politischen Praxis und die Tatsache, dass ich selbst politisch aktiv und dementsprechend keine objektive »Beobachter_in« bin, als positiv bewertet, sodass sie schneller Vertrauen schöpften und ungezwungener agierten.

Da sich im Rahmen der untersuchten Proteste ein Teil der Aktivist_innen der herrschenden Ordnung gegenüber kritisch und oder auch fundamental ablehnend positionierte, kam neben der geschilderten Thematik der Konstituierung der Aktivist_innen als Forschungsobjekte hinzu, dass manche Aktivist_innen Sorge darüber trugen, abgehört oder ausspioniert zu werden. Infolgedessen wurde punktuell die Aufnahme mit einem Diktiergerät abgelehnt. Dieses Misstrauen speiste sich u.a. aus der Erfahrung, dass Aktivist_innen in der Vergangenheit vom Verfassungsschutz oder Konzernen eingeschleust oder angeworben wurden.[30] Darüber hinaus besteht immer die Möglichkeit, dass Ton- und Bildaufnahmen von Demonstrationen und Veranstaltungen seitens der Polizei konfisziert und erkennungsdienstlich

[30] So wurde bei den Studierendenprotesten 2002/2003 in Berlin bekannt, dass u.a. Studierende der Freien Universität Berlin vom Verfassungsschutz angeworben wurden, um Informationen über Besetzungen und Protestaktionen zu sammeln und weiterzugeben. Darüber hinaus wurde der Aktivist und (jetzt emeritierte) Professor des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft der FU Berlin, Peter Grottian, und das von ihm mitinitiierte Berliner Sozialforum jahrelang durch V-Leute beobachtet – wie Spiegel Online 2006 öffentlich machte (Spiegel Online 2006a und Spiegel Online 2006b). Weitere Fälle sind die Überwachung der Schweizer Attac-Gruppe, die von einer Securitasmitarbeiterin im Auftrag von Nestlé infiltriert und ausspioniert wurde (Zumach 2013), oder Marc Kennedy, der über Jahre und mehrere Länder hinweg, darunter u.a. Deutschland und Großbritannien, in der Identität eines politischen Aktivisten Projekte, Proteste und Einzelpersonen im Auftrag des britischen Geheimdienstes überwacht hat (Kaul 2015).

ausgewertet werden. Die Dokumentation von politischem Aktivismus ist daher ethisch oft nicht unproblematisch.

Aus diesem Grund habe ich vorab die Veranstaltungsteilnehmer_innen über mein Projekt informiert und um Erlaubnis gebeten, die Diskussionen mittels eines digitalen Diktiergeräts aufnehmen und (anonymisiert) auswerten zu dürfen. Aufgrund der Sensibilität der Daten wurden in der Analyse nur Namen verwendet, wenn diese auf den öffentlich zugänglichen Internetseiten der Veranstaltungen angegeben wurden. In den anderen Fällen wurden die Rede- und Wortbeiträge der politischen Gruppe zugeordnet oder auf die Selbstbeschreibung der Aktivist_innen rekurriert. Die Tatsache, dass ich selbst politisch aktiv bin und mich als engagierte Wissenschaftlerin positioniert habe, half, diesbezügliche Bedenken zu entkräften und Vertrauen zu den Aktivist_innen aufzubauen.

Die Bedenken und die Sorge über den weiteren Verbleib der erhobenen, äußerst sensiblen Daten können nie vollständig ausgeräumt werden. Aus diesem Grund ist bei der Erforschung von politischem Protest ein gesteigertes Bewusstsein für die Sensibilität der Daten nötig. Dies impliziert eine Informationspflicht gegenüber den erforschten Personen seitens der Forschenden ebenso wie die Respektierung ablehnender Entscheidungen bezüglich digitaler Aufnahmen und einen reflektierten Umgang mit dem erhobenen empirischen Material.

Aus der Selbstpositionierung als engagierte Wissenschaftlerin folgt jedoch nicht, dass aus den damit verbundenen Ansprüchen und der damit verbundenen Forschungspraxis keine Spannungslinien resultieren. »Activist research« impliziert daher vor allem auch, diese Widersprüche transparent zu machen – ohne dem Trugschluss zu verfallen, dass sie zwangsweise alle aufgelöst werden könnten (vgl. Hale 2008a: 20).

6. Krisenproteste in Deutschland 2009/2010: Eine dichte Beschreibung von linken Interventionen

In diesem Kapitel werden fünf zentrale Veranstaltungen mit direktem Krisenbezug in Deutschland 2009/2010 mittels der Methode der dichten Beschreibung vorgestellt. Die Beschreibung folgt dementsprechend der diskursiven Eigenlogik der Veranstaltungen und zunächst nicht der Struktur des Analyseleitfadens. Auf diese Weise können Frames, Argumentationslinien und inhaltliche Schwerpunktsetzungen rekonstruiert werden, ohne dass sie gleich in ein vorgefertigtes Muster gepresst werden. Im nächsten Kapitel werden daran anknüpfend veranstaltungsübergreifend die Argumentationslinien und die eröffneten Diskursräume anhand der beschriebenen Analysekategorien analysiert.

6.1. »Die K-Frage stellen!« – Antikapitalistischer Ratschlag der Interventionistischen Linken (IL)

Der Antikapitalistische Ratschlag fand unter dem Motto »Die K-Frage stellen!« am 28. Januar 2009 in Frankfurt am Main statt. Geladen hatte die Interventionistische Linke (IL), ein Netzwerk, das sich aus einzelnen linken und linksradikalen Aktivist_innen und Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammensetzt (Interventionistische Linke 2008b). Nach Veranstalter_innenangaben nahmen rund 300 Teilnehmer_innen an der Tagesveranstaltung teil (Interventionistische Linke 2009). Im Zentrum des Ratschlags stand eine etwa dreistündige offene Aussprache im Plenum, in der die Gruppen und Aktivist_innen aufgefordert waren, anhand von vor der Veranstaltung im Internet veröffentlichten Fragen vorbereitete Drei-Minuten-Statements bezüglich der Krise, der konkreten Krisenfolgen, der Auswirkungen auf die Klassenkämpfe und der Schlussfolgerungen bezüglich der Politik und Aufgabe von Antikapitalist_innen, die sie daraus gezogen haben, abzugeben (Interventionistische Linke 2008c). Eingeleitet wurde dieses Panel durch vier Inputreferate. Am Nachmittag fanden vier parallele Arbeitsgruppen statt (AG 1: Globale Kämpfe – globale Rechte – globale Krise, AG 2: Kapitalismus und Krise – New Green Deal und/oder

Krieg? AG 3: Krise, Klima und konkrete Utopie AG 4: Konkrete Krisenfolgen – Chancen für linke Interventionen?), deren Ergebnisse in das Abschlussplenum getragen wurden.

Der Antikapitalistische Ratschlag zeichnete sich durch zwei Besonderheiten aus. Erstens stand eine *interne* Selbstverständigung im Zentrum des inhaltlichen Programms. Ein Aktivist der Gruppe *Soziale Kämpfe* konstatierte dementsprechend auch: »Die Linke muss sich erstmal richtig kennen lernen.« Der Schwerpunkt der Diskussionen und Inputs lag nicht primär auf der Außenwirkung und der Vertretung von Standpunkten nach Außen, wie es z.B. bei den Demonstrationen der Fall war. Infolgedessen herrschte ein offenes und relativ gleichberechtigtes Diskussionsklima vor, in dem ich die Diskussionslinien und -schwerpunkte einer sich infolge der Krise neu formierenden Linken beobachten konnte. Die zweite Besonderheit stellte die explizit *anti-kapitalistische Ausrichtung* des Ratschlags dar. Daraus resultierte eine stärker kapitalismuskritische und antikapitalistische Ausrichtung als es auf den anderen Veranstaltungen der Fall war. Folglich war es mir möglich, interne Diskussion in einem sehr großen (antikapitalistischen) politischen Kontext mitzuverfolgen, in dem linke bzw. linksradikale Aktivist_innen aus sehr unterschiedlichen politischen Aktions- und Organisationskontexten zusammenkamen. Die Grundstimmung auf dem Ratschlag war gelassen optimistisch, auch wenn sich manche Teilnehmer_innen bereits zu diesem Zeitpunkt frustriert über den Umstand zeigten, dass die Linke bisher die Krise nicht ausreichend für ihre eigenen Ziele nutzen konnte.

Krisenanalysen

> »Aber wir müssen uns nicht für den einen oder anderen Erklärungsansatz entscheiden, um das Projekt einer gemeinsamen interventionistischen Politik in Angriff zu nehmen.« (Eröffnungsinput avanti Bremen und Antifaschistische Linke Berlin – ALB) [31]

[31] Wenn die Namen der Redner_innen auf der offiziellen Homepage genannt wurden, wurden sie übernommen und angegeben. Wenn sie nur auf der jeweiligen Veranstaltung oder gar nicht genannt wurden, wurde sie aus Gründen der Anonymisierung nicht genannt oder auf die Selbstbeschreibung der Aktivist_innen im Rahmen ihres Inputs oder Statements rekurriert. Allgemein wurde immer die Organisation hinzugefügt, um die Rückgebundenheit der Aussage an einen spezifischen Diskussionskontext zu verdeutlichen.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Veranstaltung und die zeitliche Nähe zur Insolvenz der Lehman Brothers als zentraler inhaltlicher Bezugspunkt der Proteste hatten zur Folge, dass auf dem Ratschlag die verschiedenen Krisendeutungen und die damit zusammenhängenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen das primäre Themenfeld darstellten. Noch stärker als der konkrete Inhalt und die politische Ausrichtung der verschiedenen Krisendeutungen stand bei dem Ratschlag jedoch generell die Frage der Notwendigkeit einer gemeinsamen Krisendeutung zur Debatte. Es blieb bis zum Schluss unentschieden, inwieweit eine gemeinsame Krisenanalyse und generell eine gemeinsame theoretische Ausrichtung für eine gemeinsame Politik notwendig ist.

Generell vertraten viele Aktivist_innen die Ansicht, dass die Krise das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein verändert habe. Infolgedessen seien Diskussionen möglich, die im vorigen Sommer noch nicht denkbar gewesen seien. Unterschiedlich bewertet wurde hingegen der konkrete Inhalt der Bewusstseinsveränderungen. Während einige die Krise bereits als eine Ideologie- bzw. Legitimationskrise interpretierten, sahen andere die gesellschaftliche Kritik am kapitalistischen System nur auf den Finanzmarktsektor beschränkt. Der Kapitalismus sei als Allgemeininteresse bzw. als ein nicht abschaffbarer Parameter weiterhin anerkannt. Die Krise habe daran nichts geändert.

Hinsichtlich der konkreten Ursachen für die Krise auf den globalen Finanzmärkten gab es unterschiedliche Einschätzungen, aus denen unterschiedliche politische Schlüsse gezogen wurden. Einen Block bildeten Analysen, die auf *regulationstheoretische* Erklärungsansätze zurückgingen.[32] Bei diesen wird die kapitalistische Produktionsweise als Zyklus verstanden, der durch temporär hegemoniale Akkumulationsregimes und darauf folgende Krisen bestimmt ist. Ein Beispiel hierfür ist die Krise des Fordismus seit den 1960er Jahren und die darauf folgende neue, postfordistische Regulationsweise. Die aktuelle Krise auf den Finanzmärkten, auf denen Milliarden Euro an Kapital vernichtet wurden, stellte für die Aktivist_innen demzufolge keine neue oder überraschende Entwicklung dar, da diesem Erklärungsmodell nach die kapitalistische Regulationsweise immer krisenhaft verläuft und einer Phase

[32] Brand beschreibt die Grundzüge der Regulationstheorie folgendermaßen: »Eine zentrale Innovation dieser Regulationstheorie besteht darin, die grundlegend krisenhafte und instabile bürgerlich-kapitalistische Entwicklung als prekäres, sich jedoch gegebenenfalls stabilisierendes Verhältnis von Akkumulation und Regulation zu verstehen.« (Brand 2005: 31) Er folgert daraus: »Die Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften vollzieht sich strukturell krisenhaft.« (Brand 2005: 34).

intensiver Überakkumulation eine Phase der Kapitalvernichtung folgt. Für einen Teil der Aktivist_innen folgte daraus auch, dass es keiner grundsätzlichen Änderung linker Strategien und linker Politik bedarf, da aus der Krise keine grundsätzlich neue Situation resultiere.

Ein Teil der Redner_innen vertrat jedoch auch eine gegensätzliche Argumentationslinie, nach der Analogien zu vorherigen Krisen falsch seien. Als Unterschiede zu bisherigen Krisen wurde zum einen das große Ausmaß der Krise und zum anderen der Umstand angeführt, dass nicht – wie dies bei vorangegangenen Krisen der Fall gewesen sei – neue Kräfte zur Stabilisierung des Kapitalismus in der Krise enthalten seien. Dafür spreche ebenfalls die Tatsache, dass seit den 1970ern die sozialen Kämpfe den Krisen vorgelagert seien und nicht erst danach eingesetzt haben. Für eine erfolgreiche linke Intervention müssten die Kämpfe und die Krise gleichzeitig stattfinden. Die Aktivist_innen zogen daraus den Schluss, dass diese neue Form der Krise nicht mit alten Erklärungsmustern verstehbar sei.

Die Linke in der Krise

> »Wir wissen nicht, was passiert, aber wir wissen, dass es jetzt los geht.« (Eröffnungsinput avanti und ALB)[33]

Die von den Aktivist_innen diagnostizierte gesamtgesellschaftliche Verunsicherung und damit einhergehende Möglichkeit einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuorientierung wurde von den Aktivist_innen als Chance für eine linke Offensive betrachtet. Die positive Grundhaltung wurde durch die Einschätzung verstärkt, dass sich noch kein neues hegemoniales kapitalistisches Projekt sowie kein neues hegemoniales Subjekt herauskristallisiert habe und bei den Herrschenden Ratlosigkeit über die Zukunft des Kapitalismus herrsche. Diese Ausgangslage wurde als positiv und Chance bewertet, da sie einen Denk- und Handlungsraum jenseits des Kapitalismus eröffnet habe. Ein Großteil der Aktivist_innen bewertete folglich nicht die Krise als Hauptproblem, da diese als Möglichkeit und nicht Bedrohung wahrgenommen wurde. Die Situation der Linken hingegen wurde kritisch und z.T. negativ bewertet. Es wurde die »schlechte Aufstellung« der Linken, die Abwesenheit eines linken Projekts und damit zusammenhängend das Fehlen linker Perspektiven kritisiert. Ein Aktivist kam daher

[33] Die Rednerin hat darauf hingewiesen, dass diese Aussage ursprünglich von Karl-Heinz Roth stammt.

zu dem Schluss: »Die Krise ist in uns.« Die Ursache dieser Perspektivlosigkeit und fehlenden Hegemoniefähigkeit der Linken lag nach Einschätzung vieler Aktivist_innen in dem Fehlen eines gemeinsamen linken Projektes. Es gebe zwar bereits viele lokale linke Projekte, diese müssten aber miteinander verbunden werden, um auf deren Basis eine gesamtgesellschaftliche Hegemonie etablieren zu können.

Hinsichtlich des Inhaltes eines gemeinsamen Projekts herrschte Uneinigkeit:

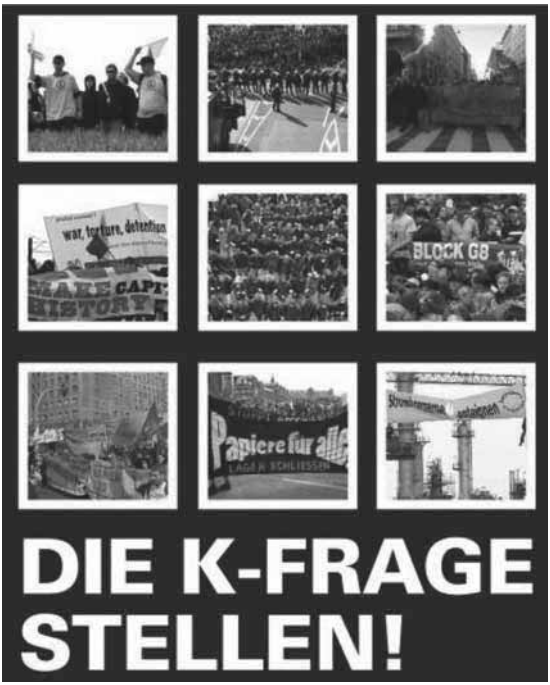
> »Es bedarf daher einer neuen Gemeinsamkeit, eines neuen, konkreten Kampffeldes, in dem sich die Linke vereint. Dieses Feld ist bisher noch unscharf umrissen. Blickt man zurück auf unsere Diskussionen des vergangenen Jahres, wird es wohl die soziale Frage in Verbindung mit der Klimakrise sein.« (Eröffnungsinput avanti und ALB)

> »Das Ziel ist Sozialismus – und sonst nichts.« (Statement eines aus dem Iran stammenden Aktivisten aus der Arbeiter_innenbewegung in der offenen Aussprache)

Klassisch marxistisch orientierte Aktivist_innen schätzten die Existenz eines »ausbuchstabierten«, gemeinsamen Projekts und Endpunktes tendenziell eher als notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche linke Intervention ein als die Aktivist_innen der Berliner Gruppe FelS (Für eine linke Strömung), der Gruppe *Soziale Kämpfe*, von avanti Bremen und der ALB. Diese unterschiedlichen Einschätzungen werden sich in den konkreten Strategien der Aktivist_innen widerspiegeln. Während letztere für praxisnahe, zunächst lokal fokussierte Strategien plädierten, deren konkrete Zielrichtung erst im Laufe einer gemeinsamen Praxis erarbeitet wird, stellte für erstere eine konkrete Zielvorstellung und eine daran anschließende Strategie die sinnvollere Taktik dar.

Generell kristallisierten sich kein gemeinsames Projekt und keine gemeinsame Vision heraus. Symptomatisch hierfür waren die verwendeten Begrifflichkeiten. Allein bei dem ca. zehn-minütigen Eröffnungsinput von ALB und avanti wurden sehr unterschiedliche Begriffe verwendet, die die Unbestimmtheit einer linken Gesellschaftsvision verdeutlichten. Verwendete Begriffe waren: links, emanzipatorisch, Kommunismus, kommunistisches Danach, »eine befreite Gesellschaft weltweit und für alle« und »die solidarische Umgestaltung der gesamten Bedingungen von Produktion und Reproduktionen, um deren demokratische Kontrolle (...) und die Macht des Kapitals in jedweder Form zu brechen«. Ein gemeinsamer leerer Signifikant, der die unterschiedlichen Kämpfe zusammenführt, bildete sich nicht heraus.

Abbildung 3: Aus dem Einladungsflyer für den Antikapitalistischen Ratschlag 2009



Die verwendeten Begriffe verwiesen jedoch noch auf einen weiteren Aspekt. Die Forderungen und Utopien waren primär auf die Sphäre von Kapital und Produktion bezogen, und sie implizierten, dass die »andere Gesellschaftsformation« zumindest semantisch auch wirklich als eine *andere* erschien – eine Gesellschaft also, die nicht im Hier und Jetzt existieren kann, sondern erst in einer postkapitalistischen Gesellschaft und damit in einer fernen Zukunft realisiert werden kann (im »kommunistischen Danach«). Dass dieser Umstand zwar in einem semantischen, nicht aber zwangsweise in einem realen Gegensatz zu den konkreten Strategien und realisierten Praxen der Aktivist_innen stehen muss, wird in den Handlungsstrategien der Aktivist_innen deutlich werden.

Die identifizierte begriffliche und inhaltliche Unbestimmtheit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei dem Ratschlag bereits mehr als nur Ansätze einer Verknüpfung von einzelnen Forderungen und Kämpfen gab. Dies wurde nicht nur im Titel der Einladung zum Ratschlag deutlich (»Die K-Frage stellen (...) – eine Debatte über Krise, Krieg, (Kämpfe,)[34] Klimawandel, Kapitalismus – und ein kommunistisches Danach«).

[34] Bei dem Inputreferat von avanti und der ALB wurde der Aufzählung noch der Begriff »Kämpfe« hinzugefügt.

Auch die Bildauswahl auf dem Einladungsflyer (Abb. 3) spricht diese Sprache: Kapitalismuskritik steht neben der Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg und der Forderung nach »Papieren für alle«. Darüber hinaus wurden die Proteste in einen internationalen Kontext gestellt. Die Antagonismen Krise und Kapitalismus, also das, was die vollständige Verwirklichung der eigenen Identität verunmöglicht, wurden zusammen mit konkreten Kämpfen und Problemen (Klimawandel, Krieg) und einer gesellschaftlichen Utopie (das kommunistische Danach) in einer Äquivalenzkette artikuliert. Es hat sich also eine Äquivalenzkette gebildet, in der verschiedene Proteste zusammengeführt wurden – unbestimmt blieb nur, um welchen leeren Signifikanten. Darüber hinaus hat sich nach Ansicht vieler Teilnehmer_innen bisher kein gemeinsamer Gegner herauskristallisiert, der die Kämpfe einen könnte:

> »Auch wenn sich viele Bündnispartner seit Jahren kennen, so ist doch unsere bisherige gemeinsame Geschäftsgrundlage in den sozialen Kämpfen abhanden gekommen. Der Gipfelsturm gegen den Neoliberalismus hat sich überlebt, da der Neoliberalismus nun anscheinend von selbst an die Wand gefahren ist. Und auch der Kampf gegen Agenda 2010 und Hartz IV hat bisher keine neue Sozialprotestbewegung aus der Taufe heben können.« (Eröffnungsinput avanti und ALB)

Als eine der zentralen Herausforderungen der Linken wurde dementsprechend gesehen, wie sie »Bündnisse eingehen [kann], die gemeinsam Politik entwickeln, obwohl die Positionen und Perspektiven und Interessenlagen an vielen Stellen nicht übereinstimmen« (Eröffnungsinput avanti und ALB). Es lässt sich zusammenfassen, dass die Bildung eines breiten, gemeinsamen Bündnisses, das gesamtgesellschaftliche Wirkmächtigkeit entfaltet und eine alternative Vision hegemoniefähig machen könnte, nach Einschätzung der Teilnehmer_innen noch nicht in greifbarer Nähe schien.

Handlungsstrategien und Forderungen

Da eine Vernetzung der Kämpfe sowie eine linke Perspektiv- und Strategieentwicklung zentrale Ziele des Ratschlags darstellten, war die Frage nach Handlungsstrategien neben den Krisenanalysen das zweite zentrale Thema des Ratschlags. In diesem Rahmen wurden nicht nur konkrete Strategien diskutiert, sondern auch deren grundsätzliche gesellschaftspolitische Zielrichtung: Soll die Durchbrechung der neoliberalen Hegemonie und das Denkbarmachen von Alternativen in der Bevölkerung im Zentrum stehen oder – anstelle einer De-Legitimierung des Kapitalismus – eine Legitimierung der Linken, da diese ein fundamentales Glaubwürdigkeitsproblem in der Gesellschaft habe? In diesem Kontext stellte einen kontrovers diskutierten Aspekt

die Frage dar, ob die Steigerung der Glaubwürdigkeit der Linken durch radikalere Forderungen erreicht werden könne oder ob diese Radikalisierung das eigentliche Problem darstelle, da die Linke sich zu weit von der gesellschaftlichen Mitte entfernt habe.

In diesem Zusammenhang ließen sich zwei zentrale Politik- und Strategieformen erkennen, die auf einem grundlegend unterschiedlichen Selbstverständnis basierten. Bei der ersten Politik- und Strategieform herrschte ein Selbstverständnistypus vor, bei dem die Existenz eines »großen Organisators« abgelehnt wird. Bei der zweiten Politik- und Strategieform wurde die Aufgabe der Linken hingegeben tendenziell eher im Sinne Gramscis verstanden, bei dem die Aktivist_innen als organische Intellektuelle die Aufgabe haben, die Kämpfe anzuführen und zu organisieren. Diese beiden Typen möchte ich im Folgenden vorstellen.

Konkrete Verhältnisse – konkrete Subjekte

Dieser Ansatz wurde von der Gruppe FelS vorgestellt und wurde insbesondere von jüngeren Aktivist_innen vertreten. Ausgangspunkt ist eine *Politik der ersten Person*. Dieses impliziert die Grundannahme, dass das Subjekt als in seinen Alltagspraxen, in konkreten Verhältnissen mit konkreten sozialen Rollen und dementsprechend in konkreten Widersprüchen eingebettet, begriffen werden muss. Kapitalismus kann demnach nicht als abstrakter Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit begriffen werden, sondern zeige sich nur in konkreten Widersprüchen und Lebensverhältnissen. Politische Praxis muss folglich an den konkreten Lebensverhältnissen ansetzen. Einen zentralen Grundsatz stellt dabei die Ablehnung von Stellvertreter_innenpolitik dar. Diese besagt, dass es nicht möglich ist, Forderungen *für* andere Menschen aufzustellen und deren Interessen zu vertreten. Die in dieser Prämisse implizierte Kritik richtet sich vor allem gegen eine klassische gewerkschaftliche und parteipolitische Politik, in deren Rahmen Forderungen im Namen anderer aufgestellt und vertreten werden. Da erst auf der Basis konkreter Erfahrungen weitere Praxismöglichkeiten entwickelt werden können, wird bei dieser Strategieform die Existenz eines »Metaplans« als überflüssig bzw. hinderlich bewertet. Das längerfristige Ziel sei die Kollektivierung von durch die kapitalistische Logik individualisierten Praxen und die kollektive Wiederaneignung von Raum und Handlungsmacht. Der Fokus dieses Strategietypus liegt folglich auf der *lokalen* Organisierung, der Stärkung der Selbstorganisation und auf experimentellen Praxen.

Als ein Beispiel einer Aktionsform, die diesen Anspruch aufgenommen und umgesetzt habe, wurde das Tragen von leeren Sprechblasen angeführt,

in die die Demonstrationsteilnehmer_innen ihre Forderungen selbst eintragen können. In der Alltagspraxis bedeute diese Politik der ersten Person, dass Menschen in konkreten Situationen konkrete Unterstützung gegeben wird und politischer Aktivismus an konkreten Problemen ansetzen muss. Diese Strategie werde bspw. im Rahmen der Berliner »Keine/r muss allein zum Amt«-Kampagne praktiziert, bei der ALG II-Empfänger_innen bei Terminen im Jobcenter begleitet werden.[35] Diese konkrete Unterstützung sei wiederum eingebettet in Kampagnenarbeit.

Klassische Formen der Organisation und Kampagnenpolitik

Die zweite, die Diskussionen auf dem antikapitalistischen Ratschlag dominierende, Strategie knüpfte an herkömmliche Mobilisierungs- und Strategiekonzepte der bundesdeutschen Linken an. Hier standen die Bildung von Netzwerken, die Erhöhung des Organisationsgrads der Arbeiter_innen, die Vernetzung von Organisationen, Zusammenschlüsse wie z.B. in lokalen Sozialforen und klassische Kampagnenpolitik im Zentrum. Der Ausgangspunkt ist hier das Aufstellen von Forderungen für Dritte an Dritte, die nach außen hin vertreten und bei politischen Entscheidungsträger_innen vorgebracht werden. Dementsprechend standen bei diesem Strategietypus weniger die Alltagspraxen im Fokus. Stattdessen wurde die Einflussnahme auf gesamtgesellschaftliche politische Kräfteverhältnisse als zentrale Stellschraube betrachtet. Diese Strategieform wurde vor allem von institutionalisierten und professionalisierten Organisationen vertreten.

Der Schwerpunkt des Ratschlags lag zum einen auf der Analyse der Krise und zum anderen auf der Strategieentwicklung und einer damit einhergehenden Evaluation der Situation und der Möglichkeiten der Linken. Dem Stellen von Forderungen wurde infolgedessen deutlich weniger Aufmerksamkeit gewidmet als bspw. bei der drei Monate später stattfindenden Krisendemonstration. Einige Gruppen, wie z.B. die bereits genannte Gruppe FelS, verzichteten bewusst auf das Aufstellen von Forderungen an Dritte, da sie Selbstermächtigung und Selbstorganisation in den Vordergrund ihres Handels stellten. Wenn konkrete Forderungen gestellt wurden, dann betrafen sie vor allem den ökonomischen Bereich und die Sphäre der Erwerbsarbeit. Sie umfassten die Forderung nach Existenzsicherung, einem kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr, der Vergesellschaftung und demokratischen Kontrolle oder Arbeiter_innenkontrolle der Produktionsmittel, der Schlüsselindustrien und der Finanzsektoren, nach gesellschaft-

[35] Siehe http://zahltagberlin.blogsport.de/.

licher Umverteilung, Enteignung bzw. dem Stellen der Eigentumsfrage, einer gleitenden Lohnskala sowie »ein Verbot von Entlassungen bis alle in Arbeit sind«, Arbeitszeitverkürzung und die Formel 500-30-10.[36]

Die Linke und die Linkspartei

> »Die Linkspartei ist Teil des Problems.« (Aktivistin der Sozialistischen Linken Karlsruhe im Rahmen der offenen Aussprache)

Als ein zentrales Spannungsfeld des antikapitalistischen Ratschlags hat sich das Verhältnis zu der Linkspartei herauskristallisiert. Bis auf die Mitglieder der Linkspartei haben sich die meisten Aktivist_innen von der Linkspartei distanziert. Es wurde jedoch seitens der Veranstalter_innen ein Vertreter der Linkspartei als Redner zu dem Eröffnungspodium eingeladen. Die/der Vertreter_in der Gewerkschaften hingegen wurde (nach offiziellen Angaben der Veranstalter_innen) vergessen einzuladen. Infolgedessen stand im Zentrum der Diskussionen und der Kritik vor allem die Linkspartei als Vertreterin institutionalisierter Politik. Begründet wurde diese Distanzierung mit der fehlenden Radikalität der Partei, die »nur sozialdemokratisch«, »früher progressiv, jetzt nur noch moderat« sei und die »Mindestlohntäuschung« unterstütze. Eine nur parlamentarische Partei, das habe auch schon Rosa Luxemburg gewusst, gehe unter, so ein Aktivist. Als weiteres Argument wurde der negative Sog der Partei genannt, der das Fehlen von Aktivist_innen in der Bewegung zur Folge hätte. Sie sei nur eine »Werbeagentur für Wahlen«. Die radikale Linke habe in der Partei keine Chance, infolgedessen sei ein Kampf ohne sie nötig.

Es gab jedoch auch Postitionen, die sich nicht nur durch eine strikte Ablehnung der Linkspartei auszeichneten. Diese wurden u.a. mit der Beobachtung begründet, dass die Existenz einer Linkspartei auf lange Sicht eine Verschiebung des Diskurses nach links zur Folge gehabt habe und immer noch habe. Auch in der und durch die Partei fänden Politisierungsprozesse statt. Vereinzelt forderten Aktivist_innen daher ein Ende der Abkapselung von der Linkspartei. Stattdessen solle die Partei auch »rein in die Bündnisse« gehen und den »Radikalen Gehör verschafft« werden. Ein Mitglied der Linkspartei argumentierte in diesem Zusammenhang, dass die Partei im positiven Sinne ein »Propagandariese« sei, der jedoch sein Potenzial

[36] 500-30-10 ist die Forderung nach 500 Euro Grundsicherung, einer 30-Stundenwoche und 10 Euro Mindestlohn.

nicht vollständig ausgeschöpft habe. Im Rahmen des Antikapitalistischen Ratschlags wurde deutlich, dass das Verhältnis der antikapitalistischen Linken zur Linkspartei, zum parlamentarischen System im Allgemeinen und zu den Gewerkschaften ein zentrales Konfliktfeld darstellt, an dem sich die Linke fortwährend aufreibt.

Resümee: Der Antikapitalistische Ratschlag als gleichermaßen antikapitalistisch wie Ratschlag

Der Antikapitalistische Ratschlag war von den in dieser Arbeit dokumentierten Veranstaltungen die Veranstaltung, die am stärksten antikapitalistisch und generell systemkritisch ausgerichtet war. Alle Aktivist_innen teilten einen antikapitalistischen Grundkonsens und verfolgten das Ziel, den Kapitalismus abzuschaffen. In dieser ersten Phase der Krisenproteste war die Hoffnung, dieses Ziel auch zu erreichen, noch besonders stark ausgeprägt.

Hinsichtlich der Strategien, Forderungen, Projekte und Visionen bestanden sehr unterschiedliche Vorstellungen. Auch die Fragen, inwieweit Bündnisse geschlossen, eine gemeinsame Politik verfolgt werden müsse und die Linke generell hegemonial werden könne, wurden sehr unterschiedlich beantwortet. Dieser Ratschlag zeigte jedoch auch, dass ein enormes systemkritisches Potenzial in der Linken existiert, und dass es möglich sein kann, sehr verschiedene linke Strömungen in einen produktiven, gemeinsamen Diskussionszusammenhang zu bringen. Insgesamt wurde deutlich, dass die Linke noch einen weiten Weg vor sich hat, aber dass die Aktivist_innen bereit zu sein schienen, diesen zu gehen.

6.2. »Kapitalismus am Ende?« – Attac-Kapitalismuskongress

Der Kapitalismuskongress *Kapitalismus am Ende?* fand vom 6. bis zum 8. März 2009 in den Räumen der Technischen Universität Berlin statt und wurde von einer Vorbereitungsgruppe von Attac organisiert. Laut Angaben der Veranstalter_innen haben über 2.000 Menschen teilgenommen (Attac 2009a). Die Idee für einen Kongress zum Thema Kapitalismus reifte nach Angaben der Vorbereitungsgruppe bereits im Herbst 2007; es sollte eine Diskussion über die bisherige Kritik an den Globalisierungsprozessen hinaus angestoßen und der »Kern des Systems, de[r] Kapitalismus selbst, ins Visier« genommen werden (Attac 2009b: 3). Es haben über 100 Veranstaltungen – darunter Podiumsdiskussionen, Workshops und Seminare, aber auch Ausstellungen – stattgefunden, die – bis auf die Eröffnungs- und

Schlussveranstaltung – alle parallel verliefen. Als Redner_innen waren rund 150 nationale und internationale Referent_innen geladen.

Die Hauptfunktion des Kongresses bestand in der internen Diskussion der Krisenanalysen und der (Weiter-)Entwicklung von Alternativen, die wiederum als »Anstoß für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs« fungieren sollten (Attac 2009b: 3). Der Kapitalismus-Kongress zeichnete sich – im Gegensatz zum Antikapitalistischen Ratschlag der IL – durch relativ wenige offen ausgetragene Konflikte und Spannungen aus. Dies ist zum einen auf die relativ hohe Homogenität insbesondere der geladenen Redner_innen zurückzuführen, die im Rahmen der einzelnen Panels aufeinander trafen.[37] Zum anderen ist dieser Umstand einer hierarchischen Organisation der Veranstaltungen und der Größe der Foren geschuldet: Bei einem überwiegenden Teil der Foren wurden auf den Podien inhaltlich relativ ähnliche Standpunkte vertreten; aufgrund der Größe der Veranstaltungen konnten in der anschließenden Diskussion nur wenige Teilnehmer_innen zu Wort kommen.

Typen von Krisenanalysen und Forderungen

Wie beim Antikapitalistischen Ratschlag reichte die Spannweite der Kriseninterpretationen auf dem Kapitalismuskongress von der Annahme einer reinen Finanzmarktkrise bis hin zu einer System- oder »Persönlichkeitskrise« des Kapitalismus. Im Gegensatz zum Antikapitalistischen Ratschlag jedoch, bei dem ebenfalls die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kriseninterpretation im Zentrum stand, stand hier primär der konkrete Inhalt der Kriseninterpretationen zur Debatte. Hinsichtlich der Ursache der Krise ließen sich zwei zentrale Typen von Kriseninterpretationen identifizieren. Zum einen wurden Krisenanalysen verhandelt, bei denen die besondere Form des Finanzmarktkapitalismus als zentrale Ursache der Krise verortet wurde. Infolgedessen wurde eine Zähmung des Finanzmarkts in Form von Regulierungen im Finanzsektor als primärer Lösungsansatz betrachtet. Ich fasse sie als *finanzmarktzentrierte Krisenanalysen* zusammen. Zum anderen wurden Krisenanalysen diskutiert, bei denen das gesamte kapitalistische System als Ursache der Krise identifiziert und infolgedessen für eine Abschaffung des Kapitalismus plädiert wurde. Da diese Krisenanalysen und Forderungen auf einer systemischen Ebene ansetzten, bezeichne ich sie als *systemische Krisenanalysen*. Im Folgenden werde ich auf beide Typen genauer eingehen.

---

[37] Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Redner_Innenschaft insgesamt homogen war. Zwischen den Panels bestand sehr wohl eine hohe Heterogenität, nur trafen diese Positionen selten im Rahmen eines Panels aufeinander.

Finanzmarktzentrierte Krisenanalysen

Die hier zusammengefassten Analysen zeichneten sich durch eine starke Fokussierung auf den Finanzmarkt und die damit verbundenen Krisentendenzen insbesondere im ökonomischen Bereich aus. Die fortschreitende De-Regulierung des Finanzmarktes, die damit zusammenhängende Zunahme von Spekulationsgeschäften, die »Gier der Banker«, das Sinken des Lohnniveaus, der damit zusammenhängende Konsumrückgang und eine daraus folgende massive Umverteilung von unten nach oben haben nach Ansicht der Aktivist_innen zu einer massiven Akkumulation von Kapital geführt. Dieses (über)akkumulierte, anlagesuchende, »vagabundierende« Kapital habe kontinuierlich neue Investitionswege gesucht, was zu einem Aufblähen des Finanzsektors und zu der Bildung einer Finanzblase geführt habe, die dann durch einen winzigen Stich – der Fälligkeit von Kreditzahlungen – zum Platzen gebracht wurde.

Bis zu diesem Punkt – also der Frage, wie das Kapital akkumuliert wurde – waren die finanzmarktzentrierten und systemischen Krisenanalysen relativ ähnlich gelagert. Der Hauptunterschied zwischen den beiden lag in der Identifizierung der *Ursache* dieser Entwicklungen: Während bei letzteren dem kapitalistischen System inhärente Logiken als Ursache identifiziert wurden, wurde bei den finanzmarktzentrierten Krisenanalysen die Krisenursache in individuellen Entscheidungen, Handlungen und Motivationen verortet. Gesellschaftliche Entwicklungen wurden hier auf individuelles Handeln und dementsprechend auf konkrete Personen zurückgeführt. Infolgedessen erschienen die »von Gier getriebenen Banker« als »Gangster«; die Journalistin Daniela Dahn forderte in diesem Zusammenhang, dass »diese Gangster in den Knast« gehen sollten. Damit zusammenhängend erschienen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen als »Black Box, ein riesiges schwarzes Loch«, wie der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di Frank Bsirske auf dem Eröffnungsforum referierte. Der Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck argumentierte ebenfalls in diese Richtung: In dem von ihm gehaltenen, den Kongress eröffnenden, Vortrag führte er aus, dass das Problem gewesen sei, dass die Banken »ohne jede Idee« gehandelt haben. Kapitalismus und Geldwirtschaft wurden – im Gegensatz zu den systemischen Krisenanalysen – nicht per se als negativ bewertet. Im Zentrum der Kritik stand primär der Finanzmarktkapitalismus, wie der Slogan von Attac – »Das Casino schließen!« – veranschaulicht.

Allgemein zeichneten sich die finanzmarktzentrierten Krisenanalysen durch eine Trennung von Real- und Finanzwirtschaft aus, wobei erstere als »gute«, vernünftige Wirtschaft und letztere als das »eigentliche Übel« ver-

standen wurde. Damit einher ging die Unterteilung in einen »schlechten« Finanzmarktkapitalismus und einen »guten« oder zumindest als gesellschaftlich unabänderbare Konstante akzeptierten Kapitalismus. Als Aufgabe der Finanzwirtschaft wurde die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Realwirtschaft gesehen, sie habe ihr zu »dienen« und dürfe sich ihr gegenüber nicht verselbstständigen – was sie jedoch in den letzten Jahrzehnten getan habe: Die Finanzwirtschaft habe sich von der Realwirtschaft entkoppelt, verselbstständigt und aufgebläht, was zu der verheerenden Krise auf den Finanzmärkten geführt habe.

Aus dieser finanzmarktzentrierten Sichtweise folgte, dass die Krise auf den Finanzmärkten isoliert von anderen gesellschaftlichen Krisentendenzen betrachtet wurde und sich die geforderten gesellschaftlichen Veränderungen auf den Finanzmarkt beschränkten.

Die daraus folgenden Forderungen bezogen sich überwiegend auf die Sphäre des Finanzmarkts und zielten auf dessen Regulierung und demokratische Kontrolle ab. Die Forderungen richteten sich an diejenigen, die die Krise in den Augen der Aktivist_innen verursacht bzw. diejenigen, die davon profitiert haben: die Akteur_innen der Finanzwirtschaft und die Regierungen bzw. die regierenden Parteien. »Das Casino schließen« und die Rückbesinnung auf die »Realwirtschaft« erschienen dementsprechend als zukunftsweisendes Lösungskonzept. Der Finanzmarkt müsse wieder auf seine eigentliche Funktion, die Dienstleistungsfunktion in Form von Bereitstellung von Geld für die Realwirtschaft, reduziert werden. Er solle wieder der »vernünftigen Wirtschaft« dienen, wie der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Huffschmid auf dem Forum »Nur ein Stabilitätsproblem? Die systemischen Ursachen des Crashs« argumentierte.

Die finanzmarktzentrierten Kriseninterpretationen wurden insbesondere von Aktivist_innen von Attac und den DGB-Gewerkschaften sowie von zahlreichen Einzelpersonen aus dem system-konformen Spektrum[38] vertreten.

---

[38] Die Unterscheidung in system-konforme und anti-systemische Gruppen geht auf Dieter Rucht und Roland Roth zurück, die das globalisierungskritische Feld grob in zwei Pole unterteilt haben und trifft für die Krisenproteste sicherlich auch zu. Während sie jedoch von einem moderaten und einem anti-systemischem Feld sprechen, erscheint mir die Bezeichnung system-konform anstelle von moderat sinnvoller, um die jeweilige Positionierung gegenüber dem herrschenden System herauszustellen. Die system-konformen Gruppen sind dem kapitalistischen System gegenüber reformistisch eingestellt und sehen sich dementsprechend als soziales Korrektiv; die anti-systemischen Gruppen üben hingegen eine radikale Kritik am kapitalistischen

Dieser Typus war dementsprechend in einer Vielzahl der Diskussionen und Redebeiträge auf dem Kongress dominierend.

Systemische Krisenanalysen: Kapitalismus als Krise

> »Gier der Banker und Kasinokapitalismus sind Vorstellungen, mit denen viele sich die Krise erklären bzw. von den Medien oder den Kirchen usw. erklären lassen. Man soll, heißt es dann, zurück zum guten alten soliden Kapitalismus. Von Marx kann man lernen, Kredit und Spekulation mitsamt der Finanzkrise als Ausdrucksformen der Struktur eben dieses Kapitalismus zu begreifen.« (Auszug aus der Veranstaltungsbeschreibung der Veranstaltung »Was Attacis von Marx' Kapital wissen sollten, um die Krise zu begreifen« von Wolfgang Fritz Haug; Programmheft Attac [2009b: 19])

In den unter dem Stichwort *systemische Krisenanalysen* zusammengefassten Analysen standen die *systemischen* Hintergründe, Ursachen und Zusammenhänge der Krise im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur der Finanzmarktkapitalismus kritisiert, sondern das gesamte kapitalistische System. Kapitalismus wurde als Wirtschafts- und Vergesellschaftungssystem verstanden, das nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt. Es wurden für die Analyse der Krisenursachen zwar auch rein finanzmarktwissenschaftliche Erklärungsmodelle herangezogen. Die Entwicklungen auf den Finanzmärkten wurden jedoch in einen gesamtgesellschaftlichen und historischen Zusammenhang gestellt und auf strukturelle Ursachen zurückgeführt. Die Aktivist_innen erklärten die Krise – wie beim Antikapitalistischen Ratschlag der IL – in Rekurs auf Marxsche Analysen und die Regulationstheorie. Kapitalistische Entwicklung wurde als zyklenartig verlaufend begriffen; Krisen als systemimmanent und funktional für den Fortbestand des Systems bewertet. Die Finanzkrise wurde folglich nicht negativ im Sinne eines »Systemunfalls« verstanden, sondern als »normaler« Bestandteil des kapitalistischen Systems. Infolgedessen wurden diejenigen Analysen der Finanzkrise kritisiert, bei denen die Ursachen auf einzelne Personen, deren individuelle Interessen, »Gier« und auf einen aufgeblähten Finanzmarkt zurückgeführt wurden.

System und stehen infolgedessen in grundsätzlicher Opposition zum Kapitalismus (Roth/Rucht 2008: 502).

Da Kapitalismus als Vergesellschaftungssystem verstanden wurde, sahen die Aktivist_innen die Krise nicht auf den ökonomischen Sektor beschränkt. Den gemeinsamen Nenner der Krisen bildete das neoliberale kapitalistische System, welches die Klimakrise, Ernährungskrise, ökologische Krise, soziale Krise, politische Krise (der Demokratie) und eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher globaler Missstände verursacht. Diese Entwicklung wurde unter dem Begriff *Vielfachkrise* oder *multiple Krisen* zusammengefasst (z.B. Demirović et al. 2011). Zahlreiche gesellschaftliche Entwicklungen, Konflikte und Missstände wurden auf diese Weise miteinander in Verbindung gesetzt und erklärt:

> »Es geht um veränderte Überlebenselastizität von Gesellschaften als Folge von Modernisierung und neoliberaler Regulation, Verlust jeglicher reproduktiver Autonomie, Verschwinden des Kleinbauern, Megastädte, Schattenglobalisierung und Gewalt und den Zusammenhang zwischen Drogenverboten in Industrieländern und dem Staatszerfall in Teilen der Dritten Welt.« (Auszug aus der Veranstaltungsbeschreibung »Zukunft des Krieges in einer Welt von industrialisierter Landwirtschaft und Megacities als (Über-)Lebensraum« von Peter Lock, [Attac 2009b: 35])

Die unter dem Begriff »systemische Krisenanalysen« zusammengefassten Kriseninterpretationen zeichnen sich dementsprechend durch zwei zentrale Merkmale aus. Erstens wurde die Krise als in ein gesellschaftliches kapitalistisches System eingebettet verstanden. Zweitens folgte daraus, dass verschiedene Krisen miteinander in Verbindung gesetzt wurden.

Aus diesem systemischen Grundverständnis heraus folgte die zentrale Forderung nach der Abschaffung des *gesamten* kapitalistischen Systems, das für die gesellschaftlichen Missstände und Krisen verantwortlich gemacht wurde. Infolgedessen wurde im Rahmen der systemischen Krisenanalysen hinsichtlich der Forderungen zumeist »zweigleisig« gefahren. Es wurden einerseits pragmatische Lösungsansätze verfolgt, wie z.B. die Einführung eines Mindestlohns oder eines bedingungslosen Grundeinkommens. Diese Konzepte waren als reine Übergangsprojekte konzipiert, da darüber hinaus langfristige und anti-systemische Forderungen und Projekte im Zentrum standen, die als Ziel die Etablierung einer anderen, solidarischen Gesellschaft hatten und zum Teil direkt auf das Gesellschaftsideal Sozialismus referierten. Aus diesem Grund können sie auch als *anti*-systemische Forderungen bezeichnet werden. Ein weiteres Merkmal der (anti-)systemischen Forderungen war, dass in deren Rahmen verschiedene gesellschaftliche Bereiche verbunden wurden und die Forderungen nicht auf einen gesellschaftlichen Bereich beschränkt blieben. Aber auch hier zeigte sich, dass

die die Wirtschaft und den Finanzsektor betreffenden Forderungen deutlich in der Überzahl und dementsprechend dominanter waren.

Die systemischen Krisenanalysen wurden auf dem Attac-Kongress vor allem von systemkritischen bzw. anti-systemischen Aktivist_innen vertreten und waren deutlich in der Minderheit.

Heterogenität und Homogenität der Kämpfe

Der am offensten ausgetragene Konflikt auf dem Kongress betraf die Frage nach dem möglichen und gewollten Maß an Heterogenität. Diese Problematik entzündete sich nicht zuletzt an der umstrittenen Mitgliedschaft Heiner Geißlers bei Attac und dessen Rede und Diskussionsbeiträge im Rahmen des Abschlussforums. Im Rahmen seiner Redebeiträge kam es zu offen-aggressiven Anfeindungen aus dem Publikum (»Hör auf mit dem Schwachsinn!«); andere Teilnehmer_innen hingegen klatschten bei seinen Redebeiträgen zustimmend Beifall. Da Attac das Prinzip einer strategische Heterogenität verfolgt, wurden auch stark divergierende, zum Teil gegensätzliche Krisen-interpretationen auf dem Kongress diskutiert. Dieser Standpunkt wurde u.a. vom Gründungsmitglied von Attac Deutschland Peter Wahl in Hinblick auf Heiner Geißlers umstrittene Mitgliedschaft bei Attac unterstrichen: Es gebe keinen Konsenszwang bei Attac.

In den zu dem Kongress veröffentlichten Attac-Papieren wird dieses Prinzip der strategischen Heterogenität ebenfalls deutlich. Eine eindeutige Festlegung auf ein Erklärungsmodell der Krise wurde (aus strategischen Gründen) vermieden. Stattdessen wurden zentrale Punkte bewusst vage oder offen formuliert:

> »Ein Systemwandel ist nötig. Hin zu einer demokratischen Ökonomie, die am Wohl aller orientiert ist; die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt und nicht den Profit. Unabhängig davon, ob und in welchem Umfang Marktwirtschaft sinnvoll oder notwendig ist: Konsens ist, dass Märkte und Kapital demokratisch reguliert, begrenzt und kontrolliert werden müssen. Klar ist auch: Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge, Mobilität, Energiesicherheit und andere öffentliche Güter sind keine Waren.« (Attac 2009a)

Diese Vielfalt betraf auch die auf dem Kongress herangezogenen theoretischen Grundlagen und die daraus gezogenen, oben geschilderten unterschiedlichen Schlussfolgerungen zu den Kriseneinschätzungen. Dies galt insbesondere bezüglich der Frage, »wieviel Marx Muss ist«. Während für einige Redner_innen Marx die Grundlage ihrer Analyse darstellte, lehnten andere bereits gemäßigte, keynesianische Positionen kategorisch ab. Dieses

Spannungsfeld wurde explizit bei der Veranstaltung »Was Attacis von Marx' Kapital wissen sollten, um die Krise zu begreifen« von Wolf-Dieter Narr aufgegriffen und thematisiert. Dieses Konfliktfeld umfasste nicht nur die herangezogenen theoretischen Grundlagen, sondern auch die generelle Methode der Krisenanalyse: Während manche Analysen stark theoriegeleitet und anti-systemisch geprägt waren, basierten andere Einschätzungen auf dem hegemonialen gesellschaftlichen Diskurs. Dies hatte zur Folge, dass ein Teil der Analysen – anstatt diese infrage zu stellen – die herrschende Hegemonie reproduzierten. Dies galt vor allem für die finanzmarktzentrierten Krisenanalysen. Eine gemeinsame theoretische Basis, aus der eine gemeinsame Politik und politisches Handeln hervorgehen könnte, war dementsprechend nicht erkennbar.

Die Frage nach dem Grad der Homogenität der Bewegung wiederum wirft die generelle Frage nach der Notwendigkeit, dem Stellenwert, dem Inhalt und der Reichweite eines gemeinsamen Projekts auf. Wie konkrete Hegemonieprojekte aussehen könnten, wurde auf dem Kongress nur punktuell thematisiert. Der Inhalt und der Grad der Konkretheit der Projekte zeichneten sich ebenfalls durch eine hohe Heterogenität bzw. eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung aus. Heiner Geißler plädierte bspw. auf dem Abschlussplenum »... es kommt aber darauf an sie zu verändern« für eine »internationale soziale ökologische Marktwirtschaft«. Frigga Haug stellte die 4-in-1-Perspektive vor. Diese beinhaltet die zeitlich gleichwertige Anordnung der vier Tätigkeitsbereiche Erwerbsbereich, Reproduktionsbereich, Kultur und Politik.[39] So sollten täglich nicht mehr als vier Stunden Erwerbsarbeit geleistet und die verbleibende Zeit für die anderen Bereiche verwandt werden. Ana Esther Ceceña führte auf der Veranstaltung »Postneoliberale Strategien in der Krise des Kapitalismus« das Konzept des »guten Lebens« als Beispiel einer positiven alternativen Utopie an:

> »Die Utopie ist ein Bild eines Horizonts, dem man sich annähern kann. Ein Beispiel für ›gutes Leben‹ ist der in Lateinamerika wichtige Bergbau. Es wird sich Profit vom Bergbau gewünscht, aber nur im Einklang mit der Bevölkerung. Es ist eine andere Wahrnehmung als der Natur als Ware notwendig. Es bedarf ein Bewusstsein für das große Ganze, auch bei kleinen lokalen Projekten.«

Der Sozialwissenschaftler Alex Demirović wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es aufgrund der Prozessdynamik nicht möglich sei, das Danach genau zu bestimmen, »(...) aber trotzdem müssen wir beginnen«.

---

[39] Zur Erläuterung ihres Konzepts siehe Haug 2011.

Die diskutierten Hegemonieprojekte waren zusammenfassend vielfältig und zum Teil inhaltlich noch recht vage. Hans-Jürgen Urban hat diese Vielfalt positiv bewertet und unter dem Begriff der »Mosaik-Linken« zusammengefasst. Diese sei »ein künstliches, aber schönes Produkt aus einzelnen, fortwährend sichtbaren Teilen«.

Resümee

> »Die Zeit des Abwartens ist vorbei, der Bann ist gebrochen.«
> (Peter Wahl)

Dem Attac-Kongress, der seit 2007 in Planung war, kam der glückliche Umstand zu, zu einem perfekten Zeitpunkt stattzufinden. Die Teilnehmer_innenzahl und Diskussionsbereitschaft war dementsprechend sehr hoch. Viele Aktivist_innen verspürten einen Klärungsbedarf und wollten sich über die Ursachen der Krise und über die Perspektiven austauschen. So haben an dem Attac-Kongress anstelle der erwarteten 1000 Teilnehmer_innen mehr als 2000 Menschen teilgenommen. Der Kongress kann diesbezüglich als ein voller Erfolg gewertet werden. Er war wie der Antikapitalistische Ratschlag von einer optimistischen Grundstimmung und von einer Vielfalt von Analysen und Forderungen geprägt. Der Attac-Kongress war die erste dokumentierte Veranstaltung, bei der sich eine Tendenz der Krisenanalysen und Forderungen entweder hin zu finanzmarktzentrierten oder systemischen Analysen herauskristallisierte. Diese wird sich in den folgenden Veranstaltungen größtenteils fortschreiben.

6.3. »Wir zahlen nicht für eure Krise« – Erste bundesweite Krisendemonstration

Die bundesweiten Demonstrationen und Kundgebungen »Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft« fanden am 28. März 2009 in Frankfurt/Main mit 25.000 und in Berlin mit 30.000 Teilnehmer_innen statt. Sie waren die ersten bundesweiten Krisendemonstrationen in Deutschland seit der Krise auf den Finanzmärkten Ende 2008. Aufgerufen hatte laut Organisator_innen ein breites gesellschaftliches Krisen-Bündnis bestehend aus gewerkschaftlichen, Sozialprotest- und antikapitalistischen Gruppen, Attac, der Partei »Die Linke«, Migrant_innen-Organisationen, der Partei Bündnis90/Die Grünen sowie umwelt-, entwicklungspolitischen und kirchlichen

Gruppen. Die Demonstration stand in einem internationalen Zusammenhang. Im Vorfeld des am 2. April 2009 in London stattfindenden G20-Gipfels fanden in zahlreichen weiteren europäischen Städten ebenfalls Krisen-Demonstrationen statt, wie z.B. in Paris, London, Oslo, Madrid und Genf.

Die Veranstaltung in Berlin, die im Rahmen dieser Arbeit dokumentiert wurde, wurde durch eine einstündige Auftaktkundgebung vor dem Roten Rathaus eröffnet. Darauf folgte eine etwa zweistündige Demonstration und abschließend eine einstündige Abschlusskundgebung. Insgesamt waren 16 Redner_innen geladen.

Aufgrund der Tatsache, dass infolge der Krise auf den weltweiten Finanzmärkten Kapitalismus(kritik) in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs Eingang gefunden hatte und infolgedessen das hegemoniale kapitalistische System temporär ins Wanken geraten war, waren viele Aktivist_innen hinsichtlich der Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven zuversichtlich gestimmt:

> »(...) aber heute, so werden die Historiker vielleicht einmal formulieren, habt ihr einen ersten Achtungserfolg, und das ist nicht wenig sondern darüber sollten wir uns freuen!« (Peter Grottian, Politikwissenschaftler und Aktivist, auf der Abschlusskundgebung)

Die Stimmung auf der Demonstration war dementsprechend ausgelassen, optimistisch und von Tatkraft bestimmt. Diese Ausgelassenheit wurde jedoch durch massive Polizeieinsätze vor allem gegen Ende der Abschlusskundgebung getrübt. Laut Veranstalter_innen griffen Polizist_innen in Kampfmontur wahllos einzelne Personen aus dem Schwarzen Block heraus und nahmen diese fest. Nach ihren Angaben wurden u.a. 20 Personen der Gewerkschaft IG BAU festgenommen.

Gesellschaftsdiagnose und Krisenanalyse

> »Nicht alles liegt im Dunkeln. Wir haben die Verantwortung dieser arroganten Lenker von Banken und Multis begriffen, die uns in diese Krise hineingetrieben haben.« (Urban, IG Metall auf der Abschlusskundgebung)

> »All diese Übel sind jedoch nicht nur die Ausrutscher einiger gieriger Manager, wie uns die Regierung jetzt weismachen will. Nein, es ist das kapitalistische Profit- und Konkurrenzprinzip, das die weltweite Krise hervorbringt.« (Redner_in der Montagsdemonstrationen auf der Auftaktkundgebung)

Diese beiden Zitate beschreiben sehr treffend die beiden Pole, zwischen denen sich die Krisenanalysen und die Kapitalismusverständnisse der Redner_innen auf den Kundgebungen bewegten: Zum einen Krisenanalysen, bei denen die Ursache der Krise den Akteur_innen eines (ungezügelten) Finanzmarktkapitalismus zugeschrieben wurde, und Interpretationen, bei denen die Ursache im gesamten kapitalistischen System verortet wurde.

Ähnlich wie auf dem drei Wochen zuvor stattgefundenen Attac-Kongress kristallisierte sich auf der ersten bundesweiten Krisendemonstration die Tendenz zu entweder *finanzmarktzentrierten* oder *systemischen* Krisenanalysen heraus. Generell überwogen jedoch bei den beiden Kundgebungen *systemische* Kriseneinschätzungen.

Finanzmarktzentrierte Kriseninterpretationen

Die finanzmarktzentrierten Kriseninterpretationen zeichneten sich auch hier zum einen durch eine Personalisierung der Ursachen der Krise und zum anderen durch eine Fokussierung auf den Finanzmarkt als Hauptschauplatz und den Finanzmarktkapitalismus als Hauptursache der Krise aus. Grundtenor war, dass die Krise vor allem von einzelnen Personen und ihrer Gier verursacht wurde, den »arroganten Lenker[n] von Banken und Multis, die uns in diese Krise hineingetrieben haben«. Diese wurden unterstützt von der »politischen Klasse« und den »Second-Hand-Dealer[n] des Neoliberalismus in der Wissenschaft, in den Medien und wo sonst noch« (Urban, IG Metall). Die Einschätzung von Alexis Passadakis (Attac) auf der Abschlusskundgebung ging in eine ähnliche Richtung:

> »Schließlich ist die Geschichte des Neoliberalismus seit den 70er Jahren die Geschichte der Reichen, die ihr Kapital höchstprofitabel global anlegen, um noch mehr Profite einzuheimsen.«

Die Auswirkungen der Krise wurden vor allem hinsichtlich der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt evaluiert und vor allem in Bezug auf den *deutschen* Arbeitsmarkt. Eine Folge, die aus solch einer finanzmarktzentrierten Sichtweise resultierte, war die Fokussierung auf die klassischen Betroffenengruppen:

> »Notleidend sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter (...). Notleidend sind befristet Beschäftigte, Beschäftigte in Mini-Jobs, Scheinselbstständige und andere, die unter prekären Verhältnissen ohne jede Lebensperspektive arbeiten müssen. (...). Notleidend sind Hartz IV-Empfängerinnen und Hartz IV-Empfänger, die von Transferleistungen leben müssen, die nicht zum Leben und nicht zum Sterben reichen, Kolleginnen und Kollegen (...). Notleidend sind aber nicht Banker, die uns abgezockt haben

und nun noch Millionen Boni kassieren!« (Roland Tremper, ver.di Berlin, auf der Abschlusskundgebung)

Die internationalen Folgen der Krise und Betroffenheiten in anderen gesellschaftlichen Bereichen sowie weitere gesellschaftliche Krisen blieben unterbelichtet. Die Kritik an der Krise auf den Finanzmärkten entlud sich infolgedessen an den Akteur_innen und dementsprechend in personalisierter Form. Daraus resultierte eine dichotomisierende und hierarchisierende Einteilung in Gut und Böse und eine Vereinfachung und Verkürzung der Erklärungsmodelle auf das unmittelbar Sichtbare – häufig auch unter Verwendung von Bildsprache (»Heuschrecken«, »Casinomentalität«).

Die finanzmarktzentrierten Positionen wurden überwiegend von einem system-konformeren Spektrum vorgebracht, wie z.B. gewerkschaftliche oder parteipolitische Redner_innen. Sie wurden zwar nicht von der Mehrheit der Redner_innen vertreten, sie waren jedoch aufgrund der Vehemenz der vorgetragenen Inputs auf den Kundgebungen sehr präsent und sichtbar.

Systemische Kriseninterpretationen

»Die Krise kommt NICHT aus Amerika. Ihre Ursachen liegen NICHT darin, dass die Manager zu gierig wären oder die Bosse im Ethikunterricht nicht aufgepasst hätten. Die kapitalistische Ordnung, die man uns über zwei Jahrzehnte als Ende der Geschichte verkauft hat, hat weltweit versagt. Die Krise ist Ergebnis des neoliberalen Kapitalismus, der alles über den Markt regeln will. (...) Die Krise hat also viele Gesichter, aber eine Ursache. Die Krise heißt Kapitalismus!« (aus dem Manuskript der Redner_innen des Berliner Bündnis »Wir zahlen nicht für Eure Krise!« II,[40] Abschlusskundgebung, Herv. i. O.)

In den hier zusammengefassten Kriseninterpretationen wurden die Krise und ihre Auswirkungen nicht primär auf die ökonomische Sphäre beschränkt behandelt, sondern mit anderen gesellschaftlichen Krisen, wie der Ernährungskrise oder Klimakrise, aber auch mit anderen gesellschaftlichen Bereichen und dort stattfindenden Konflikten in Zusammenhang gesetzt:

[40] Es gab jeweils eine Bündnisrede bei der Auftakt- und bei der Abschlusskundgebung. Da sie inhaltlich an manchen Stellen divergierten, wird aus diesem Grund Bündnis I (Auftakt) und Bündnis II (Abschluss) unterschieden.

> »Kapitalismus heißt Krise, aber eben nicht nur Wirtschaftskrise, sondern auch ökologische Krise und Klimakrise. (...) Insofern ist die Klimafrage immer auch eine Klassenfrage.« (Mona Bricke, Klimapolitische Gruppe Gegenstrom Berlin, Auftaktkundgebung)

Der Punkt, an dem diese gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenlaufen bzw. ihren Ursprung haben, war nach Ansicht der Aktivist_innen Kapitalismus. Die Analysen der Auswirkungen der Krise beschränkten sich hier nicht primär auf das ökonomische System, sondern umfassten weitere gesellschaftliche Bereiche. Wie auch schon im Rahmen des Antikapitalistischen Ratschlags wurde Kapitalismus als Vergesellschaftungssystem verstanden. Dieser Argumentationslinie zufolge sind es nicht einzelne Personen und ihre Interessen, die die Krise und die gesellschaftlichen Probleme verursacht haben, sondern das gesamte kapitalistische System, das negative und zum Teil verheerende Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche hat:

> »Denn wenn wir heute über die Krise sprechen, dann sprechen wir auch über den Krieg. Krise und Krieg gehören im kapitalistischen System immer zusammen. (...) Und es gibt in dieser Weltordnung keinen Friedenszustand, der ohne Krieg an anderer Stelle auskommt. Frieden im Kapitalismus bedeutet Krieg an anderer Stelle – um es einfach auszudrücken.« (Redner_in der Interventionistischen Linken auf der Auftaktkundgebung)

Daraus folge nicht nur eine militärische Absicherung nach Außen, sondern auch repressive Staatsinterventionen nach Innen und insgesamt eine Militarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Insgesamt wurden die Einschätzung und die Evaluation der Krise nicht nur auf Deutschland und dort auf den Arbeitsmarkt bezogen, sondern in einen intragesellschaftlichen, internationalen und zeitlichen Zusammenhang gestellt:

> »Die Krise ist permanent und überall – in dieser Stadt, in diesem Land, weltweit!« (Vertreter_in des antikapitalistischen Bündnisses auf der Auftaktkundgebung)

Aus diesem Gesellschafts- und Kapitalismusverständnis wurde die Forderung nach einer rigorosen Kapitalismuskritik abgeleitet:

> »Unsere Aufgabe ist, aus der Finanz- und Wirtschaftskrise einen europaweit gesellschaftspolitischen Konflikt zu machen, der den Herrschenden möglichst das Zittern und Fürchten lehrt. Dazu gehört, dass wir das kapitalistische System in dieser Form für absolut demokratie- und menschenzerstörend halten (...).« (Grottian)

Diese Art von Kriseninterpretationen wurde von den Redner_innen der Montagsdemonstrationen, Gegenstrom Berlin, der Berliner Koordinierung des Bildungsstreiks 2009, der Interventionistischen Linken, dem antikapi-

talistischen Bündnis und punktuell von dem Redner der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF), Erdogan Kaya, vertreten.

Forderungen

Die Inputs der Redner_innen zeichneten sich durch eine hohe Dichte an konkreten Forderungen aus. Die Forderungen lassen sich vier zentralen Bereichen zuordnen: Erstens Forderungen, die primär auf eine Veränderung des Finanzmarktes abzielten, zweitens Forderungen, die auf die gesamte Wirtschaft bezogen waren, drittens Forderungen, die auf eine Veränderung der parlamentarischen Politik fokussiert waren und viertens Forderungen, die das Gemeinwesen betrafen. Generell ließ sich feststellen, dass deutlich weniger Forderungen auf den Finanzmarkt bezogen waren als bei dem Attac-Kongress. Der Schwerpunkt der Forderungen lag primär auf dem Wirtschaftsbereich, gefolgt von Forderungen, die auf das Gemeinwesen bezogen waren. Auffallend war, dass die parlamentarische Demokratie betreffende Forderungen, also solche, die eine Veränderung der politischen Institutionen und Verfahren zum Ziel hatten, deutlich in der Minderheit waren. Veränderungen des parlamentarischen Systems wurden anscheinend nicht als notwendig erachtet oder zumindest nicht artikuliert, möglicherweise auch weil sie als aussichtslos betrachtet wurden oder das parlamentarische System nicht die primäre Handlungssphäre für die Aktivist_innen darstellte.[41] Parlamentarische Politik schien infolgedessen primär ein Ort von Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen bezüglich wirtschaftlicher Fragen und Regelungen zu sein.

Aus den identifizierten Krisenanalysen folgten wie beim Attac-Kongress die beiden Forderungstypen finanzmarktzentriert und systemisch. Im Rahmen der finanzmarktzentrierten Analysen wurde tendenziell ein Anti-*Finanzmarkt*kapitalismus bzw. eine gemäßigtere Kapitalismuskritik vertreten. Die Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung zielten dementsprechend vor allem auf den Arbeitsmarkt und eine Umgestaltung des Finanzmarktes. Sie waren z.T. durch einen stark populistischenUnterton charakterisiert. So forderte Roland Tremper: »[D]ie Zocker [sollen] in ihre Schranken gewiesen werden!«

Die systemischen Forderungen hingegen waren oft auf eine Veränderung des Gemeinwesens hin orientiert. Eine größere Anzahl der Forde-

[41] Dieser Punkt stellt einen zentralen Unterschied zu den auf die Krisenproteste folgenden Occupy-Protesten dar, in deren Rahmen konkret die Praxis der (parlamentarischen) Repräsentation kritisiert wurde.

rungen war zwar auch auf die Wirtschaft bezogen, die Forderungen implizierten jedoch zumeist ebenfalls weitergehende Ansinnen und mitunter Gesellschaftsideale und Projekte für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft:

> »Die Menschen und ihre Bedürfnisse und ihre soziale Sicherheit müssen an erster Stelle stehen. Kurzfristig bedeutet das: Lohnerhöhung, Mindestlohn, sofortige Anhebung der Sozialleistungen und Abschaffung jeglicher Zwangsmaßnahmen. Auf längere Sicht geht es darum, die Gesellschaft nicht länger an Profitlogik auszurichten.« (Redner_in des Berliner Bündnis »Wir zahlen nicht für Eure Krise!« II)

Kapitalismuskritik bzw. Antikapitalismus und die Vision einer solidarischen Gesellschaft stellten die beiden zentralen Aspekte dar, auf die auf den Kundgebungen Bezug genommen wurde und die von einem Großteil der Redner_innen als gemeinsame Grundlage mitgetragen wurden. Das Ideal einer solidarischen Gesellschaft wurde mit sehr unterschiedlichem Inhalt gefüllt. Viele Redner_innen bezogen nicht nur sozial-ökonomische Gesichtspunkte mit ein, sondern auch ökologische und demokratietheoretische Aspekte, die zum Teil von sozialistischen Ideen umrahmt wurden. Die Redner_innen des antikapitalistischen Bündnisses wiesen in ihrer Rede explizit darauf hin, dass es nicht nur um eine Umgestaltung der Wirtschaft gehen könne, sondern um fundamentale, weitergehende Veränderungen:

> »Es darf also nicht nur darum gehen, für eine Umverteilung von oben nach unten zu kämpfen, sondern es geht darum, dass diese Umverteilung nicht mehr nötig ist! Wir wollen keinen staatlich gezähmten Kapitalismus oder ein Zurück zur sozialen Marktwirtschaft.(...) Wir wollen viel mehr gemeinsam überlegen, welche Arbeit wir brauchen und wie sie verteilt sein soll. Gerecht zwischen allen hier Lebenden, unabhängig vom Geschlecht oder der Herkunft. Wir wollen die Freiheit haben, kollektiv unsere Stadtteile zu gestalten und gemeinsam entscheiden, wofür der Reichtum der Gesellschaft verwendet wird. Lasst uns kämpfen für Partizipation und Kontrolle über unsere Lebensverhältnisse. Dort wo wir wohnen, arbeiten und leben – lasst uns solidarisch mit jenen sein, die überall auf der Welt dafür eintreten. Wir wollen keinen Kapitalismus mehr! (...) Lasst uns der herrschenden Propaganda von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus die Vision einer solidarischen Gesellschaft entgegenstellen! Es gibt eine Welt zu gewinnen, jenseits von Krise und Kapitalismus! Kapitalismus abfackeln!«

Die Linke in Aktion – Handlungsstrategien

> »Es gilt, im Zeitraffer eine breite Bewegung zu schaffen – lokal, national, international. Denn nur mit massiver Gegenwehr wird ein Wandel möglich sein – dazu gehört auch ziviler Ungehorsam. Freiwillig geben sie uns nichts. Wir müssen sie in ihren Elfenbein-Türmen und Steueroasen unter Druck setzen!« (Passadakis, Attac)

Dieses Zitat spiegelt die beiden Grundbausteine der verhandelten Handlungsstrategien wider. Zum einen ging es auf der ersten bundesweiten Krisendemonstration darum, die Möglichkeiten einer breiten Bewegung auszuloten und deren Notwendigkeit zu unterstreichen. Die Redner_innen vom antikapitalistischen Bündnis wiesen in diesem Zusammenhang auf die zentrale Rolle von Bündnisbildung hin: »Nur, wenn wir uns solidarisch auf gemeinsame Interessen verständigen, kann diese Krise auch eine Chance bedeuten.« Zum anderen ging es darum, bestehende und neue Aktionsformen in die Tat umzusetzen und zu radikalisieren: massive Gegenwehr in Form des politischen Streiks, zivilen Ungehorsams, die Herrschenden unter Druck setzen. Die besten Forderungen würden Grottian zufolge nicht viel nutzen, wenn sie nicht mit »scharfen Protestmitteln kombiniert werden«. Die Redner_innen der IL gingen in dieser Hinsicht noch ein Stück weiter:

> »(...) wir werden sie [die Kriegstreiber_innen] umzingeln, wir werden blockieren, wir werden sie belagern, wir werden sie belästigen und wir werden sie vor allen Dingen angreifen!«

In diesem Zusammenhang wertete Grottian als ein zentrales Problem der Linken in Deutschland deren fehlende Tatkräftigkeit. Die Linke verfolge zwar radiale Ziele und Strategien, wie z.B. Generalstreik oder zivilen Ungehorsam. Diese würden aber häufig nur propagiert, aber nicht umsetzt:

> »Aber, ich sage noch mal etwas kritisch dazu: Aber wir dürfen auch nicht nur klatschen, wenn es um Streiks und zivilen Ungehorsam geht! Nein, wir müssen's endlich machen!«

Die Redner_innen der Montagsdemonstrationen wiesen in ihrem Input auf die Notwendigkeit von Selbstorganisierung, Basisdemokratie und Selbstermächtigung hin: »Wir nehmen unser Lebensrecht in die Hand.« Als eine Möglichkeit einer basisdemokratischen und partizipativen Verständigung stellten sie das von ihnen auf den Montagsdemonstrationen praktizierte offene Mikrofon vor. Dieses ermögliche, dass jede_r zu Wort komme und sich auf diese Weise gleichberechtigt einbringen könne. Die Handlungsräume erstreckten sich auf die lokale, insbesondere die betriebliche und kommu-

nale, sowie die globale Ebene. In dieser Hinsicht lassen sich viele Überschneidungen zum Antikapitalistischen Ratschlag feststellen, bei dem ebenfalls die direkte Aktion, Veränderung und Politisierung der persönlichen Nahverhältnisse im Zentrum der politischen Praxis standen.

Die Linke im Spannungsfeld zwischen Bewegung und institutionalisierter Politik

Im Vorfeld der Demonstration war ein Konflikt hinsichtlich der Beteiligung der Gewerkschaften an der Krisendemonstration zu beobachten. Im Rahmen des Attac-Kongresses wurde von einzelnen Redner_innen die Weigerung von DGB-Gewerkschaftsspitzen, sich an der Demonstration zu beteiligen und zu dieser aufzurufen, thematisiert. Diese hatten Sorge, dass zu dem Aktionstag der europäischen Gewerkschaften am 16. Mai weniger Teilnehmer_innen mobilisiert werden könnten, wenn sie zusätzlich zu dieser Demonstration aufriefen. Urban rief auf der Abschlussveranstaltung des Attac-Kongresses dann doch zu der Beteiligung an der Demonstration auf.

Gleichzeitig war es maßgeblich die Gewerkschaftsbasis, die die Beteiligung an der bundesweiten Krisendemonstration durchgesetzt und organisiert hat. Die Demonstration war letztendlich stark von gewerkschaftlicher Seite geprägt.[42] Diese Präsenz und von manchen Aktivist_innen als dominant wahrgenommene Anwesenheit, vor allem durch die Gewerkschaftsspitzen, wurde z.T. sehr kritisch bewertet:

> »Für eine Stärkung der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung! Lassen wir uns nicht mehr von den Spitzenfunktionären des DGB wie Herrn Sommer, der bei Einführung von Hartz IV mit Schröder ein Stillhalteabkommen geschlossen hat, unsere Selbstständigkeit und unsere Kampfkraft nehmen!« (Rednerin der Montagsdemonstration)

Dies deutet auf ein zentrales Spannungsfeld in der Linken und auf eine generelle Ambivalenz bezüglich institutionalisierten Formen von Politik hin, die sich ebenfalls hinsichtlich der Beteiligung der Linkspartei an der Demonstration zeigte. Im Rahmen der von Gregor Gysi (Partei DIE LINKE) vorgetragenen Forderungen gab es einerseits zustimmende Rufe aus dem Publikum.

---

[42] Rund 50 Orts- und thematische gewerkschaftliche Gruppen aus ganz Deutschland hatten zu der Demonstration aufgerufen (DGB, ver.di, IGM, GEW, IG BAU, IG BCE) und die gewerkschaftlichen Gruppen liefen auf der Demonstration gleich hinter der Bündnisgruppe mit dem Leittransparent. Als Redner_innen von gewerkschaftlicher bzw. gewerkschaftsnaher Seite waren der Personalrat der Charité Carsten Becker, das Vorstandsmitglied der IG Metall Hans-Jürgen Urban und Roland Tremper von ver.di Berlin geladen.

Aber insbesondere nachdem er ein zweites Mal auf die Bühne getreten war, um die Verhandlungszeit der Demonstrationsleitung mit der Polizei bezüglich der Beendigung der Demonstration zu überbrücken, riefen Aktivist_innen aus dem Publikum »Hau ab du Schwein!« und »Gysi von der Bühne!«. Einige Redner_innen wiesen generell eine fundamental negative und pessimistische Einstellung gegenüber parlamentarischer Politik auf:

> »Aber warum machen denn die Politiker der Regierung so eine volksfeindliche Politik? Die Antwort: Sie sind aufs engste mit den Interessen des Finanzkapitals verflochten. Sitzen sie doch selbst in den Landesbanken, in den Aufsichtsräten und Konzernen, wie z.B. Altkanzler Schröder als Manager von Gasprom. Wir glauben nicht daran, dass wir unsere Lebensinteressen auf dem bürgerlich-parlamentarischen Weg durchsetzen können. Wir trauen schon gar nicht dieser Regierung und ihren Politikern!« (Redner_innen der Montagsdemonstrationen)

Es lässt sich zusammenfassen, dass in den Reden und Slogans der Aktivist_innen ein stark ambivalentes und zum Teil ablehnendes Verhältnis gegenüber institutionalisierter, insbesondere parlamentarischer Politik und den diesbezüglichen Möglichkeiten, gesellschaftlich etwas (grundlegendes) zu verändern, offenbar wurde.

Macht- und Herrschaftsverhältnisse

> »Die Herrschenden wissen genau wo ihre Stärken liegen! Ihre Stärke – also die Stärke der Unterdrücker – steckt in der Spaltung der Unterdrückten.« (Kaya/DIDF auf der Abschlusskundgebung)

Neben der überwiegend positiven Grundstimmung, die auf der Krisendemonstration vorherrschte, gab es auch einige selbstkritische Stimmen, die ihre Befürchtungen und Warnungen hinsichtlich der Möglichkeit von durch die Krise verstärktem Rassismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeiter_innenklasse artikulierten. Kaya (DIDF) äußerte sich besorgt darüber, dass »ausländische« Arbeiter_innen oder Arbeiter_innen mit Migrationshintergrund gegen »deutsche« Arbeiter_innen ausgespielt werden könnten, wie es bereits in Großbritannien der Fall sei. Dort werde im Zuge der Krise versucht, die Proteste durch nationalistische Parolen (»Britische Arbeitsplätze für Briten!«) zu spalten und infolgedessen Massenaktionen der Arbeiter_innen zu verhindern.

Neben vereinzelten Statements wurden Macht- und Herrschaftsverhältnisse jenseits von Klasse, wie z.B. Ethnizität/Herkunft oder Geschlecht, nicht

oder nur marginal thematisiert. Die daraus folgende Nicht-Thematisierung von anderen Macht- und Herrschaftsverhältnissen deutet darauf hin, dass auf der Krisendemonstration vor allem das Kapitalverhältnis im Vordergrund stand und infolgedessen andere Diskriminierungsverhältnisse diskursiv verdrängt wurden. Die Analyse und Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse wurde überwiegend durch das Kapitalverhältnis bestimmt und vereinnahmt.

Vom »Knüppel der Privatisierung« und »Second-Hand-Dealern des Neoliberalismus«: Begrifflichkeiten und Denkfiguren

> »Die Verschärfung der Ausbeutung und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben haben den Banken und Konzernen hohe Extraprofite gebracht, die sie jetzt in *ihrer Habgier* teilweise (...) *verzockt* haben. Aber lassen wir uns nichts vormachen, dass jetzt kein Geld mehr da wäre. Denn selbst nach Aussagen von Wirtschaftsmanagern sind die sogenannten *Kriegskassen* der Konzerne gut gefüllt.« (Redner_innen der Montagsdemonstrationen, Herv. J.V.)

Ob Gysi (Linkspartei) von »Heuschrecken« und der »ganzen Kasinomentalität« spricht sowie Leiharbeit als »moderne Form von Sklaverei« bezeichnet, der Personalrat der Charité Carsten Becker vom »Knüppel der Privatisierung«, Urban (IG Metall) vom »Second-Hand-Dealer des Neoliberalismus«, »arroganten Lenkern von Banken und Multis« und »politischer Zechprellerei« oder Tremper (ver.di Berlin) von »Spekulanten und Zocker[n], die am Ende Millionen kassieren und denen es überhaupt nichts ausmacht, wenn die anderen in der Gosse landen« – ihnen allen war gemeinsam, dass sie sich eines populistischen, polemisierenden und dichotomisierenden Vokabulars bedienten und auf diesbezügliche Stereotype rekurrierten. Am eingangs genannten Zitat wird darüber hinaus eine Personalisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen (»habgierige Wirtschaftsmanager«) und eine verkürzte Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen deutlich, die sich in verkürztem Gut/Böse- bzw. Wir/Sie-Denken mit eindeutigen Feindbildern und Zuschreibungen niedergeschlagen hat:

> »Je mehr wir verzichtet haben, desto gieriger wurden sie. Je leiser wir wurden, desto lauter wurden sie. Je weiter wir auseinander gingen, desto mehr bündelten sie ihre Kräfte.« (Gysi/Linkspartei)

> »Sie rollen weiter, auf dem Rücken prekär Beschäftigter, Arbeitsloser, Behinderter und Kranker, der Rentner, von Schülerinnen und Schülern

> und Studenten, sehen, dass sie wieder an ihr Geld kommen!« (Tremper/ver.di Berlin)

Diese Dichotomisierungen dienten nicht nur der Abgrenzung gegenüber einem Außen, sondern gleichermaßen der Konstruktion eines gemeinsamen Inneren, einer gemeinsamen Identität:

> »So versteht die Regierung Gerechtigkeit. Aber *wir* nicht!! (...) *Wir* stehen auf der Seite des Grundgesetzes (...).« (Gysi/Linkspartei, Herv. J.V.)

Die beiden Kundgebungen auf der Krisendemonstration 2009 waren folglich inhaltlich und sprachlich stärker als die anderen dokumentierten Veranstaltungen durch ein Denken in Gegner_innenschaften, Dichotomisierungen und ein Wir/Sie-Denken gekennzeichnet und wiesen teilweise stark populistisch eingefärbte Argumentationsmuster auf.

Resümee

Die Demonstration in Berlin als erste Großveranstaltung nach dem vorläufigen Höhepunkt der Krise war ähnlich wie der Antikapitalistische Ratschlag durch ausgeprägten Optimismus gekennzeichnet. Die Reden waren voller Energie, Kampfkraft und dem Bewusstsein, dass sich nun wirklich etwas ändern könnte. Die politische Ausrichtung war überwiegend kapitalismuskritisch oder antikapitalistisch. Dies wurde neben der Kriseninterpretation auch an den Forderungen deutlich, die auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung abzielten. Ob sich die erhoffte Formierung einer breiten gesellschaftlichen Bewegung und Gegen-Macht realisieren ließ, wird sich in den folgenden Veranstaltungsdokumentationen zeigen.

6.4. »Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus. Eine andere Welt ist möglich« – Drittes Deutsches Sozialforum

Das Deutsche Sozialforum steht in der Tradition des Weltsozialforums und fand zum dritten Mal statt. Die Sozialforen in Deutschland stehen generell unter dem Leitsatz »Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur«. Das dokumentierte Sozialforum hatte – unter dem Eindruck der Krise stehend – das Motto »Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus. Eine andere Welt ist möglich«. Es fand vom 15.-18. Oktober 2009 in Hitzacker im Wendland/Niedersachsen statt. Die Teilnehmer_innenzahlen hatte sich bei jedem Deutschen Sozialforum halbiert. Beim dritten und vorerst letzten Sozialforum waren es nur noch 500 zahlende Teilnehmer_innen (Bischoff 2010: 7).

Die geringe Teilnehmer_innenzahl wurde seitens der Organisator_innen u.a. auf eine zu geringe Mobilisierung zurückgeführt, die ihrerseits wiederum ihre Ursache in einem zu kleinen und nicht-professionalisierten Vorbereitungskreis hatte: Die Planung und Durchführung des Sozialforums wurde überwiegend von Ortsansässigen durchgeführt.[43] Dies hatte zur Folge, dass die Organisator_innen mit allen anfallenden Tätigkeiten gleichermaßen beschäftigt waren: von der Reinigung der Kirche bis hin zu der Konzeption einer Ausstellung (Bischoff 2010: 7). Trotz alledem fanden etwa 100 Veranstaltungen mit sehr heterogenen inhaltlichen Schwerpunkten statt. Darüber hinaus wurde ein kulturelles Rahmenprogramm organisiert, an dem zusätzlich ca. 500 Personen aus der Umgebung teilnahmen. Aufgrund der geringen Teilnehmer_innenzahl waren die Veranstaltungen nicht so überfüllt wie bei dem Attac-Kongress.[44] Das inhaltliche Programm verfügte über relativ wenig Resonanz im Wendland. Der am Samstagnachmittag stattfindende Demonstrationszug folgte seiner Route durch ein zum Teil mit Einfamilienhäusern besiedeltes Wohngebiet und eine fast menschenleere Innenstadt.

Der Teilnehmer_innenkreis setzte sich aus sehr heterogenen, aber generell gemäßigten Positionen (Gewerkschafter_innen, sozialpolitische und globalisierungskritische Gruppen, friedenspolitische und kirchliche Gruppen, Anti-Atombewegung) zusammen. Die inhaltliche Spannbreite der Veranstaltungen war enorm groß. Workshops zu wendlandspezifischen Themen, wie Mobilitätsprojekte im ländlichen Raum, wurden ebenso angeboten wie Seminare über die gesellschaftspolitische Situation in verschiedenen Ländern, die Klima- und Energiewende, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Arbeitsmarktpolititische Seminare fanden gleichberechtigt neben Shiatsu-Kursen und esoterischen Workshops statt. Auffallend war auch, dass eine große Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Strömungen und teilweise stark divergierenden Denkweisen herrschte: So besuchte ich das Seminar »Die Lösung heißt Teilen« von Share International, in dem die Lehren des »Weltlehrers Maitreya« vorgestellt und von seiner Ankunft auf der Erde berichtet wurde. Die Diskussion war zwar auch von einigem Schmunzeln seitens einiger Teilnehmer_innen begleitet, aber generell haben sich viele Teilnehmer_innen an der Diskussion beteiligt und z.B. aus christlicher Sicht die Unterschiede zwi-

---

[43] Zum Vergleich: Der Attac-Kongress 2009 wurde von zwölf Mitgliedern koordiniert, es wurde eine Dreiviertel-Stelle für die Organisation finanziert und es gab über 100 ehrenamtliche Helfer_innen (Julia Bär auf der Pressekonferenz Attac Kongress 2009).

[44] Bei dem Attac-Kongress waren es 2.000-2.500 Teilnehmer_innen bei der gleichen Anzahl der Veranstaltungen.

schen Jesus und Maitreya diskutiert. Das Sozialforum wurde in dieser Hinsicht seinem gesetzten Ideal eines offenen Forums mehr als gerecht.

Gesellschaftsdiagnose und Krisenanalyse

Von einem Großteil der Redner_innen und Teilnehmer_innen des Sozialforums wurde die Krise auf den Finanzmärkten als Systemkrise geframet, mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 verglichen und in den klassischen kapitalistischen Krisenzyklus eingeordnet. Unklar blieb jedoch, was aus dieser historischen Bezugnahme konkret abgeleitet wurde und was aus der Einordnung als *System*krise für die praktische Strategiebildung konkret folgt. Auch bei diesem Kongress zeichneten sich die dominanten Kriseninterpretationen ab, die bereits bei den anderen Veranstaltungen identifiziert wurden. Auf den Hauptpodien dominierten ökonomische Krisendeutungen, während sich in der anschließenden Diskussionen radikalere, systemkritische Interpretationen abzeichneten. Diese inhaltliche Diskrepanz zwischen geladenen Redner_innen und Teilnehmer_innen wurde von einigen Redner_innen aus dem Publikum direkt angesprochen und kritisiert.[45]

Finanzmarktzentrierte Krisenanalysen

Die finanzmarktzentrierten Kriseninterpretationen wurden beim Sozialforum federführend von gewerkschaftlicher Seite vorgetragen. Diese waren vor allem bei den großen Foren sehr stark repräsentiert. Daraus folgte, dass insbesondere hier finanzmarktzentrierte Kriseneinschätzungen dominant waren und die anschließenden Diskussionen geprägt haben. Wie schon bei den anderen Veranstaltungen wurde auch hier die De-Regulierung der Finanzmärkte als Hauptursache der Krise identifiziert, wie z.B. Margit Köppen (IG Metall) in ihrem Vortrag »Finanzkrise und Auswirkungen auf die Realwirtschaft« erläuterte. Die Praxis, dass Kredite an nicht-zahlungskräftige Kund_innen vergeben und sie ihnen regelrecht aufgedrängt worden seien, veranschaulichte sie mittels einer Karikatur, auf der in Anzüge gekleidete Heuschrecken mit Handys und Aktenkoffern dargestellt wurden, die als Vertreter_innen an einer Haustür klingeln und diese anbieten. Joachim Bischoff (Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«, Partei DIE LINKE)

[45] Diese relative inhaltliche Homogenität insbesondere auf den großen Foren ist u.a. auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Redner_innen auf den Podien von dem relativ kleinen und dementsprechend wenig heterogenen Vorbereitungsteam ausgesucht und eingeladen worden sind. Die zahlreichen Workshops hingegen zeichneten sich durch eine hohe thematische und inhaltliche Vielfalt aus, befassten sich jedoch in einem geringen Umfang mit konkreten Krisenanalysen.

identifizierte in seinem Vortrag das Missverhältnis von Finanzökonomie und Realökonomie, welches korrigiert werden müsse, als Hauptursache der Krise. Krisen seien generell notwendig für den Kapitalismus, um Missverhältnisse zu bereinigen. Die aktuelle Krise habe aber diese Bereinigungsfunktion seit 2007 bisher nicht erfüllt. Der Grund hierfür sei in einem überdimensionalen Finanzüberbau zu suchen. Diese Strukturen seien eigentlich ökonomisch nicht überlebensfähig und irreparabel. Der Vortrag von Dierk Hirschel (DGB) lässt sich ebenfalls dieser Argumentationslinie zurechnen. In seinem Vortrag veranschaulichte er seine Kriseneinschätzung und Prognose mittels zahlreicher Grafiken und Statistiken, u.a. zu Wachstum, deutschem Exportverhalten und Überkapazitäten in der Automobilindustrie. Er schlussfolgerte aus seiner Krisenanalyse, dass die Finanzmärkte wieder zu den Dienern der Realwirtschaft gemacht werden müssen.

Generell wurden punktuell weitere Krisen seitens der geladenen Redner_innen diagnostiziert – diese blieben jedoch überwiegend unverbunden. Willi van Ooyen (Krisenbündnis) erläuterte bspw., dass keine gemeinsame übergeordnete Lösung der Krisen möglich sei. Eine inhaltliche Verknüpfung von gesellschaftlichen Problemfeldern und Krisen fand in den Redebeiträgen, insbesondere der geladenen Redner_innen der Konferenzen, nicht statt. In einem Wortbeitrag von einem ver.di-Mitglied wurde dieser Aspekt auf den Punkt gebracht. Es werde zwar meist von vier Krisen gesprochen (Finanzkrise, Energiekrise, Klimakrise, Armutskrise), es bestehe jedoch kein einheitliches Krisenverständnis der Zusammenhänge in der Linken. Dieses und eine Rückführung der Krisen auf den Kapitalismus seien jedoch dringend nötig.

Systemische Kriseninterpretation

Die systemischen Krisenanalysen waren beim Sozialforum insbesondere auf den Podien unterrepräsentiert. In den Workshops und auch in den an die Inputreferate der Referent_innen anschließenden Diskussionen wurde jedoch deutlich, dass es unter den Teilnehmer_innen relativ viele Vertreter_innen systemischer Kriseninterpretationen gab. So war eine Einschätzung, dass nicht nur eine Spielart des Kapitalismus zu Ende gehe, sondern insgesamt die Blaupause Kapitalismus, da dieser den Finanzmarktkapitalismus zum Überleben brauche. Die Lösung könne daher auch nicht ein *Green* New Deal sein. Darüber hinaus wurde stellenweise versucht, einer vor allem bei den finanzmarktzentrierten Deutungen vorherrschenden Verkürzung der Krisenanalyse entgegenzuwirken, indem auf die fundamentale Verflechtung verschiedener gesellschaftlicher Krisen aufmerksam gemacht wurde: Kerstin Rudek (Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg/Anti-Atombewegung) hob

bspw. den Zusammenhang von Atomkraft und Kapitalismus hervor. Es ließ sich zusammenfassend eine starke diskursive Dominanz der ökonomischen Krisenanalysen feststellen, die aber zu einem hohem Anteil der Homogenität der geladenen Redner_innen auf den Panels geschuldet zu sein schien, und folglich nicht auf eine generelle Hegemonie der ökonomischen Krisendeutungen auf dem Sozialforum hindeuten muss.

Wachstumskritik vs. Wachstumsorientierung

Die aufgestellten Forderungen auf dem Sozialforum waren überwiegend ökonomischer Natur und bezogen sich auf Veränderungen der gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Arbeits- und Finanzwelt. (Anti-)Systemische Forderungen und Lösungsansätze waren nur marginal vertreten. Hinsichtlich der finanz- und arbeitsmarktzentrierten Forderungen ließ sich zwischen wachstums*orientierten* und wachstums*kritischen* Forderungen unterscheiden.[46] Bei den wachstums*orientierten* Lösungsansätzen wurde das vorherrschende »Wachstumsparadigma« nicht infrage gestellt. Für Margit Köppen (IG Metall) stellte der zentrale Lösungsansatz die Rückkehr zu ausgeglichenen Handelsbilanzen dar. Diese könnten durch mehr Konsum im Inland und einer Senkung des Imports erreicht werden. Ihrer Ansicht nach stelle ein Wachstumspotenzial von 1-2% eine realistische Zielsetzung dar. Die Forderung nach mehr Mitbestimmung im Betrieb ebenso wie eine Regulierung der Finanzmärkte interpretierte sie bereits als antikapitalistisch, da die Durchsetzung dieser Forderungen bereits die Realisierung einer anderen Welt bedeute.

Auch Dierk Hirschel (DGB) plädierte für eine Beibehaltung des Wachstumsparadigmas. Er begründet dies mit der These, dass Wachstum Arbeitsplätze schaffe. Dies sei empirisch belegt, werde aber immer wieder ignoriert. Arbeit sei darüber hinaus sinnstiftend. Er rechnete unter Wachstum jedoch auch Wachstum in anderen Bereichen, z.B. im Bildungsbereich.

Wachstums*kritischer* argumentierten hingegen Mohssen Massarrat (Universität Osnabrück) bei derselben Veranstaltung und Alexis Passadakis (Attac) bei dem Forum »Wie weiter nach der Wahl? Perspektiven des Protests«. Massarrat forderte anstelle von Wachstum eine Umschichtung der wirtschaftlichen Schwerpunkte: Bildung müsse wachsen, der Industriesektor hingegen verkleinert werden. Ihm erschien daher ein Null-Wachstum bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung und radikaler Arbeitszeitverkürzung als die

[46] Die Schwerpunktsetzung auf Wachstumskritik wurde in den folgenden Jahren innerhalb der Linken immer zentraler. So stand der Attac-Kongress 2011 unter dem Motto »Jenseits des Wachstums?!«.

beste Lösung. Als zentrale Handlungsperspektive identifizierte er die Zurückgewinnung der Handlungsmacht von Gewerkschaften. Den Arbeitnehmer_innen müsse die Angst genommen werden. Generelles Ziel sei eine Stabilisierung des Kapitalismus. Auf Zwischenrufe wie »Warum denn?« entgegnete er, dass dies notwenig sei, um glaubhaft Alternativen präsentieren zu können, wie z.B. das (nicht bedingungslose) Grundeinkommen für selbst gewählte Tätigkeiten. Wenn sich so eine Idee bewähren würde, könne die Linke glaubhaft Alternativen vorschlagen.

Aber auch aufseiten der Wachstumskritiker_innen gab es ambivalente Argumentationsweisen hinsichtlich des Wachstumsparadigmas. In der Diskussion im Rahmen der Konferenz »Kritische Einschätzungen zur Wirtschafts- und Finanzkrise und Wege ihrer solidarischen Bewältigung« wurde zwar »Weg mit der Wachstumsideologie!« gefordert. Gleichzeitig wurde dies jedoch nur innerhalb des ökonomisch Machbaren artikuliert: »Die Wirtschaftsexperten sollen das mal durchrechnen.« (Kommentar aus dem Publikum)

Perspektiventwicklung: Abschied von großen Utopien und gesamtgesellschaftlichen Projekten?!

> »Es gibt nur Realpolitik, keine alternativen Deutungen oder Deutungen überhaupt, stattdessen nur Reaktionen auf die Realpolitik.« (Van Ooyen/Krisenbündnis)

Projekte, die weiterreichendere Forderungen als nach einem Grundeinkommen oder Arbeitszeitverkürzung umfassten und in denen dementsprechend eine *gesamt*-gesellschaftliche Transformationsperspektive eingenommen wurde, wurden auf den großen Foren nicht thematisiert. Anstelle einer eigenen, alternativen Perspektiventwicklung wurde z.T. eine Politik des Abwartens und Reagierens praktiziert. So wurde bspw. argumentiert, dass die konkrete Strategie erst nach dem Ausgang der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD entwickelt werden könne.[47]

Insbesondere die Redner_innen auf den großen Foren bewerteten die Möglichkeit der Entwicklung und Umsetzung von Gesellschaftsutopien extrem negativ und sahen keine diesbezügliche Handlungsnotwendigkeit. So argumentierte Hirschel (DGB): »Die Zeiten einer klaren gesellschaftlichen Utopie

[47] Am 27. September 2009 hatte die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag stattgefunden, bei der die Unionsparteien und die FDP die notwendige Mehrheit für die von beiden Seiten angestrebte Bildung einer schwarz-gelben Koalition erreicht haben.

sind vorbei.« Er begründete dies damit, dass es keine Blaupause für ein anderes Gesellschaftsmodell mehr gebe. Folglich müsste der Kapitalismus verbessert werden, z.B. durch Wirtschaftsdemokratie. Die Aufgabe von Gewerkschaften sei es auch gar nicht, Utopien zu entwickeln, da sie keine politische Partei seien. Die Gewerkschaften benötigten stattdessen ein »knackiges Programm«. Ähnlich schätzte auch Michaela Rosenberg (NGG) im Rahmen des Forums »Wie weiter nach der Wahl? Perspektiven des Protests« die Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften ein. Gewerkschaften seien Einheitsgewerkschaften und machen dementsprechend keine Parteipolitik.

Die einzige Ausnahme auf den großen Foren bildete Frigga Haugs Konzept der 4-in-1-Perspektive, das sie bereits auf dem Attac-Kongress vorgestellt hatte. Demzufolge solle jede_r nur vier Stunden pro Tag einer Lohnarbeit nachgehen, zwei Personen würden sich jeweils einen vollen Arbeitsplatz teilen. Dieser sei nach Geschlecht quotiert. Die anderen vier Stunden sollen für den »Dienst am Menschen und der Natur« und für die »Ordnung gesellschaftlich notwendiger Dinge« aufgewendet werden. Sie schlussfolgerte: »So fallen Selbstveränderung und gesellschaftliche Veränderung zusammen.« Haugs Konzept erfuhr bei dieser Veranstaltung einen enormen Zuspruch und wurde in vielen weiteren Debatten bei den Foren, Seminaren und Workshops rezipiert und als positives Gesamtkonzept diskutiert. Die 4-in-1-Perspektive verfügte in dieser Hinsicht über eine Art Initialcharakter. Die positive Rezeption ihres Konzepts deutet auf das Bedürfnis vieler Aktivist_innen nach einer gesellschaftlichen Vision und Perspektive hin, die weiter geht als die Neujustierung einiger Schrauben im System. Haugs Modell war das einzige ausgearbeitete Konzept auf den Foren, das eine Perspektive für einen gesamtgesellschaftlichen Umbau umfasste. Darüber hinaus war es – im Gegensatz zu den meisten anderen Konzepten – nicht nur auf den Finanzmarkt und die Sphäre der Lohnarbeit beschränkt, sondern bezog aktiv auch den Bereich der gemein als privat verstandenen Tätigkeiten – wie Ehrenamt oder Erziehungsarbeit – mit ein und eröffnete dementsprechend eine feministische Perspektive auf gesellschaftliche Tätigkeiten und Verhältnisse.

Handlungsstrategien

> »Die K-Frage[48] können wir jeden Tag stellen, wir brauchen aber einen Trupp vor Ort!« (NGG-Mitglied)

[48] Die K-Frage rekurriert eigentlich auf die »Kanzler_innen-Frage«, meint in Abgrenzung dazu in der Linken jedoch die »Kapitalismus-Frage«.

»Gewerkschafter müssen auch mal auf ne Umweltdemo gehen.« (IG Metall-Mitglied)

»Es gibt einen großen Konsens in der Gesellschaft, dass Kapitalismus nicht die Lösung ist, es braucht daher eine Diskussion über das Danach! Das Sozialforum ist so eine Art Volkshochschule für unten.« (Aktivist_in)

Diese Zitate spiegeln die drei Strategietypen wider, die auf dem Sozialforum – insbesondere im Rahmen des Workshops »Wir zahlen nicht für eure Krise«[49] – in unterschiedlichster Form diskutiert wurden. Diese umfassten erstens die *Selbstorganisierung auf lokaler Ebene*. Der Fokus lag hier auf der Selbstorganisierung und der Bildung und dem Ausbau von Bündnissen und Strukturen auf lokaler Ebene. Zur Veranschaulichung wurde – wie bereits beim Antikapitalistischen Ratschlag – die »Keine/r muss allein aufs Amt«-Initiative in Berlin genannt. Weitere Vorschläge waren der Wechsel des Stromanbieters oder Losungen wie die Kampagne aus den 1970er Jahren »Sonntag gehört Vati mir«. Der Fokus sollte weg von »Großevents, Großdemonstrationen und Eventhopping« hin zu Selbstorganisierung und Selbstermächtigung verlegt werden. Diese Perspektive könne der kontinuierlich zunehmenden Desillusionierung und Depolitisierung entgegenwirken. Der Theologe Heinrich Grosse schlug im Rahmen des Forums »Die Konsequenzen der Krise: radikalisierte Umverteilung nach oben oder neue soziale Gerechtigkeit?« unter Verweis auf die Befreiungstheologie mit einem Dreischritt für Christ_innen aus Sehen, Urteilen und Handeln ebenfalls eine alltagspraxisorientierte Strategie vor. So könnten im Gottesdienst Tabellen über die Zusammenstellung des errechneten Lebens- und Kultur-Bedarfs von Hartz IV-Empfänger_innen ausgeteilt werden, um die Menschen diesbezüglich zu sensibilisieren und zu politisieren. Er benannte in seinem Vortrag zehn Aufgaben von Christ_innen, die sich auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche beziehen, wie z.B. die Gründung von Asylgruppen, die Skandalisierung der Armut anstelle nur karitativer Hilfen und die Ablehnung christlicher Absolutheitsansprüche.

Zweitens wurde die *klassische Form der Gewerkschaftspolitik* diskutiert. Hier stehen das Aufstellen und Vertreten von konkreten Forderungen in

[49] Eine offene und intensive Strategiediskussion konnte insbesondere hier stattfinden, da – bis auf den Moderator – alle Referent_innen abgesagt hatten und dadurch ein offener Raum für Austausch und Diskussion entstand. Auf den anderen Foren und Seminaren standen vor allem Analysen und weniger die konkrete Entwicklung von politischen Handlungsstrategien im Vordergrund.

Form von klassischer Kampagnen- und Bündnispolitik im Vordergrund. Als zentrale Organisierungsform wurde die betriebliche Organisierung genannt. Die Forderungen waren vor allem auf rechtliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gerichtet und bezogen sich demzufolge auf die Gesetzgebung. Folglich wurden als zentrale Strategien öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie Streik, Kundgebungen und Demonstrationen sowie Kampagnen identifiziert.

Als dritte, zu den ersten beiden quer liegende Strategie wurde eine *Alternativentwicklung für »Danach«* genannt. Passadakis (Attac) sprach sich in seinem Redebeitrag für die Notwendigkeit der Entwicklung von Transformationsprojekten und Fixpunkten am Horizont jenseits der Tagespolitik aus. Generell war diese Perspektive auf den Podien nur marginal vertreten. Außer Haugs Modell der Teilzeitarbeit wurden auf den von mir dokumentierten Veranstaltungen diesbezüglich keine weitergehenden Perspektiven diskutiert.

Mobilisierung und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit der Linken

Auf dem Sozialforum wurde in mehreren, teilweise sehr hitzig geführten Debatten die Frage diskutiert, wie mehr Menschen für politische Aktionen mobilisiert werden könnten. Das gesamtgesellschaftliche Mobilisierungspotenzial der Linken und die Ausweitung der Forderungen auf weitere gesellschaftliche Kreise wurden auf dem Sozialforum tendenziell negativ eingeschätzt.

Passadakis (Attac) zufolge existiert zwar eine »strukturelle linke Mehrheit in Deutschland«. Diese habe sich jedoch in dem Ergebnis der Bundestagswahl 2009 nicht widergespiegelt. Er führte dies auf das Fehlen einer echten Wahlalternative zurück. Diese Alternative könne sich nur im Konflikt entwickeln, da die Zuspitzung eines gesamtgesellschaftlichen Konflikts und die Entwicklung konkreter Konfliktlinien Politisierung erzeugen würden. Hierfür fehlten jedoch zum einen der konkrete Anlass und zum anderen die Bündnispartner_innen, was u.a. an der Schwäche und fehlenden Radikalität der Gewerkschaften liege. Stattdessen werde immer noch »auf Sicht« gefahren. Ähnlich argumentierte auch Rudek (BI Lüchow-Dannenberg/Anti-AKW-Bewegung): Politik brauche klare Gegner_innenschaft.

Peter Strutynski vom Friedensratschlag erklärte die Schwäche einer gesamtgesellschaftlich wirkmächtigen Linken mit der Beobachtung, dass die Bevölkerung in Deutschland anders handle als sie denke. 80-90 Prozent der Deutschen seien gegen die US-Kriege gewesen, hätten »aber falsch gewählt«. Er stellte infolgedessen die These auf: »Vielleicht gibt es ja eine

deutsche Tradition des Falschwählens?« Er zog daraus die Schlussfolgerung, dass kaum Mobilisierungspotenzial bestehe, obwohl die meisten Krieg generell ablehnen würden. Seiner Einschätzung nach gibt es inhaltliche Alternativen und Konzepte – die Bewegungen trügen diese jedoch vor sich her. Das Problem sei, dass andere Konzepte innerhalb dieses Parlamentarismus nicht möglich seien. Es gebe kein Zutrauen zur Kraft der außerparlamentarischen Bewegung. Der erste Grund hierfür sei Helmut Kohl, der der Bevölkerung das politische Denken abgewöhnt habe. Der zweite Grund sei Gerhard Schröder, der nach seiner hoffnungsvollen Wahl eine noch neoliberalere Politik als Kohl durchgesetzt habe. Infolgedessen habe ein Vertrauensverlust in die Möglichkeiten des Parlamentarismus stattgefunden. Sein Fazit war folglich: Die Linke verfügt über Alternativen und Strategien, aber nicht über das Vertrauen in der Bevölkerung, dass diese auch umgesetzt werden können, da »die Politiker machen was sie wollen«.

Als Kernproblem der Linken und ihrer gesamtgesellschaftlichen Wirkmächtigkeit wurde zusammenfassend – wie bei den anderen dokumentierten Veranstaltungen auch – die Unfähigkeit der Linken gewertet, eine Alternative zur herrschenden Hegemonie zu entwickeln, glaubhaft zu vertreten und die Bevölkerung dann auch für ihre Umsetzung zu motivieren.

Sensibilität für Macht- und Herrschaftsverhältnisse

Wie bei den anderen dokumentierten Veranstaltungen lag der Fokus der Inputs und Wortbeiträge auf dem Dritten Deutschen Sozialforum, vor allem bei den großen Panelveranstaltungen, überwiegend auf dem kapitalistischen System. Andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse wurden punktuell mitgedacht und thematisiert, so wurde bspw. die Situation von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen und von Migrant_innen in Deutschland in einigen Workshops thematisiert. Der Blick ging dementsprechend über den »*weiß*-deutschen« Tellerrand hinaus. Stellenweise traten jedoch auch Ressentiments und Rassismen zutage. Ein Teilnehmer beschrieb im Rahmen des Forums »Kritische Einschätzungen zur Wirtschafts- und Finanzkrise und Wege ihrer solidarischen Bewältigung« das bedingungslose Grundeinkommen als »eurozentristisch«, »denn dann kommen sie alle nach Deutschland«. Heinrich Grosse (Universität Hannover) unterschlug in seinem Vortrag im Rahmen des Forums »Die Konsequenzen der Krise: radikalisierte Umverteilung nach oben oder neue soziale Gerechtigkeit« die Existenz zahlreicher z.T. großer Religionsgruppen in Deutschland, indem er salopp erläuterte, dass in Deutschland ein Drittel der Bevölkerung Katholiken, ein Drittel Protestanten und ein Drittel *konfessionslos* seien.

Auffällig und ein Unterschied zu den anderen dokumentierten Veranstaltungen war die Beobachtung, dass ein Großteil der Teilnehmer_innen und insbesondere die geladenen Diskutant_innen keine gegenderte Sprachweise verwendet haben, was möglicherweise auf das relativ hohe Durchschnittsalter und auf die insgesamt system-konformere Ausrichtung der Teilnehmer_innen und der geladenen Redner_innen zurückzuführen ist. Feministische Standpunkte wurden in den Diskussionen überwiegend als »Frauenthemen« betrachtet und nicht als Möglichkeit der Kritik eines gesamtgesellschaftlich wirkenden Produktionsmechanismus von geschlechtlich kodierten Identitäten und diesbezüglichen Handlungsräumen im Allgemeinen. In diesem Zusammenhang wurde im Rahmen einiger Redebeiträge und Präsentationen die Verwendung von Geschlechterstereotypen offenbar. Auf der Eröffnungsveranstaltung wurde bspw. pantomimisch ein gesellschaftliches Krisenszenario in Form eines Vulkanausbruchs dargestellt. Männer wurden in diesem Zusammenhang als aktiv und diejenigen dargestellt, die bei Problemen immer nur beschwichtigen, aber keine Lösungen für gesellschaftliche Probleme finden, Frauen hingegen als diejenigen, die Probleme erkennen und auf diese aufmerksam machen, aber an sich passiv sind. Köppen (IG Metall) reproduzierte in ihrer Powerpoint-Präsentation klassisch geschlechtsspezifisch kodierte Berufsbilder in Form einer Reinigungs*frau*, eines Computerfach*manns* und eines Industrie*arbeiters*. Hirschel (DGB) hat in der Statistik zu der allgemeinen Lohnentwicklung in Deutschland nur die Löhne der männlichen Bevölkerung herangezogen, die der Frauen wurden komplett ausgelassen.

Resümee

Auf dem Sozialforum wurde eine enorme Breite gesellschaftlicher Themen angesprochen und besprochen. Diesbezüglich wurden viele verschiedene Krisenanalysen, Lösungsansätze und Forderungen diskutiert. Es gab eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Workshops und Seminare, das offene Forum wurde vielseitig genutzt und mit unterschiedlichem Inhalt und Aktivitäten gefüllt. Trotz des Optimismus und der Begeisterung über die gelungene und kreative Organisation des Sozialforums äußerten sich einige Teilnehmer_innen enttäuscht bzw. frustriert über den Verlauf und die Inhalte der Diskussionen. Es seien keine konkreten Lösungen erarbeitet worden und die Kapitalismuskritik sei insbesondere im Rahmen der Inputs bei den Podiumsdiskussionen zu kurz gekommen. Aufgrund der großen Anzahl an Veranstaltungen, der im Verhältnis dazu geringen Zahl der Teilnehmer_innen und dem diesbezüglichen Diskussionsverhalten kam ein Aktivist zu dem Schluss: »Je-

der will gern reden, kaum einer hört zu.« So doppelten sich Inputs der geladenen Redner_innen inhaltlich, und es fand nur punktuell eine Zusammenführung inhaltlicher Beiträge und Standpunkte statt. Viele der geladenen Redner_innen sind nur zu ihren Vorträgen erschienen und anschließend wieder abgereist. Aufgrund der Tatsache, dass viele Teilnehmer_innen ihre Positionen in den Vorträgen nicht wiederzufinden schienen, herrschte in den Konferenzen stellenweise Passivität, es gab wenig (An-)Teilnahme und Zwischenrufe. Insgesamt schienen die Teilnehmer_innen kritischer als die Redner_innenschaft und hinsichtlich einer Erweiterung gegen-hegemonialer Perspektiven offener eingestellt gewesen zu sein.

6.5. »Die Krise heißt Kapitalismus« – Zweite bundesweite Krisendemonstration

Die Demonstrationen in Berlin und Stuttgart stellten die Folge-Demonstrationen der bundesweiten Krisendemonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main 2009 dar. Sie fanden am 12. Juni 2010 statt. Während bundesweit wieder unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise« und dem Untertitel »Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau!« aufgerufen wurde, hatte die Berliner Demonstration denselben Untertitel, als Haupttitel jedoch »Die Krise heißt Kapitalismus!«. Zur Demonstration aufgerufen hatte »ein breites gesellschaftliches Bündnis von außerparlamentarischen Netzwerken, sozialpolitischen und Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaftsgliederungen, Parteien, Migrant_innen-Verbänden, antikapitalistischen Gruppen, sowie Zusammenschlüssen der Bildungsproteste« (Krisenbündnis 2010).

Insbesondere in Berlin fiel die Demonstration kleiner als im Jahr davor aus. Während im Vorjahr noch 30.000 Menschen in Berlin demonstriert hatten, waren es 2010 nur noch 20.000 Teilnehmer_innen. In Stuttgart nahmen über 22.000 Teilnehmer_innen teil. Diese Minimierung spiegelte sich auch in der Organisation der Demonstration und Kundgebung wider. Anstelle der 16 Inputs auf der Kundgebung 2009 waren es 2010 nur 8 Reden, sodass die Auftakt- und Abschlusskundgebung jeweils nur ca. 30 min dauerte. Darüber hinaus war die Bühne kleiner und die Internetseite weniger aufwendig gestaltet, sodass die Demonstration insgesamt über eine geringere öffentlichkeitswirksame Präsenz und Sichtbarkeit verfügte.

Im Gegensatz zu 2009 lassen sich die Redner_innen der Auftakt- und Abschlusskundgebung überwiegend dem system-konformeren Spektrum

zuordnen. Vertreter_innen von systemkritischen oder anti-systemischen Gruppen, wie bspw. von der im Jahr zuvor teilnehmenden IL oder dem antikapitalistischen Block, waren in diesem Jahr nicht an den Kundgebungen beteiligt. Diese niedrige Präsenz und Sichtbarkeit auf der Bühne stand jedoch im Widerspruch zu der Größe des antikapitalistischen Blocks auf der Demonstration, der in diesen Jahr einen der größten Blöcke darstellte.

Die Stimmung auf der Demonstration war wie im Vorjahr euphorisch. Die meisten Redner_innen hofften auf einen »heißen Sommer und Herbst« 2010. Während die Stimmung 2009 jedoch noch durch einen enormen Optimismus geprägt war, schien sich dieser 2010 aufgrund der Tatsache, dass die Proteste bisher wenig ausrichten konnten und sich kein breiter gesellschaftlicher Widerstand formiert hat, deutlich minimiert zu haben. Manche Redebeiträge wiesen einen latent fatalistischen Unterton auf. Die Demonstration und Abschlusskundgebung waren zudem durch massive Polizeieinsätze geprägt. Die Abschlusskundgebung musste zeitweise aufgrund von Tumulten unterbrochen werden. Am Rande der Demonstration ereignete sich eine kleine Explosion, deren Ursache zunächst unklar war bzw. fälschlicherweise als durch eine »Splitterbombe« verursachte Detonation dargestellt wurde. Während der Demonstration wurden kontinuierlich Personen aus der Menge gegriffen und festgenommen. Die Atmosphäre war dementsprechend enorm angespannt und aufgeheizt, sodass den Reden vor allem auf der Abschlusskundgebung wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde und die Audio-Aufzeichnung erschwert wurde. Aus diesem Grund wurden stärker schriftliche Dokumente (Demonstrationsaufrufe etc.) in die Analyse miteinbezogen als dies bei den anderen Veranstaltungen der Fall war.

Staatliche Krisenbewältigungsstrategien in der Kritik

> »Lediglich eine Woche hat es gedauert, bis die Bundesregierung 500 Mrd. (Bürgschaften, Kredite, Finanzhilfen) für die Banken mobilisiert hat. Eineinhalb Jahre später knallen bei vielen Hedgefonds schon wieder die Champagnerkorken, werden wieder Milliarden-Boni ausgezahlt, sonnt sich die Deutsche Bank in Riesengewinnen und wird massiv gegen Griechenland spekuliert. Kein einziges Gesetz zur Regulierung des Finanzsektors, zur Schließung von Steueroasen oder dem Verbot von hochriskanten Finanzspekulationen wurde verabschiedet. Die Verluste wurden sozialisiert, und die Gewinne können wieder privat angehäuft werden. Die nächste Spekulationsblase baut sich bereits auf.« (aus dem bundesweiten Demonstrationsaufruf)

»Dabei zahlen wir seit über einem Jahr für die Krise. Milliarden wurden für die Rettung der Banken und Konzerne bereitgestellt, ohne dass es zu einer Richtungsänderung gekommen wäre. Verschärfte Standortpolitik mit Sozialabbau, Privatisierung, Lohndumping und Schwächung der Arbeitnehmer_innenrechte werden fortgesetzt.« (aus dem Berliner Demonstrationsaufruf)

Im Zentrum der Demonstration und Kundgebungen standen die Kritik an den Krisenbewältigungsstrategien und die Intensivierung der Austeritätspolitik insbesondere der Bundesregierung. Die als unsozial empfundenen Kürzungsvorhaben im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich einerseits und die nicht stattgefundene Regulierung der Finanzmärkte sowie die Nicht-Zurechenschaftsziehung der Banken und Konzerne andererseits bildeten die beiden Eckpunkte der Kritik. Die wirtschaftliche Entwicklung stand generell stärker im Vordergrund der Reden und Proteste als dies 2009 der Fall war. Andere Krisen und deren Verflechtungen wurden auf dieser Demonstration nicht thematisiert. Die andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Bewältigung durch arbeitsmarktpolitische, wirtschaftliche sowie soziale Sparmaßnahmen haben offenbar zu einer Fokussierung der Kritik auf den wirtschaftspolitischen Sektor geführt. Diese Engführung der Kritik lässt sich nicht nur in den system-konformeren Argumentationslinien wiederfinden, sondern auch in dem Aufruf des antikapitalistischen Blocks. Die von den Aktivist_innen kritisierte Ignoranz oder Untätigkeit der europäischen Regierungen hinsichtlich der Erarbeitung von gesamtgesellschaftlichen, globalen Krisenbewältigungsstrategien hat gleichzeitig eine Verengung des Blickwinkels der Aktivist_innen bewirkt. Während 2009 die Krise von der Mehrheit der Aktivist_innen global und vor allem intersektoral begriffen, thematisiert und bearbeitet wurde, blieben die Krisendiskurse 2010 überwiegend auf Deutschland und Europa und dort auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt.

Im Allgemeinen war zu beobachten, dass die Redebeiträge nicht so stark emotional und begrifflich aufgeladen waren wie im Vorjahr. In manchen Inputs ließ sich jedoch wie schon 2009 eine Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, eine Wir-Sie-Polarisierung und Verkürzung der Kritik feststellen:

»Der Abbau von Regeln und Kontrollen konnte den Regierungen gar nicht schnell genug gehen, um im großen Finanzkasino mitspielen zu können. Mit milliardenschweren Krisenprogrammen und Staatsverschuldung weltweit mussten wir diese Liebedienerei bezahlen. Die Finanzmärkte berappelten

> sich schnell, reguliert wurde nichts und nun erpressen sie uns wieder: jetzt müssen nicht Banken, sondern ganze Nationalstaaten mit Milliardenaufwand gegen die Spekulationen und Exzesse der Finanzmärkte geschützt werden.« (aus dem Stuttgarter Demonstrationsaufruf)

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt bezüglich der Krisenbewältigungsstrategien stellte die Kritik an dem so genannten Rettungspakt für Griechenland dar. Es gab diesbezüglich einen gesonderten Demonstrationsaufruf, in dem auf die spezifische Lage in Griechenland eingegangen wurde und Solidarität mit den Aktivist_innen in Griechenland gefordert wurde. Die Aktivist_innen versuchten in diesem Zusammenhang eine alternative Sichtweise zu etablieren:

> »Der Widerstand in Griechenland sollte deshalb unser Vorbild sein und fordert unsere Solidarität! Denn mit dem 750-Milliarden-Rettungspaket zahlen wir nicht für die Griechen oder für die Rettung Europas, sondern für die Rettung von Banken und Anlegern, die auf den Staatsbankrott Griechenlands gewettet und an den griechischen Staatsschulden verdient haben!« (aus dem Demonstrationsaufruf Griechenland)

Die Bezugnahme auf das kapitalistische System und die damit einhergehende politische Positionierung stellten sich zwar im Allgemeinen als heterogen dar, generell wurde aber von vielen Aktivist_innen – wenn z.T. auch nur auf den Finanzmarkt beschränkt – eine kapitalismuskritische Perspektive geteilt. Systemkritische Gruppen verwiesen, wie bereits im Jahr zuvor, darauf, dass Kapitalismus als System zu begreifen ist, das die Krisen erst erzeugt. Dieses Kapitalismusverständnis unterstreicht auch der Titel der Berliner Krisendemonstration »Die Krise heißt Kapitalismus«.

Forderungen und Projekte

> »Gemeinsam können wir eine Bewegung aufbauen, die vor vermeintlichen Sachzwängen des Kapitalismus nicht halt macht! Für eine Gesellschaft, deren Reichtum allen gehört!« (aus dem Berliner Demonstrationsaufruf)

Die Forderungen auf der Krisendemonstration 2010 wiesen zahlreiche Überschneidungen mit den Forderungen der Demonstration von 2009 auf. Im Vordergrund der Redebeiträge stand jedoch vor allem die Kritik der Krisenbewältigungsstrategien der Bundesregierung. Der Fokus der Forderungen war auf den wirtschaftlichen Bereich und die Arbeitsmarktpolitik gerichtet. So wurden die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Per-

sonalausgleich, die sofortige Anhebung des Regelsatzes von Hartz IV auf 500 Euro, die teilweise Abschaffung von Hartz IV bei Einführung eines existenzsichernden Einkommens für alle Menschen sowie keine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 gefordert. Darüber hinaus standen eine strengere Regulierung des Finanzmarktes, steuerpolitische Maßnahmen und eine Umstrukturierung der Wirtschaft auf der politischen Agenda. Verstaatlichung, gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Organisierung von Banken. Umverteilung, Organisierung der Schlüsselindustrien unter demokratischer Kontrolle, Streichung der Schulden Griechenlands und anderer Länder waren hier die zentralen Forderungen. Einige dieser Forderungen waren mit weitergehenden, systemtransformierenden Projekten verbunden. Nicht nur eine Veränderung der Arbeitsbedingungen hin zu sozialeren Verhältnissen wurde gefordert, sondern die Produktionsverhältnisse selbst sollten hin zu einer autonomen Selbstverwaltung umgebaut werden:

> »Wir wollen entscheiden, was wir produzieren und wie.« (Redner des Berliner Bündnisses »Wir zahlen nicht für eure Krise« auf der Auftaktkundgebung)

> »Wenn die Bosse unfähig sind, unsere Arbeitsplätze zu erhalten, warum sollten sie dann weiter Bosse sein? Warum können wir nicht selber entscheiden was und wie produziert wird?« (Mustafa Efe/Alternative Daimler Marienfelde auf der Auftaktkundgebung)

Diese weitergehenden, systemtransformierenden Forderungen blieben jedoch überwiegend auf einer abstrakten Ebene:

> »Wir wollen eine andere Antwort auf die weltweite Krise des Kapitalismus. Wir brauchen eine völlig andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir müssen die Wirtschaft völlig neu organisieren, damit sie sich an sozialen und ökologischen Kriterien ausrichtet.« (Redner des Berliner Bündnisses »Wir zahlen nicht für eure Krise« auf der Auftaktkundgebung)

Viele der Forderungen hatten dementsprechend eine kapitalismuskritische oder antikapitalistische Ausrichtung. Wie solch eine neue, an sozialen und ökologischen Kriterien organisierte Gesellschaft aussehen könnte, wurde jedoch nicht erläutert. Dies ist insofern überraschend, da im Jahr zuvor bereits einige konkrete Konzepte vorgestellt wurden. Diese Ideen- und Perspektivlosigkeit und zum Teil Unwissenheit über die Existenz zahlreicher bereits existierender gegen-hegemonialer Projekte, Praxen und Utopien lässt sich auch in den Abschlussworten der Moderatorin Margarita Tsomou wiederfinden:

> »Tatsächlich müssen wir erkennen, dass Krisen, die erfolgen, im Kapitalismus System haben, dass es immer wieder zu Krisen kommen wird und *wir uns alle Gedanken machen müssen über alternative Gesellschaftsformen*. (...) Wir brauchen darüber hinaus eine Perspektive für eine Gesellschaft, in der wir frei und selbstbestimmt leben können.« (Abschlusskundgebung, Herv. J.V.)

Aus dieser Privilegierung der reinen Abwehr der ökonomischen Krisenbewältigung der Bundesregierung gegenüber der (Weiter-)Entwicklung von eigenen, alternativen *politischen* Lösungsansätzen folgte, dass der mögliche Diskursraum durch das Reagieren auf das Krisenmanagement bereits gefüllt war. Raum für die (Weiter-)Entwicklung eigener Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten wurde folglich oftmals verdrängt und von den Aktivist_innen auch nicht aktiv eingefordert und eröffnet. Die Adressat_innen der Forderungen waren dementsprechend die mit dem Krisenmanagement beschäftigte Regierung und das Parlament. Es wurde folglich – wie bereits bei den anderen dokumentierten Veranstaltungen – auch hier die Forderung nach einer alternativen Gesellschaftsformation stark gemacht, diese wurde jedoch selten mit konkretem Inhalt gefüllt. Stattdessen dominierten realpolitische Abwehrstrategien und Lösungsansätze die Inputs.

Umgang mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen

> »Der Satz heißt immer meistens so schön: WIR haben über unsere Verhältnisse gelebt. Und ich frage mich, wer ist eigentlich Wir? Hat die Verkäuferin bei Lidl über ihre Verhältnisse gelebt? Hat die Rentnerin mit einer Rente unter 700 Euro über ihre Verhältnisse gelebt? (Publikum: Nein!) Haben die Studenten, die kein BAföG erhalten, über ihre Verhältnisse gelebt? (Publikum lauter: Nein!) Haben die Schülerinnen und Schüler über ihre Verhältnisse gelebt? (Publikum lauter: Nein!) Haben die Arbeiter, die keinen Mindestlohn bekommen, über ihre Verhältnisse gelebt? (Publikum lauter: Nein!)« (Gesine Lötzsch/DIE LINKE auf der Abschlusskundgebung)

Auf der Krisendemonstration fanden bestimmte Subjektpositionen Berücksichtigung, wie z.B. die von Erwerbstätigen, Erwerbslosen, Schüler_innen und Studierenden in Deutschland. Auffällig war jedoch, dass die Auswirkungen der Krise(n) und mögliche Akteur_innen gesellschaftlicher Veränderung – wie bei einem Großteil der Redebeiträge der anderen Veranstaltungen auch – durch eine ökonomische Sichtweise geprägt waren. Daraus folgte, dass die Menschen vor allem als aktive, zukünftige oder erwerbs-

lose *Arbeitnehmer_innen* betrachtet wurden und ihre Positionen, Interessen und Bedürfnisse als Frauen, Migrant_innen etc. dadurch marginalisiert wurden.

Auf eine verstärkte Sensibilität für Macht- und Herrschaftsverhältnisse jenseits des Kapitalismus hingegen lässt die Tatsache schließen, dass der Berliner Demonstrationsaufruf – im Gegensatz zum Vorjahr – ebenfalls auf türkisch veröffentlich wurde und in allen Aufrufen eine gegenderte Schreibweise verwendet wurde.

Resümee

Die Krisendemonstration 2010 zeichnete sich im Vergleich zu der Demonstration im Vorjahr durch einen geringeren Enthusiasmus und Optimismus aus. Die 2009 noch zuversichtlich erwartete Protestwelle ist größtenteils ausgeblieben. Generell war die Stimmung und politische Haltung *verbal* nicht mehr so aufgeheizt und von Tatendrang bestimmt. Das Möglichkeitsfenster, dass sich Ende 2008 geöffnet hatte und welches die Möglichkeit einer neuen, alternativen Gesellschaft eröffnet hatte, schien sich z.T. wieder geschlossen zu haben. Überraschenderweise glaubte bzw. hoffte ein Großteil der Redner_innen jedoch noch immer auf einen »heißen Sommer und Herbst«. Eineinhalb Jahre nach dem Höhepunkt der Krise auf den Finanzmärkten schien das Handlungsfeld auf ein bloßes Reagieren auf die Sparmaßnahmen beschränkt worden zu sein. Im Rahmen der Reden wurde sich überwiegend an den Sparpaketen der Bundesregierung abgearbeitet und wenig eigene konkrete Projekte weiterentwickelt. Die Frustration darüber hat sich z.T. in den intensiven Ausschreitungen entladen, die die Demonstration und die Abschlusskundgebung begleitet haben.

Im Vergleich zu der Demonstration im Vorjahr haben sich vor allem Verschiebungen hinsichtlich der zentralen Sphäre gesellschaftlicher Veränderung ergeben. Da im Zentrum der Kritik in erster Linie die Krisenbewältigungsstrategien der Bundesregierung und dementsprechend *ökonomische* Lösungsansätze standen, waren auch die eigenen Forderungen überwiegend auf den wirtschaftlichen Bereich und folglich auf parlamentarische Lösungen bezogen. Konkrete systemtransformierende Projekte wurden nicht vorgetragen. An dieser Beobachtung wird ersichtlich, wie sehr die hegemonialen politischen Bewältigungsstrategien die Schwerpunkte und Inhalte der Proteste beeinflussen und sogar bestimmen können. Waren die Proteste vom Vorjahr durch ein eigenständiges Agieren geprägt, sind 2010 die Diskurse von einem bloßen Reagieren auf hegemoniale Praxen bestimmt gewesen.

7. Argumentationslinien, Diskursräume und Spannungslinien

In diesem Kapitel werden die zentralen Argumentationslinien, die eröffneten Diskursräume und die damit einhergehenden Spannungslinien der Krisenproteste zusammengefasst. Aufgrund der Vielfalt und Heterogenität innerhalb der Veranstaltungen – insbesondere innerhalb der dokumentierten Kongresse – ist die hier vorgenomme Gesamtschau sicherlich nicht erschöpfend, sondern spiegelt die *zentralen und dominanten* Diskussionslinien der Krisenproteste wider.

7.1. Argumentationslinien und eröffnete Diskursräume

Entsprechend der Forschungsfragen und der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen auf den Veranstaltungen haben sich die Analyseschwerpunkte Krisenanalysen und Forderungen, Handlungsstrategien, Umgang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Widersprüchen sowie entwickelte Hegemonieprojekte ergeben. Auf diese Aspekte werde ich im Folgenden genauer eingehen.

Krisenanalysen und Forderungen
Die Analyse und gesellschaftliche Einordnung der Krise auf den Finanzmärkten war *der* zentrale Bestandteil der Diskussionen und Inputs bei den Krisenprotesten.[50] Allgemein wurde die Krise auf den globalen Finanzmärkten als Chance für linke Interventionen bewertet, da nach Ansicht der Aktivist_innen das kapitalistische System in seinen Fundamenten erschüttert wurde und infolgedessen ein Möglichkeitsraum für die Etablierung gegen-hegemonialer Alternativen eröffnet worden ist. In diesem Zusammenhang wurden Vergleiche zu historischen Wirtschafts- und Finanzkrisen angestellt. Die aktuelle Krise wurde von einem Teil der Aktivist_innen in den »normalen« kapitalistischen Krisenzyklus eingeordnet, teils aber auch als etwas

[50] Eine Ausnahme stellte die Krisendemonstration 2010 dar, bei der aufgrund des späteren Zeitpunkts stärker eine Kritik des Krisenmanagements der Bundesregierung und internationaler Institutionen im Zentrum stand und nicht mehr primär eine Analyse der Krisenursachen.

Neues betrachtet, aus dem infolgedessen auch neue Handlungsmöglichkeiten und -strategien hervorgehen (müssen). Einigkeit bestand darüber, die Krise als »systemische« Krise einzustufen. Was diese Einschätzung jedoch konkret beinhaltete und was daraus folgte, divergierte bei den einzelnen Argumentationslinien stark: War es nur eine Krise des Finanzmarktkapitalismus, des Wirtschaftssystems Kapitalismus oder vielleicht sogar des als die gesamte Gesellschaft strukturierenden wahrgenommenen Kapitalismus, sodass eine Ideologie- und Legitimationskrise des gesamten Gesellschaftssystems daraus folgen kann?

Im Rahmen der Analyse der im Kontext der Krisenproteste vorgenommenen Kriseninterpretationen wurde darüber hinaus deutlich, dass die Krisenproteste durch eine Zweiteilung in *finanzmarktzentrierte* und *systemische* Krisenanalysen gekennzeichnet waren. Diese Zweiteilung der Krisenanalysen war auf dem Attac-Kongress, der Krisendemonstration 2009 und dem Sozialforum besonders stark ausgeprägt, während beim Antikapitalistischen Ratschlag ausschließlich systemische Krisenanalysen diskutiert wurden. Bei der Krisendemonstration 2010 hingegen war der inhaltliche Schwerpunkt generell anders gelagert. Hier standen aufgrund des fortgeschrittenen Zeitpunkts die Bewältigungsstrategien der deutschen Bundesregierung im Vordergrund. Eine ähnliche Typologie ließ sich bezüglich der Forderungen erkennen. Die gestellten Forderungen waren zwar vielschichtig und umfassten sehr unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche. Die Vertreter_innen finanzmarktzentrierter Krisenanalysen neigten jedoch eher dazu, finanzmarktzentrierte Forderungen aufzustellen, und aus systemischen Krisenanalysen folgten auch tendenziell (anti-)systemische Forderungen. Im Folgenden werde ich die beiden identifizierten Typen von Krisenanalysen und Forderungen vorstellen.

Finanzmarktzentrierte Krisenanalysen und Forderungen

Bei diesem Typus von Krisenanalysen und -interpretationen wurde der Finanzmarktkapitalismus als zentrales Problem und Hauptverursacher der Krise identifiziert. Aus diesem Grund habe ich diesbezüglich gelagerte Diskurse unter dem Begriff *finanzmarktzentrierte Krisenanalysen* zusammengefasst. Diese Interpretationslinie wurde maßgeblich von tendenziell system-konform eingestellten Aktivist_innen vertreten, wie z.B. Mitglieder von Gewerkschaften, etablierteren Verbänden und Organisationen wie Attac.

Ein zentrales Merkmal dieses Diskursstrangs stellte die Trennung von »Finanzwirtschaft« und »Realwirtschaft« dar. Letztere wurde als die »gute«,

»schützens«- und deswegen auch erhaltenswerte Wirtschaft geframet, da sie »reale« Werte produziere. Nach Ansicht der Aktivist_innen hat sich die Finanzwirtschaft, deren eigentliche Aufgabe es ist, die finanziellen Mittel für die Finanzierung der Realwirtschaft zur Verfügung zu stellen, gegenüber der Realwirtschaft verselbstständigt. Aus diesem Grund müsse die Finanzwirtschaft gezähmt, wieder an die Realwirtschaft zurückgebunden werden und ihr dienen. Die Realwirtschaft hingegen schaffe wirkliche Werte und müsse daher gestärkt werden. Im Rahmen dieser Krisenanalysen bezog sich die konkrete Analyse dementsprechend vor allem auf den Prozess und die wirtschaftlichen Auswirkungen des diagnostizierten »Aufblähens« des Finanzmarktes. Beides wurde vor allem mittels statistischer, wirtschaftswissenschaftlicher Analysen erklärt und bewertet. Es überwogen folglich wirtschaftswissenschaftliche Erklärungsansätze. Die Ökonomie bildete hier den zentralen gesellschaftlichen Bezugspunkt, von dem ausgehend gesellschaftliche Prozesse und Veränderung verstanden und konzeptionalisiert wurden. Infolgedessen wurde die Krise vor allem als eine Krise auf den globalen Finanzmärkten wahrgenommen und behandelt. Die Ernährungskrise bspw., die ökologische Krise oder die Energiekrise wurden nur marginal in die Analyse miteinbezogen. Das Kapitalverhältnis wurde als das zentrale gesellschaftliche Machtverhältnis geframet; andere gesellschaftliche Widersprüche sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse blieben weitestgehend unberücksichtigt. Im Zentrum der Kritik stand das finanzmarktkapitalistische System – das kapitalistische System an sich wurde als unveränderbare Basis angenommen, vor deren Hintergrund gesellschaftliche Prozesse ablaufen. Die kapitalistische Ökonomie erschien als die gesellschaftlichen Verhältnisse determinierender Faktor, der die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Gesellschaftliche Veränderung wurde daher als ein vor allem von wirtschaftlichen Faktoren abhängiger monokausaler Prozess verstanden. Daraus folgte, dass andere gesellschaftliche Bereiche, dort stattfindende Kämpfe und damit auch potenzielle Interventionsmöglichkeiten und Kampffelder in der Analyse und der politischen Strategie größtenteils unberücksichtigt blieben.

Gesellschaftliche Entwicklungen wurden auf individuelle Entscheidungen, Handlungen und Motivationen und dementsprechend auf konkrete Personen zurückgeführt. Gesellschaftliche Verhältnisse wurden als verdinglicht oder personalisiert begriffen: Die Finanzialisierung der Wirtschaft bzw. die Einführung der Geldwirtschaft wurden als zentrale Ursachen der Krise und der gesellschaftlichen Missstände identifiziert. Geld erscheint infolgedessen in der Weise, als könne es seinen »eignen Wert

(...) verwerten, unabhängig von der Reproduktion – die Kapitalmystifikation in der grellsten Form« (Marx 1983: 405). Dieses finanzmarktzentrierte Krisenverständnis wies, indem gesellschaftliche Verhältnisse als Naturgesetze und -eigenschaften wahrgenommen wurden, Parallelen zu dem von Marx beschriebenen Waren-, Geld- und Kapitalfetisch (Marx 1968 :86) auf. Die Personalisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen zeigt sich darin, dass einzelne Personen als alleinige Verursacher_innen der Krise angesehen wurden. Der Zusammenhang ihres individuellen Handelns und der kapitalistischen Vergesellschaftungslogik blieb in der Analyse unberücksichtigt. Stattdessen erschien die Krise auf den Finanzmärkten als ein von einzelnen Finanzmarktmanager_innen und Politiker_innen herbeigeführter Zustand. Dies äußerte sich in der Diffamierung von Finanzmarktmanager_innen (»gierige Banker«) und Politiker_innen und in Gut/Böse-Dichotomisierungen. Individuelles Handeln wurde in der Analyse gegenüber gesellschaftlichen Strukturen deutlich privilegiert; dahinter liegende Strukturen blieben folglich überwiegend im Dunkeln. Die Krisendeutungen basierten auf einem voluntaristischen Handlungsmodell des Subjekts; dieses wurde als von gesellschaftlichen Strukturen unabhängig handelndes Individuum verstanden. Der eigentliche Charakter des kapitalistischen Systems blieb dadurch verborgen.

Die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen befand sich folglich nah am herrschenden Alltagsverstand, sodass neoliberale Argumentationsmuster tendenziell reproduziert anstatt infrage gestellt wurden. Anstelle der Entwicklung eigener Deutungsmuster wurden dominante Formen der Krisenbearbeitung übernommen und strukturkonservative Ansätze verfolgt. Die finanzmarktzentrierten Krisenanalysen wiesen dadurch nur hinsichtlich der politischen Bewertung der Krise gravierende Unterschiede zu hegemonialen Krisensemantiken auf, nicht aber in Bezug auf ihre Struktur und den Inhalt ihrer Analysen.

In der Folge war dieser Typus von Krisenanalysen tendenziell hegemoniefähiger, da er anschlussfähiger an herrschende Diskurse war. Daraus folgte jedoch auch ein Spannungsfeld aus einerseits der Strategie, an den gesellschaftlich dominanten Diskurs anschlussfähig zu bleiben, um die eigenen Forderungen sichtbar machen zu können, und andererseits einer kritischen Positionierung zum kapitalistischen System.

Die finanzmarktzentrierten Analysen zeichneten sich zusammenfassend durch eine vergleichsweise geringe Kohärenz, Komplexität und Differenzierung hinsichtlich der Analyse der Krisenursachen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge aus.

Aus den finanzmarktzentrierten Analysen folgte tendenziell eine Fokussierung auf *finanz-, arbeitsmarkt- und steuerpolitische Forderungen und Lösungsansätze*. Das Hauptanliegen der Anhänger_innen dieses Typus war es, den Finanzmarkt zu regulieren, ihn auf diese Weise zu »zähmen« und das durch den Finanzmarktkapitalismus verschobene gesellschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Zentral war hier die Forcierung system*immanenter* Lösungsansätze, die die grundlegenden Fundamente der Gesellschaft nicht tangierten. Im Sinne Gramscis waren sie demnach *Teil der herrschenden Hegemonie* und die Lösungsansätze Teil des ausgehandelten Kompromisses zwischen Herrschenden und Subalternen. In diesem Zusammenhang war ein zentraler Bezugspunkt das »Wachstumsparadigma«. Von gewerkschaftlicher Seite wurde bspw. zwar eine Reduzierung der Wirtschaftswachstumsquote gefordert, am generellen Wachstumsparadigma wurde jedoch mit Blick auf die Erhaltung von Industriearbeitsplätzen in Deutschland festgehalten. Andere Aktivist_innen dieses Typus forderten ein Nullwachstum im Zusammenhang mit einer Umschichtung des Wachstums: Industriearbeitsplätze müssten abgebaut werden, im sozialen oder ökologischen Bereich das Wachstum gefördert werden. Diese Lösungsmöglichkeit wurde unter dem Stichwort »grünes Wachstum« verhandelt. Auch hier wurde also – anstelle der Entwicklung eigener Interpretationen und Lösungsansätze – die dominante kapitalistische Wachstumslogik als Basis angesehen und auf dieser aufgebaut.

Die finanzmarktzentrierten Forderungen zeichneten sich darüber hinaus – wie von systemkritischen Aktivist_innen kritisiert wurde – primär durch ein Reagieren anstelle eines eigenständigen Agierens aus. Dies wurde vor allem auf der Krisendemonstration 2010 deutlich, bei der der Schwerpunkt auf der Abwehr der Krisenbewältigungsstrategien der deutschen Bundesregierung lag. Anstelle der Etablierung eigener Themenbereiche wurden den Diskurs dominierende Thematiken aufgegriffen und bearbeitet und auf diese Weise hegemoniale neoliberale (Schwerpunkt-)Setzungen unbewusst reproduziert.

Als Folge einer Politik des Reagierens und des Verhaftetseins in der Gegenwart implizierten die finanzmarktzentrierten Forderungen überwiegend keine längerfristigen Perspektiven eines gesamtgesellschaftlichen Umbaus oder diesbezügliche gesellschaftliche Visionen. In diesem Sinne herrschte bei den finanzmarktzentrierten Forderungen Realpolitik vor, bei der sich an den gesellschaftlichen Gegebenheiten abgearbeitet und keine alternativen Bedeutungs- und Handlungshorizonte eröffnet wurden. Daraus folgte, dass die Forderungen sich – analog zu den finanzmartkzentrierten Analysen – nah an

neoliberalen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmustern befanden und tendenziell auf dem herrschenden Alltagsverstand basierten. Diese Art der Forderungen wurde vor allem auf den Podien des Attac-Kongresses, des Sozialforums und stellenweise den Krisendemonstrationen von gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen und generell von Aktivist_innen, die große Organisationen und Verbänden vertreten haben, aufgestellt und war dementsprechend die auf den Krisenprotesten dominantere Variante.

Systemische Krisenanalysen und Forderungen

Bei den unter dem Begriff *systemische Krisenanalysen* zusammengefassten Argumentations- und Analysemustern wurde die Ursache der Krise auf den Finanzmärkten nicht im Finanzmarktkapitalismus allein verortet. Stattdessen wurde das gesamte kapitalistische System an sich als ursächlich für die Krise(n) identifiziert. Diese Sichtweise wurde vor allem von anti-systemischen Aktivist_innen vertreten, wie z.B. der IL, und war tendenziell in der Minderheit. Zum Teil wurde Kapitalismus als eine »permanente Krise« begriffen, wie bspw. an dem Mobilisierungsflyer der Gruppe FelS erkennbar wird. Diese permanente Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems wurde mit der Beobachtung erklärt, dass durch den permanenten Zwang zur immer weiteren Inwertsetzung gesellschaftlicher Bereiche permanent soziale, politische und ökologische Krisen verursacht werden.

In diesem Zusammenhang wurde z.T. auf regulationstheoretische Erklärungsmodelle zurückgegriffen. Bei diesen wird die kapitalistische Entwicklung als Zyklus verstanden, dem Krisen inhärent sind (siehe Kapitel 6). Einige Redner_innen wiesen vor diesem Hintergrund in ihren Inputs explizit darauf hin, dass sie die krisenhaften Prozesse und die Krise auf den Finanzmärkten seit Jahren vorhergesagt haben und die Krise daher für sie nicht überraschend aufgetreten sei. Die Krise auf den Finanzmärkten wurde dementsprechend nicht von anderen Krisen oder gesellschaftlichen Entwicklungen isoliert betrachtet. Stattdessen wurde eine Vielzahl von Krisen in verschiedenen (gesellschaftlichen) Bereichen identifiziert. Die ökologische Krise, Ernährungskrise, Energiekrise, Kriege, usw. wurden in den größeren Zusammenhang einer neoliberalen kapitalistischen Vergesellschaftung eingeordnet und vor diesem bewertet. Diese Kriseninterpretationen lassen sich daher einem Krisenverständnis zuordnen, bei dem die derzeitige Krisenkonstellation auch als *Vielfachkrise* oder *multiple Krise* bezeichnet wird (z.B. Demirović et al. 2011).

Die Krise wurde folglich aus einer *systemischen* Perspektive betrachtet: Nicht einzelne Personen oder Länder wurden als Verantwortliche der kri-

senhaften Entwicklungen identifiziert, sondern die kapitalistische Verwertungslogik. Daraus folgte jedoch nicht, dass manche Personen eine tragende Rolle in dieser Entwicklung innehaben können. Die bereits vor der Krise auf den Finanzmärkten herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse wurden demzufolge schon nicht als gerecht oder als sich im Gleichgewicht befindlich empfunden. Kapitalismus erzeugt nach Ansicht der Aktivist_innen permanent soziale Ungleichheiten und Missstände.

Infolge dieser systemischen Krisenanalysen zielten auch die Forderungen auf eine Veränderung des gesamten kapitalistischen Systems ab. Aus diesem Grund werden sie als *systemische Forderungen* zusammengefasst. Da ihnen eine fundamentale Ablehnung des kapitalistischen Systems inhärent ist, können sie auch als *anti-systemisch*e Forderungen bezeichnet werden. Aus der systemischen Perspektive auf die Krise folgten dementsprechend Forderungen, bei denen verschiedene gesellschaftliche Bereiche, Krisen und Forderungen verknüpft und als fundamental miteinander verbunden begriffen wurden. Als grundlegendes Verbindungsglied fungierte das kapitalistische Vergesellschaftungssystem. Infolgedessen waren die Forderungen nicht nur auf den ökonomischen Bereich bezogen, sondern umfassten vielfältige gesellschaftliche Verhältnisse sowie deren grundlegende Umwälzung. Eine Realisierung der Forderungen und Gesellschaftsideale wurde nur bei gleichzeitiger Abschaffung des Kapitalismus als möglich betrachtet. Systemische Forderungen umfassten zwar auch kurzfristige Forderungen, wie z.B. die Einführung eines Mindestlohns. Diese waren jedoch in längerfristige »Transformations«- oder »Einstiegsprojekte« eingebettet, die als Ziel die Abschaffung des Kapitalismus verfolgten. Sie verfolgten dementsprechend Rosa Luxemburgs Diktum einer revolutionären Realpolitik: die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse gerechter gestalten, aber auch gleichzeitig umwälzen. Auch hier ließ sich das bereits im Rahmen finanzmarktzentrierter Forderungen identifizierte Spannungsfeld aus Anpassung an das System und Systemkritik wiederfinden.

Die (anti)systemischen Forderungen wurden primär auf den beiden Krisendemonstrationen, dem Antikapitalistischen Ratschlag und punktuell auf dem Attac-Kongress vertreten und waren tendenziell in der Minderheit. Entsprechend ihrer grundlegenden Systemkritik stellten sie sich als weniger anschlussfähig an herrschende Diskurse dar.

Handlungsstrategien und -räume

Die Krisenproteste waren maßgeblich von der Diskussion um Handlungsstrategien geprägt. Es wurden Möglichkeiten vorgeschlagen und diskutiert, wie mit dieser neuen politischen Situation umzugehen sei und wie sie von der Linken am sinnvollsten für erfolgreiche gesellschaftspolitische Interventionen genutzt werden könnte. Dabei wurden weniger neue Strategietypen entwickelt; stattdessen wurde an bereits bestehende Typen angeknüpft und diese der veränderten gesellschaftlichen Situation angepasst. Im Fokus der Strategiediskussion standen die Denkbarmachung von Alternativen und die Delegitimierung des Kapitalismus, die Formierung einer breiten Bewegung sowie die Bündnisbildung auf jeder Ebene. Die Organisation eines Generalstreiks sowie die Durchführung von Aktionen zivilen Ungehorsams zogen sich durch viele Diskussionen und Inputs als die zentrale und als dringend notwendig eingeschätzte Handlungsform, -option und -macht. Insbesondere im Kontext des Antikapitalistischen Ratschlags, aber auch beim Sozialforum standen sich zwei unterschiedliche Strategietypen gegenüber, die stellenweise gegeneinander verhandelt wurden, teilweise aber auch kombiniert wurden, und unter die sich ebenfalls ein Großteil der Strategien der anderen Veranstaltungen einordnen lässt. Auf der einen Seite standen klassische Formen der Organisation und Kampagnenpolitik und auf der anderen Selbstermächtigung als Strategie und Praxisform.

Klassische Formen der Organisation und Kampagnenpolitik

Bei dieser Art Handlungsstrategie stand die Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse, insbesondere zugunsten der Arbeitnehmer_innen, im Vordergrund. Dementsprechend wurden diese Strategieformen maßgeblich von gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen sowie anderen institutionalisierten und professionalisierten Akteur_innen vertreten. Auch Attac verfolgte diese Politikform, die das Einwirken auf politische Prozesse der Entscheidungsfindung als zentrales Ziel hat. Infolgedessen standen weniger das konkrete Subjekt, dessen Ermächtigung und eine Veränderung seiner unmittelbaren Nahverhältnisse im Zentrum der Handlungen, sondern die Verbesserung der (vor allem) gesetzlichen Rahmenbedingungen in ökonomischen Bereichen (bspw. in Form eines Mindestlohns, der Regulierung des Finanzmarktes oder eines [bedingungslosen] Grundeinkommens).

Auf praktischer Ebene umfasste diese Strategieform dementsprechend Verhandlungs- und Lobbyarbeit, das Einwirken auf die Gesetzgebung und politische Entscheidungen durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit (wie die »Deutschland braucht den Mindestlohn«-

Kampagne des DGB [2013] oder das Banken-Tribunal von Attac Deutschland vom 9. bis 11. April 2010 in Berlin[51]).

Um diese Strategien konkret umsetzen zu können, bedarf es einer starken (Ver-)Handlungsmacht. Aus diesem Grund waren weitere zentrale Merkmale dieses Strategietypus die Mobilisierung und Bindung von Aktivist_innen und Unterstützer_innen, die Erhöhung des Organisationsgrades sowie die Förderung von Zusammenarbeit und Bündnissen, um eben die eigene Handlungsmacht zu stärken.

Diese Politikform ist primär auf die politische Gesellschaft ausgerichtet: Die Organisationen agieren zwar in der Zivilgesellschaft und stellen den fundamentalen Bestandteil dieser dar, ihre Forderungen sind jedoch überwiegend an die politische Gesellschaft (den Staat, die Gesetzgebenden und Regierenden) gerichtet und lassen sich auch nur dort (und nicht in der Zivilgesellschaft) umsetzen. Öffentlichkeitsarbeit und die damit einhergehende Beeinflussung und Veränderung des Alltagsverstands der Bevölkerung verfolgen ebenfalls primär das Ziel, auf den politischen Entscheidungsprozess mittels ereignishafter Kampagnen, öffentlichem Druck und Aktionen Einfluss zu nehmen.

Kollektive Selbstermächtigung und Wiederaneignung von Handlungsraum

Im Gegensatz zu den oben beschriebenen Strategien klassischer Organisationen und Verbände stehen bei diesem Ansatz Selbstermächtigungsstrategien und die Wiederaneignung von Handlungsraum im Zentrum. Ein Strategiekonzept, das die Grundzüge eines solchen Handlungsverständnisses aufwies, war das Konzept der Gruppe FelS, das beim Antikapitalistischen Ratschlag vorgestellt wurde. Es kann als exemplarisch für diesen Strategietypus gesehen werden. Den Ausgangspunkt stellt hier ein Subjektverständnis dar, bei dem das Subjekt in konkreten Alltagspraxen, konkreten Verhältnissen mit konkreten sozialen Rollen und dementsprechend konkreten Widersprüchen situiert verstanden wird. Diese Grundhaltung resultiert aus einer fundamentalen Kritik an klassischer Arbeiter_innenpolitik. Bei dieser werde Kapitalismus oftmals nur als abstrakter Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit begriffen. Es werde nicht auf die konkreten Widersprüche und Lebensverhältnisse eingegangen, die dieser Widerspruch kontinuierlich pro-

[51] Bei diesem öffentlichen Tribunal wurden laut Attac »die Ursachen des Finanzcrashs, die Beugung der Demokratie durch fragwürdige Rettungsmaßnahmen und die fahrlässige Vorbereitung neuer Krisen öffentlichkeitswirksam beleuchtet« (Attac Deutschland 2010).

duziert. Ziel und Sphäre der Handlungsstrategien ist folglich der konkrete Alltag. Aus dieser Einschätzung folgte die Annahme, dass Interessen und Bedürfnisse nicht (durch Organisationen) repräsentiert werden können. Es könne nicht *für* andere gesprochen werden, da konkrete (subjektive) soziale Verhältnisse nicht verallgemeinert werden können. Die zentrale Grundprämisse ist daher die *Politik der ersten Person*. In der politischen Praxis wird diese Grundeinstellung bspw. realisiert, indem Demonstrationsteilnehmer_innen eigene Forderungen formulieren, diese in leere Sprechblasen eintragen und als Plakate auf Demonstrationen tragen können. Ein weiteres zentrales Fundament bildet die »Kollektivierung von durch die kapitalistische Logik individualisierten Praxen«, sowie deren Wiederaneignung in Form von Selbstorganisierung. Diese wird u.a. durch Kampagnen und Aktionen umgesetzt, in denen die konkreten Lebensverhältnisse aufgriffen und politisiert werden. Als Beispiel wurde die von FelS mitorganisierte Berliner »Keine/r muss allein zum Amt«-Kampagne angeführt.[52] Das Subjekt erhalte auf diese Weise konkrete Handlungsmacht zurück und könne sich Handlungsmöglichkeiten und -räume wieder aneignen.

Diese Sichtweise beinhaltet den Aktivist_innen von FelS zufolge auch die Ablehnung von gesamtgesellschaftlichen Blaupausen. Stattdessen steht die prozessuale Entwicklung neuer Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten durch experimentelle Praxen und Selbstermächtigung im Vordergrund. In dieser Hinsicht weist das Politikverständnis starke Parallelen zu dem zu Beginn der Arbeit zitierten Primat der Erfahrung für die Entwicklung alternativer Gesellschaftsformen und -praxen bei Luxemburg auf.

Generell wurde bei diesem Strategieansatz politische Praxis in die subjektiven Nahverhältnisse (zurück)verlegt und Stellvertreter_innenpolitik und Repräsentation, wie sie bei Gewerkschaften und großen Organisationen im Zentrum steht, abgelehnt. Daraus folgte auch, dass nicht nur das Stellen von Forderungen *für* andere abgelehnt wurde. Damit ging darüber hinaus einher, dass das Stellen von Forderungen *an* Dritte ebenfalls als problematisch angesehen wurde. Die Handlungsstrategien zielen primär auf die

[52] Nach Angaben der Initiator_innen ist das Ziel dieser Kampagne, den Erwerbslosen, die durch die obligatorischen Termine beim Jobcenter isoliert, vereinzelt und auf diese Weise entmachtet werden, Handlungsmacht zurückgegeben, indem ein »solidarischer Begleitschutz« angeboten wird. Dieser fungiert bei dem Besuch im Jobcenter als Beistand. Diese individuellen Hilfen wurden umrahmt durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen vor den Jobcentern, in denen das System Jobcenter in einen größeren, gesamtgesellschaftlichen Kontext gesetzt und individualisierte Praxen politisiert und kollektiviert wurden (Initiative Keine/r muss allein zum Amt! Berlin 2009).

Selbstermächtigung des Subjekts ab, was natürlich auch bedeutet, dass die (Stärkung der) eigene(n) Handlungsmacht im Zentrum der politischen Praxis steht. Dementsprechend wurden zwar auch Forderungen an Dritte aufgestellt, diese beinhalteten jedoch nicht primär die damit einhergehende Delegierung von Handlungsmacht und die damit verbundene Erwartungshaltung an Dritte. Dieser Strategietypus weist starke Überschneidungen mit anarchistischen Praxisformen auf, in deren Kontext ebenfalls die Selbstermächtigung in gesellschaftlichen Nahverhältnissen im Zentrum steht und die verwendeten politischen *Mittel* mit den *Zielen* äquivalent sind (Franks 2003; Graeber 2012; Blackledge 2010; Yates 2014).

Dieser Ansatz wurde primär von basisdemokratischen und partizipatorischen Gruppen wie FelS sowie von weiteren systemkritischen oder anti-systemischen Aktivist_innen, wie die IL oder avanti, vertreten, die institutionalisierten Politikformen und den diesbezüglichen Chancen gesellschaftlicher Veränderung kritisch gegenüberstanden. Eine (Rück-)Besinnung auf die konkreten Nahverhältnisse und ein Agieren in diesen wurde jedoch z.T. auch von system-konformeren Aktivist_innen gefordert, die von den Möglichkeiten der großflächigen Kampagnenpolitik frustriert und enttäuscht waren. Diese Forderungen blieben aber überwiegend unkonkret. Generell war dieser Typus in der Gesamtschau der Proteste in der Minderheit.

Umgang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Widersprüchen

Wenn gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend verändert werden sollen, muss die Vielzahl und Vielfältigkeit gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse berücksichtigt und bearbeitet werden (vgl. Demirović 2011). Aus diesem Grund war eine der zentralen forschungsleitenden Fragen, wie die Aktivist_innen mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, daraus resultierenden Widersprüchen und ambivalenten Subjektanrufungen umgegangen sind. Denn infolge eines Bewusstseins für die eigene Position und dem damit zusammenhängenden Handlungsraum können Diskursräume geschlossen oder auch eröffnet werden.

Macht- und Herrschaftsverhältnisse wurden im Rahmen der Krisenproteste sehr unterschiedlich thematisiert und berücksichtigt.[53] Generell ließ sich beobachten, dass die dokumentierten Veranstaltungen sich aufgrund der Strukturierung in frontale Podiumsdiskussionen und Reden überwie-

[53] Im Folgenden werden vor allem die drei Achsen der Ungleichheit/Differenz Klasse, Geschlecht und Ethnizität/Weißsein behandelt.

gend durch eine hierarchische Veranstaltungs- und Diskussionskultur auszeichneten. Infolgedessen blieb relativ wenig Raum für partizipative Formen des Austauschs, wie Runde Tische, Open-Space-Formate oder Fishbowl-Diskussionen, bei denen eine größere Anzahl von Teilnehmer_innen gleichberechtigt und direkt an der Diskussion teilnehmen kann. Ein zentrales Ungleichheitsverhältnis verlief folglich zwischen institutionalisierten, insbesondere hauptamtlich aktiven Akteur_innen, die auf den Podien überproportional repräsentiert waren, und ehrenamtlich Aktiven, die – vor allem aus kleineren Gruppen (aus dem systemkritischeren Spektrum) stammend – über weniger finanzielle und zeitökonomische Mittel verfügten und sich dementsprechend in geringem Maße einbringen konnten. Daraus resultierte ein inhaltliches Ungleichgewicht, sodass bestimmte Positionen dominanter waren als andere. Diese Schieflage zwischen Publikum und geladenen Referent_innen wurde von Teilnehmer_innen des Sozialforums 2009 offen thematisiert und kritisiert. Darüber hinaus waren die Referent_innen überwiegend *weiß*, deutsch, gesund, gebildet, aus der Mittelschicht stammend, erwerbstätig und oft männlich. Ihre Sprecher_innenposition und ihr Bewusstsein für Macht- und Herrschaftsverhältnisse war von diesen z.T. Mehrfachprivilegierungen zwar nicht vollständig bestimmt, aber dennoch geprägt, sodass – wie sich in der dichten Beschreibung zeigte – insbesondere die Ungleichheitsachsen Geschlecht und Ethnizität oft keine Beachtung fanden.

Das zentral thematisierte gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis war das kapitalistische. Diese Schwerpunktsetzung resultierte offenkundig aus dem Umstand, dass die Proteste als Reaktion auf die Krise der Finanzmärkte initiiert wurden. Dass diese Schwerpunktsetzung jedoch nicht gleichzeitig bedeuten muss, soziale Ungleichheiten zwangsweise isoliert zu betrachten und auf den Finanzmarkt oder das ökonomische System zu beschränken, wurde jedoch bei den systemischen Krisenanalysen deutlich, in deren Kontext auch andere Krisen und Ungleichheitsverhältnisse Berücksichtigung fanden. Andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie deren Verschränkung blieben in vielen Debatten unsichtbar oder wurden als vom Kapitalwiderspruch monokausal determiniert begriffen. Infolge dieser inhaltlichen Privilegierung wurde ein diskursives Ungleichgewicht hergestellt, da der Diskursraum durch die Dominanz des Kapitalverhältnisses hinsichtlich anderer Macht- und Herrschaftsverhältnisse verengt wurde.

Geschlechtsspezifische Macht- und Herrschaftsverhältnisse wurden auf den einzelnen Veranstaltungen sehr unterschiedlich thematisiert und behandelt. Im Rahmen des Antikapitalistischen Ratschlags bspw. wurde laut

Veranstalter_innen bewusst versucht, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis der geladenen Podiumsgäste herzustellen. Wenn dies nicht gelang, wurde dies offen thematisiert. Bei anderen dokumentierten Veranstaltungen wurde z.T. eine gegenderte Schreib- und Redeweise verwendet, was auf einen geschlechtersensiblen Umgang mit Sprache und auf diese Weise (re)produzierte Machtverhältnisse verweist. Doch gerade bei den Großveranstaltungen, bei deinen primär ein system-konformeres Publikum und Organisationsteam vertreten waren, herrschte eine inhaltliche wie organisatorische Marginalisierung von geschlechtsspezifischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen vor. Infolgedessen setzte sich ein von Männern dominiertes Redeverhalten auf den Podien und im Publikum durch. Frauen übernahmen zumeist Organisationsaufgaben und waren in den Diskussionen deutlich unterrepräsentiert. Damit einher ging zum einen eine inhaltliche Beschränkung der Diskussionsthemen und Redebeiträge und zum anderen eine Behandlung von Geschlechterfragen als rein frauenspezifische Fragen. Diese haben infolgedessen in der allgemeinen Diskussion eine untergeordnete Rolle gespielt und fanden überwiegend nur in Workshops mit Gender-Schwerpunkt Berücksichtigung.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Bewusstsein für das eigene *Weißsein* und die daraus resultierende gesellschaftliche Position und Privilegierung. Informationsmaterial, Demonstrationsaufrufe, Programmhefte und Flugblätter waren fast ausschließlich in deutscher Sprache verfasst (und z.T. in Englisch), die Veranstaltungssprache war bei allen dokumentierten Veranstaltungen Deutsch; es waren nur vereinzelt Personen mit Migrationshintergrund auf den Podien vertreten. Eine der wenigen Ausnahmen stellte der bundesweite Aufruf zur Krisendemonstration 2010 dar, der auch auf Türkisch verfasst war. Infolgedessen waren Perspektiven, Forderungen und Sichtweisen von *Nicht-Weißen* nicht oder unterrepräsentiert, weil sie entweder nicht anwesend oder auf den Veranstaltungen marginalisiert waren. Gleichzeitig waren sie nicht anwesend oder repräsentiert, eben weil für sie relevante Themen und Positionen nicht behandelt wurden. Machtverhältnisse zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens wurden überwiegend in einzelnen Workshops thematisiert und weniger im Rahmen der großen Podiumsdiskussionen. Stellenweise wurde auf die Gefahr einer rassistischen, nationalistischen Bearbeitung der Krise hingewiesen. Allgemein blieb aber auch dieses Macht- und Herrschaftsverhältnis ein Nebenwiderspruch. Das fehlende Bewusstsein für andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse spiegelte sich u.a. in einer unreflektierten Verwendung von Begrifflichkeiten (»Entwicklungsländer«) oder Bezügen wider

(wie z.B. dem Heranziehen stereotyper Grafiken oder Bilder). Der Diskursraum wurde auf diese Weise hinsichtlich zentraler, die Gesellschaft strukturierender Machtverhältnisse eingeschränkt, eine umfassende Sicht auf verschiedene Formen gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsausübung wurde dadurch erschwert.

Diese Ambivalenz und Teilbewusstheit von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen spiegelte sich auch im Umgang mit daraus resultierenden *gesellschaftlichen Widersprüchen* und der eigenen subjektkonstituierenden Verstrickung in diese wider. Auch hier ließen sich sehr unterschiedliche Umgangsweisen feststellen. Zum Teil wurden die gesellschaftlichen Widersprüche und die draus resultierenden ambivalenten Handlungs- und Möglichkeitsräume offen thematisiert und reflektiert. Die unausweichliche Verstrickung linker Politik in herrschende Verhältnisse wurde sichtbar gemacht und vereinfachenden Analysen und Lösungsansätzen entgegengewirkt. Dies gelang jedoch nicht immer. Zum Teil wurden die Widersprüche, die das eigene Handeln und den eigenen Möglichkeitsraum durchziehen, nicht reflektiert und mit anderen, z.T. kontraproduktiv wirkenden und ausgrenzenden Mechanismen bearbeitet. Strukturelle Ambivalenzen, die einerseits aus der fundamentalen Fragmentierung des Subjekts und andererseits aus widersprüchlichen Anforderungen des neoliberalen Vergesellschaftungssystems resultieren, wurden marginalisiert oder externalisiert, anstatt diese sichtbar zu machen, anzuerkennen und einen produktiven Umgang damit zu finden. Daraus folgte die Tendenz zu einer Entweder/Oder-Logik. Es wurde zumeist nur aus einer Sprecher_innenposition heraus argumentiert – z.T. auch gegen die anderen. Ein Mechanismus war dementsprechend, die eigene Verstrickung ins herrschende System und daraus resultierende Ambivalenzen einer dichotomisierenden, hierarchisierenden Logik zu unterwerfen und sie auf diese Weise zu externalisieren. Die eigene, (z.T. mehrfach) privilegierte Position (als Mann, Deutscher, *Weißer* usw.) und die damit einhergehende machtvolle Sprecher_innenposition wurde im Raum des Unsichtbaren belassen. Gleichzeitig wurde die Position und das Handeln der anderen als rassistisch, sexistisch, kapitalistisch diffamiert, nicht aber die Verschränkung der eigenen Subjektposition in diese Machtverhältnisse gesehen. Auf diese Weise wurde die Verstrickung in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse nur bei anderen wahrgenommen und thematisiert. Wie das eigene, unbewusste Handeln diskriminierende gesellschaftliche Strukturen (unausweichlich) reproduziert, und dass die Aktivist_innen tagtäglich selbst mit ambivalenten Anforderungen umgehen müssen, blieb im Verborgenen.

Damit einher ging ein Denken in Gegner_innen mit entsprechenden Gut/Böse- und Wir/Sie-Zuschreibungen. Das politische Feld wurde in zwei sich gegenüberstehende Pole unterteilt, deren Positionen sich gegenseitig grundsätzlich ausschließen. Im Extremfall resultierte daraus eine Tendenz zu moralischer Selbsterhöhung und Absolutheitsansprüchen – auch gegenüber anderen linken Positionen und Gruppen. Gesellschaftliche Verhältnisse wurden in diesem Zusammenhang personalisiert. Kapitalistische Strukturen wurden bspw. auf Personen oder Personengruppen verkürzt (»gierige Banker«). Die Folge davon war eine Komplexitätsreduktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Ein weiterer Mechanismus, wie Aktivist_innen mit der Fragmentierung des Subjekts bei gleichzeitiger Verflochtenheit verschiedener Macht- und Herrschaftsverhältnisse umgegangen sind, war die Vereindeutigung von Identitäten bei gleichzeitiger Isolierung. Hier wurden verschiedene Subjektpositionen (Frau, Migrant_in, Arbeitnehmer_in, Umweltaktivist_in usw.) getrennt, in ihrem Wesen vereindeutigt sowie essenzialisiert und infolgedessen als miteinander unvereinbar betrachtet.

Diese Art der Umgangsweise mit gesellschaftlichen Widersprüchen war vor allem bei system-konformen Gruppen und Aktivist_innen erkennbar. Jedoch war auch bei der ersten, anti-systemischen Krisendemonstration 2009 das Denken in Gegner_innenschaften und hierarchisierenden Dichotomien ein zentraler Mechanismus der Selbstpositionierung der Aktivist_innen.

Dass widersprüchliche Systemanforderungen nicht zwangsweise in einem gegenseitigen Ausspielen von Positionen resultieren müssen, sondern dass und wie mit diesen produktiv umgegangen werden kann, zeigt das Konzept der klimapolitischen Gruppe Gegenstrom. Diese hat ein Konzept vorgestellt, wie dem klassischen Dualismus von Erhaltung der Arbeitsplätze der Automobilindustrie und Verfolgung von klimapolitischen Zielen bewusst entgangen werden kann, ohne dabei die aus diesem Verhältnis resultierenden Ambivalenzen zu ignorieren. Während insbesondere gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Redner_innen hinsichtlich dieser Frage eine dualistische Argumentation – entweder Erhaltung der Arbeitsplätze oder Förderung des Umweltschutzes – verfolgten, lösten sie diesen Widerspruch auf: Mittels verstärkter Investitionen in einen öffentlichen, kostenlosen Nahverkehr könnten zahlreiche Industriearbeitsplätze erhalten werden und trotzdem klimapolitische Ziele verfolgt werden. Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen könnten dennoch notwendige Entlassungen sozial abgefedert werden. Klimaschutz und Industrie müssen folglich keinen Widerspruch darstellen.

Hegemonieprojekte und Verbindung von Kämpfen

In der dichten Beschreibung der Krisenproteste wurde deutlich, dass auf allen Veranstaltungen eine optimistische Grundstimmung herrschte. Nach Einschätzung der Aktivist_innen hat sich infolge der Krise ein Handlungs- und Möglichkeitsraum für linke Interventionen geöffnet. Die Krise und die damit verbundene gesellschaftliche Verunsicherung wurden daher als Chance für linke, gesellschafts- und kapitalismuskritische Interventionen begriffen. Gleichzeitig zeigten sich viele Aktivist_innen frustriert darüber, dass die Linke die Krise für ihre Zwecke bisher nicht ausreichend nutzen konnte. Diese Frustration nahm über den Zeitverlauf bei den dokumentierten Veranstaltungen kontinuierlich zu und war möglicherweise ein Grund für die Ausschreitungen auf der Krisendemonstration 2010, auf der die Grundstimmung deutlich pessimistischer war.

Eine Erklärung für das Ausbleiben einer großflächigen gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung war die von vielen Redner_innen vertretene These, dass sich die Linke selbst in einer Perspektivkrise befinde. Diese implizierte zum einen die Beobachtung, dass die Linke keine eigenen, plausiblen Alternativen entwickelt habe, die sie attraktiv mache und weitere Menschen mobilisieren könne. Zum anderen wurde die Perspektivkrise damit begründet, dass bereits zahlreiche Alternativen entwickelt und z.T. realisiert wurden, die Linke aber bis dato nicht in der Lage gewesen sei, diese gesamtgesellschaftlich hegemonial zu machen. Die Diskussionen auf den Krisenveranstaltungen beschäftigten sich demnach mit der Frage, ob für eine erfolgreiche Mobilisierung nur noch die Handlungsmotivation (»motivational framing«) fehle und dementsprechend innerhalb der Linken die gleichen Lösungsvorschläge bereits geteilt werden (»prognostic framing«), oder ob diese ebenfalls erst noch erarbeitet werden müssen. Das »diagnostic framing«, bei dem dieselben Missstände und Verantwortlichen identifiziert werden, schien – zumindest bei grober Betrachtung – bereits gegeben zu sein. Der Finanzmarktkapitalismus diente als kleinster gemeinsamer Nenner und damit als vereinendes Element. Die grundlegende Frage, auf die diese Problematik verweist und auf die in diesem Abschnitt tiefer gehender eingegangen werden soll, ist die Frage nach der Ausgestaltung und der generellen Notwendigkeit eines gemeinsamen Projekts oder einer Verbindung der Kämpfe in Form eines leeren Signifikanten oder Master Frames.

Wie sich in der dichten Beschreibung der Krisenproteste in Kapitel 6 bereits zeigte, hat sich kein Projekt abgezeichnet, das die verschiedenen linken Kämpfe einen und eine Gegen-Hegemonie etablieren könnte. Es wurden zwar Einstiegs- oder Transformationsprojekte entwickelt, die eine weiter-

gehende Perspektive umfasst haben. Aber all diese Projekte wurden nur von *Teilen* der Linken getragen. Es hat sich kein Projekt herauskristallisiert, das von der *gesamten* Linken getragen wurde und den Handlungen ein gemeinsames Motiv und eine geteilte Zielrichtung gegeben hat. Einige Akteur_innen negierten aus verschiedenen Gründen generell die Notwendigkeit einer gemeinsamen Linie und bewerteten pluralistische Politik als die einzige Basis einer gemeinsamen Bewegung. Bei solch einer Diversität von Kämpfen, Subjekten und Angriffspunkten sei es weder notwendig noch sinnvoll, ein gemeinsames Projekt zu definieren. Darüber hinaus wurde argumentiert, dass es auch noch gar nicht möglich sei, bereits jetzt konkrete Aussagen über eine ideale, zukünftige Gesellschaftsordnung zu treffen. Die Krisenproteste waren dementsprechend einerseits von einer Suchbewegung nach einem gemeinsamen Projekt gekennzeichnet, andererseits aber auch von der grundlegenderen Frage, inwieweit überhaupt ein gemeinsames Projekt sinnvoll und notwendig ist, um eine Gegen-Hegemonie zu etablieren. Die Entwicklung eines gemeinsamen Projekts schien daher in ferner Zukunft.

Die Verbindung von verschiedenen Krisenprotesten und eine dementsprechende Bildung einer Äquivalenzkette um einen leeren Signifikanten oder Master Frame hat sich ebenfalls nicht vollzogen. Stattdessen gab es punktuelle und fragmentarische Verbindungen von einzelnen Forderungen. Eine Äquivalenzkette bildete z.B. die gemeinsame Artikulation der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, bedingungslosem Grundeinkommen und Mindestlohn. Ein diesbezüglicher leerer Signifikant oder Master Frame hat sich jedoch nicht herausgebildet. Ein leerer Signifikant, der im Kontext des Attac-Kongresses artikuliert wurde und der möglicherweise immer noch das Potenzial besitzt, heterogene Kämpfe zu verbinden, war »das gute Leben«.[54] Große Utopien, wie Kommunismus oder Sozialismus, die in der Vergangenheit verschiedene Kämpfe zu verbinden vermochten, haben diese Kraft im Kontext der Krisenproteste nicht gehabt. Bei einigen Veranstaltungen wurde Kommunismus oder Sozialismus als zentrales Gesellschaftsideal formuliert. Stellenweise wurde sich aber auch von diesen bewusst abgegrenzt. Bei einem überwiegenden Teil der Redebeiträge spielten sie jedoch überhaupt keine Rolle. Die von der Linkspartei angestoßene Kommu-

[54] Für eine Einführung in das Konzept und Analysen vgl. Fatheuer (2011) sowie Gudynas (2012).

nismus-Debatte Anfang 2011 spiegelt ebenfalls dieses Unbehagen gegenüber dem Kommunismus-Begriff wider.[55]

Darüber hinaus ließ sich eine Vervielfältigung der Gegner_innenschaften beobachten. Gegner_innen waren u.a. die deutsche Bundesregierung und deren Krisenbewältigungsstrategien, die Banken, die »gierigen Banker«, die internationalen Finanzinstitutionen oder der »Kasinokapitalismus«. Infolgedessen wurde die Etablierung *eines* Antagonisten erschwert. Antagonismen, die den Kämpfen zumindest temporär einen (negativen) Bezugspunkt gegeben haben, stellten die Begriffe Kapitalismus bzw. Finanzmarktkapitalismus und Krise dar. Diesbezüglich war bemerkenswert, dass der Bezug auf »die Krise« das eigentlich verbindende Element darstellte: Unter ihrem Dach konnten die unterschiedlichsten Forderungen, Analysen und Kapitalismusbegriffe vereint werden; ihr Auftreten hat die Proteste erst in dieser Weise intensiviert. In dieser Hinsicht erscheint die Krise als konstitutives Außen, das kontinuierlich nach Innen drängt, gleichzeitig die gemeinsame Identität aber erst ermöglicht. Die Etablierung eines leeren Signifikanten und einer konsistenten Verbindung hatte dies dennoch nicht zur Folge, und im eigentlichen Sinne des Begriffs bei Laclau und Mouffe lässt sich Krise nicht als Antagonismus verstehen, da diese nur Wirkung, aber nicht Ursache und damit auch nicht die zu bekämpfende Gegnerin ist.

Zusammenfassend ist es im Kontext der Krisenproteste – anstelle einer Vereinheitlichung – zu einer Vervielfachung der Kämpfe gekommen, die einen gemeinsamen positiven Bezugspunkt missen. Vor dem Hintergrund, dass die Aktivist_innen selbst die Notwendigkeit einer Verbindung der Kämpfe diskutiert und z.T. negiert haben, wirft dies die generelle Frage nach der Notwendigkeit und Art und Weise der Verbindung von politischen Kämpfen und infolgedessen der Herausbildung *einer* Gegen-Hegemonie auf.

---

[55] Die damalige Parteivorsitzende der Linkspartei Gesine Lötzsch hatte in einem von ihr verfassten Zeitungsartikel »Wege zum Kommunismus« dafür plädiert, dass die Wege zum Kommunismus nur durch Ausprobieren gefunden werden könnten. Die Linkspartei sollte sich daher »auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung« (Lötzsch 2011). Dies hatte eine kontroverse innerparteiliche und gesellschaftliche Debatte um den generellen Kommunismus-Bezug der Linkspartei ausgelöst.

7.2. Spannungsfelder

Im Rahmen der Analyse der Argumentationslinien sind immer wieder Konfliktlinien und Spannungsfelder deutlich geworden, an denen sich die Debatten entzündeten. Gleichzeitig sind mit den verhandelten Themen und Inhalten Diskursräume eröffnet oder verschlossen worden, die die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven fördern oder auch erschweren können, die den Aktivist_innen jedoch gar nicht bewusst waren und daher unangesprochen blieben. Ich möchte im Folgenden fünf Spannungsfelder vorstellen, die für die Krisenproteste charakteristisch waren, da sie sich wie ein roter Faden durch alle Veranstaltungen gezogen haben.

Die Konfliktlinien und Spannungsfelder resultieren implizit oder explizit aus den in diesem Kapitel erarbeiteten Argumentationslinien und eröffneten Diskursräumen: Im Rahmen der Krisenanalysen und Forderungen wurden die Spannungsfelder I und II (»Kapitalozentrismus« und »Divide et impera – Teile und herrsche!«) erarbeitet; anhand der entwickelten Handlungsstrategien das Spannungsfeld III (»Sphären gesellschaftlicher Veränderung und Politikverständnis«); aus dem Umgang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Widersprüchen das Spannungsfeld IV (»Hierarchisierende Dichotomisierung, Externalisierung und Vereindeutigung von Identitäten«) und die Diskussionen um die Entwicklung von Hegemonieprojekten führten zu dem Spannungsfeld V (»Heterogenität – Homogenität und die Frage nach dem Charakter der Verbindung der Kämpfe«). Drei der Spannungsfelder und die damit zusammenhängenden Problematiken sind dabei auch von den Aktivist_innen thematisiert worden (Spannungsfelder II, III und V), zwei sind primär erst durch die Analyse und kritische Betrachtung der Krisenproteste hervorgetreten (Spannungsfelder I und IV). Im folgenden Teil wird in die Spannungsfelder eingeführt; eine differenzierte theoretische Auseinandersetzung mit diesen und eine Entwicklung von Lösungsansätzen werden im darauffolgenden Kapitel vorgenommen.

Spannungsfeld I: »Kapitalozentrismus«

Im Rahmen der Krisenproteste wurde ein bestimmtes Feld abgesteckt, wie die Krise auf den globalen Finanzmärkten und die daraus resultierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu erklären und einzuordnen sind. Dieser Diskursraum wurde vor allem bei Betrachtung der angestellten Krisenanalysen und der damit verbundenen Forderungen seitens der Aktivist_innen sichtbar. Wie im Folgenden deutlich werden wird, waren

die Krisenanalysen tendenziell durch eine Fokussierung auf das Kapitalverhältnis und ein bestimmtes, verengtes und totalisierendes Verständnis von Kapitalismus und seiner Wirkungsweise gekennzeichnet. Insbesondere im Rahmen der finanzmarktzentrierten Krisenanalysen erschien Kapitalismus als einseitiges, trotz Krisenanfälligkeit letztendlich doch krisenresistentes Kontinuum, das alle gesellschaftlichen Verhältnisse in monokausaler Art und Weise determiniert. Ein Ausweg aus dem kapitalistischen System erschien hier kaum denkbar und möglich – höchstens als einem anscheinend aus dem Ruder gelaufenen Finanzmarktkapitalismus. Diesem System entgegenlaufende Entwicklungen und Praxen – seien es intendierte, widerständige Praxen oder Prozesse, die sich schwerlich dem kapitalistischen System fügen – wurden infolgedessen marginalisiert.

Auch im Rahmen der systemischen Krisenanalysen wurde Gesellschaft und gesellschaftliche Entwicklung als maßgeblich vom kapitalistischen Herrschaftsverhältnis determiniert verstanden – selbst wenn anderen gesellschaftlichen Bereichen eine Eigenlogik zugestanden wurde und diese mit in die Analyse einbezogen wurden. Der Fokus der Krisendiskurse lag auf der kapitalistischen Logik, die alle gesellschaftlichen Praxen zu vereinnahmen und dementsprechend gegen-hegemonialen Praxen kaum Raum zu geben schien. So war bereits das Sprechen über die Krise von einer Fokussierung auf Analysen der kapitalistischen Funktionsweise bestimmt – und nicht von der Entwicklung und Analyse von aus diesem System herausführenden alternativen Handlungsräumen. Die detaillierten, zum Teil auf statistischen Auswertungen basierenden, sich oft nur graduell unterscheidenden Analysen der wirtschaftlichen und wirtschaftlich-politischen Prozesse haben dazu geführt, dass wenig Raum für eine gesamtgesellschaftliche kritische Analyse und die Entwicklung und Verwirklichung von eigenen Ideen und Visionen blieb. Politische Strategiedebatten tendierten dazu, durch die Verhandlung von Sachzwanglogiken dominiert zu werden – anstatt sie selbst als Produkt einer hegemonialen diskursiven Produktion zu dekonstruieren.

Ein zentrales Merkmal der finanzmarktzentrierten, aber auch der systemischen Krisenanalysen war dementsprechend eine Fokussierung auf das kapitalistische Herrschaftsverhältnis. Das Kapitalverhältnis erschien als *das* strukturgebende Moment in der Gesellschaft, um das sich alle anderen gesellschaftlichen Bereiche organisieren und von dem diese bestimmt werden. Andere gesellschaftliche Widersprüche ebenso wie der Einfluss anderer gesellschaftlicher Bereiche *auf* den Kapitalismus blieben z.T. stark unterbelichtet. Der finale *Auslöser* der Krise lässt sich zwar primär in dem finanzdominierten Akkumulationsregimes verorten (vgl. z.B. Demirović/

Sablowski 2012: 78ff.). Daraus folgt jedoch nicht notwendigerweise, dass die Krise auch auf rein ökonomischem Terrain verhandelt werden muss – sie ist genauso eine Frage der allgemeinen Organisation von Gesellschaft – und demnach ebenfalls eine politische und soziale Frage. Dass solch eine Perspektive denk- und lebbar ist, wurde u.a. in der Analyse der Macht- und Herrschaftsverhältnisse deutlich. Kapitalismus *erschien* infolgedessen als Goliath; Kapitalismuskritik wurde zum Kampf gegen Windmühlen. Die diagnostizierten Krisen und gesellschaftlichen Verhältnisse wurden folglich primär aus einer Richtung in den Blick genommen: dem determinierenden Faktor Kapitalismus. In diesem Sinne war es auch relativ unerheblich, ob es sich um einen reinen Finanzmarktkapitalismus oder um den als Vergesellschaftungssystem begriffenen Kapitalismus handelte. (Finanzmarkt-)Kapitalismus wurde bei beiden Typen von Krisenanalysen als Hauptverursacher der Krise und allgemein als Ursache für die meisten anderen thematisierten gesellschaftlichen Missstände identifiziert. Kapitalismus erschien hier als die gesellschaftliche Konstante. Folglich waren viele der *Gesellschafts*analysen der Aktivist_innen vor allem *Kapitalismus*analysen.

Infolge dieser verengten Perspektive hat sich tendenziell eine Verschiebung des Diskurses von der politischen Ebene, in der eigentlich Fragen des Zusammenlebens verhandelt werden, auf die wirtschaftliche Ebene vollzogen. Fragen des Zusammenlebens wurden auf ökonomische Fragen verkürzt. Eine ähnliche Kritik äußerte bereits 1996 der Soziologe Oskar Negt, der eine Verkürzung von *volks*wirtschaftlichen auf *betriebs*wirtschaftliche Fragen und Verfahren bemängelt:

> »In einer bisher kaum denkbaren Dimension hat heute betriebswirtschaftliche Rationalität alles aufgezehrt, was einst unter Volkswohlstand, unter Volkswirtschaft verstanden wurde, gleichsam die ›Ökonomie des Ganzen Hauses‹. Was bestimmte Rationalisierungsentscheidungen an Kosten verursachen für die Gesamtgesellschaft, ist völlig reduziert auf den Ehrenpunkt des Stolzes schlanker Produktion im Einzelbetrieb (oder auf Regierungsseite im einzelnen Ressort). Sie können das in der Universität nehmen, Sie können das im einzelnen Dienstleistungs- oder Industriebetrieb nehmen oder in der Schule. Keine dieser System-Monaden macht sich Gedanken darüber, kulturelle, ethische, religiöse oder einfach humanitäre, wo und von wem die eingesparten Kosten gedeckt werden, wer am Ende die summierte Einsparungszeche bezahlt.
>
> Das lässt sich auch anders ausdrücken: In dem Maße, wie Betriebswirtschaft die bilanzierende Gesamtrechnung der ganzen Gesellschaft aufzehrt, werden immer mehr Bereiche unter die Ideologie gestellt, als

ob die Gesellschaft sich aus einzelnen Betrieben zusammensetzt, ja aus der Summe einzelner Individuen besteht, und diese Ideologie führt dazu, dass das, was mit Kultur bei Schiller und in der Tradition der dialektischen Kulturkritik verknüpft ist – nämlich die Sorge um das Wohl und Wehe des Gemeinwesens – völlig ausgegliedert ist.« (Negt 1996)

Diese Kritik an dem aufzehrenden Charakter der betriebswirtschaftlichen Rationalität lässt sich jedoch noch weiterführen auf eine generelle Ausweitung der *kapitalistischen Ökonomie* auf alle anderen möglichen Formen der Ökonomie. Bei den dokumentierten Veranstaltungen wurde zwar punktuell darauf hingewiesen, dass ökonomische Prozesse und Logiken nicht zwangsläufig kapitalistisch organisiert sein müssen, Krisen auch immer die Möglichkeit einer Veränderung von Gesellschaft beinhalten und die Unterteilung in Hauptwiderspruch (Kapitalismus) und Nebenwidersprüche (Geschlecht, Ethnizität) abgelehnt wird. Die konkreten Krisenanalysen, Forderungen und Projekte beinhalteten jedoch genau diesen Determinismus und die Privilegierung des Kapitalverhältnisses, sodass kaum Raum für die Etablierung von Alternativen und anderen Sichtweisen blieb. Kapitalismus erschien als holistische, totale, sich selbst immer wieder regenerierende, fast naturgegebene Konstante, die kaum Platz für Alternativen lässt.

Diese deterministische Sichtweise von Kapitalismus haben bereits Laclau und Mouffe theoretisiert und kritisiert (Laclau/Mouffe 2006). Das Autor_innenkollektiv J.K. Gibson-Graham greift deren Dekonstruktion des marxistischen Determinismus auf und dekonstruiert darüber hinaus den kapitalistischen Determinismus in marxistischen Debatten. Dieser besteht ihrer Ansicht nach auch bei Laclau und Mouffe weiter fort, denn Kapitalismus nehme bei ihnen immer noch einen prädestinierten, zentralen Ort in der Gesellschaft ein (Gibson-Graham 2006a: 258f.). Sie nennen diese Engführung und Zentralisierung von Kapitalismus – in Anlehnung an das Konzept des Phallogozentrismus – *Kapitalozentrismus* (Gibson-Graham 2006a: 6). Das Grundmerkmal dieses Kapitalozentrismus ist es, dass Kapitalismus als holistisches, singuläres, totales und einheitliches Wesen verstanden wird, das alle Lebensbereiche durchdringt und maßgeblich bestimmt. In kritisch-solidarischer Auseinandersetzung mit marxistischer Theorie beschreiben sie die Problematik folgendermaßen: »(…) it is the way capitalism has been ›thought‹ that has made it so difficult for people to imagine its supersession« (Gibson-Graham 2006a: 4). Das bedeutet, dass, wenn die Art und Weise, wie in linken Analysen Kapitalismus analysiert und theoretisiert wird, wirklich ernst genommen wird, seine Überwindung fast unmöglich erscheint, da er so total wirkt, dass kaum Raum für Alternativen

bleibt.[56] Sie schlussfolgern daher, dass die Versuche der Linken, Kapitalismus zu verstehen und die kapitalistische Logik im Rahmen kontinuierlich differenzierter werdenden Analysen zu erfassen, dieses »Biest« in seiner spezifischen Form erst hervorgebracht hat:

> »In a sense, Marxism has contributed to the socialist absence through the very way in which it has theorized the capitalist presence.« (Gibson-Graham 2006a: 252)

Durch die Fokussierung auf das Herrschaftsverhältnis Kapitalismus und dessen Analyse ist die Analyse und Weiterentwicklung von gegen-hegemonialen Praxen ins Abseits geraten. Die zentralen Fragen, um die sich die Krisenproteste gedreht haben, spiegeln diese Schwerpunktsetzung wider. So fragten die Aktivist_innen: Wie ist es zu dieser Krise gekommen und was sind diesbezügliche Funktionsweisen? Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat die Krise? Auf welche Art und Weise beeinflusst der (Finanzmarkt-)Kapitalismus die Gesellschaft und die gesellschaftlichen Entwicklungen? Was sind die zentralen Merkmale der kapitalistischen Logik? Als Folge rückten die Frage und die Analyse der Leerstellen, Paradoxien und bereits gelebten Alternativen in den Hintergrund: Was und wo ist Kapitalismus *nicht*? Wo lassen sich Widersprüche und Ambivalenzen von Kapitalismus erkennen? Welche konkreten Auswirkungen haben die Entwicklungen auf unsere konkreten Lebensverhältnisse? Wo existieren bereits gegen-hegemoniale Praxen, und auf welche Weise lässt sich an diese anknüpfen? (Das Reden über den) Kapitalismus nahm infolgedessen fast allen verfügbaren *diskursiven* Raum der Krisenproteste ein.

Diese diskursive Engführung hatte zahlreiche Folgen für die gesellschaftspolitischen Perspektiven der Proteste. Aufgrund der Dominanz des Kapitalismusdiskurses wurden die Widersprüche, die das kapitalistische System kontinuierlich produziert und die zahlreiche Interventionsmöglichkeiten darstellen, ebenso wie die Vielzahl bereits gelebter Alternativen diskursiv verdrängt.

Infolgedessen *erschien* Kapitalismus als der zentrale Hauptwiderspruch, an dem entlang gesellschaftliche Verhältnisse organisiert sind und andere gesellschaftliche Widersprüche *erschienen* als Nebenwidersprüche – auch wenn dies von den Aktivist_innen möglicherweise gar nicht intendiert war. Aufgrund der Dominanz des Kapitalismusdiskurses blieb ganz real wenig Raum und Zeit für deren Berücksichtigung. Darüber hinaus wurden andere Ursachen für gesellschaftliche Missstände und generell andere Macht- und

[56] Für diese Lesart bedanke ich mich bei Madeleine Sauer.

Herrschaftsverhältnisse, wie z.B die Diskriminierung aufgrund des zugeschriebenen Geschlechts oder der zugeschriebenen Herkunft, z.T. monokausal auf den Kapitalismus zurückgeführt. Der Einfluss von anderen gesellschaftlichen Sphären und Praxen *auf* den Kapitalismus, systemimmanente Widersprüchlichkeiten, die kontinuierlich erzeugt werden sowie bereits existierende gegen-hegemoniale Praxen erschienen infolgedessen als Residuum, als kleiner Rest im vollständig vom Kapitalismus determinierten Raum. Ein Diskurs darüber, wie Menschen zusammenleben wollen und wie sie ihre Visionen bereits im Hier und Jetzt realisieren, rückte in den Hintergrund. Stattdessen wurde die Realisierung einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft in eine entfernte Zukunft verschoben. Die Protagonist_innen der Krisenproteste sahen sich infolgedessen mit der kaum zu bewältigenden Aufgabe konfrontiert, für die Etablierung von Alternativen das gesamte gesellschaftliche System umzuwälzen:

> »This means that the left is not only presented with the revolutionary task of transforming the whole economy, it must replace the entire society as well.« (Gibson-Graham 2006a: 259)

Durch die daraus folgende Perspektivlosigkeit lässt sich auch der Mangel an konkreten Strategien und Projekten erklären, die über ökonomische Forderungen hinausgehen und die die eigene Handlungsfähigkeit erweitern. Die Strategien beschränkten sich überwiegend auf eine Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Aufgrund dieser analytischen Engführung wurde der Handlungsspielraum enorm eingeschränkt – da die Existenz einer anderen Gesellschaft weit entfernt erschien, wurde das Nachdenken darüber fast unmöglich und zur reinen Utopie. Dies hatte zur Folge, dass gesellschaftliche Veränderung nur als ein die gesamte Gesellschaft umwälzender Akt verstanden werden konnte – Kapitalismus kann in solch einem Verständnis nicht nur halb abgeschafft werden. Da sich für viele Aktivist_innen diese totale Gesellschaftstransformation trotz der Krise nicht als wirklich realistische Perspektive darstellte, erschienen die eigenen Praxen zunehmend wirkungs- und machtloser. Die sich fortwährend verstärkende Resignation und Frustration bezüglich der eigenen Handlungsmacht war sicherlich auch ein Grund für die sich auf der Krisendemonstration 2010 impulsiv entladende Aggression. Kapitalismus erschien einfach als zu übermächtig, als dass er abgeschafft werden könnte.

Spannungsfeld II: Divide et impera – Teile und herrsche!

Das zweite Spannungsfeld, das mit den Krisenanalysen und Forderungen einherging, ist das Denken in Trennungen. Dieses war vor allem bei den finanzmarktzentrierten Krisenanalysen und Forderungen vorherrschend und wurde von Aktivist_innen des zweiten, systemischen Typus im Rahmen der Krisenveranstaltungen kritisiert. Insbesondere die finanzmarktzentrierten Krisenanalysen und Forderungen basierten auf einer Trennung von gesellschaftlichen Bereichen, die mit einer klaren Hierarchisierung des ökonomischen Bereiches über andere gesellschaftliche Bereiche einherging. Darüber hinaus ließ sich im Kontext der Krisenproteste eine generelle Tendenz zum Denken in Trennungen feststellen. Diese spiegelte sich u.a. darin wider, dass gesellschaftliche Krisen vor allem bei dem finanzmarktzentrierten Typus getrennt voneinander betrachtet wurden oder dass generell nur eine Krise – nämlich die Krise auf den Finanzmärkten – wahrgenommen wurde. Gesellschaftliche Sphären wurden hier überwiegend getrennt voneinander betrachtet. Es herrschte ein Gesellschaftsverständnis vor, bei dem Gesellschaft als in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche untergliederte Entitäten verstanden wurde. Strategien, Praxen und Handlungsfelder wurden dementsprechend danach ausgerichtet und voneinander isoliert. Ebenso erschienen damit zusammenhängende Macht- und Herrschaftsverhältnisse als voneinander getrennt. Gesellschaft stellte sich als eine Black-Box dar, die keinerlei Systematik zu folgen scheint. Aus solch einem Gesellschaftsverständnis resultierte eine Verkürzung oder Engführung der Reichweite der Kritik und Analyse und infolgedessen des Handlungsspielraums der Aktivist_innen. Politische Praxis zielte dementsprechend nur auf die Veränderung *eines* gesellschaftlichen Bereichs ab und wurde auch nur dort praktiziert.

Es existierten jedoch auch Diskussionslinien, in deren Rahmen bewusst diese Trennung vermieden wurde. Dies trifft vor allem bei dem zweiten Interpretationsstrang – den systemischen Krisenanalysen – zu. So lag der Fokus des Antikapitalistischen Ratschlags der IL auf der Verbindung von verschiedenen Krisen und sozialen Kämpfen. Auch auf dem Attac-Kongress wurde in verschiedenen Diskussionsinputs und bestimmten Veranstaltungen genau diese Thematik in den Vordergrund gestellt.

Diese Trennung gesellschaftlicher Zusammenhänge lässt sich als *Herrschaft durch Teilung* beschreiben. Gesellschaftliche Ebenen und Subjektstandpunkte werden nicht als miteinander fundamental verwoben betrachtet, sondern als voneinander getrennt, und z.T. sogar als gegensätzlich und sich widersprechend wahrgenommen. Infolgedessen können sie ge-

geneinander ausgespielt werden. Auf diese Weise werden gegen-hegemoniale soziale Kämpfe, Forderungen, Identitäten und Perspektiven voneinander isoliert.[57] Bei den hier dokumentierten Krisenprotesten ist vor allem die Trennung von gesellschaftlichen Krisen als Herrschaftsmechanismus hervorgetreten. Damit einher ging jedoch auch die Reproduktion der Teilung des Inneren des Subjekts: Forderungen wurden zumeist nur für einzelne Identitäten (zumeist die Arbeiter_innenidentität) aufgestellt und vertreten. Andere, das Subjekt konstituierende Identitäten und deren Verschränkung, blieben unberücksichtigt. Die Reichweite der Forderungen und Praxen der Aktivist_innen stellte sich infolgedessen als eingeschränkt dar.

Spannungsfeld III: Sphären gesellschaftlicher Veränderung und Politikverständnis

Die Diskussionen auf den dokumentierten Veranstaltungen kreisten immer wieder um die Fragen: Welche Handlungsstrategien sind am sinnvollsten und wie lassen sich diese konkret umsetzen? Wo fängt soziale Veränderung überhaupt an? In welchen Bereichen haben meine Handlungen die größten Auswirkungen auf die gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnisse? Welche Organisationsform ist am wirkungsvollsten? Wie sollen sich soziale Bewegungen und politische Gruppen gegenüber institutionalisierten Formen der Politik (in Form von Parlament, Parteien, Gewerkschaften, großen Organisationen und Verbänden) verhalten?

Diese Fragen, die vor allem im Rahmen der Handlungsstrategien verhandelt wurden, lassen sich *analytisch* auf die folgenden zwei Aspekte verdichten. Zum einen stand die konkrete politische Praxis in Form der Frage nach der Art der Organisierung im Mittelpunkt der Diskussionen. Zum anderen war das Wesen des Politischen, also was überhaupt als politisch verstanden und dementsprechend als politische Handlungssphäre konzeptionalisiert wurde, explizit oder implizit Gegenstand der Krisenproteste.

[57] Daraus muss jedoch nicht folgen, dass es nicht sinnvoll sein kann, sie zunächst und analytisch zu trennen. So trennt auch Gramsci analytisch zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Er weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass diese Trennung methodischer und nicht organischer Natur ist (vgl. Kapitel 4).

Wie Politik machen? Zum Verhältnis von institutionalisierten Formen der Politik und sozialen Bewegungen

Die Frage nach der Wahl der konkreten Handlungsstrategie war bei den Krisenprotesten unausweichlich mit der Frage nach der Organisationsform und der eigenen Positionierung gegenüber dem herrschenden System verknüpft. Das Engagement in und die Zusammenarbeit mit (staatlichen) Institutionen, Parteien, Verbänden und großen Organisationen wurde vor allem von den Aktivist_innen des zweiten identifizierten Strategietypus als problematisch bewertet. Kollektive Selbstermächtigung und Wiederaneignung von Handlungsraum läuft ihrer Ansicht nach den meisten Formen institutionalisierter Politik entgegen, da bei diesen infolge der Stellvertreter_innenpolitik Handlungsmacht abgegeben werde. Infolgedessen wurden Koalitionen mit und die Partizipation in Gewerkschaften, der Linkspartei sowie anderen institutionalisierten Akteur_innen – wie z.B. Attac – als problematisch bewertet.

Gleichzeitig waren jedoch auf allen Veranstaltungen institutionalisierte Akteur_innen vertreten, wie Gewerkschaften, Attac oder die Linkspartei. Diese waren an der Organisation sowie Durchführung der Veranstaltungen maßgeblich beteiligt und stellten einen Großteil der (finanziellen und z.T. personellen) Ressourcen. Ein Teil der Forderungen zeichnete sich darüber hinaus durch eine starke Staats-, Parlaments- und Regierungsfixierung aus. Diese war vor allem – aber nicht nur – bei Aktivist_innen des ersten Strategietypus zu beobachten und spiegelte sich in den Adressat_innen der Forderungen und in der Handlungssphäre wider, in der gesellschaftliche Veränderung primär umgesetzt werden sollte. Zwar waren Forderungen, wie z.B. die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, einer Finanztransaktionssteuer und die Regulierung des Finanzmarktes, zu einem großen Teil auf die ökonomische Sphäre gerichtet; die »Schalthebel« für diese Veränderungen wurden aber in der parlamentarischen Politik verortet.

Es lässt sich daher zusammenfassen, dass die Krisenproteste sich durch ein ambivalentes und gespaltenes Verhältnis gegenüber der Form der Organisierung und der Teilhabe an institutionalisierten Formen der Politik auszeichneten. Die Zusammenarbeit mit institutionalisierten Akteur_innen und das Engagement in repräsentativen Organen wurden von Teilen der Krisenproteste abgelehnt, andererseits waren diese Aktivist_innen gerade von diesen Ressourcen abhängig. Insbesondere system-konformere Aktivist_innen bewerteten im Gegensatz dazu die Arena der institutionalisierten Politik als zentralen Handlungsraum politischer Veränderung, in dem politische Machtverhältnisse verschoben werden können. Bourdieu

beschreibt diese Ambivalenz und die daraus resultierende Gratwanderung folgendermaßen:

> »Natürlich braucht jede Bewegung Repräsentanz und Institutionalisierung. Die Veränderung von Machtbeziehung ist immer auch die Veränderung von Institutionen, und nicht nur von z.B. Alltagsbewusstsein. Doch die zentrale Ambivalenz ist, dass man mit einem gewissen Typ von Kritik und Bewegung Gefahr läuft, die dominierende Form von Politik zu reproduzieren, und das heißt, staatliche Politik zu privilegieren. (…) Wie kann diese neue Form [der parteienkritischen Politik in Argentinien] soziale Machtverhältnisse und ihre ›Kondensierung im Staat‹, wie Poulantzas sagt, verändern, ganz ohne das vermeintlich höchste Ziel, selbst im System repräsentiert zu sein?« (Interview Brand/Bensaid 2004: 64)

Diese unterschiedlichen, z.T. extrem gegensätzlichen Positionierungen fächern ein zentrales Spannungsfeld innerhalb der Linken auf, das über eine jahrzehntelange Vorgeschichte verfügt und auch im Rahmen der Krisenproteste nicht für die Aktivist_innen zufriedenstellend bearbeitet werden konnte.

Was ist politisch? Politikverständnis

Die im vorangegangenen Unterkapitel diskutierte Frage nach dem Verhältnis von institutionalisierter Politik und sozialen Bewegungen war primär auf der Organisations- und Strategieebene angesiedelt. In diesem Abschnitt steht hingegen das generelle Politikverständnis – also die gesellschaftlichen Sphären und Handlungsräume, die von den Aktivist_innen als politisch verstanden wurden – im Zentrum der Analyse. Auch hier ließ sich eine Zweiteilung erkennen, die insbesondere mit den beiden Typen von Strategien und Forderungen korrelierte.

Wie wir bereits gesehen haben, waren die Adressat_innen der Forderungen des ersten Strategietypus vor allem das Parlament, die Regierung und der Staat. Die vorgeschlagenen Handlungsstrategien und Forderungen waren infolgedessen auf die Ebene der »großen Politik« gerichtet. Vor allem die finanzmarktzentrierten Aktivist_innen sahen ihre Aufgabe darin, bestimmte Missstände über die Organisierung von Aktivist_innen und Kampagnenarbeit in der Öffentlichkeit zu thematisieren, zu kritisieren und auf diese Weise Druck auf die Gesetzgebenden auszuüben. Politische Handlungs- und Entscheidungsmacht wurde dementsprechend in der politischen Gesellschaft angesiedelt. Soziale Bewegungen und politischer Protest als Teil der Zivilgesellschaft wurden als diesen Prozessen vorgelagert verstanden, nicht aber als die eigentliche Entscheidungs- und Handlungssphäre. In dieser

Hinsicht weist das Politikverständnis der Aktivist_innen Überschneidungen mit dem Konzept der deliberativen Demokratie auf, wie es Habermas (1996) konzipiert hat: Im Prozess der Deliberation werden öffentlichkeitsrelevante Fragen vorgebracht, beraten und auf diese Weise Öffentlichkeit hergestellt. »Zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit« wird demnach auch hier als

> »(...) das Substrat jenes allgemeinen, aus der Privatsphäre gleichsam hervortretenden Publikums von Bürgern, die für ihre gesellschaftlichen Interessen und Erfahrungen öffentliche Interpretationen suchen und auf die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung Einfluß nehmen« (Habermas 1992: 444)

verstanden. Politische Praxis wird dementsprechend als Ereignis konzipiert: Privatpersonen treten aus ihrem Alltagsleben heraus, bringen bestimmte Themen auf die politische Agenda, werden auf diese Weise zu Bürger_innen und lassen ihre Privatidentitäten im wahrsten Sinne des Wortes »zuhause«. Politik wird als von der konkreten Alltagspraxis losgelöste Handlungssphäre verstanden und stellt demzufolge *eine* gesellschaftliche Sphäre neben anderen dar, in der die Aktivist_innen *neben* ihren wirtschaftlichen und Alltagsaktivitäten aktiv sind. Das politische Engagement ist folglich eine zusätzliche, neben dem Alltagsleben stattfindende und dementsprechend davon losgelöste Praxis.

Die Frage, wie jede_r einzelne mit dem Alltagshandeln zur (Re-)Produktion hegemonialer Verhältnisse oder zu deren Destabilisierung beiträgt und vor allem bewusst und intendiert dazu beitragen kann, bleibt hier unbeachtet. Stattdessen werden die Alltagspraxen von den als genuin politisch verstandenen Praxen getrennt und in den Strategien und als Handlungsfelder nicht berücksichtigt. Dies führt dazu, dass das konkrete Alltagsleben von den Protestaktivitäten zumeist unberührt bleibt und die darin liegenden potenziellen Ansatzpunkte für gesellschaftspolitische Interventionen marginalisiert werden. Durch diesen, auf große Kampagnen und einen hohen Organisierungsgrad ausgerichteten Strategietypus werden infolgedessen Handlungsmöglichkeiten und -räume begrenzt. Infolge der Abspaltung des politischen Handeln vom Alltagshandeln besteht die Gefahr, dass zwar im politischen Handeln ein kritisch-reflektiertes Bewusstsein existiert, im Alltagshandeln jedoch hegemoniale Praxen unbewusst reproduziert werden (vgl. Vey 2011: 471). Denn wenn das politische Bewusstsein nicht auf andere Praxen und gesellschaftliche Handlungssphären übertragen wird, bleiben hegemoniale Denk- und Handlungsmuster tendenziell bestehen. Die politische Praxis bleibt nur auf die von anderen gesellschaftlichen Bereichen isolierte Sphäre der Politik beschränkt – und ebenso die gesell-

schaftliche Veränderung. Die Identität als politische Aktivist_in wird infolgedessen von anderen Identitäten abgespalten. Daraus kann ebenfalls folgen, dass die Aktivist_innen zumeist in alte Handlungsmuster zurückfallen, wenn die Bewegung nicht mehr existiert, weil der zugrunde liegende Alltag nicht mit verändert wurde (vgl. Habermann 2006a: 274). Das gesellschaftskritische Potenzial einer Bewegung »verpufft« sozusagen, die politische Identität fällt weg oder bleibt unaktiviert.

Eine weitere Problematik dieses Strategietypus, die von Redner_innen auf dem Antikapitalistischen Ratschlag thematisiert wurde, liegt in der potenziellen Objektivierung und Passivierung der Massen. Da diese Politikform weniger darauf ausgelegt ist, die Subjekte selbst zu ermächtigen, sondern sie für gegebene Ziele zu mobilisieren, werden sie tendenziell zu Objekten.

Im Rahmen der Analyse der Krisenproteste wurden jedoch auch Ansätze sichtbar, bei denen bewusst dieser Engführung entgangen und der Fokus weg von einem ereignishaften Politikverständnis hin zu den konkreten Alltagsverhältnissen verschoben wurde. Bei dem zweiten Strategietypus, bei dem (kollektive) Selbstermächtigung im Zentrum stand, wurde die Handlungssphäre der Alltagspraxen und konkreten Lebensverhältnisse in die politische Praxis miteinbezogen bzw. stellte den primären Betätigungsraum dar. Selbstermächtigung und Selbstorganisierung auf lokaler Ebene, Politik von unten, Kollektivierung von durch die kapitalistische Logik individualisierten Praxen und die Wiederaneignung von Handlungsraum sowie partizipative Formen von Demokratie – all das waren Konzepte, die bei den Veranstaltungen diskutiert wurden, um politische Entscheidungen und Handlungsmacht in die Sphäre der Nahverhältnisse zurückzuholen. Politik umfasst dabei *potenziell* alle gesellschaftliche Sphären und Handlungen. Dieses Politikverständnis weist zahlreiche Analogien zu dem von Gramsci entwickelten Konzept von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft auf, da Zivilgesellschaft als von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchdrungene Sphäre begriffen wird, in der es primär darum geht, kulturelle Hegemonie zu erringen. Als Konsequenz wurde die Beteiligung an diesem Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Fraktionen kritisch bewertet oder abgelehnt. Dieses Politikverständnis wurde vor allem auf dem Antikapitalistischen Ratschlag vertreten. Darüber hinaus gab es auf den anderen Veranstaltungen ebenfalls punktuell Ansätze, bei denen die Spaltung von politischer Identität und anderen Identitäten kritisiert und aufzuheben versucht wurde.

Wie wir jedoch im vorhergehenden Abschnitt gesehen haben, sind die Aktivist_innen immer auf die Ressourcen und gesellschaftlich als legitim

erachtete Räume angewiesen, durch die diese Praxen ermöglicht werden. Es existieren daher nicht nur zwischen den verschiedenen Strategietypen Spannungsfelder, sondern ebenfalls innerhalb dieser.

Spannungsfeld IV: Hierarchisierende Dichotomisierung, Externalisierung und Vereindeutigung von Identitäten

Bei der Analyse des Umgangs der Aktivist_innen mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und den daraus resultierenden Widersprüchen wurden unterschiedliche Verhaltensweisen deutlich. Ein Teil der Aktivist_innen verfügte über eine ausgeprägte Sensibilität hinsichtlich dieser Widersprüche und versuchte, diesen bewusst und produktiv zu begegnen. Zum Teil wurde jedoch auch versucht, die widersprüchlichen gesellschaftlichen Anrufungen durch hierarchisierende Dichotomisierung, Externalisierung und Vereindeutigung von Identitäten zu sublimieren. Dies führte tendenziell zu einer Verengung des Raums des Möglichen. Denn die Folge der Dichotomisierungen und der identitären Vereindeutigung war, dass die konkreten Gesellschaftsanalysen und Lösungsansätze der Aktivist_innen nicht über diese binäre, identitäre, hierarchisierende Logik hinausgingen. Es bestand keine Offenheit für Lösungen außerhalb dieser dualistischen Denkweise. Gesellschaftliche Veränderung konnte infolgedessen nur in einer Entweder-Oder-Logik gedacht werden. So fiel es entsprechenden Aktivist_innen schwer, Möglichkeiten auszuloten, die *dazwischen* oder *quer* zu dieser Logik liegen. Wie wir gesehen haben, wurde bspw. entweder für die Verfolgung von Klimaschutzzielen *oder* die Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie plädiert. Lösungen dazwischen schienen bei diesem Typus undenkbar. Die Verbindung von Identitäten, Forderungen und Kämpfen wurde auf diese Weise erschwert; linke Projekte wurden mitunter sogar gegeneinander ausgespielt im Ringen um die »richtige« linke Politik.

Damit zusammenhängend basierten Teile der Argumentationen auf dem Denken in Gegner_innenschaften. Dieses Ziehen von scharfen Trennlinien und die Externalisierung von Negativem vollzogen sich nicht nur zwischen linken und hegemonialen Diskursen, sondern auch innerhalb der Linken. Dieser Mechanismus hatte eine Überhöhung des eigenen Standpunkts zur Folge, bei dem die eigenen Handlungen als grundsätzlich richtig, die der anderen oder der Gegner_innen als grundsätzlich falsch betrachtet wurden, sowie eine grundsätzliche Trennung von Positionen und deren Entgegensetzung. In diesem Kontext wurden gesellschaftliche Verhältnisse vereinfacht und personalisiert. Mouffe macht zwar deutlich, dass dieser Mechanismus zur Konstruktion einer gemeinsamen Identität notwendig sein kann

(u.a. Mouffe 2007). Gleichzeitig geht damit aber eine Externalisierung und Unsichtbarmachung von Widersprüchen und alternativen Positionen einher. Diese Widersprüche durchziehen jedoch die eigene Identität und sind fundamentaler Bestandteil dieser. Die eigene, unausweichliche Verstrickung in gesellschaftliche Widersprüche und Macht- und Herrschaftsverhältnisse wird dabei negiert und verschleiert – anstatt sie sichtbar zu machen und produktiv zu bearbeiten. Infolge der damit einhergehenden Personalisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen wird ausgeblendet, dass bspw. die viel beschworene »Gier der Banker« zwar auf individuellen Entscheidungen und Merkmalen beruht, aber auch systemische Ursachen hat.

Diese Umgangsweisen können als Herrschaftsinstrument wirken: Das Denken in Dichotomien und die daraus folgenden Externalisierungen und Vereindeutigungen implizieren immer eine Entscheidung für das eine und eine Ablehnung und Ausgrenzung des Anderen. Es bleibt kein Raum für ein *Dazwischen* oder für eine Anerkennung von Ambivalenzen, deren Problematisierung und vor allem deren Politisierung Raum für kritische Interventionen eröffnen können (Engel 2009). Hegemonie erscheint infolgedessen widerspruchsfrei und kohärent. In dieser Hinsicht knüpft dieses Spannungsfeld an das Spannungsfeld »Teile und herrsche« an, denn auch hier ist Trennung von Identitäten und gesellschaftlichen Zusammenhängen der zugrunde liegende Mechanismus. Bei dem in diesem Abschnitt beschriebenen Spannungsfeld wird der Teilungsmechanismus jedoch aus einem anderen Blickwinkel beleuchtet, da hier die Hierarchisierung des einen und die Externalisierung des anderen Teils im Vordergrund stehen. Für die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven bedarf es daher einer Politik, die diese unausweichlichen Ambivalenzen und Widersprüche anerkennt und sie nicht in den Bereich des Undenk- und Unsagbaren verschiebt.

Spannungsfeld V: Heterogenität – Homogenität und die Frage nach dem Charakter der Verbindung der Kämpfe

Die Analyse der Krisenproteste und die Selbsteinschätzung der Aktivist_innen zeigen, dass sich keine soziale Bewegung um ein Hegemonieprojekt formiert hat. Es hat sich nur punktuell eine Äquivalenzkette zwischen Kämpfen und Forderungen gebildet; ein leerer Signifikant, der die partikularen Kämpfe hätte einen können, hat sich nicht herauskristallisiert. Stattdessen war und ist eine Vielzahl heterogener Kämpfe, Forderungen, gegen-hegemonialer Projekte und Praxen auf sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Terrains zu beobachten. Diese Entwicklungen werfen die grundsätzliche Frage nach dem Wesen und der Notwendigkeit der Herausbildung eines He-

gemonieprojekts oder eines leeren Signifikanten auf. Ein zentrales Thema der Krisendiskurse war dementsprechend die Frage, inwieweit eine Verbindung von Kämpfen und die Herausbildung eines sie einenden symbolischen Rahmens – z.B. in Form einer geteilten Forderungen oder eines Slogans – für eine erfolgreiche linke Intervention überhaupt notwendig sind. Im Rahmen der Analyse der Handlungsstrategien wurde zudem deutlich, dass neben den öffentlich sichtbaren Räumen, in deren Kontext die Krisenproteste stattgefunden haben, in vielen anderen gesellschaftlichen Arenen ebenfalls eine Vielzahl gegen-hegemonialer Praxen stattgefunden haben und stattfinden. Diese politisierten Alltagspraxen finden im öffentlichen und auch wissenschaftlichen Diskurs kaum Beachtung. Die hier stattfindenden Interventionen wirken zumeist im Kleinen und verfügen über keinen gemeinsamen Bezugspunkt, der sie einen könnte, verfügen aber dennoch potenziell über gesellschaftliche Wirkmächtigkeit.

Neben der Frage, warum sich kein leerer Signifikant herausgebildet hat, stellt sich dementsprechend die vorgelagerte, dringlichere Frage, ob eine Verbindung von Kämpfen für die Entwicklung und Realisierung gegen-hegemonialer Perspektiven überhaupt notwendig ist. Denn möglicherweise hat die Vervielfältigung der Kämpfe, Subjektpositionen und Kampffelder eine neue politische Logik hervorgebracht, die keine Formierung der Bewegung um einen gemeinsamen Kern benötigt. Eine ähnliche Beobachtung hat der Politikwissenschaftler Bernard E. Harcourt in der *New York Times* bezüglich der *Occupy Wall Street*-Proteste in New York 2011/2012 gemacht. Er argumentiert, dass das Versagen politischer Institutionen und Parteien ein neues politisches Paradigma – das des politischen Ungehorsams – hervorgebracht hat. »Alte« Ideologien und das Stellen von konkreten politischen Forderungen werden infolgedessen von der Occupy-Bewegung abgelehnt:

> »Occupy Wall Street, which identifies itself as a leaderless resistance movement with people of many … political persuasions, is politically disobedient precisely in refusing to articulate policy demands or to embrace old ideologies. Those who incessantly want to impose demands on the movement may show good will and generosity, but fail to understand that the resistance movement is precisely about disobeying that kind of political maneuver.« (Harcourt 2011)

Dies deutet auf eine Veränderung der Logik des Politischen in den letzten Jahren hin, bzw. scheint diese aufgrund der zunehmenden Fragmentierung sozialer Bewegungen immer deutlicher hervorzutreten. Antke Engel argumentiert in diesem Zusammenhang in eine ähnliche Richtung. Sie fragt, ob die Logik des Politischen nicht auch anders konzipiert werden kann als der

Versuch der Etablierung *einer* Gegen-Hegemonie bzw. einer Gegen-*Hegemonie*:

> »(...) what happens if various hegemonic struggles take place simultaneously? Do they necessarily fight against the same state of hegemony? Is it necessary that they unite and build chains of equivalence in order to become powerful?« (Engel 2011: 64)

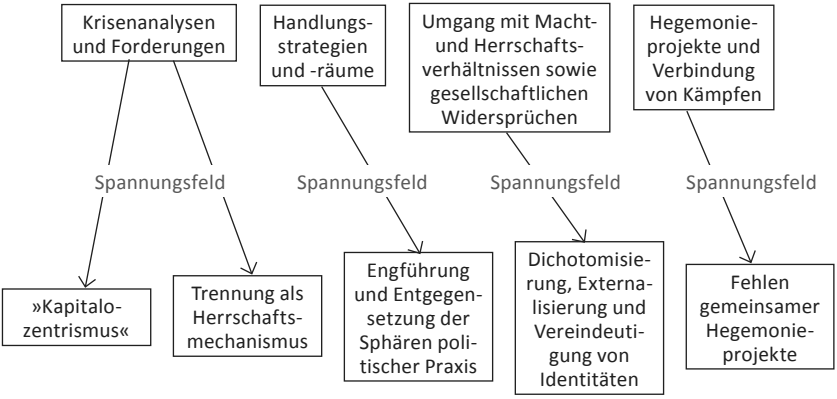
Engel wirft darüber hinaus die Frage auf, ob (gegen-)hegemoniale Kämpfe überhaupt nach Hegemonie streben (müssen) oder ob sie nicht gleichberechtigt nebeneinander stehen bleiben können und infolgedessen nicht zwangsweise (Aus-)Schließungen produzieren. Ist es politisch vielleicht nicht sogar sinnvoller, die mit der Hegemonialwerdung verbundenen Schließungsakte und damit zwangsweise einhergehenden Exklusionen an sich zu thematisieren und zu politisieren, anstatt den Fokus auf die Äquivalenz zu legen? Ist vielleicht gar kein gemeinsames gegen-hegemoniales Projekt (mehr) notwendig?

Das zentrale Spannungsfeld der Krisenproteste ist daher die Frage nach dem Verhältnis von Heterogenität und Homogenität und nach dem Charakter der Verbindung der Kämpfe. Es stellt sich infolgedessen die grundlegende Frage nach dem Verständnis von »Gegen-Hegemonie«: Wie lässt sich (Gegen-)Hegemonie vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse theoretisch fassen? Benötigen die Proteste einen gemeinsamen Bezugspunkt, um hegemonial werden zu können? Muss das gramscianisch inspirierte, poststrukturalistisch gewendete Hegemoniekonzept, das auf der Notwendigkeit einer diskursiven Verbindung der Kämpfe basiert, infolge der Betrachtung der Empirie möglicherweise neu gedacht werden?

8. Gegen-hegemoniale Perspektiven – eine theoretisch-politische Betrachtung

In Kapitel 7 wurden die zentralen Argumentationslinien und Diskursräume herausgearbeitet und anschließend – mithilfe der Identifikation von fünf zentralen Spannungsfeldern – eine alternative Sichtweise auf die Frage eröffnet, warum die Linke es trotz der gesellschaftlichen Verunsicherung und Destabilisierung nicht geschafft hat, die Gesellschaft *nachhaltig* und *grundlegend* zu verändern. Es stand dementsprechend eine Analyse der hinter den konkreten Praxen und Diskussionen liegenden Inhalten und Grundannahmen – also der *handlungstheoretischen Prämissen* der Aktivist_innen – im Vordergrund. In diesem Kapitel findet eine theoretisch fundiertere Auseinandersetzung mit den identifizierten Spannungsfeldern statt, um diese darauf aufbauend theorie- und empiriegeleitet produktiv zu bearbeiten. Auf dieser Basis können diesbezügliche gegen-hegemoniale Perspektiven weiterentwickelt werden. Die Ergebnisse der Analyse beinhalten somit keine konkreten Handlungsanweisungen, wie z.B. eine sinnvolle Bündnisbildung oder praktische Strategie aussehen sollte, sondern stellen eine kritisch-solidarische Reflexion und Bearbeitung der Diskurs- und Argumentationsräume und der

Abbildung 4: Argumentations- und Diskursräume und diesbezügliche Spannungsfelder



Quelle: Eigene Darstellung

damit einhergehenden Spannungsfelder dar. Die zentralen Argumentationslinien und Diskursräume und daraus resultierenden Spannungsfelder werden in der Abbildung 4 dargestellt. Da die Spannungsfelder nicht aus singulären, spontanen und isolierten Ereignissen hervorgehen, sondern immer in einem bereits bestehenden Diskursraum und diesbezügliche Narrative eingebunden sind, können die Ergebnisse – trotz der Analyse eines relativ kurzen Zeitraums von weniger als zwei Jahren – über den untersuchten Diskursraum hinausgehend eine gewisse Gültigkeit beanspruchen. Denn wie in diesem Kapitel deutlich werden wird, verfügen manche Debatten und Spannungsfelder über eine erheblich längere Geschichte und werden innerhalb der Linken auch weiterhin über diese Protestwelle hinaus fortbestehen.

8.1. Spannungsfeld I: Dekonstruktion des kapitalozentristischen Diskurses

In Kapitel 7 wurde das Spannungsfeld, das aus der Fokussierung auf den (Finanzmarkt-)Kapitalismus resultieren kann, aufgezeigt und dessen Auswirkungen auf die Entwicklung gegen-hegemonialer Perspektiven beschrieben. Es wurde deutlich, dass, selbst wenn die Krisenanalyse und Gesellschaftskritik über die Sphäre des Finanzmarktkapitalismus hinausgeht, Kapitalismus als alles determinierendes Moment erscheint. Mit dieser Privilegierung des Kapitalverhältnisses geht eine diskursive Marginalisierung von Ambivalenzen und nicht-kapitalistischen Praxen einher, die Gibson-Graham als *Kapitalozentrismus* bezeichnen. In diesem Abschnitt wird zunächst das Konzept des Kapitalozentrismus noch einmal eingehender erläutert. Darauf aufbauend wird in Anschluss an Gibson-Grahams Dekonstruktion dieses verengten Kapitalismusverständnisses ein Ausweg aus dem diagnostizierten Kapitalozentrismus eröffnet.

Darstellung der Problematik: das »Biest« des Kapitalismus

> »(...) the project of understanding the beast [capitalism] has itself produced a beast (...).« (Gibson-Graham 2006a: 1)

J.K. Gibson-Graham ist das Pseudonym der feministischen Wirtschaftsgeograph_innen Julie Graham und Katherine Gibson. Ihr Hauptwerk *The End of Capitalism (As We Knew It): A Feminist Critique of Political Economy*, in dem sie in die Grundgedanken ihrer Theorie einführen, wurde erstmals

1996 veröffentlicht. Wissenschaftlich situieren sie sich im Bereich der politischen Ökonomie, des Poststrukturalismus und Feminismus. Ihre Überlegungen fußen auf der Grundannahme, dass soziale Repräsentationen *von* etwas bestimmen, *wie* über dieses Etwas gedacht werden kann. Im Rahmen ihrer Analysen kommen sie zu dem Ergebnis, dass Kapitalismus die derzeit gesamtgesellschaftliche wie innerlinke hegemoniale soziale Repräsentation ist. Gibson-Graham verstehen Kapitalismus und die kapitalistische Logik folglich nicht als eine objektiv gegebene Struktur, sondern als einen (dominanten) Diskurs (vgl. Gibson-Graham 2006a: xli).

Ihrer Beobachtung nach impliziert das soziale Leben unter kapitalistischen Verhältnissen zahlreiche reziproke Disharmonien, Spannungen und Ambivalenzen, die auf ganz allgemeiner Ebene wissenschaftlich und öffentlich auch thematisiert werden. In den konkreten Analysen jedoch werden diese zumeist marginalisiert oder einseitig auf den Kapitalismus zurückgeführt. Kapitalismus erscheint demzufolge als ein einseitiges Dominanzverhältnis – anstelle eines vielschichtigen Wechselverhältnisses. Durch diesen Kapitalismusdiskurs werden Alternativen verdrängt und bereits realisierte Alternativprojekte unsichtbar gemacht, obwohl sie tagtäglich gelebt werden. Kapitalismus wird durch diesen Kapitalismusdiskurs also erst zu diesem spezifischen »Biest«.

Dieser spezifische Kapitalismusdiskurs ist ihrer Ansicht nach nicht nur im gesamtgesellschaftlichen Diskurs dominant, sondern ebenfalls in marxistischen Kapitalismusanalysen. Sie stellen daher die These auf, dass auch (kapitalismus)kritische Wissenschaftler_innen und sogar sie selbst zu diesem Bild von Kapitalismus beigetragen haben, das sie eigentlich kritisieren wollten:

> »Chasing the illusion that I was understanding the world in order to change it, I was running in a well-worn track, and had only to cast a glance over my shoulder to see, as the product of my analysis, capitalist society even more substantial and definitive than when I began. (...) I wasn't thinking about the social representation I was creating as *constitutive* of the world in which I would have to live.« (Gibson-Graham 2006a: xxxix, Herv. i. O.)

Kapitalismus werde in diesen Analysen als einheitliches, singuläres und totales Wesen begriffen. Auf diese drei, für einen kapitalozentristischen Kapitalismusdiskurs zentralen Merkmale werde ich im Folgenden genauer eingehen.

1. Einheit

Im Rahmen eines kapitalozentristischen Diskurses wird Kapitalismus als strukturelle Einheit konzeptionalisiert. Die Möglichkeit, Kapitalismus ebenso als eine zentrumslose Aggregation von Praxen zu begreifen, wird dabei nicht gesehen. Bei ökonomischen Krisentheorien fungiert die Krise als vereinheitlichender Prozess (vgl. Gibson-Graham 2006a: 255). Ambivalenzen und Leerstellen bleiben untertheoretisiert oder werden sogar als »Jungbrunnen« für das kapitalistische System bewertet, durch die es sich erneuern und an neue gesellschaftliche Gegebenheiten anpassen kann. Die Folge von diesem einheitlichen Bild von Kapitalismus ist, dass Kapitalismus nicht teilweise, sondern nur als Ganzes verändert werden kann. Infolgedessen wird eine Transformation des *gesamten* kapitalistischen Systems notwendig. Diese wird jedoch aufgrund der (relativ ausweglosen) Einschätzung der kapitalistischen Hegemonie in eine weite Zukunft verschoben. Aufgrund des scheinbar kohärenten Charakters wird Kapitalismus unangreifbar, bleibt aber dennoch extrem anpassungsfähig und wandelbar.

Diese Tendenz zur Vereinheitlichung des Kapitalismus war bei den Krisenprotesten ebenfalls zu erkennen. Ökonomische, politische und gesellschaftliche Prozesse wurden primär auf die kapitalistische Logik zurückgeführt und mit dieser erklärt. Trotz der allgemeinen Einschätzung, dass durch die Krise ein gesellschaftlicher Möglichkeitsraum eröffnet wurde, erschien in den konkreten Analysen die derzeitige Krise des kapitalistischen Systems für die Erhaltung des Kapitalismus sogar systemimmanent als notwendig und sinnvoll. Kapitalismus wurde folglich als kohärentes ökonomisches bzw. gesellschaftliches System wahrgenommen; Widersprüchlichkeiten wurden nicht wahrgenommen oder nur als für die Menschen problematisch geframet, nicht aber für das System selbst. Die damit einhergehende Ausweglosigkeit spiegelte sich vor allem in den finanzmarktzentrierten Krisenanalysen wider. In den diesbezüglichen Analysen und Forderungen erschien Kapitalismus als perfekt ausgeklügeltes System. Als Folge konnte eine Systemtransformation nicht mehr imaginiert werden, da das kapitalistische System als zu einheitlich und umfassend begriffen wurde, als dass reale Ansatzpunkte für systemtransformierende Interventionen identifiziert werden konnten.

2. Singularität

Unter Singularität verstehen Gibson-Graham, dass Kapitalismus als exklusiv geframet wird. Er kann demnach nicht zeitgleich mit einem anderen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen System existieren (vgl. Gibson-

Graham 2006a: 256ff.). Damit einher geht die Annahme einer Selbst-Regenerationsfähigkeit von Kapitalismus, der Existenz einer inneren Kraft und die damit zusammenhängende Vorstellung, dass Krisen das kapitalistische System tendenziell stabilisieren anstatt es zu erschüttern (vgl. Gibson-Graham 2006a: 257). Daraus folgt nach Gibson-Graham, dass – solange Kapitalismus besteht – eine andere Ordnung nicht wirklich realisiert werden kann; sie wäre immer dem kapitalistischen System untergeordnet. Die Realisierung von Alternativen zum Kapitalismus muss infolgedessen in eine weit entfernte Zukunft verschoben werden; die Veränderung der Gesellschaft in der Gegenwart unterliegt einer latenten Hoffnungslosigkeit (vgl. Gibson-Graham 2006a: 258). Dies erzeugt Perspektivlosigkeit und das Gefühl von politischer Handlungsunfähigkeit.

Diese Perspektivlosigkeit war bei allen dokumentierten Veranstaltungen gegenwärtig und ist kontinuierlich stärker geworden. Die Möglichkeit eines *Dazwischen* zwischen Kapitalismus und bspw. Sozialismus war bei den meisten Argumentationen nicht denkbar, stattdessen wurde die andere Gesellschaft bspw. in ein »kommunistisches Danach« (Antikapitalistischer Ratschlag) verschoben, in dessen Rahmen eine alternative Gesellschaft erst realisiert werden kann.

3. Totalität

Totalität des Kapitalismus meint, dass nicht-kapitalistische Formen der Produktion (wie selbstständige Arbeit, Hausarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten) nur als im Kapitalismus stattfindend konzipiert werden und dementsprechend als der kapitalistischen Logik unterliegend. Kapitalismus erscheint bei solch einem Kapitalismusverständnis als *der* Bezugspunkt im gesellschaftlichen Koordinatensystem, an dem sich alle anderen Bereiche ausrichten. Kapitalismus verfügt hier über kein Außen, alles findet im Kapitalismus oder in Relation dazu statt.[58]

[58] So ist die Analyse der Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus von Gisela Bock und Barbara Duden (Bock/Duden 1977) zwar äußerst erhellend, sie trägt jedoch unbewusst zu der diagnostizierten Totalisierung bei, da die Entstehung der Hausarbeit als durch die kapitalistische Vergesellschaftung determiniert konzipiert wird. Ebenso stellt sich die Problematik im Rahmen der Kapitalismusanalyse von Luc Boltanski und Ève Chiapello dar. In ihrer Analyse beschreiben sie sehr gut den »neuen Geist des Kapitalismus« (vgl. Boltanski/Chiapello 2003) und die damit einhergehende Inkorporierung von Kapitalismuskritik ins kapitalistische System. Sie weisen in ihrer Analyse zwar darauf hin, dass die beschriebene Vereinnahmung keine Zwangsläufigkeit besitzt. Trotzdem scheint in ihrer Analyse kaum Raum für Widerstand vorhanden zu sein – die Ana-

Bei den Krisenprotesten war es dieses Merkmal eines kapitalozentristischen Diskurses, das am deutlichsten hervortrat: Gesellschaftliche Verhältnisse schienen so stark vom Kapitalismus durchdrungen, dass ein alternativer, vom kapitalistischen System unabhängier, Raum schwerlich gedacht werden *konnte* und auch schwerlich gedacht *wurde*: Die Kapitalismus*analysen* überwogen; widerständige Praxen und Alternativen wurden durch diese Dominanz verdrängt. Auch Kritik und gegen-hegemoniale Praxen wurden nur in Relation zur kapitalistischen Hegemonie betrachtet und wahrgenommen.

Raus aus dem Kapitalismus(-diskurs)!

> »Es ist Krise und wir schlagen vor, über Methoden zu reden. Methoden, die da ansetzen, wo wir leben, lieben und kämpfen. Methoden, die fragen, zuhören und hinschauen – Untersuchungen. Nicht ›Wie hängen Finanz-, Ernährungs- und Energiekrise zusammen?‹ (wüssten wir trotzdem gerne), sondern ›Wie geht es mir beim Hangeln von Projekt zu Job zu Projekt?‹ / ›Wie würdest Du gerne wohnen, arbeiten, leben?‹ / ›Was macht mich krank?‹ / ›Wo können wir zusammenkommen?‹« (Editorial der Zeitschrift *arranca!* von FelS, FelS 2008)[59]

> »For all its variety, the discourse of Capitalism is so pervasive (...). What if we theorized capitalism not as something large and embracing but as something partial, as one social constituent among many?(...) The question is, how do we begin to see this monolithic and homogeneous Capitalism not as our ›reality‹ but as a fantasy of wholeness, one that operates to obscure diversity and disunity in the economy and society alike?« (Gibson-Graham 2006a: 260)

Wie wir gesehen haben, war ein Großteil der Krisenproteste durch eine kapitalozentristische Sichtweise bestimmt. Analysen des Wesens und der Logik von Kapitalismus und diesbezüglichen Krisentendenzen dominierten die Diskussionen und Redebeiträge. Infolgedessen wurde die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven z.T. in den Raum des Unleb- und Undenk-

---

lyse des kapitalistischen Systems nimmt allen verfügbaren Raum ein und lässt keinen Platz für die Denkbarmachung widerständigen, systemverändernden Handelns.

[59] Die angesprochenen Methoden beziehen sich auf so geannte militante Untersuchungen, die den thematischen Schwerpunkt dieser Ausgabe bildeten.

baren verschoben. Doch wie kann eine Kapitalismuskritik und kritische Praxis aussehen, die solch einer kapitalozentristischen Sichtweise entgeht?

Um Auswege aus diesem Dilemma aufzuzeigen, greifen Gibson-Graham auf dekonstruktivistische, poststrukturalistische und vor allem (queer)feministische Denkfiguren zurück. Sie knüpfen insbesondere an die von Butler vorgenommene Dekonstruktion des biologischen Geschlechts an, mittels der sich zeigen lässt, dass es keine natürlichen Merkmale, daraus ableitbare Interessen und eine feststehende Identität von Geschlecht gibt. Diese poststrukturalistische Dekonstruktion von Geschlecht und Identität im Allgemeinen ist für das Kapitalismusverständnis bisher folgenlos geblieben. Stattdessen werde dieser weiterhin als natürliche, einheitliche, feststehende und widerspruchslose die Gesellschaft strukturierende Objektivität wahrgenommen, deren Logik mittels Analysen beschrieben und erklärt werden kann. Diese Sichtweise hat konkrete Folgen für emanzipatorische Praxen und die Konzipierung von gesellschaftlichen Veränderungen. Während es im feministischen Diskurs im alltäglichen Hier und Jetzt möglich ist, die Kategorie »Frau« zu irritieren, und infolgedessen gesellschaftliche Realität durch die eigene konkrete Praxis zu verändern, müssen Marxist_innen auf die Revolution »warten«. Gibson-Graham formulieren daher die provozierende Frage:

> »Why can feminists have revolution now, while Marxists have to wait?« (Gibson-Graham 2006a: 251)

Im hegemonialen kapitalismuskritischen Diskurs gibt es entweder Kapitalismus oder Nicht-Kapitalismus – die Koexistenz von verschiedenen Gesellschaftsformen ohne kapitalistische Hierarchie über andere Lebensformen ist in den meisten marxistischen Theorien undenkbar.[60] Wenn die kapitalistische Hegemonie jedoch – analog zu der Annahme von objektiv bestehenden Geschlechtercharakteren – als ein diskursives Artefakt verstanden wird, kann die Wirkmächtigkeit dieser Repräsentation irritiert und der Beginn einer anderen Gesellschaft bereits im Hier und Jetzt gedacht werden. Gibson-Graham schlagen daher vor, den Kapitalismus einer Dekonstruktion zu unterziehen und seiner essenzialistischen, kohärenten Identität zu berauben. Konkret bedeutet das, dass es keine Naturgesetzlichkeit wie Expansionszwang, Nutzenmaximierung usw. gibt – ebenso wenig wie der Ka-

[60] Zwar kann auch Gramsci mittels seines Konzepts des Stellungskrieges den Beginn einer anderen Gesellschaftsform in der Gegenwart denken. Die gegen-hegemonialen Praxen scheinen jedoch – vor allem in an ihn anschließenden marxistischen Analysen – vom Kapitalismus so überformt, dass real kaum Alternativen denkbar werden.

tegorie Frau gemeinsame Interessen, Eigenschaften oder Logiken zugrunde liegen müssen. Die Kategorie »Kapitalist_in« sei dementsprechend als eine soziale und nicht objektive Kategorie zu verstehen.

Die Dekonstruktion des Kapitalismus bedeutet jedoch nicht, dass soziale Repräsentationen nicht unsere Realität dominieren *können* – sondern nur, dass sie es nicht *müssen*: Sie können ihrer Wirkmächtigkeit auch beraubt werden. Gibson-Graham betonen, dass bereits eine Diversität und Pluralität von vielen verschiedenen Ökonomien existiert, diese werde jedoch von der diskursiven Hegemonie des Kapitalismus verdeckt bzw. kann nur in Bezug auf das kapitalistische System gedacht werden. Alternativen werden auf diese Weise unsichtbar gemacht oder ihrer Wirkmächtigkeit beraubt, indem Kapitalismus immer den zentralen Bezugspunkt im gesellschaftlichen Koordinatensystem einnimmt. Ein Großteil der marxistischen Wissenschaftler_innen bemerke infolgedessen nur die Prozesse, wie sich Kapitalismus an die gesellschaftlichen und widersprüchlichen Verhältnisse erfolgreich angepasst hat – und nicht, wo er damit zu kämpfen hat oder erfolglos geblieben ist. Das Fazit ihrer Analyse lautet dementsprechend, dass Kapitalismus allen verfügbaren sozialen Raum einnimmt, und infolgedessen kein Platz für etwas anderes bleibt (vgl. Gibson-Graham 2006a: 263). Diese Engführung kritisieren Gibson-Graham auch an der Theorie von Laclau und Mouffe, bei der Gesellschaft ebenfalls nur in Relation zum kapitalistischen Herrschaftsverhältnis konzeptionalisiert wird (Gibson-Graham 2006a: 258f.).

Daraus folgt jedoch nicht, dass es nicht sinnvoll sein kann, die kapitalistische Produktionsweise und damit zusammenhängende Krisentendenzen zu analysieren. Für die Entwicklung von Strategien und Forderungen, die nicht einfach das bestehende System reproduzieren oder ein vergleichbares an seine Stelle setzen, ist ein differenziertes Verständnis der Ausbeutung und Produktion von Mehrwert essenziell (vgl. Gibson-Graham 2006a: 19). Es geht daher nicht darum, die Wirkmächtigkeit von Kapitalismus zu leugnen. Bei einer Fokussierung auf den Kapitalismus besteht jedoch die Gefahr, dass andere gesellschaftliche Bereiche und dementsprechend Kampffelder aus dem Blickfeld geraten und die Analyse und der Handlungsraum auf den ökonomischen Bereich beschränkt bleiben. Das kapitalistische System produziert kontinuierlich und in vielen gesellschaftlichen Bereichen unlösbare Widersprüche und Ambivalenzen. Es verläuft nicht so gradlinig, wie dies im Rahmen der meisten Krisenanalysen dargestellt wird. Es muss also darum gehen, die kapitalistische Hegemonie so zu theoretisieren, dass die ihr inhärenten Widersprüchlichkeiten und die bereits existierenden ge-

gen-hegemonialen Projekte nicht außer Acht gelassen werden. Der Haushaltssektor in kapitalistischen Gesellschaften bspw. ist, wie Gibson-Graham mit Rekurs auf Studien von Nancy Folbre (1993) und Harriet Fraad et al. (1994) belegen, gemessen an dem Output und der Anzahl der beteiligten Personen mindestens genauso wichtig wie oder sogar wichtiger als der kapitalistische Sektor (Gibson-Graham 2006a: 261). Sie schlagen daher die Entwicklung einer Theorie der ökonomischen Differenz vor, die dieser Vielfalt von Ökonomien Rechnung trägt:

> »When capitalism is represented as one among many forms of economy (....), its hegemony must be theorized rather than presupposed. Economic sites that have usually been seen as homogeneously capitalist may be re-envisioned as sites of economic difference, where a variety of capitalist and noncapitalist class processes interact.« (Gibson-Graham 2006a: 18)

Das Ziel ihrer Analyse und Kritik ist daher, »einen positiven Ort nicht-kapitalistischer ökonomischer Differenz« zu schaffen, was in Form von »lokalen und unmittelbaren Sozialismen« umgesetzt werden könne (Gibson-Graham 2006a: 21 und 264, Übersetzung J.V.). Auf diese Weise wird die Möglichkeit der Revolution im Hier und Jetzt im Rahmen alltäglicher Tätigkeiten eröffnet, die sie mit dem schönen Satz »How to smash capitalism while working at home in your spare time« (Gibson-Graham 2006a: 251) umschreiben. Denn, wenn Kapitalismus nicht als total begriffen wird, sondern als kontinuierlich (re)produzierte alltägliche Praxis, verliert die (kapitalistische) Sphäre der Wirtschaft und Arbeit ihre Zentralität und der Raum wird für andere Praxen erweitert.[61] Die Dekonstruktion des kapitalozentristischen Diskurses stellt daher den zentralen Ausgangspunkt Gibson-Grahams Kritik und Strategie dar. Da sich Kapitalismus nicht als Einheit mit feststehendem Wesen begreifen lässt, kann der kapitalistischen Identität folglich eine Identitätskrise gegeben werden.

Auf die Krisenproteste bezogen bedeutet diese Dekonstruktion des Kapitalozentrismus, dass die Widersprüche im kapitalistischen System, die im Kontext der globalen (Finanzmarkt-)Krise besonders hervortreten, theoretisiert, die bereits existierenden gegen-hegemonialen Projekte sichtbar gemacht und weiterentwickelt und die *konkreten* Auswirkungen der kapi-

[61] In dieser Hinsicht lassen sich Überschneidungen zu Gramscis Hegemonieansatz erkennen, der ebenfalls die zentrale Rolle der Alltagspraxen bei der Hegemonieproduktion hervorhebt. Aber auch bei ihm hat der Kapitalismusdiskurs stark totalisierende Tendenzen.

talistischen Vergesellschaftung auf den Lebensalltag in der spezifischen Krisenformation seit Ende 2008 analysiert werden müssen. Dies impliziert z.B. eine Analyse der Widersprüche, mit denen wir uns tagtäglich konfrontiert sehen – wie in dem oben zitierten Auszug des Editorials der Zeitschrift *arranca!* vorgeschlagen wird – und die Frage aufzuwerfen, wo es in diesem Zusammenhang Ansatzpunkte für eine Realisierung lokaler und unmittelbarer Sozialismen gibt. Denn: Wir müssen nicht ganz genau wissen, was Kapitalismus ist, um ihn zu zerstören. Oder wie es Gibson-Graham formulieren:

> »Rather than giving it [the capitalist beast] a platform from which to speak its dominance, as leftists including ourselves have often done, we enshroud it in a productive silence, in order that glimmers and murmurings of noncapitalism might be seen or heard.« (Gibson-Graham 2006a: 23)

8.2. Spannungsfeld II: Verbinde und werde hegemonial

> »Das Hauptziel dieser Kämpfe ist nicht so sehr der Angriff auf diese oder jene Machtinstitution, Gruppe, Klasse oder Elite, sondern vielmehr auf eine Technik, eine Form von Macht. Diese Form von Macht wird im unmittelbaren Alltagsleben spürbar, welches das Individuum in Kategorien einteilt, ihm seine Individualität aufprägt, es an seine Identität fesselt, ihm ein Gesetz der Wahrheit auferlegt, das es anerkennen muss und das andere in ihm anerkennen müssen.« (Foucault 1987a: 246)

Wie wir in Kapitel 6 gesehen haben, waren die Krisenproteste durch eine Vielzahl von Trennlinien gekennzeichnet. Diese wurden zwischen gesellschaftlichen Bereichen, Krisen und Praxen gezogen, aber auch zwischen verschiedenen Identitäten und Subjektpositionen. Diese Trennlinien verliefen dementsprechend auch innerhalb des Subjekts. Diesem Herrschaftsmechanismus möchte ich im Folgenden genauer auf den Grund gehen, um anschließend Möglichkeiten des produktiven Umgangs damit vorzustellen.

Trennung als Herrschaftsmechanismus

Der Herrschaftsmechanismus, bei dem durch Teilung Herrschaft ausgeübt bzw. Macht konstituiert wird, verfügt über eine lange Geschichte und war bereits Gegenstand vieler Analysen und Kritiken. Das Diktum »Divide et impera« (Teile und herrsche) wurde bereits um 500 v. Chr. in der chinesischen Kriegsstrategie von dem chinesischer General, Militärstrategen und Philosophen Sunzi beschrieben und darüber hinaus im Römischen Reich an-

gewendet. Niccolò Machiavelli beschreibt in *Der Fürst* (Machiavelli 1995) ebenfalls diese Herrschaftstechnik. Bei dieser werden die Gegner_innen in Gruppen gespalten, um sie besser beherrschen zu können oder um sie zu besiegen. Die bei den Krisenprotesten zu beobachtende Tendenz zu trennendem Denken erscheint in diesem Lichte als eine moderne Form dieses Herrschaftsmechanismus. Neben der Tatsache, dass diese Technik in ihrer ursprünglichen Form immer noch angewandt wird, indem versucht wird, gesellschaftliche Gruppen zu spalten und gegeneinander auszuspielen, ist auf abstrakter Ebene ebenfalls das Prinzip »Herrschaft durch Teilung« erkennbar: Identitäten, Praxen und Lebensräume werden voneinander isoliert verstanden und verhandelt. Damit geht zumeist eine Hierarchisierung des einen gegenüber dem anderen einher.[62]

Die Krisenproteste waren bspw. von der den kapitalistischen Gesellschaften innewohnende Spaltung von Staat und Ökonomie (u.a. Marx 1976c: 368; Demirović 2007c: 65ff.; Hirsch 1994: 166) geprägt, die sich auf der Subjektebene in der Teilung des Subjekts in *Citoyen* und *Bourgeoise* niederschlägt: Für den Staat sind die Subjekte vor allem Rechtssubjekte, die er unabhängig vom sozialen Status behandelt. Er macht sie infolgedessen zu Citoyennes. Er annulliert jedoch nicht die faktischen (ökonomischen) Unterschiede zwischen seinen Bürger_innen (im modernen Wohlfahrtsstaat zumindest nicht vollständig), sondern ignoriert ihre materielle Existenz als Bourgeoise. Diese Trennung erzeugt nach Marx den Schein von politischer Gleichheit bei gleichzeitiger ökonomischer Ungleichheit. Im Rahmen der Proteste wurde diese Trennung zum Teil reproduziert, indem Verteilungsfragen und Fragen der Produktion als rein ökonomische und nicht politische Fragen verhandelt wurden. Gleichzeitig existierten jedoch auch Ansätze, in deren Kontext grundlegende soziale und ökonomische Rechte, wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder ein bedingungsloses Grundeinkommen, gefordert wurden.

---

[62] Dass Herrschaft auch durch Vereinheitlichung ausgeübt werden kann und dass dies ein grundlegendes Herrschaftsprinzip der neoliberalen Globalisierung darstellt, hat Bourdieu sehr anschaulich in dem Aufsatz »Vereinheitliche und herrsche« beschrieben (Bourdieu 2003). Dieses Prinzip umfasst die im Rahmen einer neoliberalen Globalisierung politisch durchgesetzte, insbesondere auch rechtliche Vereinheitlichung des globalen ökonomischen Feldes sowie dessen globale Ausweitung. Dies muss jedoch keinen Widerspruch zu der hier vertretenen These darstellen, da mit dieser Form der »Gleichmacherei« als kapitalistisches Grundprinzip gleichzeitig auch eine Trennung von verschiedenen gesellschaftlichen Sphären einhergehen kann.

Analog zu der kapitalistischen Trennung von *Produktions*- und *politischer* Herrschaftssphäre diagnostizierte der Soziologe und Politikwissenschaftler Claus Offe die Spaltung der Arbeiter_innenbewegung in *gewerkschaftliche* und *parteiliche* Vertretung. Nach Offe stellt diese Trennung eine »Ausschaltung *gesellschaftlicher* Machtmittel« (Offe 1980: 31, Herv. i. O.) dar. Denn daraus folge eine »Disjunktion von ›Wollen‹ und ›Handeln‹«, das er als *das* Strukturprinzip der bürgerlichen Demokratie bezeichnet (vgl. Offe 1980: 31). Denn

> »dem politischen *Wollen* kann jetzt nur mehr durch dessen (auch zeitlich) spezialisierten Ausdruck im Wahlakt, nicht aber durch gesellschaftliches *Handeln* Nachdruck verliehen werden« (Offe 1980: 31, Herv. i. O.).

Die Folge davon ist, dass Streik und gewerkschaftliche Vertretung dementsprechend nicht als Vertretung eines politischen Willens erscheinen, sondern als rein ökonomische und dementsprechend private Interessen. Diese Problematik hat Demirović weiter spezifiziert. Gewerkschaften erscheinen infolge dieser Trennung nicht (mehr) als Vertreter_innen des Allgemeinwohls, da sie in der ökonomischen Spähre agieren – NGOs hingegen doch, obwohl deren Vertreter_innen meist nicht demokratisch legitimiert sind (Demirović 2007d).

Diese Trennung von Wollen und Handeln und die damit verbundenen Ambivalenzen in der politischen Praxis wurden bei den Krisenprotesten insbesondere im Kontext der Handlungsstrategien sichtbar. Von system-konformeren Gruppen wurde diese Trennung tendenziell als gegeben akzeptiert. Es wurden Forderungen an das politische System gestellt und dementsprechend politische *Handlungs*macht abgegeben. Seitens vor allem anti-systemischer Gruppen wurde diese Trennung versucht aufzuheben und Handlungsmacht wieder zurückzugewinnen, indem sie sich selbst als *Handelnde* begriffen und infolgedessen selten Forderungen an Dritte stellten.

Die Zweite Frauenbewegung der 1970er Jahre hat eine weitere herrschaftsförmige Trennung identifiziert: Mit ihrem Slogan »Das Private ist politisch« haben sie die Trennung von privater und öffentlicher Sphäre und deren geschlechtsspezifische, hierarchische Zuteilung von Merkmalen kritisiert, die der Absicherung patriarchaler Herrschaft dient. Die Historikerin Karin Hausen beschreibt die Merkmale und gesellschaftlichen Sphären der »Geschlechtercharaktere«, die sich seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts im Rahmen der Entstehung der modernen bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet und folgende Äquivalenzketten gebildet haben: Der Mann steht für das Öffentliche, Aktivität, Produktion und Erwerbsarbeit; die Frau hingegen für das Häusliche und Private, Passivität, Reproduk-

tion und Familie (vgl. Hausen 1976: 366; auch Lang 1994: 205ff. und Sauer 2009: 58). Ulla Wischermann fasst die aus dieser Trennung resultierenden Folgen zusammen:

> »Mit der Dekonstruktion der Dichotomisierung von privat und öffentlich kritisiert die feministische Theorie ein Politikverständnis, das an einer Trennung der beiden Bereiche festhält, sie geschlechtsspezifisch als männlich bzw. weiblich konnotiert und implizit hierarchisch bewertet. Durch ihre Zuordnung zur Privatspähre – so die Analyse – werden die Lebens- und Arbeitszusammenhänge von Frauen weitgehend unsichtbar gemacht, ihre Erfahrungen, Interessen, Organisations- und Aktionsformen als nicht politikwürdig ausgeschlossen.« (Wischermann 2003: 23)

Diese Trennung von gesellschaftlichen Sphären wurde bei den Krisenprotesten vor allen hinsichtlich der geschilderten Hierarchisierung des Kapitalwiderspruchs deutlich, in deren Folge andere, nicht primär kapitalistische Erfahrungs- und Handlungsbereiche sowie damit zusammenhängende Macht- und Herrschaftsverhältnisse marginalisiert und zum Teil in den Raum des Privaten verbannt wurden. Zudem spiegelte sich diese Problematik bei *denjenigen* Handlungsstrategien wider, bei denen der Politikbegriff sich nur auf die Sphäre des Öffentlichen beschränkte.

Darüber hinaus haben Poststrukturalist_innen, wie Butler, Foucault und Stuart Hall, gesellschaftlich konstruierte, wirkmächtige, herrschaftsförmige Trennungen von Identitäten und binären Grenzziehungen – seien es Geschlecht, Ethnizität, Begehren oder Sexualität – sichtbar gemacht und gezeigt, dass Identitäten generell nie abgeschlossen oder isoliert voneinander sind (u.a. Butler 2001; Butler 1991; Butler 1995; Foucault 1976; Foucault 1981; Foucault 2003; Hall 2000; Hall 2012). Die hierarchisierende Dichotomisierung und Konstruktion des Anderen wurde von Vertreter_innen der Critical Whiteness-Forschung herausgearbeitet (für den deutschsprachigen Raum siehe den Sammelband von Eggers et al. 2005). Theorien der Intersektionalität haben die Trennung von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen und die Privilegierung bezüglich des Klassengegensatzes ins Zentrum ihrer Kritik gestellt (z.B. Klinger/Knapp 2005 sowie Winker/Degele 2009) und dementsprechend verschiedene Diskriminierungserfahrungen in Verbindung gesetzt, die bei einem Großteil der analysierten Krisendiskurse unbeachtet blieben. Bourdieu hat die ihm zufolge willkürlich gezogenen Grenzziehungen im wissenschaftlichen Feld (z.B. zwischen Soziologie und Ethnologie oder Soziologie und Geschichte) rekonstruiert und kritisiert, die er als »ein bloßes Produkt der akademischen Reproduktion« bewertet und die »keinerlei wissenschaftstheoretische Grundlage« haben (Bourdieu, zit. in Jurt 2003: 159).

Die Liste herrschaftsförmiger binärer Verhältnisse, die im Rahmen der Kristenproteste aufgetreten sind und die z.T. auch produktiv bearbeitet wurden, könnte noch erheblich erweitert werden, z.B. um die Gegensätze Kultur – Natur, global – lokal, Geist – Körper und damit zusammenhängend Kopfarbeit – Handarbeit. Sie durchziehen die gesellschaftlichen Verhältnisse fundamental und sind infolgedessen auch in konkreten politischen Praxen wiederzufinden. Mit diesen Trennungen sind oftmals hierarchisierende Verhältnisse und identitäre (abwertende) Zuschreibungen verbunden, die dazu dienen, die andere Seite zu delegitimieren und Herrschaft abzusichern. Die Trennung von gesellschaftlichen Zusammenhängen bewirkt darüber hinaus eine Vereinfachung und Verkürzung von komplexen Erklärungen und Analysen. Dies wurde insbesondere bei den finanzmarktzentrierten Kriseninterpretationen und Lösungsansätzen deutlich, bei denen gesellschaftliche Bereiche grundsätzlich als getrennt und von der Ökonomie determiniert betrachtet wurden. Gesellschaftliche Zusammenhänge wurden auf diese Weise verkürzt dargestellt und fragmentiert, Identitäten zugleich festgelegt und vereinzelt. Infolgedessen wurde die Verflochtenheit von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen verkannt. Für die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven ist jedoch eine Verbindung von gesellschaftlichen Sphären und Identitäten notwendig, sowie ein Verständnis davon, dass Identitäten nie abgeschlossen und voneinander zu trennen sind.

»Das Bewusstsein für das große Ganze ...«

> »Es bedarf eines Bewusstseins für das große Ganze, auch bei kleinen lokalen Projekten.« (Ana Esther Ceceña bei der Veranstaltung »Postneoliberale Strategien in der Krise des Kapitalismus« auf dem Attac-Kapitalismus-Kongress 2009)

Insbesondere mittels Theorien der Intersektionalität lässt sich die fundamentale Verstrickung von Unterdrückungsverhältnissen und von Subjektpositionen im Allgemeinen theoretisieren sowie die Möglichkeit und Notwendigkeit begründen, diese als miteinander verwoben zu denken. Anstatt jedoch die Wirkungen von mehreren Unterdrückungsverhältnissen lediglich zu addieren, geht es vor allem darum, zu begreifen, dass die Kategorien in verwobener Weise auftreten und sich wechselseitig verstärken, abschwächen oder auch verändern können (vgl. Winker/Degele 2009: 10). Friederike Habermann geht sogar noch einen Schritt weiter, indem sie die Annahme

der Verschränktheit von Macht- und Herrschaftsverhältnissen poststrukturalistisch erweitert: Herrschaftsverhältnisse erlangen ihre spezifische Identität erst durch ihre *spezifische* Artikulation:

> »Patriarchat, Kapitalismus und *whiteness* verschränken sich demnach nicht nur als unabhängige Variablen einer Gleichung, sondern dieses Patriarchat, dieser Rassismus und dieser Kapitalismus werden erst in ihrer Artikulation konstituiert – genauso wie unsere Identitäten.« (Habermann 2006b: 128, Herv. i. O.)

Gegen-hegemoniale Kämpfe benötigen daher ein ausgeprägtes Bewusstsein für die subjektkonstituierende, fundamentale *Verflechtung* von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie für die ständige Tendenz zu deren herrschaftsförmiger Trennung und Hierarchisierung.

So kämpfen – wie bei den Krisenprotesten erkennbar war – insbesondere mehrfach Privilegierte, wie z.B. *weiße*, deutsche Arbeiternehmer, häufig nur gegen *ein* Herrschaftsverhältnis und lassen andere Unterdrückungsverhältnisse unbeachtet. Gewerkschaftliche Politik muss jedoch jenseits des Klassengegensatzes weitere Herrschaftsverhältnisse sowie deren Verschränkung in die politische Analyse und Praxis miteinbeziehen, wie dies z.T. auch schon praktiziert wird. So hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Hamburg die erste gewerkschaftliche Anlaufstelle eingerichtet, in der sie Menschen ohne gesicherten Aufenthalt bezüglich Fragen des Arbeits- und Sozialrechts berät. Dies kann als Beispiel für einen Ansatz verstanden werden, bei dem neben dem Klassenwiderspruch noch andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse in die politische Praxis miteinbezogen werden (ver.di 2011).

Daraus folgt auch, gesellschaftliche Bereiche und Krisen lokal wie global zusammen zu denken, anstatt sie als Gegensätze oder Konkurrent_innen gegenüberzustellen. Anna Marie Smith veranschaulicht diese Notwendigkeit anhand der lesbisch-schwulen Proteste gegen so genannte Sauna-Razzien in Toronto Anfang der 1980er Jahre. Die Aktivist_innen haben nicht nur für die Erhaltung der schwulen Saunen gekämpft, die im Zuge der Stadterneuerung »aufgeräumt« werden sollten, sondern ihre Forderungen auf staatliche Programme, bezahlbare Studiengebühren, Kunstförderungen, Weiterentwicklung des staatlichen Gesundheitssystems – kurz: auf die Absicherung ihrer Lebensweise – ausgeweitet:

> »Unsere WortführerInnen formulierten unsere Kritik richtigerweise auf eine Art, in die der radikale Kampf gegen eine konzerndominierte Stadtentwicklung in die Kritik an der Polizeibrutalität und an der homophoben Dimension des Rechtssystems eingebaut war.« (Smith 2000: 54)

Es geht Smith zufolge um eine Absage an »single-issue-Politiken«, bei der Identitäten und Lebenswelten voneinander getrennt werden und nur für spezifische Forderungen eingetreten wird. Die spezifischen, partikularen Forderungen werden mit der Forderung nach weitergehenden sozialen und politischen Rechten gekoppelt. Infolgedessen kann der Gefahr, »in die depolitisierende Falle des liberaldemokratischen Pluralismus zu tappen« (Smith 2000: 54), bei dem eben diese Trennung mit dem Verweis auf eine einfache Vielfältigkeit der Lebensverhältnisse begründet wird, entgegengewirkt werden. Smith knüpft ebenfalls an die Marxsche Unterscheidung von Citoyenne und Bourgeoise an und reformuliert diese queerfeministisch. Daraus folgt, nicht nur für eine politische *Anerkennung* von Identitäten und Lebensweisen zu kämpfen, sondern auch für deren *Lebbarkeit*, und dies bedeutet in erster Linie deren ökonomische Absicherung. Für diese Verknüpfung von Anerkennungs- mit Umverteilungsfragen plädiert ebenfalls Nancy Fraser (1997a). Es reicht also nicht aus, für spezifische Forderungen zu kämpfen. Stattdessen müssen diese an den gesellschaftlichen Kontext rückgebunden und mit diesem verbunden werden. Daraus folgte ebenfalls, dass ein einfaches Freund_in-Feind_in-Denken politisch nicht mehr legitimierbar ist, da sich Macht- und Herrschaftsverhältnisse viel komplexer darstellen als dieser einfache Dualismus vermuten lässt.

8.3. Spannungsfeld III: Politik und das Politische – Konzeptionen und Praxen

In Kapitel 7 wurde ein zentrales Spannungsfeld durch die Frage aufgespannt, wo gesellschaftliche Veränderung stattfindet und welche Praxen als politisch verstanden werden. Diese Problematik umfasste einerseits die Frage nach dem Verhältnis von institutionalisierten Formen der Politik und sozialen Bewegungen und andererseits die grundlegende Frage nach dem Wesen des Politischen.

Im ersten Teil dieses Kapitels wird daher das Verhältnis von institutionalisierten Formen der Politik und sozialen Bewegungen unter Rekurs auf diesbezügliche Debatten innerhalb der akademischen Linken genauer beleuchtet. Daran anschließend werden Möglichkeiten des Umgangs mit diesem Spannungsverhältnis erarbeitet. Im zweiten Teil dieses Kapitels wird auf die Leerstelle eingegangen, dass Alltagspraxen und Nahverhältnisse – egal ob bei institutionalisierter Politik oder sozialen Bewegungen – zumeist aus dem Verständnis, was als politisch gilt, herausfallen und daher als Ge-

genstand gesellschaftlicher Veränderung unbeachtet bleiben. Hinsichtlich beider Aspekte werden diesbezügliche Prämissen für gegen-hegemoniale Praxen aufgestellt.

Organisierung, Institutionalisierung und Repräsentation – Zum Verhältnis institutionalisierter Politik und sozialer Bewegung

Das Spannungsfeld bezüglich des Verhältnisses von institutionalisierter Politik und sozialer Bewegungen ist nicht neu; die Linke führte bereits vor 150 Jahren Auseinandersetzungen über den Sinn parlamentarischer und institutioneller Vertretung. Diese bezogen sich vor allem auf die Positionierung hinsichtlich der parlamentarischen Vertretung. Da im Rahmen der Krisenproteste darüber hinaus auch die Rolle der Gewerkschaften sowie großer Verbände, Organisationen und Netzwerkte (wie Attac) zentral war, geht es hier nicht nur um die Frage der Institutionalisierung in Form von politischen Parteien und Vertretung im Parlament, sondern um alle Formen von institutioneller Einbindung in das herrschende System. Es geht folglich um die Positionierung gegenüber politischen Institutionen, aber auch um die generelle Frage des Verhältnisses zu den herrschenden Politikformen und -räumen und damit einhergehend um die Frage, inwieweit ein Engagement in Gewerkschaften, Parteien und Organisationen für die Entwicklung und Realisierung gegen-hegemonialer Perspektiven als notwendig und wichtig erachtet wird.

In diesem Kapitel werden zunächst in einem Exkurs einige für meine Fragestellung interessant erscheinende Argumentationen vor allem der deutschsprachigen Linken der letzten 150 Jahre rekonstruiert. Dieser Exkurs soll einen kurzen Einblick in ablehnend-kritische wie auch aufgeschlossene Positionen gegenüber institutioneller Politik geben – die darin angesprochenen Debatten sind daher keineswegs als erschöpfend anzusehen. Vielmehr sollen schlaglichtartig einige Argumente beleuchtet und aufgenommen werden, um die aktuelle Debatte mit historischen Versatzstücken zu bereichern und in einen historischen Kontext zu stellen.[63] In einem nächsten Schritt werden an diese Debatten anknüpfend Wege aufgezeigt, durch die beide Pole – institutionalisierte Politik und soziale Bewegungen – mit-

[63] Dass die Debatten nur grob in den konkreten historischen Kontext eingebettet werden können, ist aufgrund der Kürze des Exkurses leider unumgänglich. Auf die generelle Notwendigkeit, konkrete Politik immer unter konkreten Verhältnissen zu analysieren und zu bewerten, wird im Rahmen der in diesem Kapital erarbeiteten Prämissen (Prämisse 1) eingegangen.

einander verbunden und nicht als Gegensätze konzeptionalisiert werden, um daran anschließend diesbezügliche Prämissen zu formulieren.

Exkurs: Die lange Geschichte des spannungsreichen Verhältnisses zwischen institutionalisierten Formen der Politik und sozialen Bewegungen – ein Auszug

> »Hinein kommen wir, das ist gewiss, man streitet nur noch darüber: durch welche Tür.« (Engels 1972: 523)

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels haben sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen institutionalisierten Formen der Politik und sozialen Bewegungen beschäftigt.

Marx hat sich – im Gegensatz zum späten Engels – strikt gegen das Parlament als eine Form institutionalisierter Politik positioniert. Er hat die parlamentarische Republik noch als die direkteste Form der Unterdrückung der Arbeiter_innen durch die Bourgeoisie bewertet (vgl. Marx 1976d). Er begründet dies damit, dass das Parlament zwar für das Allgemeine steht, de facto aber nur den stabilen Interessenaustausch der *herrschenden* Klassen regelt (vgl. Demirović 2007b). Für Marx stellt der Staat dementsprechend nichts anderes als die Diktatur der bürgerlichen Klasse dar, die ihren partikularen Interessen den Schein von Universalität gibt und diese im Staat als vermeintliches Allgemeininteresse durchsetzt. Faktisch sichern der Staat und das Parlament die Klassenherrschaft ab (vgl. Demirović 2007b: 22).

Während Marx sein Staatsverständnis noch stark in Abgrenzung zu einem idealistischen, hegelianischen Verständnis von Staat als das Sittliche und Allgemeine konzipiert und dementsprechend die Funktion des Staates als Absicherung der bürgerlichen Klassenherrschaft in den Vordergrund gestellt hat, ist das Staats- und Parlamentarismusverständnis von Engels hingegen von den ersten Erfolgen der Arbeiter_innen in den Parlamenten geprägt. Bei ihm deutet sich folglich eine Veränderung der Bewertung des Verhältnisses von Staat und Bewegung an: In der Einleitung zu »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 von Karl Marx« (Engels 1972) plädiert er dafür, den Parlamentarismus – und hier insbesondere das Wahlrecht – zur Verwirklichung der Interessen der Arbeiter_innenklasse als Instrument zu nutzen. Durch Wahlen könnten die Kräfteverhältnisse gemessen und abgebildet werden. Den Stimmenzuwachs der Sozialist_innen sowie den Wahlkampf betrachtet er als die besten »Propagandamittel«. Darüber hinaus stellt der Reichstag den Sozialist_innen eine Tribüne zur Verfügung, die ih-

nen eine enorme Autorität und Freiheit für Reden und Agitation bietet (vgl. Engels 1972: 519). In Rekurs auf das französische marxistische Programm argumentiert er dementsprechend: »(...) es verwandelt [sich] aus einem Mittel der Prellerei, was es bisher war, in ein Werkzeug der Befreiung« (zit. n. Engels 1972: 518). Engels stuft das Parlament daher als »neue Kampfweise des Proletariats« (Engels 1972 519) ein.[64] Er geht daher von einem nötigen Strategiewechsel aus, da der Barrikadenkampf aus verschiedenen Gründen, wie z.B. militärtechnischen (unterlegene Waffen) und städtebaulichen Entwicklungen (gerade Straßen erschweren den Barrikadenbau), erschwert wird (Engels 1972: 522). An diesem Punkt lässt sich die Wendung (eines Strangs) marxistischer Theorie vom Bewegungskrieg zum Stellungskrieg und die Relevanz der Bewusstseinsbildung erahnen, die von Gramsci theoretisch ausgearbeitet wurde, wenn er schreibt:

> »Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewussten Minoritäten an der Spitze bewusstloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten.« (Engels 1972: 523)[65]

Für Engels ist das Verhältnis zum Parlament jedoch ausschließlich instrumenteller Natur und stellt keinen Selbstzweck dar; die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft ohne Staat stellt das eigentliche Ziel dar. Er kommt daher zu der eingangs zitierten Schlussfolgerung, dass die Arbeiter_innenklasse auf jeden Fall die Macht erringen würde, umstritten sei nur noch der Weg.

Infolge der in den darauffolgenden Jahrzehnten weiteren Erstarkung von Arbeiter_innenparteien und Gewerkschaften und ihrer parlamentarischen

---

[64] Bemerkenswert ist, dass Engels bereits zu diesem Zeitpunkt die Gefahr der bürgerlichen Gesellschaft von »Bruch der Verfassung, Diktatur, Rückkehr zum Absolutismus« prognostiziert: »Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand.« Als Folge bleibe ihnen nichts anderes, als selbst diese von ihnen geschaffene Gesetzlichkeit zu durchbrechen: »Sie rufen verzweifelt mit Odilon Barrot: la légalité nous tue, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben. Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen.« (beides Engels 1972: 525, Herv. i. O.)

[65] In der zweiten Fassung »eintreten sollen«.

und gesellschaftlichen Erfolge und Einflussmöglichkeiten setzte sich diese positive Bewertung der parlamentarischen Einbindungen und institutionellen Vertretung fort. Die Hoffnung, über das Parlament die ersehnte gesellschaftliche Neujustierung bewirken zu können, zieht sich durch viele marxistische Schriften der ersten zwei Dekaden des 20. Jahrhunderts. So argumentiert Rosa Luxemburg ebenfalls, dass kein Gegensatz zwischen parlamentarischer Arbeit und Revolution bestehen muss. Mit dem von ihr geprägten Begriff der »revolutionären Realpolitik« (Luxemburg 1972) lässt sich der Widerspruch zwischen dem Umstürzen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse – der Revolution – einerseits und der systemimmanenten Abhilfe gegen soziale Härten – der Reform – andererseits auflösen. Bei dieser werden beide Seiten als untrennbare Seiten ein und derselben Medaille verstanden. Ihre Argumentation weist starke Überschneidungen mit dem Standpunkt von Engels auf, wenn sie das Parlament als Tribüne für die Arbeiter_innenklasse einstuft. Nach Luxemburg hat das Parlament kein bestimmtes Wesen, es ist vielmehr eine Form, derer sich die Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus bediente (vgl. Haug 2007: 143): Es ist eine Bühne des Klassenkampfes, die als Öffentlichkeit, zur Massenerziehung und als Garant zur Einhaltung der Menschenrechte fungiert. Auch sie hat die Gefahr des Faschismus bereits vorausgesehen und für eine Verteidigung des Parlamentarismus gegen das Bürgertum plädiert:

> »Hat der Parlamentarismus für die kapitalistische Gesellschaft jeden Inhalt verloren, so ist er für die aufstrebende Arbeiterklasse eines der mächtigsten und unentbehrlichen Mittel des Klassenkampfes geworden. Den bürgerlichen Parlamentarismus vor der Bourgeoisie *und gegen* die Bourgeoisie zu retten ist eine der dringendsten Aufgaben der Sozialdemokratie.« (Luxemburg 1979: 451, Herv. i. O.)

Wie Engels weist sie in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Ziel nicht aus den Augen verloren und der Parlamentarismus nicht zum Selbstzweck werden darf. Sie kritisiert daher vehement die Fokussierung von Teilen der Linken auf die »parlamentarischen Schwatzbuden« (Luxemburg 1983b: 278). Sie hat diese Argumentation u.a. in Abgrenzung zu Eduard Bernstein entwickelt, der eine rein reformistische Position vertrat (Bernstein 1899).

Wie wir bereits gesehen haben, ist Antonio Gramsci ebenfalls ein Fürsprecher des Engagements in institutionalisierten Formen der Politik. Er begründet die Wichtigkeit parteipolitischer und gewerkschaftlicher Organisierung auf einer politisch-kulturellen Ebene. Wie er im Rahmen seiner Analyse verschiedener kapitalistischer Länder herausgearbeitet hat, kann die Art der

Revolution nur von der konkreten politischen Form der Herrschaftsausübung abhängig sein: Während in Ländern mit einer autoritären Herrschaftsform wie Russland gesellschaftliche Veränderung sich noch über einen revolutionären Bewegungskrieg vollziehen konnte, sei in den industriell und zivil fortgeschrittensten Gesellschaften die bürgerliche Herrschaft differenzierter und verfüge über einen fundamentalen Rückhalt in der sich immer weiter herausbildenden Zivilgesellschaft (vgl. z.B. Gramsci 1991: 874, Heft 7, § 16). Zentrale emanzipative Akteur_innen sind hier – neben Bildungseinrichtungen und Medien – die Parteien und Gewerkschaften, die die Bildung der Arbeiter_innen anführen und organisieren sollen.

Engels', Luxemburgs und Gramscis Parlamentarismus-Euphorie ist einer Zeit geschuldet, in der Arbeiter_innenparteien, Gewerkschaften und Verbände über eine relativ große gesellschaftliche Wirkmächtigkeit verfügten. In den folgenden Jahrzehnten traten hingegen Ernüchterung und die prophezeite Notwendigkeit der Verteidigung der liberalen Demokratie im Dritten Reich ein.

Im Nachkriegsdeutschland herrschten wiederum andere gesellschaftliche Voraussetzungen, die eine andere Positionierung zu institutionalisierten Formen der Politik zur Folge hatten. Das erste Mal in der Geschichte Deutschlands wurde ein dauerhaft formal funktionierender Parlamentarismus praktiziert, der an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen dennoch nichts zu verändern schien. Darüber hinaus machte sich insbesondere bei jüngeren Menschen eine Perspektiv- und faktische Machtlosigkeit infolge der seit 1966 regierenden »Großen Koalition« aus CDU und SPD und der nahezu fehlenden Opposition im Deutschen Bundestag breit. Das »Versprechen der Demokratie« schien keineswegs eingelöst, stattdessen waren weder die autoritären Strukturen noch ein Großteil des Personals des NS-Regimes, vor allem in den Universitäten, ausgetauscht worden, wie das 1967 enthüllte Transparent mit dem Slogan »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren« verbildlichen sollte. Im Zuge dieser so genannten 68er-Bewegung setzte in Deutschland eine massive Welle linker Parlamentarismuskritik ein (u.a. Agnoli/Brückner 1967; Narr 1977). In diesem Zusammenhang wurde nicht nur kritisiert, dass keine der im Bundestag vertretenen Parteien die Belange vor allem der jüngeren Generation angemessen vertritt. Vielmehr stellte sich in Teilen der sich formierenden außerparlamentarischen Opposition (APO) die Frage, ob es überhaupt möglich ist, alle oder zumindest einen Großteil der Interessen im Parlament vertreten zu können.

Einer der führenden Kritiker von Parlamentarismus und der repräsentativen Demokratie zu dieser Zeit war Claus Offe, der (mit zeitlichem Abstand)

zentrale Kritikpunkte zusammengefasst hat (Offe 1980). Erstens zeichnen sich seiner Einschätzung nach parlamentarisch verfasste Systeme immer durch eine Selektivität und Verzerrung der Vertretung von Interessen aus: Es werden vor allem jene Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt, die systemkompatibel sind, oder sie werden zu solchen gemacht. Der zweite Kritikpunkt betrifft die politischen Inhalte, die die »Fassungskraft der etablierten Kanäle und Verfahrensweisen« (Offe 1980: 27) übersteigen und infolgedessen vom politischen System marginalisiert werden, um dann infolge von Protestwellen ans Tageslicht zu treten. Neben dieser Verzerrung und Verdrängung hat Offe noch einen weiteren Kritikpunkt identifiziert, der seiner Ansicht nach in den meisten Parlamentarismuskritiken zumeist unterbelichtet bleibt: die Herauslösung und Trennung der politischen Staatsbürger_innenrolle von den konkreten gesellschaftlichen Lebensverhältnissen. Als Folge dieser Trennung werde Politik zur Privatsache, da die Bürger_innen – analog zur Marxschen Unterscheidung von Citoyenne und Bourgeoise – zu abstrakten Willenssubjekten werden, die losgelöst von ihren konkreten Lebensverhältnissen behandelt werden. Dies habe zur Folge, dass immer nur Teilidentitäten berücksichtigt werden und die Wähler_innen sich je nach »Laune oder Tagespolitik« entscheiden, ob sie als Teilidentität Frau, Mutter, Arbeitnehmerin, Atheistin oder Mieterin bei der nächsten Wahl der entsprechenden Partei ihre Stimme geben. Offe schlussfolgert daraus, dass die »Taktik der Konkurrenzpartei (...) ja gerade darauf ab[zielt], für alle wählbar und akzeptabel zu sein“ (Offe 1980: 33). Das Erscheinungsbild eines Parteipolitikers entspreche demzufolge dem eines »hochtrainierten Generalisten« (Offe 1980: 34). Bettina Lösch beschreibt diesen Kritikpunkt folgendermaßen:

> »Die WählerInnen werden vollständig vom politischen Prozess der Erarbeitung und Beratung politischer Alternativen abgetrennt. Die Parteien haben als Anbieter und politische Unternehmer lediglich die Funktion, auf WählerInnenpräferenzen zu reagieren und sich gegenüber der Konkurrenz Vorteile zu verschaffen. (...) Dadurch, dass die Parteien maßgeblich auf das Ziel kurzfristiger Gewinnmaximierung konzentriert sind, vernachlässigen sie darüber hinaus jegliche Art langfristiger inhaltlicher und programmatischer Ausrichtung. (...) Politik und Politikkonzeptionen werden zur Ware, die BürgerInnen zu entpolitisierten und individualisierten KonsumentInnen, die aus der angebotenen Ware Politik wählen können.« (Lösch 2004: 21)

Daraus resultiert, dass die herrschenden politischen Verkehrsformen der Konkurrenzdemokratie selbst formwidrige Inhalte der politischen Willens-

bildung erzeugen. Es werden kontinuierlich nicht repräsentierte und repräsentierbare Bedürfnisse erzeugt. Dies habe für die Politik verheerende Folgen:

> »Die Politik der nach ›Regierungsverantwortung‹ strebenden Konkurrenzpartei legt es den Parteien nahe, Wählerstimmen zu suchen, *wo immer* sie zu bekommen sind, sich also jeder Bezugnahme auf (klassenmäßig, konfessionell oder sonstwie) spezialisierte ›Einzugsbereiche‹ zu enthalten. (...) Umgekehrt haben auch die gesellschaftlichen Massenorganisationen, vorab die Gewerkschaften (wie ähnlich auch die Massenmedien) in einem konkurrenzdemokratisch verfaßten politischen System allen Anlaß, von sich aus die offizielle politische Festlegung ihrer Mitgliedschaft zu vermeiden; denn sie müssen ja, im Interesse ihrer Verbandsziele, mit *allen denkbaren* Regierungsparteien bzw. -koalitionen ein auskömmliches Verhältnis unterhalten.« (Offe 1980: 31, Herv. i. O.)

Es sind nach Offe also diese *strukturellen* Funktionsmechanismen des parlamentarischen Systems, die Phänomene wie Politik- und Parteiverdrossenheit und fehlende politische Identitätsbildung verursachen.

Ähnlich argumentiert 30 Jahre später der Politikwissenschaftler und Schriftsteller Raul Zelik, kommt aber dennoch zu anderen Schlüssen. Die öffentliche Begründung seines Parteieintritts in die Linkspartei im Juni 2012 brachte innerhalb der Linken zahlreiche Kontroversen um den Sinn parlamentarischen Engagements öffentlichkeitswirksam in Gang (vgl. u.a. die Diskussionsbeiträge auf der Internetseite *Lafontaines Linke*).[66] In der Begründung seines Parteieintritts argumentiert er zwar, dass die politische »Zusammensetzung von Regierungen und Parlamenten für politische Entscheidungsprozesse in einer Gesellschaft oft völlig bedeutungslos ist«, und dass parlamentarische Politik nicht der Kern eines emanzipatorischen Projekts sein könne. Denn Berufspolitik erzeuge ein Interesse an der Aufrechterhaltung bestehender Politikformen sowie die Entwicklung eigener Macht- und Klientelkalküle. Die Angst vor einer beruflichen Neuorientierung nach Ablegen des Mandats macht die parlamentarische Arbeit meist zu einem Kampf um die Behauptung des Mandats als Selbstzweck.

Trotz dieser ernüchternden Beobachtung bewertet Zelik die parlamentarische Arbeit und einen Parteieintritt als sinnvoll, und zwar aus folgenden Gründen: Seiner Einschätzung nach hat die Gründung einer Linkspartei

---

[66] Seine Entscheidung, nach 30 Jahren des politischen Aktivismus doch in die Linkspartei einzutreten, hat er am 16.6.2012 in der Tageszeitung neues deutschland erläutert (Zelik 2012).

in Deutschland dazu geführt, dass Themen, Analysen und Inhalte auf der politischen Tagesordnung stehen, die bisher im öffentlichen Diskurs marginalisiert wurden. Dieses Argument wurde ebenfalls von vielen Protagonist_innen der Krisenproteste vorgebracht: Die Linkspartei habe eine Diskursverschiebung nach links bewirkt. Sie wurde sogar im positiven Sinne als »Propandariese« bezeichnet. Als zweites zentrales Argument für (s)ein Engagement in der Linkspartei führt Zelik die Existenz eines »Ort[es] gemeinsamer Praxis des Widerstands«, der Vernetzung und Kommunikation innerhalb der Linken an. Aus diesen Gründen erachtet er Wahlerfolge als zweitrangig. Er koppelt demzufolge das Parteienverständnis von dem Prinzip der Konkurrenzpartei ab und sieht als primäre Funktion der Linkspartei die Konstituierung eines Ortes linker Deliberation und Praxis. Dieses Argument lässt sich sicherlich um die Bereitstellung von finanziellen, aber auch personellen und ideellen Ressourcen durch die Linkspartei ergänzen. Zahlreiche linke und linksradikale Gruppen und Aktivist_innen greifen auf die Ressourcen v.a. der Linkspartei, aber auch anderer Parteien und parteinaher Stiftungen zurück, um Kongresse, Seminare und Veranstaltungen zu organisieren und auch, um ihren eigenen Lebensunterhalt für eine gewisse Zeitspanne zu sichern (z.B. mittels eines Stipendiums der parteinahen und gewerkschaftsnahen Stiftungen).

Zeliks Argumentation entspringt einem gesellschaftspolitischen Kontext, in dem nun schon zum zweiten Mal – nach der Partei »die Grünen« – eine u.a. aus einer Protestbewegung hervorgegangene politische Partei erfolgreich in das parlamentarische System integriert wurde. Seine Argumentation ist jedoch gleichermaßen einer Zeit geschuldet, in der in ideeller und finanzieller Hinsicht immer deutlicher wird, wie wichtig und lebensnotwendig die Existenz solcher Orte ist.

Ein weiteres Argument für das Engagement in Parteien und allgemein Institutionen führt Brand an, wenn er darauf hinweist, dass sich Gesellschaft auch über Institutionen und Organisationen reproduziert (vgl. Brand 2006: 36). Schon allein aus diesem Grund erscheint ein Agieren in diesen notwendig und wirkungsvoll.

Wie lässt sich also eine gegen-hegemoniale Politik, die die geäußerte Kritik an, aber auch die Möglichkeiten institutionalisierter Politikformen berücksichtigt, denken und umsetzen?

Gesellschaftliche Veränderung als revolutionäre Realpolitik

Die Entscheidung für soziale Bewegung, Protest und das Engagement in kleinen, unabhängigen Gruppen oder für institutionalisierte und dementsprechend meist repräsentative Politikformen kann nicht mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet werden. Beides sind zentrale Orte sozialer Veränderung, die sich nicht ausschließen, sondern einander bedingen und aufs engste miteinander verflochten sind; die Argumentation kann daher nicht einer einfachen Entweder-Oder-Entscheidung folgen.

Parteien und Gewerkschaften sind wichtige Akteur_innen bei der Aushandlung von politischen Kräfteverhältnissen. Sie stellen finanzielle, personelle und ideelle Ressourcen zur Verfügung, können einen (Diskurs-)Raum eröffnen und verschieben, in dem Alternativen und Gegen-Hegemonien entwickelt werden können. Sie haben einen längeren Atem als soziale Bewegungen und vermögen es tendenziell, verschiedene politische Willen zusammenzufassen. Im besten Fall können sie eine »Zubringerfunktion« (Offe 1980: 41) erfüllen, wie es die Piratenpartei zurzeit tut: Sie setzt aktuelle Fragen und Problematiken auf die politische Agenda, die vom etablierten Parteiensystem nicht aufgegriffen werden. Anna Marie Smith argumentiert daher ähnlich wie Luxemburg:

> »Politische Aktivist_innen, wie zum Beispiel lesbische Seperatistinnen, die sich völlig aus Mainstream-Institutionen zurückziehen, mögen zwar dazu beitragen, die radiale Schärfe fortschrittlicher Traditionen wiederzubeleben, unser politisches Arsenal muss jedoch auch konkrete Strategien der direkten Auseinandersetzung mit dem liberaldemokratischen Regime beinhalten. Der Ruf nach völliger Nicht-Kooperation und einem Rückzug aus Mainstream-Institutionen bedeutet auch, den Schauplatz des Kampfes aufzugeben, in dem fortschrittliche Bewegungen tatsächlich bereits einige Siege errungen haben.« (Smith 2000: 49)

Dementsprechend betrachtet sie auch den Kampf um soziale Rechte und deren Erhalt, wie der Schutz vor Diskriminierung, bezahlbare Mieten usw. für gegen-hegemoniale Kämpfe als essenziell. Die Ressourcen, auf die seitens der Aktivist_innen zurückgegriffen wird, auch wenn sie Gewerkschaften und Parteien ablehnen, müssen jedoch kontinuierlich erkämpft und verteidigt werden. Sie folgert daher: »Jede fortschrittliche Bewegung ringt um das Ausmaß, in dem sie sich am Mainstream-System beteiligen soll, da der Preis dafür hoch ist.« (Smith 2000: 50) Darüber hinaus bewegen sich emanzipative Praxen immer in einem von institutionellen und institutionalisierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenem Setting und sind von diesem durchdrungen. Um dieses zu verändern und seiner Wirk-

mächtigkeit zu berauben, bedarf es auch eines Engagements *in* den Institutionen und nicht nur einer Kritik dieser. Auf diese Weise kann das Setting mitbestimmt werden, in dem über Ressourcen, Repressionen und Rechte entschieden wird.

Die Partizipation in institutionellen Arrangements hat jedoch auch die beschriebenen negativen Auswirkungen: Berufspolitiker_innentum mit entsprechenden Interessen, Schein-Repräsentation, Marginalisierung und Zurichtung von Interessen, Bedürfnissen und Lebenslagen, Entradikalisierung der Forderungen, Trennung der Sphäre der Politik von der Gesellschaft usw. Durch die Einflussnahme auf staatliche Politiken können gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zwar nachhaltig verschoben werden, das Kapitalverhältnis (und weitere Ungleichheits-, Dominanz- und Diskriminierungsverhältnisse) können dadurch jedoch nicht grundlegend verändert werden:

> »Staatliche Politiken ändern sich durchaus mit gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, und Reformen können die Lebensbedingungen von Menschen verbessern. Doch es bedarf zugleich der Reflexion, dass die politische Steuerung und Umverteilung nur *eine* staatliche Funktion darstellt. Eine andere liegt in der Absicherung von Herrschaftsverhältnissen. Auch wenn diese durch staatliches Handeln »sozialverträglicher« gestaltet werden können, so kann der Staat sie doch nicht aufheben. Anders ausgedrückt: Mit der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse können sich die Spielräume für staatliche Politik etwa zugunsten der Lohnabhängigen oder SozialhilfeempfängerInnen erhöhen. Das Kapitalverhältnis selbst wird davon nicht tangiert.« (Habermann 2006a: 271, Herv. i. O.)

Gegen-hegemoniale Politik muss daher immer auch eine »umfassende Herrschaftskritik« (Brand 2006: 42) mit der Absicht einer grundlegenden Veränderung von Gesellschaft umfassen:

> »Es geht auch darum, gesellschaftliche Kräfte- bis hin zu Alltagsverhältnissen zu verändern und die Spielregeln selbst zu verändern. Das ist eine schwache Position, und diese Position bleibt öffentlich erstmal schwach. Gegen-hegemoniale Perspektiven nehmen das politische Vorfeld in den Blick und gehen davon aus, dass nicht zuletzt hier Handlungsfähigkeit im weiten gesellschaftlichen und im engeren politischen Sinne zurückgewonnen werden muss.« (Brand 2006: 42)

Diese Spannungsfelder und Ambivalenzen zwischen Nähe und Distanz, notwendiger Verstrickung in das herrschende System und Bewahrung der Autonomie und Radikalität dürfen im Rahmen einer emanzipativen Politik nicht glatt gebügelt oder gar »verteufelt« werden. Stattdessen müssen sie

sichtbar und zum Gegenstand kritischer Reflexion gemacht werden. Es besteht daher kein Gegensatz von Bewegung und institutionalisierter Politik, auch wenn die ihm innewohnende Ambivalenz nie aufgehoben werden kann. So schlussfolgert Brand: »Unter widersprüchlichen Bedingungen ist und bleibt auch kritisches und emanzipatorisches Denken und Handeln widersprüchlich.« (Brand 2006: 42) Auch wenn das Verhältnis von Bewegung und Einbindung ins System zahlreiche *Widersprüchlichkeiten* erzeugt, mit denen sich die Akteur_innen tagtäglich konfrontiert sehen, muss revolutionäre Realpolitik dennoch nicht als *Widerspruch* per se verstanden werden. Stattdessen erscheint es fruchtbarer, sie als notwendige Pole gegenhegemonialer Politik zu verstehen – ohne die Spannungen zwischen ihnen zu negieren. Diese Politikform kann als »revolutionäre Realpolitik« im Sinne Luxemburgs beschrieben werden. Aus diesen Überlegungen lassen sich drei Prämissen für eine revolutionäre Realpolitik ableiten, die ich im Folgenden kurz vorstellen möchte.

Drei Prämissen für eine revolutionäre Realpolitik

Wie wir gesehen haben, sind gegen-hegemoniale Praxen immer ein Stück weit in die Reproduktion hegemonialer Verhältnisse involviert. *Daher lautet die erste Prämisse: Gegen-hegemoniale Praxen sind unausweichlich in herrschende Politiken verstrickt. Dieses unvermeidbare Spannungsfeld darf nicht ignoriert werden, sondern muss Gegenstand einer kritisch-solidarischen Reflexion werden.* Auf die Krisenproteste bezogen bedeutet dies, dass die Ambivalenzen, die sich in der politischen Praxis im Kontext der Proteste ergeben, zunächst einmal als solche anerkannt, thematisiert, diskutiert und die konkreten Handlungsrealitäten und Möglichkeitsräume unvoreingenommen anerkannt und evaluiert werden.

Die historischen Debatten haben darüber hinaus gezeigt, dass es immer eines konkreten gesellschaftlichen Bezugsrahmens bedarf, um die Positionierung zum System zu bestimmen und nachzuvollziehen. *Die zweite Prämisse lautet daher: Die Frage nach der Notwendigkeit und dem Grad der Einbindung in herrschaftsförmige institutionalisierte Formen der Politik kann weder abstrakt losgelöst von einem konkreten gesellschaftspolitischen Kontext noch allgemeingültig beantwortet werden.* Es kann also keine universell gültige Entscheidungsgrundlage geben.[67]

[67] Für eine generelle Kritik an der Annahme einer universell gültigen Rationalität vgl. Mouffe 1999, Mouffe 2000 oder Mouffe 2007.

So erschien es für Marx sinnvoll, sich gegen den erstarkenden, bürgerlich konstituierten und ausgeformten Staat und seine Institutionen abzugrenzen, während es für Marxist_innen des beginnenden 20. Jahrhunderts aufgrund der neuen Möglichkeiten und Erfolge institutioneller Politik zielführender erschien, »zweigleisig« zu fahren[68] und im System gegen das System zu agieren. Im Zuge der 1968er-Bewegung wiederum schienen die Möglichkeiten, im System etwas verändern zu können, fast unmöglich zu sein, sodass eine Rückbesinnung auf Selbstorganisation und radikale Systemkritik erfolgversprechender schien. Aufgrund der Etablierung linker Parteien und der Beobachtung, dass linke Bewegungen in der Vergangenheit zwar gesamtgesellschaftlich wirkmächtig sein konnten, jedoch vor allem organisatorisch und inhaltlich über keinen langen Atem verfügen, kam Zelik zu dem Schluss, dass linke Parteien und ein Engagement in diesen unabdingbar für eine revolutionäre Politik sind. Eine konkrete Positionierung hinsichtlich institutionalisierter Formen von Politik kann dementsprechend nur aus einer differenzierten gesellschaftspolitischen Analyse des Möglichkeitsraums folgen: Inwieweit, unter welchen Bedingungen, in welchem Ausmaß und in welcher Art und Weise erscheint es zu einem konkreten historischen Zeitpunkt sinnvoll, sich in herrschenden Institutionen und Politiken zu engagieren? Ab wann ist es sinnvoll, sich vehement gegen ein System zu stellen – ohne dabei zu übersehen, dass beide Pole notwendige Seiten ein und derselben Medaille sind, die sich eben nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig bedingen.

Für die Entwicklung gegen-hegemonialer Perspektiven bedeutet dies, dass eine Analyse politischer Kräfteverhältnisse, Konstellationen und daraus resultierender Handlungsräume und Handlungs»notwendigkeiten« für eine differenzierte Entscheidungsfindung, -begründung und -nachvollziehbarkeit notwendig ist. Das bedeutet, dass gegen-hegemoniale Perspektiven und Praxen immer einer konkret-gesellschaftlichen Ausformung bedürfen und nie Allgemeingültigkeit beanspruchen können. Je nach gesellschaftspolitischer Situation und eigenem Kontext erfordert politisches Engagement mal mehr Opposition und mal mehr Inklusion in politischen Institutionen. *Aus dieser These folgt die dritte, letzte Prämisse einer revolutionären Realpolitik: Selbst wenn eine differenzierte gesellschaftspolitische Analyse*

[68] Wobei hier wie auch bei den anderen angeführten historischen Versatzstücken nicht unterschlagen werden darf, dass es zahlreiche Argumente und Positionen gegen diese Strategie gab und die angeführten Positionen zumeist in Abgrenzung zu diesen entwickelt wurden.

vorgenommen wurde, können daraus keine zu diesem Zeitpunkt allgemeingültigen Aussagen getroffen werden. Stattdessen basieren diese auf persönlichen, individuellen Handlungsräumen und daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten, Motivationen und Präferenzen.

Die Antwort kann demzufolge nur auf der Subjektebene liegen: Auf welcher Ebene oder welchen Ebenen politisches Engagement zu einem bestimmten Zeitpunkt für die eigene politische Praxis zielführend erscheint, kann letztendlich nur auf individueller Ebene entschieden werden. Die eigene Positionierung in diesem von Spannungen und Ambivalenzen durchzogenen Feld und die diesbezüglichen subjektiven Begründungszusammenhänge müssen dabei Teil der Reflexion werden.

Revolution im Alltag – Revolution ist Alltag

> »Materielle Verhältnisse zu queeren bedeutet auch, den eigenen Alltag nach seinen dissidenten Möglichkeiten auszuloten, das eigene alltägliche Leben als potentiell revolutionär zu begreifen.« (Habermann 2008: 294)

> »Heute müssen wir mit der Geschichte Geduld haben – ich meine nicht untätige, bequeme, fatalistische Geduld, ich meine eine solche, die bei höchster Aufbietung der Tatkraft nicht verzagt, wenn sie vorläufig auf Granit zu beißen scheint, und nie vergisst, dass der brave Maulwurf Geschichte rastlos Tag und Nacht wühlt, bis er sich ans Licht hervorgewühlt hat.« (Luxemburg, Brief an Marta Rosenbaum 1917, zit. n. Haug 2007: 155)

Eine Gemeinsamkeit, die soziale Bewegungen und institutionalisierte Formen der Politik haben, ist die Fokussierung auf die Ebene der Politik. Soziale Bewegungen beziehen zwar tendenziell stärker die Nahverhältnisse in ihre politische Praxis mit ein, aber auch hier wird die politische Praxis als ereignishaft und wenig mit dem konkreten Alltag verbunden gesehen. Es geht hier also um die grundlegende Frage, welche gesellschaftlichen Sphären als Austragungsorte politischer Kämpfe und Veränderungen gesehen werden und welche Praxen und Bereiche als politisch verstanden werden.

Im Kontext der Krisenproteste wurden jedoch auch Ansätze thematisiert, bei denen Politik nicht als isolierte, vom konkreten Lebensalltag abgetrennte Praxis betrachtet wird, sondern als zwischen konkreten Subjekten in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen und dementsprechend auch und

vor allem im Alltag stattfindende Praxis.[69] Dieses Politikverständnis wurde insbesondere bei dem zweiten Typus von Handlungsstrategien und Forderungen sichtbar, bei denen an konkreten Lebensverhältnissen angesetzt und diese zum Gegenstand der Veränderung und politischer Intervention gemacht wurden. Gesellschaftliche Widersprüche wurden hier nicht als abstrakte Widersprüche z.B. zwischen Kapital und Arbeit betrachtet, sondern immer als konkrete Widersprüche in konkreten Situationen, mit denen sich konkrete Subjekt konfrontiert sehen.

Es handelt sich dabei um ein Politikverständnis, bei dem nicht das Agieren *gegen* etwas bzw. die Forderung *für* etwas im Vordergrund steht, sondern die *eigenen* Möglichkeiten und Handlungen im Vordergrund stehen. Das zentrale Ziel dieser Politikform war, den Subjekten in ihren konkreten Lebensverhältnissen Handlungsfähigkeit zurückzugeben, z.B. durch Selbstorganisierung, Politisierung und Kollektivierung von vereinzelten Alltagspraxen und durch die Wiederaneignung von Handlungsraum. Folglich wurde ein Politikverständnis kritisiert und abgelehnt, in dem Demokratie auf formalisierte Verfahren und die Frage der Regierungsform reduziert wird. Stattdessen wurde Demokratie als Lebensform begriffen. Daraus folgte jedoch nicht zwangsweise, dass Demonstrationen und Proteste nicht als eine sinnvolle Handlungsform angesehen wurden – aber eben nur als *eine* Handlungsform unter anderen, und vor allem als eine, die an konkrete Alltagspraxen zurückgebunden sein muss.

Dieser Politikansatz knüpft u.a. an dem Politikverständnis der Zweiten Frauenbewegung an, die mit dem Slogan »Das Private ist politisch!« angetreten ist und somit den Bereich des Politischen auf die als gemeinhin privat begriffenen Verhältnisse erweitert hat. Habermann hat sich ebenfalls intensiv mit dieser Thematik beschäftigt. Sie hat das feministische Postulat auf die Sphäre der *Alltags*praxen erweitert und folgert daher: »Das *Alltägliche* ist politisch« (Habermann 2008: 294, Herv. J.V.). Habermann hat dieses Grundverständnis in Rekurs auf Hall entwickelt. Hall knüpft an Gramscis Hegemonietheorie an und begreift dementsprechend den Alltagsverstand der Menschen als zentralen Produktionsort von Hegemonie. Habermann argumentiert daher, dass es das alltägliche Handeln ist, durch dass die Menschen reproduzieren, »was als normal anerkannt wird« (Haber-

[69] In Kapitel 9 werden wir sehen, dass die Occupy-Proteste von 2011/20012 ebenfalls an den konkreten Lebensverhältnissen ansetzen und die geforderte Veränderung bereits im Rahmen der alltäglichen Selbstorganisierung in den Protestcamps realisiert wurde.

mann 2008: 45) Habermann radikalisiert Gramscis Hegemonietheorie jedoch in der Form, dass sie nicht nur die Zivilgesellschaft als Aushandlungsort von Hegemonie sieht, sondern alle sozialen Praxen als (potenziell) politisch begreift. In Rekurs auf Laclau und Mouffe vertritt sie die poststrukturalistisch inspirierte Sichtweise, dass soziale Realität und dementsprechend politische Kräfteverhältnisse kontinuierlich durch diskursive Praxen reproduziert werden. In diesem Sinne ist nicht *alles immer* politisch, aber *immer alles* politisierbar.

Habermann fordert daher, das eigene Leben als potenziell revolutionär zu begreifen. Erst dann können gesellschaftliche Verhältnisse langfristig und nachhaltig verändert werden. Depolitisierenden Effekten werde auf diese Weise begegnet, da Entscheidungs- und Handlungsmacht in die Nahverhältnisse zurückgeholt werden. Wie in den beiden das Kapitel einführenden Zitaten von Luxemburg und Habermann deutlich wird, gibt es in dieser Hinsicht enge Berührungspunkte der beiden Theoretikerinnen. Auch Luxemburg geht von unter der Oberfläche stattfindenden und daher nicht für alle sichtbaren gesellschaftlichen Veränderungen aus. Diese Fokussierung auf die Wiederaneignung von Handlungsmacht in den Nahverhältnissen weist starke Überschneidungen mit Formen prefigurativer Politik auf, wie sie bspw. im Rahmen anarchistischer Politik realisiert wird. Bei dieser sind die angestrebten Ziele und eingesetzten Mittel deckungsgleich, was einen Hauptunterschied marxistischer und anarchistischer Strategien darstellt (Blackledge 2010; Franks 2003; Chomsky 1995). Anstelle eines Politikverständnisses, bei dem Politik neben dem Alltagshandeln und demnach nur punktuell stattfinden kann, stehen hier in den Alltag eingebettete basisdemokratische Selbstorganisierungsprozesse im Vordergrund, bei denen das Gesellschaftsideal, das angestrebt wird, bereits im Hier und Jetzt zu praktizieren versucht wird. Die Folge davon ist, dass die neue Gesellschaft bereits in der alten beginnen kann (vgl. Graeber 2012: 29).

Habermann weist darauf hin, dass es bei solch einem Politikverständnis darüber hinaus nicht primär darum gehen kann, vorgefertigte Vorstellungen zu übernehmen oder vorab festzulegen, wie eine ideale Gesellschaft aussehen sollte, sondern vor allem darum, einen Möglichkeitsraum zu eröffnen oder diesen zu erweitern, um kollektiv entscheiden und handeln zu können. Habermann begründet diese Notwendigkeit, selbst über den Inhalt des Projekts oder der Vision entscheiden zu können, folgendermaßen:

> »Das Glück aller zu wollen ist notwendiges Element einer Definition linker Politik; allerdings kein hinreichendes. (...) Für eine emanzipatorische Politik ist demnach ein zweites notwendiges Element, dass diese Glücks-

bestimmung nur von allen selbst entschieden werden kann (...).« (Habermann 2008: 286)

Der Inhalt und das Verfahren einer demokratischen Praxis können daher nie universell bestimmt werden; Demokratie ist immer im Kommen (Derrida 2006).[70]

Des Weiteren bedeute Selbstorganisation nicht in erster Linie, mittels einer Parallelökonomie »gegen den Kapitalismus anproduzieren zu wollen« (Habermann 2006a: 279). Da Kapitalismus unumgänglich Teil unserer Subjektivität und Lebensrealität ist, spricht Habermann stattdessen von »Halbinseln« (Habermann 2009: 9). In vielen Fällen sei der Aufbau einer Parallelökonomie auch gar nicht nötig, da wir noch in einer Überflussgesellschaft leben und daher eigentlich genug produziert werde. Es gehe daher nicht vorrangig um einen Abwehrkampf kapitalistischer Zumutungen, sondern um einen aktiven, selbstbestimmten Prozess der Wiedererlangungen von Handlungsfähigkeit, der Entwicklung und Befriedigung alternativer Bedürfnisse und der Schaffung selbstorganisierter Räume. Gibson-Graham haben sich ebenfalls mit der Ausgestaltung dieser Freiräume befasst. Für sie ist es von zentraler Bedeutung, dass sich das Subjekt nicht einfach nur als rein *antikapitalistisch* begreift. Vielmehr gehe es darum, die Identität nicht nur durch eine reine Negation zu definieren, sondern mit etwas Positivem zu füllen (vgl. Gibson-Graham 2006b: XXXVI). Dies impliziert die Entwicklung von eigenen Formen von Subjektivitäten, Handlungen und Möglichkeitsräumen, die dann in die Arenen der »großen Politik« getragen werden.

Um radikale gesellschaftliche Veränderung zu ermöglichen, müssen sich demnach auch und vor allem das Alltagsbewusstsein und das damit einhergehende Alltagshandeln ändern, da nur so Protest und gesellschaftliche Veränderung nachhaltig sein können. Die beiden von Gramsci eingeführten Sphären gesellschaftlicher Hegemonieproduktion – des Zwangs und der Zivilgesellschaft – müssen folglich um die eigenständige Sphäre der Alltagspraxen ergänzt werden (die nicht einfach unter die der Zivilgesellschaft subsummiert werden kann), auf der die ersten beiden Sphären basieren – denn es kann keine politische und zivilgesellschaftliche Struktur ohne deren kontinuierliche alltägliche Reproduktion geben. Die Entscheidungs- und

[70] Derrida begründet dies folgendermaßen: »Die Demokratie ist das einzige System, das einzige Verfassungsmodell, in dem man prinzipiell das Recht hat oder sich nimmt, alles öffentlich zu kritisieren, einschließlich der Idee der Demokratie, ihres Begriffs, ihrer Geschichte und ihres Namens. Einschließlich der Idee des Verfassungsmodells und der absoluten Autorität des Rechts.« (Derrida 2006: 124).

Handlungsmacht über gesellschaftliche Entwicklungen muss daher in die Nahverhältnisse zurückgeholt und dort gestärkt werden, anstatt diese an zivilgesellschaftliche oder politische Organisationen zu delegieren.

8.4. Spannungsfeld IV: Verstrickungen und Entstrickungen aus gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen

In Kapitel 7 haben wir gesehen, dass das Subjekt fundamental fragmentiert und unausweichlich in Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt ist. Im Rahmen des empirischen Teils dieser Arbeit wurde untersucht, wie die Aktivist_innen mit diesen Verstrickungen und widersprüchlichen Subjektanrufungen umgegangen sind. Es wurde deutlich, dass ein Teil der Aktivist_innen diesen mit hierarchisierender Dichotomisierung, Externalisierung und einer Vereindeutigung von Identitäten begegnet ist. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, warum so wenig Sensibilität für die eigene gesellschaftliche Position, die damit verbundenen Privilegien, Verstrickungen und diesbezüglichen Widersprüche bestand. Warum fiel es den prinzipiell sehr kritischen, reflektierten Protagonist_innen der Krisenproteste so schwer, sich dieser bewusst zu werden und mit ihnen produktiv umzugehen? Wie könnten Möglichkeiten eines anderen, produktiven Umgangs aussehen? Auf diese beiden Fragen soll in den folgenden Unterkapiteln genauer eingegangen werden

Der Habitus als strukturierende Struktur

Eine Antwort auf die Frage nach der unausweichlichen, jedoch nur partiell reflektierten und bearbeiteten Verstrickung in gesellschaftliche Machtverhältnisse lässt sich in Rekurs auf die Habitustheorie Bourdieus geben. Die Aktivist_innen sind in einer Gesellschaft sozialisiert worden, die von rassistischen, patriarchalen und kapitalistischen (und weiteren) Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogen ist. Mit Bourdieu lässt sich aufzeigen, dass und wie diese Machtverhältnisse »Fleisch gewordene Geschichte« geworden sind. Infolge der Sozialisation werden diese inkorporiert, sie werden zum Habitus der Subjekte. Diese »Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata« (Bourdieu 1987: 101) bestimmen ganz unbemerkt und unbewusst das Handeln der Akteur_innen. Selbst wenn wir uns darum bemühen, unsere Handlungen und Wahrnehmungen zu reflektieren, so sind wir »in Dreiviertel unserer Handlungen Automaten« (Bourdieu 1982: 740). Auch wenn diese Annahme sehr statisch erscheint, vermag sie zu erklären,

warum die Aktivist_innen oft unbewusst in ihrer politischen Praxis bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse reproduzieren. Die gesellschaftlichen Verhältnisse schreiben sich in die Körper ein, und – mehr noch – mit Butler gesprochen bilden sie diese erst.

Die Schwierigkeit dieser Herauslösung aus hegemonialen Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata – auch für sehr reflektierte Aktivist_innen – wurde beim Antikapitalistischen Ratschlag deutlich. Hier wurde auf organisatorischer Ebene explizit versucht, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis der geladenen Podiumsgäste herzustellen. In der praktischen Umsetzung konnte dies jedoch nur zum Teil realisiert werden, da es an weiblichen Redner_innen mangelte, und im Rahmen der Diskussionen im Plenum waren generell die männlichen Redebeiträge in der Überzahl – selbst bei quotierter Redeliste. Dies zeigt, wie schwer es ist, innere und äußere Handlungs- und Machtstrukturen aufzubrechen. Der Kampf gegen diese im politischen wie im Alltagshandeln oft unbewusst reproduzierten Machtverhältnisse ist – mit Gramsci gesprochen – ein langer, anstrengender Stellungskrieg und eben kein schneller Bewegungskrieg. Da sich diese im Laufe eines langwierigen Sozialisationsprozesses in den Subjekten manifestiert haben, können sie in einer von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft nicht vollständig aufgehoben werden. Wie bereits Adorno feststellte:

»Es gibt kein richtiges Leben im falschen.« (Adorno 1994: 42)[71]

Dies mag auf den ersten Blick desillusionierend wirken. Aber, wie Bourdieu argumentiert, ist diese Bewusstmachung und daraus folgende Bewusstwerdung der erste Schritt für eine persönliche und gesellschaftliche Veränderung:

> »Wenn es stimmt, dass die Idee einer persönlichen Meinung selbst sozial determiniert ist, dass sie Produkt der durch Erziehung reproduzierten Geschichte ist, dass unsere Meinungen determiniert sind, dann ist es allemal besser, dies zu wissen; und vielleicht ist die Chance, persönliche Meinungen zu haben, nur dann gegeben, wenn wir wissen, dass unsere Meinungen so spontan nicht sind.« (Bourdieu 1993: 46)

---

[71] Die darin implizierte Annahme, dass es ein richtiges Leben geben könnte, ist zwar aus poststrukturalistischer, queer-feministischer Sichtweise zu negieren; und es kann auch ein falsches Leben im falschen geben. Dennoch möchte ich dieses Zitat hier anführen, da es kurz und schlüssig die unausweichliche Verwobenheit des Subjekts in die herrschenden Machtverhältnisse auf den Punkt bringt.

Politisierung von Paradoxie und Ambiguität,
Offenhaltung von Identitäten und strategischer Essenzialismus

Gegen-hegemoniale Politik bringt immer Widersprüche, Ambivalenzen und Verflechtungen in Macht- und Herrschaftsverhältnisse mit sich. Im Kontext der Krisenproteste stellte eine dominante Umgangsweise die Verschiebung von Widersprüchen in ein Außen bei gleichzeitiger Schließung der eigenen Identität dar. Mittels poststrukturalistischen, queer-feministischen und dekonstruktivistischen Ansätzen lassen sich jedoch andere mögliche Umgangsweisen aufzeigen, bei denen diese Schließungsprozesse nicht vollzogen und wie die fundamentalen Spannungen im Subjekt bearbeitet werden können.

Politisierung von Paradoxie und Ambiguität

> »Emanzipatorischer Kampf ist immer auch ein Teil der Modernisierung von Kapitalismus. Wir können das nicht verhindern. (...) Teil der Kämpfe ist es eben, dass sie vereinnahmt werden und damit verloren gehen können. (....) Aber sie [die Kämpfe der Zapatistas] gehen eben weiter, indem sie eine Radikalisierung versuchen. Würde diese Ambivalenz nicht bestehen, hieße das, die Wahrheit kommender Entwicklungen zu verkünden, die Welt von außen zu sehen.« (Interview Brand/Bensaid 2004: 68)

Wie wir gesehen haben, sind die herrschenden Verhältnisse unausweichlich Teil unserer eigenen Identität. Kritisches Handeln ist demnach punktuell auch immer Teil des Systems, das eigentlich bekämpft werden soll. Dies wurde im Kontext der Krisenproteste von den Aktivist_innen in mancher Hinsicht reflektiert. Es sind jedoch auch Umgangsweisen sichtbar geworden, in denen diese Ambivalenz mittels Dichotomisierung, Externalisierung und der Vereindeutigung von Identitäten zu sublimieren versucht wurde. Brand, Bettina Lösch und Bettina Thimmel haben sich mit dieser Problematik der Vereinnahmung emanzipativer Praxen befasst. Sie argumentieren, dass deren Reflexion zum praktischen Bestandteil von Emanzipation werden muss und nicht in ein Außen verschoben werden darf (vgl. Brand 2007: 10). Insbesondere die neoliberale Vergesellschaftung – wie Habermann argumentiert – ist unvermeidbar Teil unserer Identität geworden, die wir durch Sozialisation internalisiert haben (vgl. Habermann 2006a: 275).

Für einen produktiven Umgang mit Paradoxien und die Überwindung des dualistischen Denkens kann der Rekurs auf Antke Engels Argumentation fruchtbar sein (u.a. Engel 2010 und 2011). Sie schlägt vor, die Fragmen-

tierung des Subjekts sowie damit einhergehende ambivalente Anrufungen zu thematisieren, zu politisieren und mit ihnen umzugehen, anstatt sie zu marginalisieren oder zu externalisieren und zu dichotomisieren. Sie begründet dies mit der These, dass widersprüchliche Subjektanrufungen auch kritisches Potenzial beinhalten können:

> »In diesem Sinne sind Paradoxien keineswegs ein politisches Problem, sondern eröffnen die Chance für Politiken, die auf die Illusion von Kohärenz verzichten und anerkennen, dass jegliche Identitäts- und Gemeinschaftskonstruktion immer prekär und vorläufig ist.« (Engel 2009: 126)

Anstelle einer vermeintlichen Schließung von Identitäten bei gleichzeitiger Negierung der Paradoxien schlägt sie eine »Politisierung von Paradoxie und Ambiguität« (Engel 2009: 124) vor. Im Gegensatz zu dem Poststrukturalisten Urs Stäheli, der eine »Politik der Entparadoxierung« (Stäheli 1998) vertritt, wendet sich Engel mit ihrem Konzept der »VerUneindeutigung« gegen eine notwendige Auflösung von Paradoxien:

> »Die Strategie der VerUneindeutigung setzt da an, wo Identitäten – und sei es in ihrer ›provisorischen‹ Variante – das gesellschaftliche Feld organisieren. Sie stellt diesen nicht eine weitere (provisorische) Identität zur Seite und erhebt die Forderung nach Inklusion, sondern statuiert das Recht, Mehrdeutigkeit und Vieldeutigkeit zu leben.« (Engel 2002: 224)

Es stehen dementsprechend nicht die binär-hierarchischen Oppositionen im Zentrum, sondern das »Dazwischen«. Dies lässt sich an dem Beispiel des Widerspruchs zwischen Klimaschutz und Erhaltung von Industriearbeitsplätzen verdeutlichen. Anstelle der als von vielen Aktivist_innen als nicht lösbar empfundenen Gegenüberstellung von Klimaaktivist_in und Industriearbeiter_in kann dieser Widerspruch auch thematisiert, politisiert und ein Dazwischen zwischen beiden Identitäten, Positionen und Interessen eröffnet werden. Es muss sich nicht für eine Seite entschieden werden, stattdessen kann der scheinbare Zwang zur Entscheidung selbst thematisiert werden.

Engel greift in diesem Zusammenhang auf Derridas Konzept der »différance« (u.a. Derrida 1972) zurück, das darauf verweise »wie sich zwischen oppositionalen Termen Übergänge, ein Dazwischen, eine Prozessualität und zugleich ihre hierarchisierte Kopplung entfalten« (Engel 2002: 113). Als eine konkrete Praxis, die die Widersprüche und Ambivalenzen aufnimmt und diese produktiv zu wenden versucht, kann bereits Luxemburgs Diktum der revolutionären Realpolitik verstanden werden. Auch hier wird eine bloße Entgegensetzung von Revolution und Realpolitik vermieden und infolgedessen Raum für Praxen *dazwischen* eröffnet. Dies ermöglicht eine alter-

native Sichtweise auf Widersprüche, die nicht in dem einfachen Dualismus von Hegemonie und Gegen-Hegemonie mündet:

> »[I]ntroducing the figure of the paradox allows for the extension of perspective beyond a simple opposition of hegemonic publics and counterpublics.« (Engel 2011: 80)

In diesem Sinne situiert Engel die Möglichkeit der Politisierung bereits an einem viel früheren Zeitpunkt als Laclau und Mouffe. Während sich Politisierung bei Laclau und Mouffe durch die Wieder-Öffnung und Infragestellung von einer herrschenden, temporär geschlossenen Ordnung vollzieht (vgl. z.B. Mouffe 2007: 27), wartet Engel in diesem Sinne erst gar nicht auf die Schließung, sondern betrachtet bereits die Schließungsprozesse an sich als Möglichkeit zur Politisierung. Es geht Engel folglich darum, das Verständnis von Politisierung über die bloße Analyse von Antagonismen hinaus zu erweitern. Das Konzept steht demnach nicht im Gegensatz zu der Annahme von Antagonismen. Stattdessen stellt es eine weitere Möglichkeit der Politisierung dar, die nicht auf dem Ausschluss eines Anderen (vgl. Engel 2011: 79f.) und der »Durchsetzung einer eindeutigen, normativ codierten ›besten aller möglichen Welten‹« oder einer »hegemoniale[n] Suprematie« (Engel 2009: 122) basiert.

Engel richtet sich infolgedessen gegen Normierungsprozesse und gegen eine Politik, die eben nur *eine* mögliche Gegen-Hegemonie (gegen die herrschende und alle anderen) denken und errichten kann. Aus ihren Überlegungen folgt die Notwendigkeit des Sichtbarmachens, der Anerkennung und des produktiven Umgangs mit Ambivalenzen. Anstelle von dualistischen Gut-Böse- und Entweder-Oder-Positionierungen, durch die die Widersprüche negiert werden, kann es fruchtbarer sein, die Nuancen dazwischen sichtbar zu machen und zu politisieren. Dies kann bedeuten, sich zwar antirassistisch zu positionieren, jedoch mit dem Bewusstsein, dass die eigenen Praxen zwangsweise in rassistische, postkoloniale Macht- und Herrschaftsverhältnisse und Produktionsweisen verstrickt sind – und seien es nur die nicht fair gehandelten Bananen, die gekauft werden müssen, weil das zur Verfügung stehende Geld für einen gerechten Einkauf nicht ausgereicht hat.

Offenhaltung der Identitäten und »strategischer Essenzialismus«

> »Identitätskategorien haben niemals nur einen deskriptiven, sondern immer auch einen normativen und damit ausschließenden Charakter. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir den Terminus Frauen nicht verwen-

> den dürfen oder daß wir den Tod dieser Kategorie verkünden müßten. (...) Das Subjekt des Feminismus dekonstruieren heißt also nicht, den Gebrauch dieses Begriffs zu zensieren, sondern ihn im Gegenteil in eine Zukunft vielfältiger Bedeutungen entlassen, ihn von den maternalen oder rassistischen Ontologien befreien und ihm freies Spiel geben als einem Schauplatz, an dem bislang unvorhergesehene Bedeutungen zum Tragen kommen können.« (Butler 1993: 49f.)

Wie wir im Rahmen der Analyse der Krisenproteste gesehen haben, tendierten die Aktivist_innen dazu, auf die fundamentale Fragmentierung des Subjekts und die damit verbundene Widersprüchlichkeit bezüglich der Subjektanrufungen mit einer Schließung und Vereindeutigung von Identitäten zu reagieren. Aus poststrukturalistischer Perspektive erscheint jedoch die Offenlassung von Identitäten und des Raums des Lebbaren als gegen-hegemoniale Strategie fruchtbarer. Ähnlich argumentiert auch Butler (Butler 2001). Es gehe um die Infragestellung bestehender Anerkennungskategorien, entlang derer gesellschaftliche Anerkennung vollzogen wird. Anstatt sich ihnen um der eigenen Anerkennung willen anzupassen, müsse »das Ziel einer radikaler verstandenen Inklusion« verfolgt werden (Butler 2001: 597). Dies bedeutet, möglichst viele verschiedene Identitäten lebbar und lebenswert zu machen, sie dementsprechend in das Innere der Gesellschaft zu inkludieren und sie darüber hinaus auch *sichtbar* zu machen. Dies impliziert eine fortwährende Verschiebung bzw. wenn möglich Offenlassung der Grenzen dessen, was als legitime Identität erscheint.

Die Vereindeutigung und Isolierung von einzelnen Identitäten, wie sie im Rahmen der Krisenproteste praktiziert wurden, laufen dieser Notwendigkeit entgegen, indem versucht wird, diesen Raum zu schließen, Identitäten zu isolieren und infolgedessen gegeneinander abzugrenzen. Um gegen-hegemoniale Perspektiven ausweiten zu können, ist es dementsprechend notwendig, Schließungsprozesse zu politisieren und die grundlegende Unschließbarkeit von Identitäten anzuerkennen – auch wenn damit zahlreiche Paradoxien einhergehen.

Mit der Ablehnung einer Festlegung von essenzialistischen Identitäten geht aber auch gleichzeitig eine Absage an eine strikte Identitätspolitik einher, die die Grundlage für den Kampf bspw. für die Rechte von Frauen oder Arbeitnehmer_innen bilden könnte. Denn infolge der fundamentalen Fragmentierung von Identitäten stellt sich eine Mobilisierung entlang dieser Kategorien problematisch dar, weil sie das Subjekt, die Interessen und die Identität, die sie voraussetzen, erst produzieren und festlegen. Gleichzeitig

werden wir jedoch kontinuierlich als bestimmte Subjekte (Frauen, Arbeitnehmer_innen, Staatsbürger_innen usw.) angerufen. Diese Anrufungen konstituieren unsere Lebensrealität und – wie wir gesehen haben – tendieren die Aktivist_innen dazu, in diesen konkreten Identitäten zu denken und zu kämpfen. Es wird dementsprechend eine (gesellschaftlich legitime) Identität benötigt, mittels der für spezifische Rechte eingetreten werden kann.

Stephan Moebius schlägt daher in Anlehnung an Butler eine *Politik der Ambivalenz* vor, die dieses Spannungsfeld aufnimmt. Die *Politik der Ambivalenz* trägt einerseits den aktuell existierenden Identitätskategorien und der »erzeugte[n] *Realität* dieser Existenzweisen als *gelebte* Denk- und Gefühls- und Körperpraxen« (Moebius 2003: 304, Herv. i. O.) Rechnung, dekonstruiert aber auch hegemoniale Identitätskategorien mittels einer Politik der Performanz (vgl. Moebius 2003: 304). Daraus folgt nicht eine generelle Ablehnung von Identitätspolitik, sondern nur der essenzialistischen Form. Eine *strategische* Identitätspolitik kann für gegen-hegemoniale Kämpfe durchaus Sinn machen. Moebius zufolge müsse man nicht wissen, was eine Frau ist, um für ihre Gleichberechtigung zu kämpfen. Moebius rekurriert an dieser Stelle auf Gayatri Chakravorty Spivak, die einen »strategischen Essenzialismus« (u.a. Spivak 1996) vorschlägt. Durch einen »strategic use of positivist essentialism in a scrupulously visible political interest« (Spivak 1996: 214) kann – analog zu Marx Verständnis des Klassenbewusstseins – ein Bewusstsein der eigenen Situation geschaffen und infolgedessen eine Möglichkeit aufgezeigt werden, auf dieser Basis politisch aktiv zu werden, ohne die eigene Identität zu verobjektivieren und zu universalisieren. Auch Butler verfolgt dieses Konzept, wenn sie hinsichtlich der Verwendung der Kategorie »Frau« schreibt:

> »Das feministische Wir ist stets nur eine phantasmatische Konstruktion, die zwar bestimmten Zwecken dient, aber zugleich die innere Vielschichtigkeit und Unbestimmtheit dieses Wir verleugnet und sich nur durch die Ausschließung eines Teils der Wählerschaft konstituiert, die sie zugleich zu repräsentieren sucht.« (Butler 1991: 209).

Konkret folgt daraus die Notwendigkeit, als Identitäten gegen identitäre Unterdrückungsverhältnisse zu kämpfen. Dies stellt eine Gratwanderung dar, deren Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten in der konkreten Praxis fundamentaler Teil der Sichtbarmachung und Reflexion werden müssen.

8.5. Spannungsfeld V: Der leere Signifikant als ein modernes Relikt?! Hegemonie (wirklich) poststrukturalistisch denken

> »Wie können wir innerhalb unserer Bewegung einen Raum für Dissens und Vielfalt offen lassen, während wir die Reihen schließen, um uns unseren Feinden zu widersetzen?« (Smith 2000: 45)

Im Rahmen der Analyse der Krisendiskurse hat sich gezeigt, dass es sich angesichts der Vervielfachung und Heterogenisierung von Protest und Widerstand für die Aktivist_innen immer schwieriger gestaltete, einen gemeinsamen Bezugspunkt zu finden, der die Vielfalt der Kämpfe repräsentiert und die temporäre Schließung einer gemeinsamen Identität ermöglicht. Den Aktivist_innen ist es nur punktuell gelungen, partikulare Kämpfe zu verbinden, eine gemeinsame Bewegung zu bilden und auf diese Weise gesamtgesellschaftlich wirkmächtig zu werden. Stattdessen wurde von den Aktivist_innen selbst die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bezugspunkts, sei es in Form eines gemeinsamen politischen Projekts oder eines leeren Signifikanten, der den Kämpfen eine Einheit gibt, diskutiert, infrage gestellt und stellenweise sogar negiert.

Doch selbst wenn sich ein leerer Signifikant herausbildet – wie es im Rahmen der 2011 formierten Occupy-Proteste mittels des Slogans »We are the 99 percent!« geschehen ist –, stellt sich die Frage, ob daraus eine größere gesellschaftliche Wirkmächtigkeit folgt als die Existenz vieler kleiner unverbundener Praxen. Überspitzt gefragt: Was bedeutet es, wenn sich die Aktivist_innen auf einen gemeinsamen Begriff beziehen (was aufgrund der Vielzahl von Begriffen (Kommunismus, (Grüner) Sozialismus, Buen Vivir,...) immer unwahrscheinlicher wird), wenn darunter ganz Unterschiedliches verstanden wird? Oder umgekehrt gefragt: Kann es nicht sogar wirkungsvoller für die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven sein, wenn ähnliche (aber nicht dieselben Ziele verfolgt und umgesetzt werden, die sich aber nicht unter dem Dach eines leeren Signifikanten versammeln? Ist es nicht wichtiger, dass ein Bewusstsein für die Kämpfe der anderen besteht?

Gleichzeitig scheint sich neben den massen- und öffentlichkeitswirksamen Protesten (auf der Straße) ein weiterer zentraler Ort gesellschaftlicher Veränderung herausgebildet bzw. verstärkt zu haben, dem im Rahmen der Grenzen dieser Arbeit nur sekundär Beachtung geschenkt wurde: die Sphäre der Nahverhältnisse, in der in vielfacher Weise gegen-hegemoniale Praxis entwickelt und gelebt wird. Denn wenn Hegemonie als durch viele alltägliche kulturelle Praxen reproduziert verstanden wird, vollzieht

sich gesellschaftliche Veränderung und Gegen-Hegemonie in vielen partikularen gesellschaftlichen Bereichen, ohne dass es einen leeren Signifikanten, einen Bezugspunkt oder ein Wir-Gefühl geben muss, die die gemeinsame Klammer bilden. Die sinkenden Teilnehmer_innenzahlen bei den deutschen Sozialforen und den beiden Krisendemonstrationen müssen nicht zwangsweise auf ein (Ver-)Schwinden der Bewegung hindeuten, sondern können auch auf eine Verlagerung des politischen Aktivismus in andere Sphären verweisen.[72]

Vor dem Hintergrund der diagnostizierten Heterogenisierung sozialer Kämpfe und sozialer Lebensrealitäten im Allgemeinen und der Erweiterung der Sphäre des Politischen auf politisierte Alltagspraxen stellt sich die grundlegende Frage, ob mit einem Hegemoniekonzept, das von der Herausbildung *einer* Bewegung ausgeht, die aktuellen Kämpfe treffend erfasst werden können oder ob solch ein Verständnis die Sicht eher behindert als erhellt. Die Suche nach einem leeren Signifikanten sowie nach einer gemeinsamen Identität scheint stattdessen die angenommene Einheit manchmal erst zu konstruieren und infolgedessen Differenzen und Paradoxien glattzubügeln anstatt sie sichtbar zu machen.

Diese empirischen Befunde und Überlegungen treffen den Kern eines gramscianischen Hegemonieverständnisses, das auf der Annahme einer Formierung einer *gemeinsamen* Bewegung in der Zivilgesellschaft – in welcher Form auch immer – basiert, stellen dieses infrage und fordern es heraus. In diesem Kapitel sollen daher Ansätze diskutiert werden, in denen diese gesellschaftlichen Entwicklungen Berücksichtigung finden und durch die andere Möglichkeiten der Theoretisierung von Gegen-Hegemonie aufgezeigt werden.

Wie wir gesehen haben, wurde im Rahmen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der globalisierungskritischen Bewegung der zunehmenden Pluralisierung von Kämpfen Rechnung getragen, indem in vielen Forschungsarbeiten nicht mehr von *der* Bewegung gesprochen wird, sondern von globalisierungskritischen Bewegung*en* oder *der Bewegung der Bewegungen* (u.a. Brunnengräber 2006: 29 sowie Brand 2006: 35). Gleichzeitig ist jedoch immer noch die Tendenz zu beobachten, dass von wissenschaftlicher wie aktivistischer Seite versucht wird, die Proteste hinsichtlich eines *gemeinsamen* Bezugspunkts zu analysieren und zu bewerten. An dem Bild einer

[72] Diese Verschiebung auf die Nahverhältnisse ist nicht neu; bereits in der 68er-Bewegung war dies eine zentrale Forderung. Die Bedeutung und Praxis von Selbstverwaltung und Selbstorganisierung hat in den letzten Jahren jedoch enorm zugenommen.

– wenn auch stark heterogenen – Bewegung mit einem gemeinsamen Bezugspunkt wird dementsprechend trotz gegensätzlicher oder zumindest diesbezüglich kritischer empirischer Befunde festgehalten. Soziale Bewegungen, Protest und Widerstand werden folglich gemeinhin vor dem Hintergrund der Frage nach der Herausbildung einer gemeinsamen Identität in Form einer Verbindung partikularer Forderungen und Kämpfe unter dem Dach eines leeren Signifikanten untersucht.

Auch wenn der leere Signifikant als grundlegend leer verstanden wird, der es aus diesem Grund vermag, eine nicht repräsentierbare, irreduzible Fülle zu repräsentieren, so verharrt diese Vorstellung dennoch im Denken in einheitlichen, temporär geschlossenen Identitäten. Die Vorstellung eines gemeinsamen Kampfes und einer gemeinsamen Bewegungsidentität erscheint folglich als ein Überbleibsel modernen Denkens, in dem sich Identitäten um einen einheitlichen Kern bilden. Der leere Signifikant könnte daher als *modernes Relikt* bezeichnet werden. Provokant formuliert könnte man schlussfolgern: Laclau und Mouffe waren an der postmodernen Zerschlagung des Subjekts maßgeblich beteiligt, um das Subjekt anschließend mittels der Logik des leeren Signifikanten wieder zusammenzusetzen. Laclau und Mouffe weisen zwar darauf hin, dass die von ihnen beschriebene Logik des Politischen nur *eine* denkbare Logik ist. Im Rahmen *ihres* Theoriegebäudes scheint eine andere Logik aufgrund der starren Mauern aus leerem Signifikanten, der Notwendigkeit eines Antagonismus und Hegemonialisierung *eines* Wahrheitshorizontes jedoch nicht denkbar. In dieser Hinsicht stellt der leere Signifikant *eine* Logik dar, durch die Kämpfe wirkmächtig werden können. Die einzige oder zwingende Logik ist er jedoch nicht. Denn, wenn die hegemonietheoretische Prämisse, dass soziale Wirklichkeit kontinuierlich durch Alltagspraxen konstituiert und infolgedessen auf vielfache, sehr unterschiedliche Weise produziert wird, wirklich ernst genommen wird, stellt sich gesellschaftliche Veränderung entsprechend der Vielfalt der Praxen als fragmentiert, dezentralisiert und vielfältig dar.

Dies deutet auf eine Veränderung der Logik des Politischen hin, bzw. scheint diese aufgrund der zunehmenden Fragmentierung und Heterogenisierung sozialer Bewegungen hervorzutreten. Während es für Laclau und Mouffe aufgrund der Vervielfältigung der sozialen Konfliktlinien und Bewegungen in den 1970ern notwendig erschien, Gramscis Hegemoniekonzept vom ökonomischen Determinismus, der Annahme von substanziellen Identitäten und daraus folgenden Interessen zu befreien, ist es nun an der Zeit, wieder einen Schritt weiter zu gehen und das Hegemonieverständnis weiterzuentwickeln. Es scheint daher sinnvoll, in dem von Laclau und Mouffe

erarbeiteten Gerüst die Schwerpunkte zu verschieben und neue Handlungsmöglichkeiten auszutarieren. Mittels ihrer Hegemonietheorie lässt sich begreifen, wie man Identität jenseits von Substanz oder Notwendigkeit als Differenz und Relation denken kann. Aus diesem Grund erscheint es weder notwendig noch möglich, die von Laclau und Mouffe erarbeitete Hegemonietheorie vollständig aufzugeben. Die diagnostizierte Unverbundenheit und Heterogenisierung der sozialen Kämpfe bedarf jedoch einer anderen Theoretisierung, die jenseits von einer die-Kämpfe-müssen-sich-verbinden-um-hegemonial-zu-werden-Logik gegen-hegemoniale Perspektiven eröffnen kann.

Diese Möglichkeit der gleichzeitigen Existenz von vielen partikularen Kämpfen hebt auch Nancy Fraser (Fraser 1997b: 134ff.) hervor. Sie plädiert für eine *Vielfalt* von Gegenöffentlichkeiten anstelle einer einzigen großen Öffentlichkeit. Diese begründet sie damit, dass auf diese Weise kulturelle Unterschiede Berücksichtigung und Anwendung finden könnten. Sie müssten infolgedessen nicht einer diskursiven Anpassung an *die eine* große Öffentlichkeit dominierende Kultur unterworfen werden. Fraser bringt dieses Argument zwar gegen die in Debatten über Multikulturalismus geäußerte Angst vor einer unkontrollierten Vermehrung von Öffentlichkeiten als eine Entfernung von Demokratie vor (vgl. Fraser 1997b: 128). Es kann aber auch als grundlegender Einschlag in eine Richtung gelesen werden, in der dem modernen Wunsch nach Einheit und dem einen vereinenden Moment eine Absage erteilt wird und stattdessen das produktive Nebeneinander von Gegen-Öffentlichkeiten proklamiert wird. Gegen-Hegemonie kann dementsprechend an vielen verschiedenen Orten in vielen verschiedenen Arten vollzogen werden.

Während Fraser die gegen-hegemoniale Seite in den Vordergrund stellt, lässt sich in Rekurs auf John Holloway dieses Argument von der Seite der herrschenden Hegemonie her untermauern. Er argumentiert, dass der Vielfältigkeit der Machtverhältnisse entsprechend auch eine Vielfalt von Widerständen existiert: »Wir schreien auf viele verschiedene Weisen und aus vielen verschiedenen Gründen.« (Holloway 2010: 54) Er schlussfolgert daraus, dass es nicht »den einen Ort der Großen Weigerung – die Seele der Revolte, den Brennpunkt aller Rebellionen, das reine Gesetz des Revolutionärs« geben kann (Holloway 2010: 54). Stattdessen existiere eine Vielfalt von Widerständen – »mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde, einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige, unversöhnliche, kompromissbereite, interessierte oder opferbereite Widerstände« (Holloway 2010: 54).

Wenn die Wirkmächtigkeit heterogener, partikularer Praxen marginalisiert und die Komplexität der »Vielfalt der Schreie« vereinfacht wird, werden diese marginalisiert, was für die wissenschaftliche Betrachtung wie auch für das politische Engagement hinderlich wirken kann. Gegen-Hegemonie kann dementsprechend auch einer anderen Logik folgen.

So können auch Alltagskämpfe, ohne dass sie über eine gemeinsame Klammer, über einen geteilten Slogan oder leeren Signifikanten verfügen, bestehende Hegemonien infrage stellen und andere Weltsichten etablieren. Solch ein weiteres Hegemonieverständnis, bei dem nicht die Schließungsprozesse im Vordergrund stehen, kann für die Bewertung gegen-hegemonialer Praxis hilfreich sein, da sich auf diese Weise die Suchbewegung in den Vordergrund stellen lässt und bereits der Weg als Ziel erkennbar wird. Die fehlende oder gescheiterte Herausbildung eines leeren Signifikanten muss daher nicht immer das Scheitern einer gegen-hegemonialen Bewegung bedeuten. Sie kann – selbstverständlich nicht immer – eine logische Konsequenz der Heterogenisierung und fortschreitenden Politisierung der Lebensverhältnisse und gesellschaftlichen Konfliktlinien sein. Engel fragt daher:

> »Are all hegemonic struggles necessarily aiming at gaining hegemony themselves? Why not consider counter-hegemonic or subversive politics that either leave the will to power to others or envision modes of organizing societies without hegemonic closures and centres of power?(...) Is it possible to avoid producing closures and keep political contestations permanently open? (...) Or is antagonizing the only upright way of doing anti-capitalist queer politics?« (Engel 2011: 65)

So können auch bereits die vielen kleinen Äquivalenzketten, die sich um partikulare gegen-hegemoniale Projekte gebildet haben, gesellschaftliche Wirkmächtigkeit entfalten. Ein Konzept, in dem Gesellschaft und gesellschaftliche Veränderung als durch unverbundene Praxen konstituiert verstanden werden kann, die nebeneinander emporwachsen, sich durchkreuzen, verästeln und auch wieder trennen können und daher immer eigenständig bleiben, ist das Konzept des Rhizoms von Gilles Deleuze und Félix Guattari (Deleuze/Guattari 1977; Deleuze/Guattari 1992). Anstelle einer hierarchischen Ordnung der Gesellschaft in Form eines Baums mit einer einzigen Wurzel und daraus folgenden zahlreichen, hierarchisch organisierten Verästelungen begreifen sie Gesellschaft als eine Vielzahl von Rhizomen. Rhizomen sind Wurzelgeflechte, wie z.B. Gras, die zunächst unverbunden wachsen und auf der gesellschaftlichen Oberfläche eine gemeinsame Oberfläche ausbilden, jedoch weiterhin unabhängig voneinander bleiben. In die Gesellschaft in-

tervenierende politische Praxen können demnach auch ohne die hierarchische Autorität eines leeren Signifikanten gesellschaftliche Wirkmächtigkeit entfalten, wenn sie in die Breite wachsen und auf diese Weise zu einer flächendeckenden Bewegung aus vielen einzelnen Bewegungen werden – auch wenn sie unverbunden und eigenständig bleiben. (Gegen-)Hegemonie kann daher auch als diese Vielzahl von Bewegungen begriffen werden, die keine Verbindung und auch kein Außen kennt und braucht, um wirkmächtig zu werden. Dem exkludierenden Charakter von Laclaus und Mouffes Hegemoniekonzeption kann auf diese Weise entgangen werden.

Hinsichtlich der eingangs von Smith aufgeworfenen Frage, wie Raum für Dissens und Vielfalt offen gelassen werden kann, und gleichzeitig die Reihen geschlossen werden können, bleibt als Antwort nur: Es geht weniger darum, die Reihen zu schließen, als einen Raum zu schaffen, wo Dissens und Vielfalt möglich sind, ohne dass das Bewusstsein für die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge verloren geht. Daraus folgt nicht nur und nicht primär die Notwendigkeit einer gemeinsamen Bündnispolitik, sondern vor allem, ein Bewusstsein zu entwickeln für die Bedürfnisse der anderen, deren Heterogenität, Legitimität und fundamentalen Verflechtung.

9. Fazit und Ausblick

> »Der Anspruch, revolutionär zu sein, liegt nicht in der Vorbereitung eines zukünftigen Ereignisses, sondern in der Umkehrung der Perspektive in der Gegenwart, im konsistenten Beharren darauf, die Welt aus einer Perspektive zu sehen, die mit der bestehenden Welt unvereinbar ist.« (Holloways Zusammenfassung eines zapatistischen Grundgedankens, zit. n. Habermann 2008: 294)

Individuelle wie auch kollektive Handlungen basieren immer auf einem spezifischen gesellschaftlichen Horizont und (re)produzieren diesen gleichzeitig. Welchen Inhalt diese Artikulationen haben, welche Grenzen sie abstecken, welchen Möglichkeitsraum sie produzieren und welche Subjektpositionen und Gesellschaftsvisionen sie infolgedessen ein- und ausschließen, spielt infolgedessen eine zentrale Rolle bei der Produktion sozialer Realität und gegen-hegemonialer Perspektiven. Sie erweitern oder beschränken den Möglichkeitsraum um Weltsichten, Subjektpositionen und folglich auch um konkrete Handlungsräume.

Um diesen gesellschaftlichen Möglichkeitsraum hinsichtlich der Eröffnung gegen-hegemonialer Perspektiven genauer bestimmen zu können, wurden in der vorliegenden Arbeit die Krisenproteste in Deutschland in den Jahren 2009/2010 als Gegenstand der Betrachtungen herangezogen. Die Krisenproteste können als Versuch gelesen werden, in Reaktion auf die zunehmenden gesellschaftlichen Krisentendenzen den Raum des Möglichen zu erweitern und gegen-hegemoniale Perspektiven zu etablieren. In diesem Zusammenhang wurden *dominante Argumentationslinien sowie Möglichkeitsräume*, damit einhergehende *Spannungsfelder* und diesbezügliche *Lösungsmöglichkeiten* analysiert. Im Zentrum der Arbeit standen fünf, z.T. mehrtägige Großveranstaltungen in Deutschland in den Jahren 2009 und 2010, die die Basis der empirischen Auswertung bildeten. Diese stellten innerhalb der Linken die zentralen Veranstaltungen mit direktem Krisenbezug dar. Sie umfassten Großdemonstrationen, Kongresse und Ratschläge. Das empirische Material wurde dementsprechend durch teilnehmende Beobachtung, in diesem Kontext getätigte informelle Gespräche und digitale Aufnahmen der geführten Diskussionen, gehaltenen Vorträge und Redebeiträge erhoben. Um diese singulären Ereignisse kontextualisieren zu können, wurden darüber hinaus weitere kleinere Veranstaltungen besucht und ver-

schiedenes Informationsmaterial, wie Aktionsaufrufe, Zeitschriften, Flugblätter und Positionspapiere, gesammelt und ausgewertet. Die Bearbeitung des empirischen Materials fand in mehreren Schritten und auf mehreren Ebenen statt: Zunächst wurden die Veranstaltungen in Form einer dichten Beschreibung aufbereitet, um einen Überblick über die Veranstaltungen und den spezifischen Charakter der Veranstaltung erhalten zu können (Kapitel 6). Gleichzeitig wurden – in Anlehnung an den Forschungs- und Auswertungsprozess der Grounded Theory – während des Forschungsprozesses kontinuierlich zentrale Themenfelder und diesbezügliche Argumentationslinien erarbeitet, um den Diskursraum abstecken und vermessen zu können. Hier fanden als Analysekategorien die Krisenanalysen, die damit zusammenhängenden aufgestellten Forderungen, die verfolgten Strategien, der Umgang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und die entwickelten Hegemonieprojekte besondere Beachtung. Daran anschließend wurden fünf zentrale Spannungsfelder identifiziert, die infolge der Analyse sichtbar gemacht werden konnten, die jedoch z.T. auch von den Aktivist_innen selbst thematisiert wurden (Kapitel 7). Diese Spannungsfelder wurden mithilfe (post)marxistischer, poststrukturalistischer und (queer)feministischer Ansätze reflektiert und bearbeitet, um im Ergebnis gegen-hegemoniale Perspektiven eröffnen oder weiterentwickeln zu können (Kapitel 8). Auf diese Weise konnten Handlungsmöglichkeiten jenseits pragmatischer, kurzfristiger Lösungen aufgezeigt werden. Die vorliegende Arbeit lässt sich daher vor allem als gesellschaftstheoretische Reflexion der Grundlagen vor allem außerparlamentarischer linker Politik in Deutschland verstehen, der über die Krisenproteste hinaus längerfristige Tendenzen zugrundeliegen.

9.1. Argumentationslinien und Diskursräume

Im Kontext der Krisenproteste kristallisierten sich mehrere zentrale Argumentationslinien, Diskursräume und damit einhergehende Spannungsfelder heraus. Diese Typisierungen sind als *Tendenzen* zu verstehen, die durch den Blick der Forscherin zu Typen zusammengefasst wurden. Innerhalb und auch außerhalb der Hauptströmungen existieren jedoch darüber hinaus weitere Argumentationslinien oder Varianten der Hauptströmungen, die im Rahmen der Arbeit überwiegend vernachlässigt wurden.

Hinsichtlich der *Krisenanalysen* ließen sich zwei dominante Linien identifizieren. Bei den *finanzmarktzentrierten Krisenanalysen* stand die Krise auf den Finanzmärkten im Vordergrund; die Erklärungsansätze bezogen sich in-

folgedessen vor allem auf den Finanzmarkt(kapitalismus). Im Rahmen der *systemischen Krisenanalysen* wurde die Krise in einen größeren gesellschaftlichen Kontext eingebettet und durch die generelle kapitalistische Vergesellschaftungslogik erklärt. Hier wurde der gesellschaftliche Möglichkeitsraum erweitert und mit neuem Inhalt gefüllt.

An diese beiden Strömungen anschließend ließen sich zwei dominante *Forderungstypen* identifizieren. Die finanzmarktzentrierten Forderungen beschränkten sich auf Forderungen nach einer Reformierung des Finanzsystems und politischen Regulierungen, während sich die systemischen Forderungen auf eine Veränderung des gesamten kapitalistischen Systems bezogen und daher auch als anti-systemisch bezeichnet werden können. Der grundlegende Unterschied zwischen diesen beiden Argumentationslinien liegt folglich in der Positionierung zum hegemonialen System. Die finanzmarktzentrierten Analysen und Forderungen befanden sich näher am herrschenden Alltagsverstand und wurden infolgedessen im öffentlichen Diskurs als legitimer wahrgenommen. Die systemischen Krisenanalysen hinterfragten tendenziell den herrschenden Alltagsverstand und eröffneten neue Interpretationen, Räume und Handlungsmöglichkeiten, waren jedoch aus diesem Grund auch weniger hegemoniefähig.

Mit den Krisenanalyen und Forderungen gingen zwei Spannungsfelder einher: erstens das *Spannungsfeld Kapitalozentrismus* (Spannungsfeld I) und zweitens das *Spannungsfeld Herrschaft durch Teilung* (Spannungsfeld II). Beide wurden vor allem, aber nicht ausschließlich, im Rahmen der erstgenannten Typen von Krisenanalysen und Forderungen beobachtet. Kapitalismus wurde hier als singulär, einheitlich und total verstanden. Es wurde ein holistisches Bild von Kapitalismus erzeugt, das kaum oder keine Ausstiegsmöglichkeiten und Alternativen *im* Kapitalismus zulässt. In Rekurs auf Gibson-Graham wurde diese diskursive Engführung mit dem Begriff *Kapitalozentrismus* (Gibson-Graham 2006a) beschrieben. Das zweite Spannungsfeld umfasst die Problematik, dass im Rahmen der finanzmarktzentrierten Krisenanalysen – aber nicht nur dort – gesellschaftliche Bereiche, Identitäten und Macht- und Herrschaftsverhältnisse getrennt voneinander verhandelt wurden. Gesellschaftliche Zusammenhänge wurden verkürzt betrachtet. Dieser Mechanismus lässt sich als *Herrschaft durch Teilung* bezeichnen.

Die *Handlungsstrategien* ließen sich ebenfalls in zwei zentrale Typen unterteilen, die sich z.T. mit den beiden Typen von Krisenanalysen deckten. Hier wurden einerseits klassische Formen der Mobilisierung und des Aktivismus praktiziert, bei denen der Fokus auf Kampagnen- und Bündnispolitik liegt. Diese Handlungstrategien ließen sich vor allem bei den finanzmarkt-

zentrierten Krisenanalysen und Forderungen wiederfinden. Bei den systemischen Krisenanalysen hingegen standen Selbstermächtigungsstrategien und die Wiederaneignung von Handlungsraum im Vordergrund. Aus diesem Grund wurden weniger Forderungen *an* Institutionen oder Personen gestellt, sondern das konkrete Subjekt in seinen konkreten Lebenszusammenhängen in den Mittelpunkt der Handlungsstrategien gestellt. Daraus folgten unterschiedliche *Verständnisse der Sphären gesellschaftlicher Veränderung und des generellen Wesens des Politischen* (Spannungsfeld III). Dieses Spannungsfeld implizierte zum einen die Frage nach dem Verhältnis von institutionalisierter Politik und sozialen Bewegungen. Zum anderen ließ sich im Rahmen des ersten Strategietypus die Tendenz beobachten, dass die Sphäre der Alltagspraxen aus dem Begriff des Politischen herausfiel und daher nicht als Handlungsraum für gesellschaftliche Veränderung in Betracht gezogen wurde.

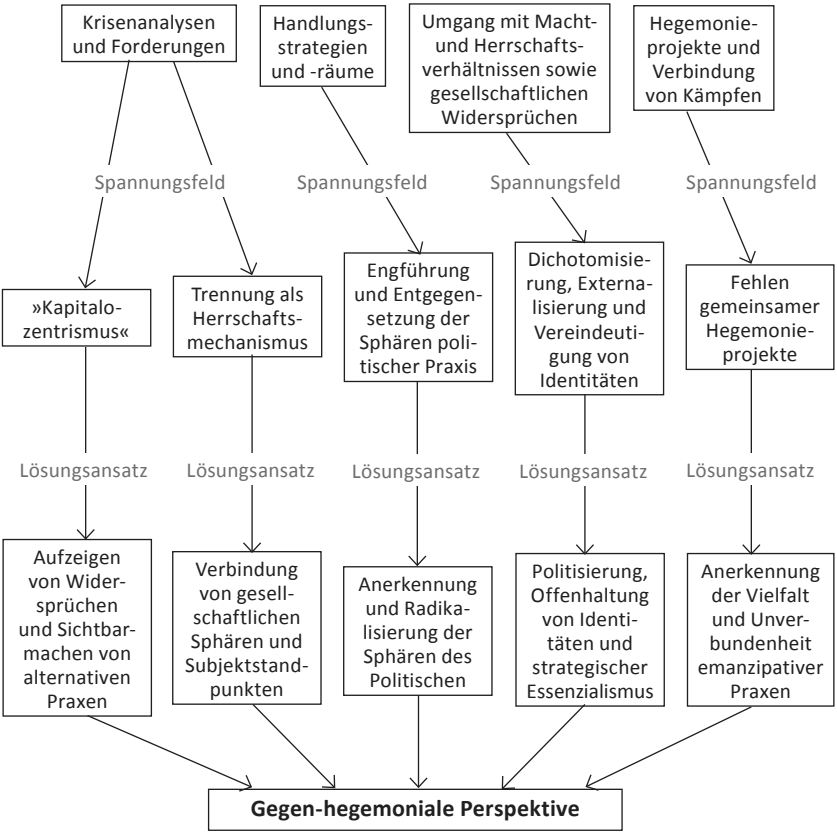
Hinsichtlich *gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie damit einhergehender Widersprüche* war ein geteiltes Bewusstsein vorhanden. Der Fokus lag vor allem auf dem Kapitalverhältnis. Ein zentraler Mechanismus war es, diesbezügliche Ambivalenzen und Widersprüche mittels *Dichotomisierung, Externalisierung und der Vereindeutigung von Identitäten* zu begegnen. Diese Umgangsweisen spannen das vierte Spannungsfeld auf (Spannungsfeld IV).

Allgemein wurden zahlreiche *Hegemonieprojekte* in unterschiedlicher Radikalität und Reichweite vorgestellt und diskutiert, wie z.B. die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens oder das Konzept des »guten Lebens«. Es zeichnete sich jedoch keine weitergehende Verknüpfung von Forderungen, Projekten oder eine gemeinsame Rahmung der Proteste unter einem leeren Signifikanten ab. Stattdessen stand die Notwendigkeit der Verbindung von Kämpfen und einer gemeinsamen Vision selbst zur Debatte. Es zeichnete sich daher ein Spannungsfeld hinsichtlich der Frage nach dem Verhältnis von *Heterogenität und Homogenität und dem Charakter der Verbindung der Kämpfe* ab (Spannungsfeld V).

9.2. Gegen-Hegemonie ist ... – gegen-hegemoniale Perspektiven

Die diagnostizierten Spannungsfelder wurden an wissenschaftliche und politische Debatten rückgebunden und auf dieser Basis produktiv bearbeitet, sodass im Endergebnis gegen-hegemoniale Perspektiven (weiter)entwickelt werden konnten. Die Ergebnisse der Analyse der Argumentationslinien und

Abbildung 5: Argumentations- und Diskursräume, Spannungsfelder und diesbezügliche Lösungsansätze



Quelle: Eigene Darstellung

Diskursräume, der Spannungsfelder und entwickelten Lösungsänsatze ist in Abbildung 5 dargestellt. Die Lösungsansätze werden darüber hinaus in diesem Unterkapitel kurz expliziert und zusammengefasst.

Gegen-Hegemonie ist nicht nur Antikapitalismus!

Gibson-Graham haben vermittels des Konzepts des Kapitalozentrismus aufgezeigt, wie durch holistische Krisen- und Kapitalismusdiskurse eine soziale Realität erzeugt wurde, in der der Kapitalismus als Einheit, Sin-

gularität und Totalität erscheint. Die Realisierung von Alternativen wird auf diese Weise in den Bereich des Undenkbaren verschoben und Widersprüchlichkeiten, die kontinuierlich durch die kapitalistische Praxis erzeugt werden, unsichtbar gemacht. Bereits gelebte Alternativen erscheinen als von der kapitalistischen Logik durchdrungen. Kapitalismus wird infolgedessen zu einem alles durchdringenden, fast schon ewigen Konstrukt, das sich selbst reproduzieren und erhalten kann. Widerstand und Alternativen erscheinen in solch einem System zwecklos. Dass die kapitalistische Hegemonie ein Projekt ist, das tagtäglich aktiv am Leben erhalten werden muss, bleibt im Dunkeln. Die Krisenproteste waren infolgedessen von einer bestimmten Art von Perspektivlosigkeit geprägt, bei der jede noch so gegen-hegemoniale Praxis vom System potenziell eingeholt und systemkompatibel integriert werden kann. Die politische Praxis wurde ein Kampf gegen Windmühlen. In letzter Konsequenz haben die Aktivist_innen zwar nicht aufgehört, gegen das kapitalistische System zu protestieren und zu agieren. Sie schienen jedoch z.T. sichtlich frustriert und ratlos, weil sich trotz des durch die Krise eröffneten Möglichkeitsraums keine wirkliche Veränderung des Systems realisieren ließ. Diese Frustration und Ohnmacht hat sich teilweise in einer zunehmenden Gewaltbereitschaft entladen.

Was aber ist der Ausweg aus diesem kapitalozentristischen Diskurs? Wenn gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend verändert werden sollen, ist ein Umdenken in Form einer Dekonstruktion gesellschaftlicher Selbstverständlichkeiten, eines Aufzeigens von Widersprüchen und eines Sichtbarmachens und Entwickelns von alternativen Praxen notwendig – insbesondere hinsichtlich der kapitalistischen Logiken. Gibson-Graham haben mit Rekurs auf die (queer)feministische Dekonstruktion von Geschlecht deutlich gemacht, wie eine Dekonstruktion solch eines deterministischen, holistischen Kapitalismusdiskurses möglich ist und Gegen-Hegemonie im Hier und Jetzt beginnen kann (und nie einen Endpunkt haben wird). Dies bedeutet konkret, dass eine Verschiebung des Fokusses auf die Widersprüche und Ambivalenzen notwendig ist, mit denen sich die Menschen tagtäglich konfrontiert sehen. An diesen wird fortwährend das Scheitern des kapitalistischen Systems, seine Uneinheitlichkeit, Nicht-Singularität und Nicht-Totalität offenbar. Aus hegemonietheoretischer Perspektive ist Kapitalismus nur eine Partikularität, die versucht sich als Universalität darzustellen. Der hegemoniale Kapitalismusdiskurs ist derzeit sehr erfolgreich darin, diese Kontingenz als historische Notwendigkeit darzustellen und seine historische, kontingente Gewachsenheit zu verschleiern. Der globalisierungskritische Slogan »Eine

andere Welt ist möglich« versucht dieser vermeintlichen Alternativlosigkeit eine Alternative entgegenzusetzen; in der Praxis wurde diese Perspektive jedoch noch nicht wirkmächtig umgesetzt.

Gegen-hegemoniale Praxen müssen also an den lebensweltlichen Erfahrungswelten ansetzen, in denen die Unfähigkeit des Systems, eine einheitliche und widerspruchsfreie Universalität zu sein, immer wieder spürbar wird, und diese politisieren. Auf diese Weise verliert der Kapitalismus sein singuläres, vor allem totales und einheitliches Gesicht. Denn wenn nicht mehr das kapitalistische System als Ganzes im Vordergrund steht, sondern als ständig bedrohte, kontingente und widersprüchliche Identität verstanden wird, werden die bereits existierenden alternativen Praxen sichtbar und gewinnen ein Stück weit an Eigenständigkeit, indem sie nicht mehr nur in Bezug auf Kapitalismus diskutiert und bewertet werden. Kapitalismus ist ein soziales Verhältnis wie jedes andere, das zwar eine besondere Wirkmächtigkeit entfaltet hat, die jedoch keineswegs *notwendig* ist. Daraus folgt – provokant formuliert: Es ist notwendig, Kapitalismus auf bestimmte Art und Weise zu ignorieren, anstatt seine scheinbar allgegenwärtige Präsenz durch eine beständige Bezugnahme zu manifestieren, denn Gegen-Hegemonie ist mehr als nur *Anti*-Kapitalismus.

Gegen-Hegemonie ist Verbinden!

Krisen, gesellschaftliche Bereiche, Subjektpositionen und Macht- und Herrschaftsverhältnisse wurden im Rahmen der Krisenproteste z.T. getrennt betrachtet und bearbeitet. Die einzelnen Teile und Identitäten wurden teilweise gegeneinander »ausgespielt« oder es wurde abgewogen, welches als das zentralere Herrschaftsverhältnis bewertet wird. Diese Denk- und Handlungsweisen befinden sich nah am herrschenden Alltagsverstand, der sich zwar als kohärent darstellt, bei dem jedoch die Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge reduziert und vereinfacht wird. Aus historischer Perspektive betrachtet hat sich gezeigt, dass dieses Denken in Trennungen als Herrschaftsmechanismus wirkt, indem gesellschaftliche Zusammenhänge und diesbezügliche Mobilisierungs- und Interventionsmöglichkeiten isoliert werden. Unter anderem mit Foucault, aber auch mit Theorien der Intersektionalität lässt sich die Notwendigkeit begründen, diese auf Teilung basierenden Formen der Subjektivierung abzulegen:

> »Wir müssen uns das, was wir sein könnten, ausdenken und aufbauen, um diese Art von politischem »double-blind« abzuschütteln, der in der gleichzeitigen Individualisierung und Totalisierung durch moderne Machtstrukturen besteht. Abschließend könnte man sagen, dass das po-

litische, ethische, soziale und philosophische Problem, das sich uns heute stellt, nicht darin liegt, das Individuum vom Staat und dessen Institutionen zu befreien, sondern uns sowohl vom Staat als auch vom Typ der Individualisierung, der mit ihm verbunden ist zu befreien. Wir müssen neue Formen der Subjektivität zustandebringen, indem wir die Art von Individualität, die man uns jahrhundertelang auferlegt hat, zurückweisen.« (Foucault 1987a: 250).

Daraus resultiert für die Entwicklung gegen-hegemonialer Perspektiven die Notwendigkeit, gesellschaftliche Verhältnisse, Subjektpositionen und diesbezügliche Identitäten als fundamental miteinander verflochten zu begreifen. So ist in der heutigen Gesellschaftsformation Kapitalismus unausweichlich mit Rassismus, Sexismus, Postkolonialismus und weiteren Herrschaftsverhältnissen verbunden. Aus dieser Verflochtenheit von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und den damit verbundenen Subjektpositionen folgt, dass eine einfache single-issue-Politik sich die eigenen Grundlagen entzieht. Smiths Analyse der Saunarazzien in den USA (Smith 2000) zeigt ebenso wie Habermanns Genealogie des *Homo oeconomicus* – eines *weißen*, arbeitenden und leistungsorientierten Mannes als derzeit hegemoniales Menschenbild – (Habermann 2008), dass eine gesamtgesellschaftliche Perspektive notwendig ist. Gegen-Hegemonie heißt daher immer auch Verbinden. Daraus folgt zum einen die Notwendigkeit der (gesetzlichen und gesellschaftlichen) Anerkennung der verschiedenen Subjektpositionen, damit einhergehender Identitäten und Lebenswelten. Zum anderen bedeutet dies die (insbesondere ökonomische) Ermöglichung von deren Lebbarkeit, also die dem ersten Aspekt vorgelagerte Forderung nach ökonomischen Rechten (Marx 1976e; Fraser 1997a).

Gegen-Hegemonie ist institutionalisierte Politik, Bewegung und Alltagspraxis!

Ein zentrales Spannungsfeld der Krisenproteste war die Gegenüberstellung von Bewegungspolitik und institutionalisierten Formen der Politik. Dies hatte im Extremfall zur Folge, dass sie als unvereinbare Pole verstanden und die Position der anderen Seite delegitimiert wurde. In der Auseinandersetzung mit historischen Debatten konnten im Rahmen dieser Arbeit Möglichkeiten sichtbar gemacht werden, wie beide Seiten als für gegen-hegemoniale Perspektiven notwendige Sphären gesellschaftlicher Veränderung betrachtet werden können. Rosa Luxemburg schlägt bspw. eine revolutionäre Realpolitik vor. Dies impliziert jedoch auch die Anerkennung der Tatsache, dass gegen-hegemoniale Praxen immer in herrschende Praxen ver-

strickt sind. Daraus lassen sich drei Prämissen ableiten: Erstens muss diese Verflochtenheit anerkannt und Gegenstand der Reflexion werden. In welcher Sphäre gegen-hegemoniales Engagement sinnvoll und wirkmächtiger erscheint, kann zweitens nur in Bezug auf die konkret-historischen Gesellschaftsformationen beantwortet werden: Ist es wichtiger, einen gesellschaftlichen Gegenpol aufzubauen, oder gibt es auch Möglichkeiten, im System weitreichende Veränderungen zu bewirken? Drittens ist dies auch immer eine individuelle Frage: Welcher Seite stehe ich in meinem spezifischen Lebenskontext näher, kann ich dies mit meinen Vorstellungen, Idealen und meiner Lebenswelt vereinbaren und wo sehe ich diesbezügliche subjektive Handlungsmöglichkeiten?

Auf der Basis dieser Grundhaltung erscheinen beide Pole als legitime Positionen. Es wird eine konstruktiv-solidarische Kritik anstelle einfacher Polarisierungen möglich, denn: Beide Seiten sind notwendige Pole einer gegen-hegemonialen Politik. Im Kontext der Frage nach der Priorisierung einer der beiden Ebenen kam im Rahmen der Krisenproteste eine Ebene oftmals gar nicht vor – nämlich die der Alltagspraxen, oder einfach ausgedrückt, die Sphäre, in der sich Aktivist_innen bewegen, wenn sie eine politische Veranstaltung verlassen und nach Hause gehen. So wurde in der Analyse deutlich, dass es neben den klassischen Sphären des politischen Aktivismus – der politischen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft – auch noch eine Ebene gibt, der bereits Gramsci im Rahmen seiner Analyse eine außerordentliche Aufmerksamkeit geschenkt hat, die aber in der politischen Praxis und in an Gramsci anschließenden wissenschaftlichen Analysen meist im Verborgenen bleibt.

Die Alltagspraxen sind es, in denen Hegemonie tagtäglich reproduziert wird, in denen aber auch gesellschaftliche Veränderungen realisiert werden. Habermann argumentiert daher, dass das Alltägliche politisch ist (Habermann 2008). Hier werden gesellschaftliche Widersprüche – z.B. zwischen Kapital und Arbeit – konkret, (an)fassbar und veränderbar. Dass sich diese Veränderungen durch Formen kollektiver Politisierung – also in bestimmter Weise auch in der politischen und der Zivilgesellschaft – vollziehen (müssen), wird durch diese Sichtweise nicht ausgeschlossen. Es ist daher notwendig, alle drei Ebenen – die politischen Institutionen, die Zivilgesellschaft und die Nahverhältnisse – gleichermaßen als Sphären des Politischen zu verstehen, und dementsprechend in sie hinein zu wirken und auf diese Weise den Alltagsverstand zu verändern und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verschieben. Es gibt folglich eine Vielzahl von Angriffspunkten, Konfliktfeldern und Praxen, durch die Gesellschaft verändert werden kann.

Gegen-Hegemonie ist dementsprechend gleichzeitig institutionalisierte Politik, Bewegung und Alltagspraxis.

Gegen-Hegemonie ist widersprüchlich!
Aus hegemonie- und diskurstheoretischer Perspektive sind Subjekte immer fragmentiert, widersprüchlich konstituiert und in herrschende Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt. Die Analyse der Proteste zeigte jedoch, dass die Aktivist_innen Schwierigkeiten damit hatten, mit diesen Widersprüchen offensiv umzugehen. Stattdessen tendierten sie dazu, diese zu vereinfachen, zu verkürzen und zu polarisieren. Der Umgang war daher teilweise von hierarchisierender Dichotomisierung, Externalisierung und der Vereindeutigung von Identitäten gekennzeichnet. Denn anstelle eines produktiven Umgangs mit den widersprüchlichen Subjektanrufungen, die aus den kapitalistischen, sexistisch-patriarchalen und rassistischen Verhältnissen resultieren, haben die Aktivist_innen z.T. versucht sie zu ignorieren, zu externalisieren oder auf andere zu projizieren.

Diese Widersprüche im System, durch die die unausweichliche Partikularität und Überdeterminierung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse sichtbar wird, eignen sich jedoch als potenzielle Anknüpfungspunkte für eine gegen-hegemoniale Politik. Mithilfe von Antke Engels Konzept der Politisierung von Paradoxie und Ambiguität (z.B. Engel 2009) können die hierarchisierenden Dichotomisierungen, durch die Grenzziehungen zwischen einer »richtigen« und »falschen« Politik gezogen wurden, ebenso verhindert werden wie eine einfache Trennung von Herrschenden und Beherrschten, die die Vielfältigkeit von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen ignoriert und stattdessen personalisiert. Anstatt die Schließungsmechanismen und die damit einhergehenden Grenzziehungen zuzulassen, können diese als Ausgangspunkt der Politisierung fungieren. Es können Wege *dazwischen* ausgelotet werden.

Daraus folgt die Notwendigkeit der Offenhaltung von Identitäten und des Raums des Lebbaren (Butler 2001). Auf diese Weise können weitere Identitäten in den Raum des Lebbbaren inkludiert werden. Gleichzeitig konstituieren identitäre Subjektanrufungen unsere Lebensrealität, sodass es sinnvoll sein kann, im Rahmen gegen-hegemonialer Politik als bestimmtes Subjekt mit einer bestimmten Identität zu sprechen. Das Konzept des *strategischen Essenzialismus* beschreibt diese Möglichkeit, sich der essenzialistischen Identitätskonzepte aus strategischen Gründen zu bedienen, sie aber gleichzeitig zu dekonstruieren (Spivak 1996). Es wird deutlich, dass Gegen-Hegemonie fundamental widersprüchlich ist und bleibt.

Gegen-Hegemonie ist vielfältig!
Mithilfe des Gramscianischen Hegemonieansatzes ließ sich ein Verständnis von Herrschaft und gesellschaftlicher Veränderung entwickeln, bei dem der Fokus nicht primär auf den Momenten des Zwangs liegt, sondern auf dem konsensualen Moment von Hegemonie. In Rekurs auf Laclau und Mouffe konnte dieses Konzept weiterentwickelt und darin enthaltene deterministische, identitäre Subjekt- und Gesellschaftskonzeptionen dekonstruiert werden. Beiden Konzeptionen ist jedoch inhärent, dass sie soziale Veränderung als einen Prozess verstehen, der um einen gemeinsamen Kern organisiert ist. Bei Gramsci ist dieser Kern die Partei, von der die Organisation des Stellungskriegs gesteuert wird, bei Laclau und Mouffe sind es die sozialen Bewegungen, die sich um einen leeren Signifikanten formieren. Im Rahmen der Krisenproteste hat sich jedoch kein leerer Signifikant herausgebildet. Dies könnte als ein Scheitern der Bewegung begriffen werden. Aber unter Berücksichtigung der allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen zur Fragmentierung und Verfältigung von Konflikten, sozialen Bewegungen und Protesten und der Zunahme kollektiver politisierter Alltagspraxen (wie Guerilla Gardening, Foodcoops, Hausprojekten, Schenkbörsen) erscheint zunehmend die These plausibler, dass sich in den letzten Jahren eine neue politische Logik herausgebildet hat. Holloway spricht daher auch von einer endlosen Vielfalt der Schreie (Holloway 2010: 54), die der Vielfältigkeit der Machtverhältnisse geschuldet ist. Die Notwendigkeit eines Punktes, an dem die Kämpfe zusammenlaufen und eine temporäre Einheit ausbilden, erscheint in einer postmodernen Gesellschaft obsolet. Der leere Signifikant könnte daher auch als *modernes Relikt* bezeichnet werden. Soziale Veränderung und Bewegung können sich in solch einer fragmentierten und dezentrierten Gesellschaftsformation auch dezentral und unabhängig, im Rahmen vieler kleinen Praxen, die aus einer Vielzahl von Intentionen und Zusammenhängen hervorgehen, vollziehen. Mit Deleuze und Guattari lässt sich diese fundamentale Fragmentierung und Unverbundenheit gesellschaftlicher Entwicklungen als rhizomatisch begreifen (1977 und 1992). Rhizome sind Wurzelgeflechte, die ohne gemeinsamen Ausgangspunkt an verschiedenen Stelle aus der Erde wachsen, sich verbinden können, aber dennoch ihre Unabhängigkeit bewahren. Die Herausbildung eines Antagonismus und die damit einhergehende Formierung einer Bewegungsidentität um einen leeren Signifikanten ist dementsprechend *eine* mögliche Form der Politisierung, aber nicht die einzige und keine notwendige Voraussetzung. Daraus folgt nicht, dass Hegemonie sich nicht auf diese Weise vollziehen kann. Die auf die Krisenproteste folgenden Occupy-Proteste haben über den Slogan »We are the 99 percent!« eine temporäre Einheit ausgebildet und auf diese

Weise verschiedene Kämpfe vereint. Diese Verbindung muss jedoch nichts über deren gesellschaftliche Wirkmächtigkeit und den Stand gegen-hegemonialer Perspektiven aussagen.

Solch ein verengtes Hegemonieverständnis kann zur Folge haben, dass die gegen-hegemonialen Praxen, die *vor, nach und parallel* zu politischen Großereignissen soziale Realität kontinuierlich verändern, – ob im Alltag oder im Rahmen vieler einzelner Proteste und Mobilisierungen – in der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatte übersehen werden. Darüber hinaus läuft solch eine Betrachtung Gefahr, dass Ambivalenzen und Widersprüche, die auch soziale Bewegungen grundlegend durchziehen, marginalisiert und unterbewertet werden und eine Einheit konstruiert wird, die so nicht besteht. Dies gilt ebenso für den umgekehrten Fall: So wird im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs oft angenommen, dass, wenn sich keine breite Bewegung herausgebildet hat oder diese gescheitert ist, die Weiterentwicklung gegen-hegemonialer Perspektiven ebenfalls gescheitert ist. Solch eine Umkehrung der Perspektive bedeutet natürlich nicht, dass die Krisenproteste wirkmächtiger waren, als sie zunächst schienen. Sie haben es letztendlich nicht geschafft, ihre Forderungen auf weitere Teile der Gesellschaft auszuweiten. Aus der These folgt jedoch, dass der (wissenschaftliche und mediale) Blick stärker auf andere gesellschaftliche Bereiche gerichtet werden muss.

Es erscheint daher notwendig, den an Gramsci, Laclau und Mouffe angelehnten Hegemoniebegriff wieder ein Stück weiterzuentwickeln. In diesem Sinne muss das Konzept der »passiven Revolution« von Gramsci radikalisiert werden: Gesellschaftliche Veränderung muss sich nicht in großen, einheitlichen Bewegungen vollziehen – sei es im diskursiven Sinne einer Hegemonialwerdung eines anti-neoliberalen Paradigmas oder im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen sozialen Bewegung. Dementsprechend müssen nicht nur die Etablierung *einer* Gegen-Hegemonie und die Dominierung des politischen Feldes im Fokus gegen-hegemonialer Praxen stehen; es können auch viele kleine politische Praxen sein, die Hegemonie (nachhaltig) verändern. Hegemonie ist demnach immer auch vielfältig.

9.3. Grenzen der Arbeit

Diese wissenschaftliche Arbeit kann nur einen bestimmten Ausschnitt sozialer Realität wiedergeben bzw. stellt diesen durch die angefertigte Analyse in seiner spezifischen Form erst her. Aus diesem Grund möchte ich auch auf

die damit einhergehenden Grenzen der Arbeit eingehen, die insbesondere aus dem begrenzten zeitlichen und räumlichen Ausschnitt aus den Krisenprotesten hervorgehen.

Der beobachtete Zeitraum umfasst mit den Jahren 2009 und 2010 und der Fokussierung auf bestimmte Ereignisse einen relativ kurzen Ausschnitt aus dem Spektrum linker Krisendiskurse. Anhand dieses empirischen Materials allgemeingültige Aussagen über soziale Bewegungen zu treffen oder generelle Handlungstypen abzuleiten, ist methodisch nicht vertretbar und auch nicht intendiert. Es ging in dieser Arbeit vor allem darum, Diskurs- und damit verbundene Denk- und Handlungsräume und deren Grenzen zu identifizieren. Diskurse sind jedoch keine singulären, von gesellschaftlichen Zusammenhängen isolierten Ereignisse. Sie gehen immer aus einem spezifischen historisch-räumlichen Kontext hervor. Die identifizierten Argumentationslinien, Diskursräume und Spannungsfelder können dementsprechend als generelle Tendenzen in der Linken eingestuft werden. So geht die Beschreibung des Spannungsfeldes »Kapitalozentrismus« auf Gibson-Graham zurück, die dieses Spannungsfeld bereits in den 1990ern in marxistischen Kapitalismusanalysen identifiziert haben. Die Frage nach der Notwendigkeit und dem Grad der institutionellen Einbindung als ein weiteres Spannungsfeld ist schon seit über 150 Jahren ein »Dauerbrenner« in der Linken. Dieser relativ kleine Ausschnitt linker Politik verweist dementsprechend an vielen Punkten auf tiefergehende, längerfristige Tendenzen und Problematiken innerhalb der bundesdeutschen Linken.

Ein weiterer Aspekt, der mit der Begrenztheit der empirischen Daten zusammenhängt, ist die in dieser Arbeit vorgenommene räumliche Fokussierung auf *öffentliche* bzw. *sichtbare* diskursive Praxen, wie Demonstrationen, Kongresse oder Ratschläge. Da der Fokus auf dominanten Krisendiskursen lag, wurden vor- bzw. nachgelagerte sowie parallel dazu stattfindende Praxen[73] vor allem dann berücksichtigt, wenn auf den Veranstaltungen auf sie verwiesen wurde. Diesbezügliche konkrete *Praxen* wurden nur am Rande mit in die Analyse einbezogen. Die Frage, inwieweit die politischen Diskurse in den Alltag und die Nahverhältnisse der Aktivist_innen übertragen wurden, lässt sich im Rahmen dieser Arbeit nicht beantworten.

Darüber hinaus lässt sich im Kontext dieser Arbeit schwerlich beantworten, welche Wirkmächtigkeit und Relevanz die Sphäre der Alltagspraxen und Nahverhältnisse im gesellschaftlichen Kräftegefüge konkret hat. Die zentrale Rolle von Alltagspraxen lässt sich jedoch anhand zahlreicher

[73] Ich danke Madeleine Sauer für diese Formulierung.

Studien zu dieser Thematik untermauern. Asef Bayat zeigt anhand von drei verschiedenen »non-movements« im Nahen Osten, die über keine gesellschaftliche Lobby und nicht über das herkömmlichen Profil von Bewegungsaktivist_innen verfügen, wie sie durch die Entwicklung alternativer sozialer und kultureller Praxen im Alltag Gesellschaft verändern (Bayat 2010). Den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Lebensführung, von persönlicher und gesellschaftlicher Veränderung und von individueller und kollektiver Identität sowie die Rolle von »lifestyle movements« haben Ross Haenfler et al. eindrücklich beschrieben (Haenfler/Johnson/Jones 2012). Christoph Haug hebt die Notwendigkeit der Berücksichtigung von »Face-to-face-meetings« hervor, insbesondere hinsichtlich der Abstimmung zwischen sozialen Bewegungen und Protesten (Haug 2013). Auf dieser Mesoebene finden zentrale Aushandlungsprozesse innerhalb und zwischen sozialen Bewegungen oder Protestmobilisierungen statt. Darüber hinaus hat Habermann ausführlich den Inhalt und die Rolle von Alltagspraxen untersucht und hervorgehoben (Habermann 2006a und 2009). Madeleine Sauer hat im Rahmen ihrer Dissertation drei politische Projekte analysiert, in denen widerspenstige Alltagspraxen realisiert werden (Sauer 2013).

9.4. Ausblick

»(...) Aber in den letzten paar Jahren ist etwas passiert, oder es passiert gerade. Es hat sich von Lateinamerika nach Europa und in den Nahen Osten und über die ganze Welt zurück ausgebreitet. Es hat viele Namen, von M15 über den Arabischen Frühling bis zu Occupy – und davor war es eine Welle von Riots (nicht nur in Europa) ohne politische Motivation. Die Landschaft hat sich verändert, aber die Frage ist: Wie?

Zum ersten Mal in jüngerer Zeit scheint es möglich zu sein, dass die Menschen selbst ihre Apathie durchbrechen und sich wieder politisch einmischen. Aber in einer Welt, in der die Linke gespalten ist und in einer Verteidigungsgsposition gegenüber der Rechten, die zunehmend mobilisiert ist und die ganze Stärke des Kapitals hinter sich hat, stellt sich die Frage: Wie machen wir es? Wie kämpfen wir diesen Kampf zum Nutzen aller?

Können wir es uns leisten, uns weiterhin gegenseitig zu ignorieren?

Welche Taktiken sind die effektivsten?

Ist eine Einheitsorganisation und die Arbeit in Einigkeit dasselbe?

> Wie sollen wir uns zum Staat verhalten? Können wir es uns erlauben, ihn zu ignorieren, wenn er es sich nicht erlauben kann, uns zu ignorieren?
>
> Welche Bedeutung hat der Prozess des Konsens für die zukünftige Organisisierung? Ist es eine Anomalie oder von tiefer Bedeutung?
>
> Was heißt es, wenn die Bewegungen, die sich überall verbreiten, in erster Linie theoretisch und prinzipiell anarchistisch sind, während gleichzeitig der Anarchismus zunehmend von der Rechten (Litertarians, Anarchokapitalist_innen, Freihandelsanarchist_innen) kooptiert wird, während den verschiedenen Marxismen dies nicht geschieht – wenn das überhaupt etwas heißt?
>
> Wie können wir siegen?
>
> Das sind einige unserer Fragen. Welches sind eure?«
>
> (Auszug aus der Solidaritätserklärung mit dem europäischen Aufruf für den am 31. März 2012 stattgefundenen antikapitalistischen Aktionstag M31 des *Class War Camp*[74] in New York, Februar 2012, zit. n. Infogruppe Bankrott 2012: 5)

Wie stellen sich die gegen-hegemonialen Perspektiven heute dar? Nachdem die Proteste in Deutschland gegen Ende 2010 merklich abgeflaut sind, folgte Ende 2011 mit den Occupy-Wall-Street-Bewegungen eine zweite Protestwelle. Der Slogan »We are the 99 percent!« und die praktizierten Aktionsformen haben sich binnen kürzester Zeit weltweit verbreitet. Die Occupy-Proteste in Deutschland fielen im europäischen und weltweiten Vergleich jedoch relativ klein aus und verfügten über einen anderen Charakter als die US-amerikanische Bewegung (vgl. Infogruppe Bankrott 2012: 11). In diesem Zusammenhang hat sich aus den Occupy-Protesten das Bloccupy-Netzwerk heraus entwickelt. Dieses stellte – anders als die Occupy-Proteste – konkrete Forderungen auf. Diese betreffen die europäische Krisenbewältigungspolitik u.a. in Form des Europäischen Fiskalpakts und einer verstärkten Austeritätspolitik in Europa. Neben den Bloccupy-Protesten finden in Deutschland zahlreiche lokale Proteste statt, die sich ebenfalls kritisch zum neoliberalen Kapitalismus und dem globalen, nationalen und lokalen Krisenmanagement positionieren (z.B. urbane Bewegungen [Mayer 2013] wie die Mietenproteste oder die Flüchtlingsbewegung [Plöger 2014]).

---

[74] Das Class War Camp beschreibt sich selbst als »eine Gruppe von Anarchist_innen, Sozialist_innen, Kommunist_innen und anderen, die die Wall Street besetzen« (Infogruppe Bankrott 2012: 5).

In diesem Zusammenhang lassen sich Argumentationslinien in den aktuellen Protesten wiedererkennen, die bereits 2009/2010 deutlich waren. Wie das oben angeführte Zitat zeigt, sind die Positionierungen hinsichtlich des Engagements in institutionalisierten Formen der Politik, die Bündnisbildung, die Taktik, die theoretische und praktische politische Ausrichtung der Kämpfe sowie die Notwendigkeit und das Wesen von Konsens und die Einigkeit der Kämpfe immer noch offene Fragen. Gleichzeitig lassen sich jedoch auch einige Entwicklungen und Unterschiede zu 2009/2010 feststellen. Was die aktuellen Proteste in Deutschland, in Europa und weltweit gemeinsam haben und was bereits mit den globalisierungskritischen Protesten begann, sich in den Krisenprotesten fortsetzte und jetzt – zumindest in vielen Teilen der Welt – aufgebrochen ist, ist das im Zitat angesprochene Aufbegehren gegen Apathie und Machtlosigkeit. Gesellschaftliche Veränderung wird nicht mehr delegiert und auf eine (ferne) Zukunft und auf andere Personen verschoben, wie es im Rahmen der Krisenproteste noch überwiegend der Fall war, sondern »selbst in die Hand« genommen und gelebt. Während die Handlungsstrategien und -praxen bei den Krisenprotesten 2009/2010 noch maßgeblich von traditionellen Aktionsformen wie Demonstrationen und Kundgebungen geprägt waren, zeichneten sich die Occupy-Proteste durch Selbstverständigung und Selbstorganisierung und – damit zusammenhängend – die Aneignung von Raum durch das permanente Besetzthalten von Plätzen aus. Dabei stellten die Plätze nicht nur Mittel zum Zweck dar (wie es bspw. im Rahmen von Protesten gegen Castortransporte oder rechtsextreme Aufmärsche der Fall ist), sie sind der Zweck an sich. Die Plätze und Protestcamps *sind* die Orte, an denen die konkrete gesellschaftliche Veränderung ausgehandelt und bereits realisiert wird. Die viel zitierten und beschriebenen Plenumsstrukturen, wie das »menschliche Mikrofon«[75], sind Beispiele und Ausdrucksweise dieser Selbstorganisation. Isabell Lorey spricht daher auch von einer konstituierenden Macht im Sinne Antonio Negris – als eine Macht der Vielen, als einen Prozess, der nicht abgeschlossen und begrenzt werden kann (Lorey 2012: 31). Dieser Prozess ist zunächst einmal vor allem ein Prozess des gegenseitigen Wahr- und Ernstnehmens:

[75] Da den Occupy-Aktivist_innen die Nutzung von Lautsprechern und Megaphonen verboten wurde, haben die Aktivist_innen die Worte der Redner_innen im Chor in die äußeren Reihen getragen. Der Effekt davon war, dass neben der akustischen Verständigung die Redner_innen gezwungen waren, langsam und verständlich zu sprechen (vgl. Infogruppe Bankrott 2012: 142).

> »Hierarchisierte Ungleichheiten und damit verbundene soziale Verhältnisse werden zum Ausgangspunkt für den wechselseitigen Umgang miteinander genommen, um sie zu durchbrechen, zu minimieren und Möglichkeiten von Gleichheit anzustreben. Diese Gleichheit im Sinne von Gleichwertigkeit wird nicht selten in einem ersten Schritt durch Zuhören hergestellt, durch Sprechen-können und Sprechen-lassen, durch Achtung vor- und aufeinander.« (Lorey 2012: 41)

Die von vielen als Schwäche bewertete Fokussierung auf das Leben in den Camps zeigt die Schwierigkeit auf, selbstorganisiert die gestellten Forderungen im Kleinen umzusetzen und dennoch gesellschaftliche Wirkmächtigkeit zu entfalten. Die Aktivist_innen sind sich dieses Widerspruchs z.T. bewusst:

> »Gleichheit im Umgang miteinander wird angestrebt und auch praktiziert, aber immer ausgehend von dem Wissen und der Erfahrung, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, gegen die gekämpft wird und inmitten derer durch die Besetzung ein Exodus, ein Bruch stattfindet, immer zugleich Teil der Auseinander- und Zusammensetzungen der konstitutierenden Macht der heterogenen Singularitäten sind. Die BesetzerInnen denken im Foucault'schen Sinne gouvernemental und gehen davon aus, dass die Verhältnisse, die radikal verändert werden sollen, die Subjektivität jeder teilnehmenden Person strukturieren und durchqueren, sogar die Praxis der Besetzung selbst, weil sie vorgeben, was es bedeutet, bestehende Zeiten und Räume auszusetzen und neu zu gestalten.« (Lorey 2012: 40f.)

Es lässt sich daher ein produktiver Umgang mit den die Bewegung durchziehenden Widersprüchen beobachten. Es werden offene Fragen gestellt, anstatt vorgefertigte Antworten und Lösungen zu geben und/oder Regeln und Lehrsätze aufzustellen – es wird also entsprechend dem zapatistischen Motto fragend vorangeschritten (Infogruppe Bankrott 2012: 7). Wie wir gesehen haben, kann es sinnvoll sein, an diesen Widersprüchen anzusetzen und weiterzudenken, anstatt sie als Schwäche abzutun.

Im Rahmen der aktuellen Proteste wird ein weiterer Widerspruch produktiv bearbeitet – der im Rahmen der Krisenproteste diagnostizierte Kapitalozentrimus. Trotz der starken Zentrierung auf Kapitalismus bzw. Antikapitalismus werden in den aktuellen Bewegungen alternative Räume eröffnet. Dies wird möglich, weil zwar die kapitalistische Logik als zentral betrachtet wird, ihr aber öffentlich sichtbare, gegen-hegemoniale Räume im Hier und Jetzt entzogen und einer eigenen Logik unterworfen werden. Die bis dato herrschende Ansicht, dass es gar nicht möglich sein könnte, wochen-

lang auf einem zentralen öffentlichen Platz im Herzen des Finanzmarktkapitalismus zu kampieren und dort selbstverwaltet zu leben, wurde – inspiriert von den Besetzungen im Kontext des Arabischen Frühlings – einfach ignoriert. Diese Realisierung des Undenkbaren hat zahlreiche Occupy-Bewegungen weltweit inspiriert. Die Besetzungen zeigten, dass man sich – sogar im Kern des Kapitalismus – Raum an- und umeignen kann – wie die Besetzung des im Herzen des Finanzzentrums in Manhattan gelegenen Zuccotti-Parks, des Platzes vor der EZB in Frankfurt und nun auch des Gezi-Parks in Istanbul zeigte. Die Kritik am neoliberalen Kapitalismus eröffnete also gleichzeitig einen neuen Raum.

Ein weiteres, medial viel beachtetes Merkmal insbesondere der Occupy-Bewegung ist der Verzicht auf das Formulieren einer Forderung, die die Bewegung repräsentieren könnte, und die generelle Ablehnung von Repräsentation. Diesbezüglich hat sich aus hegemonietheoretischer Perspektive eine bemerkenswerte Entwicklung ergeben. Der Slogan »We are the 99 percent!« bildet zwar den zentralen leeren Signifikanten, der den Kämpfen eine gemeinsame Identität gegeben hat. Eine Vereinheitlichung der Kämpfe und vor allem der Forderungen und die Fokussierung auf eine die Kämpfe repräsentierende Forderung wurden jedoch bewusst abgelehnt. Der Fokus der Proteste lag stattdessen auf der Anerkennung von Heterogenität und Pluralität der Forderungen und Kämpfe.

Was bedeutet dies nun für die Etablierung gegen-hegemonialer Perspektiven? Die Krisenproteste wie die aktuellen Proteste sind nicht mehr single-issue-Bewegungen, sie sind »Kämpfe um die Besetzung des Politischen« (Kastner et al. 2012) selbst geworden. Diese gegen-hegemonialen Kämpfe müssen einen Raum eröffnen, der über einen bloßen Antikapitalismus hinaus geht, sie müssen gesellschaftliche Verhältnisse verbinden, sie müssen institutionalisierte Politik, soziale Bewegungen und Alltagspraxen gleichermaßen umfassen, sie sind unter herrschenden Verhältnissen zwangsweise widersprüchlich und gleichzeitig ungeheuer vielfältig. Und sie können nur durch konkrete Praxen realisiert und weiterentwickelt werden.

Denn immer noch gilt:

> »Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische* Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.« (Luxemburg 1983a: 360, Herv. i. O.)

Literatur

Abu-Lughod, Lila (1993): Writing Women's Worlds. Bedouin Stories. Berkeley.

— (2005): Writing Against Culture. In: Henrietta Moore, Todd Sanders (Hrsg.): Anthropology in Theory. Issues in Epistemology. Malden, MA, 466–479.

Adorno, Theodor W. (1994): Minima Moralia, Frankfurt a.M.

Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1967): Die Transformation der Demokratie. Berlin.

Althusser, Louis (1977): Ideologie und Ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur Marxistischen Theorie, Hamburg/Berlin.

Altvater, Elmar (2010a): Der Große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster.

— (2010b): Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus. Zeitschrift für Sozialökonomie 47 (164/165): 3–12.

Altvater, Elmar/Bischoff, Joachim/Hickel, Rudolf/Hirsch, Joachim/Hirschel, Dierk/Huffschmid, Jörg/Zinn, Karl Georg (2009): Krisen Analysen, Hamburg.

Andretta, Massimiliano/della Porta, Donatella/Mosca, Lorenzo/ Reiter, Herbert (2003): No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung. Frankfurt a.M./New York.

Attac (2009a): Veränderung kommt nicht von alleine – Jetzt Für Alternativen Kämpfen! Attac-Erklärung zum Kongress Kapitalismus Am Ende? in Berlin, 6.–8. März 2009 http://www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/erklaerung/.

— (2009b) Programmheft Kapitalismuskongress. http://www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/gesamtprogramm/.

Attac Deutschland. (2010): Das Bankentribunal ... weil die Krise System hat. http://www.attac.de/aktuell/krisen/bankentribunal/.

Bayat, Asef (2010): Life as Politics: How Ordinary People Change the Middle East, Standford.

Bedall, Philip (2013): Climate Justice, Green Economy or a One Planet Lifestyle Hegemonic Narratives in Transnational NGOs and Social Movements. In: Chris Methmann, Delf Rothe, Benjamin Stephan (Hrsg.): Interpretive Approaches to Global Climate Governance: (De)Constructing the Greenhouse, New York, 198–216.

Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. Annual Review of Sociology 26, 611–39.

Berg, Charles/Milmeister, Marianne (2007): Im Dialog mit den Daten das eigene Erzählen der Geschichte finden. Über die Kodierverfahren der Grounded Theory Methodologie. In: Günter Mey, Katja Mruck (Hrsg.): Grounded Theory Reader, Köln, 182–210.

Bernstein, Eduard (1899): Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Mikrofiche-Ausg., Stuttgart.

Bischoff, Monika (2010): Ein persönliches Resumee von einer aus dem Wendland. Contraste, Januar, 7.

Blackledge, Paul (2010): Marxism and Anarchism. International Socialism. A quarterly journal of socialist theory, 125. http://isj.org.uk/marxism-and-anarchism/

Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge Zur Berliner Sommeruniversität Für Frauen Juli 1976, Berlin, 118–199.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.

— (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a.M.

— (1992): Sozialer Raum und symbolische Macht. In: Antwort und Rede, Frankfurt a.M., 135–154.

— (1993): Soziologische Fragen, Frankfurt a.M.

— (2003): Vereinheitliche und Herrsche. In: Joseph Jurt (Hrsg.): absolute Pierre Bourdieu, Freiburg, 200–210.

Brand, Ulrich (2002): Fragend geht's voran. Wie die Bewegung auf den Begriff kommt. iz3w Sonderheft Globalisierungskritik, 54–57.

— (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven Globalisierungskritischer Strategien, Hamburg.

— (2006): Gegen-Hegemonie als strategische Perspektive. Ambivalenzen und Strategien der aktuellen Globalen Sozialen Bewegungen. In: Oliver Marchart, Rupert Weinzierl (Hrsg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme, Münster, 35–44.

— (2007): Gegen-Hegemonie. In: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Bettina Thimmel (Hrsg.): ABC der Alternativen. Von Ästhetik des Widerstands bis Ziviler Ungehorsam, Hamburg, 66–67.

— (2009a): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Berlin.

— (2009b): Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4, 93–101.

Brand (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegen-hegemoniale Strategien, Hamburg.

Brand, Ulrich/Bensaid, Daniel (2004): Intellektuelle und Demokratie in den Neuen Sozialen Bewegungen. Eine Diskussion zwischen Daniel Bensaid und Ulrich Brand. In: Norbert Fröhler, Stefanie Hürtgen, Christiane Schlüter, Mike Thiedke (Hrsg.): Wir können auch anders. Perspektiven von Demokratie und Partizipation, Münster, 57–75

Brand, Ulrich/Demirović, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster.

— (Hrsg.) (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegen-hegemoniale Strategien, Hamburg.

Brenner, Robert P./Dahn, Daniela/Hengsbach, Friedhelm/Sassen, Saskia (2009): Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen, Hamburg.

Brie, Michael/Spehr, Christoph (2006): Was ist heute Links? In: Rosa Luxemburg Stiftung und WISSENTransfer (Hrsg.): kontrovers. Beiträge Zur Politischen Bildung 1. http://www.rosalux.de/publication/21505/was-ist-heute-links.html.

Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver/Décieux, Fabienne (2013): Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste. Arbeitspapier der Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt a.M.

Bröckling, Ulrich (2002): Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst. Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 11(4), 6–26.

— (2008): Enthusiasten, Ironiker, Melancholiker. Vom Umgang mit der unternehmerischen Anrufung. Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 17 (4), 80–86.

Brunnengräber, Achim (2006): New Global Opposition ... oder was wirklich neu ist an den globalisierungskritischen Bewegungen. In: Oliver Marchart, Rupert Weinzierl (Hrsg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie - Eine Bestandsaufnahme, Münster, 16–34.

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.

— (1993): Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der Postmoderne. In: Seyla Benhabib, Judith Butler, Drucilla Cornell, Nancy Fraser (Hrsg.): Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt a.M., 31–58.

— (1995): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Berlin.

— (1998): Poststrukturalismus und Postmarxismus. In: Judith Butler, Simon Critchley, Ernesto Laclau, Slavoj Žižek (Hrsg.): Das Undarstellbare in der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien, 209–221.

— (2001): Eine Welt, in der Antigone am Leben geblieben wäre. Interview mit Judith Butler. Deutsche Zeitschrift für Philosophie 49 (4), 587–99.

— (2006): Hass Spricht. Zur Politik des Performativen, Frankfurt a.M.

Butler, Judith/Laclau, Ernesto (1998): Gleichheiten und Differenzen. Eine Diskussion via E-Mail. In: Judith Butler, Simon Critchley, Ernesto Laclau, Slavoj Žižek (Hrsg.): Das Undarstellbare in der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien, 238–253.

Candeias, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Andreas Merkens, Victor Rego Diaz (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Argument Sonderband, Hamburg, 15–32.

— (2009): Die Krise und der Neoliberalismus. In: Mario Candeias, Rainer Rilling (Hrsg.): Krise. Neues vom Finanzmarktkapitalismus und seinem Staat, Berlin, 10–37.

Chatterton, Paul/Featherstone, David/Routledge, Paul (2013): Articulating Climate Justice in Copenhagen: Commons, Solidarities, Antagonisms. Antipode: A Radical Journal of Geography 45 (3), 602–620.

Chomsky, Noam (1995): Noam Chomsky on Anarchism, Marxism & Hope for the Future. Red and Black Revolution. http://flag.blackened.net/revolt/rbr/noamrbr2.html.

Daphi, Priska (2013): Understanding European Movements. New Social Movements, Global Justice Struggles, Anti-Austerity Protest. In: Christina Flesher Fominaya, Laurence Co (Hrsg.): Collective Identity Across Borders. Bridging Local and Transnational Memories in the Italian and German Global Justice Movements, New York.

Décieux, Fabienne/Nachtwey, Oliver (2014): Occupy: Proteste in der Postdemokratie. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 27 (1), 75–88.

Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): Rhizom, Berlin.

Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1992): Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie, Berlin.

Della Porta, Donatella (Hrsg.) (2009): Democracy in Social Movements, London.

Della Porta, Donatella/Andretta, Massimiliano/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert (2006): Globalization from Below. Transnational Activists and Protest Networks, Minnesota.

Della Porta, Donatella/Caiani, Manuela (2011): Social Movements and Europeanization, New York (u.a.).

Della Porta, Donatella/Diani, Mario (2006). Social movements: An introduction, Malden, MA (u.a.).

Demirović, Alex (2001): Herrschaft durch Kontingenz. In: Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre, Jochen Steinhilber, Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis, Hamburg: 208–24.

— (2007a): Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft. In: Martin Nonhoff (Hrsg.): Diskurs – Radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 55–85.

— (2007b): Politische Gesellschaft – Zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Sonja Buckel, Andreas Fischer-Lescano (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramsics, Baden-Baden, 21–41.

— (2007c): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme Materialistischer Staatstheorie. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Münster.

— (2007d): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen Probleme Perspektiven, Münster.

— (2008): Reibungen an der Normalität. Exklusion und die Konstitution der Gesellschaft. Soziale Systeme. Zeitschrift für Soziologische Theorie 14 (2), 397–417.

— (2009): Kontinuität und Krise. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus. In: Mario Candeias, Rainer Rilling (Hrsg.): Krise. Neues vom Finanzmarktkapitalismus und seinem Staat, Berlin, 38–52.

— (2010): Die Protestbewegung und die Demokratie. In: Cornelia Hildebrandt, Nelli

Tügel (Hrsg.): Der Herbst der Wutbürger. Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise, Berlin, 7–12, http://www.rosalux.de/publikationen.html.
— (2011): Kritische Gesellschaftstheorie und die Vielfalt der Emanzipationsperspektiven. Prokla 41 (165), 512–42.
Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. Prokla 166 (1), 77–106.
Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac (Hrsg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.
Derrida, Jacques (1972): Die Schrift und die Differenz, Frankfurt a.M.
— (2006): Schurken. Zwei Essays über die Vernunft, Frankfurt a.M.
DGB (2013): Deutschland braucht den Mindestlohn. http://www.mindestlohn.de/.
Donati, Paolo R. (2001): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In: Reiner Keller, Andreas Hirseland, Werner Schneider, Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, I: Theorien und Methoden, Opladen, 147–178.
Dzudzek, Iris/Kunze, Caren/Joscha Wullweber (Hrsg.) (2012): Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven, Bielefeld.
Edwards, Bob/McCarthy, John D. (2004): Resources and Social Movement Mobilization. In: David A. Snow, Sarah A. Soule, Hanspeter Kriesi (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Oxford, 116–52.
Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grad/Piesche, Peggy/Arndt, Susan (2005): Mythen, Masken und Subjekte: Kritische Weißseinsforschung in Deutschland, Münster.
Eisinger, Peter K. (1973): The Conditions of Protest Behavior in American Cities. American Political Science Review 67 (1), 11–28.
Engel, Antke (2002): Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation, Frankfurt a.M.
— (2009): Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus, Bielefeld.
— (2010): Desiring Tension: Towards a Queer Politics of Paradox. In: Christoph Holzhey (Hrsg.): Tension/Spannung, Wien.
— (2011): Tender Tensions – Antagonistic Struggles – Becoming Bird: Queer Political Interventions into Neoliberal Hegemony. In: María do Mar Castro Varela, Nikita Dhawan, Antke Engel (Hrsg.): Hegemony and Heteronormativity. Revisiting 'The Political' in Queer Politics, Farnham/Burlington, 63–90.
Engels, Friedrich (1972): Einleitung [Zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 Bis 1850« (1895)]. In: MEW Bd 7, Berlin, 509–527.
Fairclough, Norman (1995): Critical Discourse Analysis: The Critical Study of Language, London.
— (2003): Analysing Discourse: Textual Analysis For Social Research, London.
Fatheuer, Thomas (2011): Buen Vivir – Recht auf gutes Leben. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. http://www.boell.de/publikationen/publikationen-schriften-oekologie-band17-12027.html.

FelS (2008): Editorial. arranca! 39.
Flesher Fominaya, Christina/Cox, Laurence (Hrsg.) (2013): Understanding European Movements. New Social Movements, Global Justice Struggles, Anti-Austerity Protest, New York.
Folbre, Nanca (1993): Who Pays for the Kids? Gender and the Structures of Constraint, New York und London.
Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M.
— (1981): Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.
— (1987a): Warum ich Macht untersuche: Die Frage des Subjekts. In: Hubert L. Dreyfus, Paul Rabinow (Hrsg.): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim, 243–250.
— (1987b): Wie wird Macht ausgeübt? In: Hubert L. Dreyfus, Paul Rabinow (Hrsg.): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim, 251–261.
— (1992): Was ist Kritik? Berlin.
— (2003): Die Ordnung der Dinge, Frankfurt a.M.
Fraad, Harriet/Resnick, Stephen A./Wolff, Richard David (1994): Bringing It All Back Home: Class, Gender and Power in the Modern Househould, London.
Franks, Benjamin (2003): Direct action ethic. Anarchist Studies 11 (1), 13–41.
Fraser, Nancy (1997a): Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des Postindustriellen Sozialstaates, Frankfurt a.M.
— (1997b): Neue Überlegungen zur Öffentlichkeit. Ein Beitrag zur Kritik der real existierenden Demokratie. In: Die Halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe Des Postindustriellen Sozialstaates, Frankfurt a.M., 107–50.
Frisch, Max (1972): Tagebuch 1946 – 1949, Frankfurt a.M.
Geertz, Clifford (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a.M.
Geiges, Lars (2014): Occupy in Deutschland: Die Protestbewegung und ihre Akteure, Bielefeld.
Geras, Norman (1987): Post-Marxism? New Left Review 163, 40–82.
— (1988): Ex-Marxism Without Substance: Being A Real Reply To Laclau And Mouffe. New Left Review 169, 34–61.
Gibson-Graham, J.K. (2006a): The End of Capitalism (As We Knew It). A Feminst Critique of Political Economy. 2. Auflage, mit neuer Einleitung, Minneapolis und London.
— (2006b): A Postcapitalist Politics, Minneapolis und London.
Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1967): The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research, New York.
Glasze, Georg/Mattissek, Annika (2009a): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Georg Glasze, Annika Mattissek (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die Sozial- und Kulturwissenschaftliche Raumforschung, Bielefeld, 153–179.

— (Hrsg.) (2009b): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die Sozial- und Kulturwissenschaftliche Raumforschung, Bielefeld.
Goffman, Erving (1974): Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience, New York.
Graeber, David (2011a): Occupy Wall Street's anarchist roots. Al Jazeera. http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2011/11/201111287283590 4508.html.
— (2011b): On Playing By The Rules – The Strange Success Of #OccupyWallStreet. naked capitalism. http://www.nakedcapitalism.com/2011/10/david-graeber-on-playing-by-the-rules-%e2%80%93-the-strange-success-of-occupy-wall-street.html.
— (2012): Occupy's liberation from liberalism: the real meaning of May Day. The Guardian. http://www.theguardian.com/commentisfree/cifamerica/2012/may/07/occupy-liberation-from-liberalism.
Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg.
Gudynas, Eduardo (2012): Buen Vivir – Das Gute Leben jenseits von Wachstum und Entwicklung. Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. http://www.rosalux.de/publication/38264/buen-vivir.html.
Habermann, Friederike (2006a): Utopieren heißt Probieren. In: Stiftung Fraueninitiative, Carola Möller, Ulla Peters, Irina Vellay (Hrsg.): Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit Herrschafts- und Warenkritischer Selbstorganisation, Konzepte/Materialien, Königstein/Taunus, 270–282.
— (2006b): Hegemonie und Gegenhegemonie im Globalen Kapitalismus. In: Die Neuverhandlung Sozialer Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven, Wiesbaden, 115–130.
— (2008): Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation, Baden-Baden.
— (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders Leben und Wirtschaften im Alltag, Königstein/Taunus.
Habermas, Jürgen (1968): Erkenntnis und Interesse. In: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt a.M., 146–168.
— (1992) Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a.M.
— (1996): Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a.M.
Haenfler, Ross/Johnson, Brett/Jones, Ellis (2012): Lifestyle Movements: Exploring the Intersection of Lifestyle and Social Movements. Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural an Political Protest 11 (1), 1–20.
Hale, Charles R. (2008a): Introduction. In: Engaging Contradictions. Theory, Politics, and Methods of Activist Scholarship, Berkeley, 1–28.
— (Hrsg.) (2008b): Engaging Contradictions. Theory, Politics, and Methods of Activist Scholarship, Berkeley.
Hall, Stuart (2000): Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften. Vol. 1, Ham-

burg.
— (2012): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften. Vol. 2, Hamburg.
Harcourt, Bernard E. (2011): Occupy Wall Street's Political Disobedience. New York Times, October, New York.
Hardt, Michael/ Negri, Antonio (2011): The Fight for ‚Real Democracy' at the Heart of Occupy Wall Street. Foreign Affairs. http://www.foreignaffairs.com/articles/136399/michael-hardt-and-antonio-negri/the-fight-for-real-democracy-at-the-heart-of-occupy-wall-street.
Haug, Christoph (2013): Organizing Spaces: Meeting Arenas as a Social Movement Infrastructure between Organization, Network, and Institution. Organization Studies 34 (5–6), 705732.
Haug, Frigga (2007): Die Linie Luxemburg – Gramsci. In: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, Hamburg, 141–80.
— (2011): Die Vier-in-Einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. Das Argument, Nr. 291, 241–250.
Haug, Wolfgang Fritz (1991): Vorwort. In: Gefängnishefte. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 1, Hamburg, 7–14.
Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der Geschlechtscharaktere – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Werner Conze (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart, 363–293.
Hildebrandt, Cornelia/Tügel, Nelli (Hrsg.) (2010): Der Herbst Der Wutbürger. Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise. RLS-Papers. http://www.rosalux.de/publikationen.html.
Hirsch, Joachim: (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. In: Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat, Hamburg, 157–211.
Holloway, John (2010): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster.
Holzkamp, Klaus (1984): Die Menschen sitzen nicht im Kapitalismus wie in einem Käfig. Interview. PSYCHOLOGIE HEUTE 11 (84), 29–37. http://kritische-psychologie.de/texte/kh1984b.html.
— (1985): Grundlegung der Psychologie, Frankfurt a.M.
— (1990): Worauf bezieht sich das Begriffspaar restriktive/verallgemeinerte Handlungsfähigkeit? Forum Kritische Psychologie, no. 26, 46–53.
Howarth, David/Torfing, Jacob (Hrsg.) (2005): Discourse Theory in European Politics: Identity, Policy and Governance, Basingstoke.
Huschke, Susann (2013): Kranksein in der Illegalität. Undokumentierte Lateinamerikaner/-innen in Berlin. Eine Medizinethnologische Studie, Bielefeld. Infogruppe Bankrott (Hrsg.) (2012) Occupy Anarchy! Libertäre Interventionen in eine neue Bewegung, Münster.
Interventionistische Linke (2008a): Ich krieg die Krise! http://www.dazwischengehen.

org/story/2008/11/veranstaltungsserie-ich-krieg-die-krise.
— (2008b): Die K-Frage stellen! Einladungsflugblatt der IL zum Antikapitalistischen Ratschlag in Frankfurt a.M. http://www.dazwischengehen.org/print/174.
— (2008c): Leitfragen für die Debatte. http://www.dazwischengehen.org/print/195.
— (2009): Abschlusserklärung des Antikapitalistischen Ratschlages. http://www.dazwischengehen.org/print/228.
Initiative Keine/r muss allein zum Amt! (2009), Berlin. http://zahltagberlin.blogsport.de/.
Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg.
Jenkins, J. Craig (1983): Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements. Annual Review of Sociology 9, 527–553.
Jenkins, J. Craig/Klandermans, Bert (Hrsg.) (1995): The Politics of Social Protest. Comparative Perspectives on States and Social Movements, London.
Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting the Capitalist State in Its Place, Cambridge.
— (2002): The Future of the Capitalist State, Cambridge.
— (2004): Critical Semiotic Analysis and Cultural Political Economy. Critical Discourse Studies 1 (2), 159–174.
Jurt, Joseph (2003): absolute Pierre Bourdieu. Neuauflage, Freiburg.
Kastner, Jens/Lorey, Isabell/Raunig, Gerald/Waibel Tom (2012): Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen, Wien/Berlin.
Kaul, Martin (2015): Interview »Mein Leben wurde zum Gegenstand einer staatlichen Invasion«. die Tageszeitung. http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sw&dig=2015%2F01%2F14%2Fa0083&cHash=e7ab581335531a5dc952490e5fa5a996.
Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden.
Kerton, Sarah (2012): Tahrir, Here? The Influence of the Arab Uprisings on the Emergence of Occupy. In: Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural and Political Protest 11 (3–4), 302308.
Kitschelt, Herbert P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear-Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science 16, 57–85.
— (1999): Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien Sozialer Bewegungen heute. In: Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand, Thomas Leif (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen , 144–63.
Klein, Naomi (2002): No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht; ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München.
Klein, Ansgar/Walk, Heike (2012): Aufwind für Demokratiebewegungen im Westen? In: Theologisch-Praktische Quartalsschrift 160 (2), 115–23.
Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2005): Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmung von Klasse, Geschlecht, Rasse/Ethnizität. Tranit – Europäische Revue 29.

Kolb, Felix (1997): Der Castor-Konflikt oder das Comeback der Anti-Atom-Bewegung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 10 (3), 16–29. http://www.anti-atom-aktuell.de/archiv/108/108sozbewegungen.htm.
— (2002): Soziale Bewegungen und Politischer Wandel, Bonn.
Krisenbündnis (2010): Demobündnis. http://www.kapitalismuskrise.org/12-juni/demobuendnis-12-06/.
Laclau, Ernesto (1994): Introduction. In: Ernesto Laclau (Hrsg.): The Making of Political Identities. London, New York, 1–8.
— (2005): On Populist Reason. London, New York.
— (2007a): Ideologie und Post-Marxismus. In: Martin Nonhoff (Hrsg.): Diskurs – Radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 25–40.
— (2007b): Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? In: Emanzipation und Differenz, Wien, 65–78.
— (2007c): Macht Und Repräsentation. In: Emanzipation und Differenz, Wien, 125–149.
Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London, New York.
— (1998): Hegemonie, Macht und Rechtspopulismus. Ein Gespräch Mit Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. http://www.episteme.de/htmls/MouLac.html.
— (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien.
Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch, Weinheim und Basel.
Lang, Sabine (1994): Politische Öffentlichkeit und Demokratie. Überlegungen zur Verschränkung von Androzentrismus und öffentlicher Teilhabe. In: Elke Biester, Barbara Holland-Cunz, Birgit Sauer (Hrsg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion, Frankfurt a.M., New York, 201–226.
Lorey, Isabell (2012): Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen. In: Jens Kastner, Isabell Lorey, Gerald Raunig, Tom Waibel (Hrsg.): Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen, Wien, 7–49.
Lötzsch, Gesine (2011): Wege zum Kommunismus. In: Junge Welt, 3.1.2011.
Luxemburg, Rosa (1972): Karl Marx (veröffentlicht im Vorwärts, Nr. 62 vom 14. März 1903). In: Gesammelte Werke 1, 2. Hlbd, Berlin, 369–377.
— (1979): Sozialdemokratie und Parlamentarismus. In: Gesammelte Werke 1, 2. Hbd, Berlin, 447–455.
— (1983a) Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke 4, Berlin, 332–365.
— (1983b): Brennende Zeitfragen. In: Gesammelte Werke 4, Berlin, 275–290.
Machiavelli, Niccolò (1995): Der Fürst, Frankfurt a.M.
Marchart, Oliver (2005): Der Auszug aus Ägypten. Eine Einleitung. In: Chantal Mouffe:

Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik. Wien, 7–12.
— (2007): Gramsci und die diskursanalytische Hegemonietheorie. Ein fragmentarisches ABC. In: Andreas Merkens, Victor Rego Diaz (Hrsg.): Mit Gramsci Arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Hamburg, 175–189.
Marchart, Oliver/Adolphs, Stephan/Hamm, Marion (2007): Taktik und Taktung. Eine Diskursanalyse politischer Online-Proteste. In: Marc Ries, Hildegard Fraueneder, Karin Mairitsch (Hrsg.): dating.21. Liebesorganisation und Verabredungskulturen, Bielefeld, 207–124.
Marchart, Oliver/Weinzierl, Rupert (Hrsg.) (2006): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – Eine Bestandsaufnahme, Münster.
Marx, Karl (1968): Das Kapital. Band I. In: MEW 23, Berlin.
— (1976a): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW 1, Berlin, 378–391.
— (1976b): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW 8, Berlin.
— (1976c): Zur Judenfrage. In: MEW 1, Berlin, 347–377.
— (1976d): Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW 17, Berlin, 313–365 und 493–610.
— (1976e): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts. In: MEW 1, Berlin, 203–333.
— (1983): Das Kapital. Dritter Band. In: MEW 25, Berlin.
Matuschek, Ingo/Krähnke, Uwe/Kleemann, Frank/Ernst, Frank (2011): Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus, Wiesbaden.
Mayer, Margit (2013): First world urban activism. Beyond austerity urbanism and creative city politics. In: City analysis of urban trends, culture, theory, policy, action 17 (1), 5–19.
McAdam, Doug: (1996): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures and Cultural Framings, Cambridge (u.a.).
McAdam, Doug/Tarrow, Sidney/Tilly, Charles (2003): Dynamics of Contention. Cambridge (u.a.).
McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1977): Resource Mobilization and Social Movements. A Partial Theory. American Journal for Sociology 82 (6), 1212–1241.
— (2001): The Enduring Vitality of the Resource Mobilization Theory of Social Movements. In: Jonathan H. Turner (Hrsg.): Handbook of Sociological Theory, New York (u.a.), 533–565.
Merkens, Andreas (2006): Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis Politische Pädagogik, Hamburger Manuskripte 15, 4–24.
Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.) (2007): Grounded Theory Reader, Köln.
Meyer, David S. (2004): Protest and political Opportunities. Annual Review of Sociology 30, 125–145.
Meyer, David S./Tarrow, Sidney (1998): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century, Lanham (u.a.).

Milkman, Ruth/Luce, Stephanie/Lewis, Penny (2012): Changing the Subject: A bottum-up account to Occupy Wall Street in New York City, New York.
Moebius, Stephan (2003): Die Soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida, Frankfurt a.M.
Mouffe, Chantal (1992): Democratic Citizenship and the Political Community. In: Chantal Mouffe (Hrsg.): Dimensions of a Radical Democracy. Pluralism, Citizenship, Community, London, 225–240.
— (1996): Democracy, Power and the ›Political‹. In: Seyla Benhabib (Hrsg.): Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political, Princeton, 245–256.
— (1999): Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? Social Research 66 (3), 745–758.
— (2000): Wittgenstein, Political Theory and Democracy. polylog. Forum for Intercultural Philosophy 2, http://them.polylog.org/2/amc-en.htm.
— (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a.M.
— (2008): Kritik als gegenhegemoniale Intervention. transversal, http://eipcp.net/transversal/0808/mouffe/de.
Mörtenböck, Peter/Mooshammer, Helge (2012): Occupy. Räume des Protests, Bielefeld.
Narr, Wolf-Dieter (Hrsg.) (1977): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen.
Negt, Oskar (1996): Was ist das: Kultur? Überarbeitete Fassung des Vortrags vom 29. November 1996 an der Universität Bremen, www2.dickinson.edu/glossen/heft3/negt.html.
Nonhoff, Martin (2007a): Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse. In: Martin Nonhoff (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 173–194.
— (2007b): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Einleitung. In: Martin Nonhoff (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 7–24.
Offe, Claus (1980): Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität. In: Roland Roth (Hrsg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Frankfurt a.M./New York, 26–42.
Spiegel Online (2006a): Berlin: Verfassungsschutz sammelt Informationen über prominenten Professor, 10.6.2006, www.spiegel.de/unispiegel/studium/berlin-verfassungsschutz-sammelt-informationen-ueber-prominenten-professor-a-420625.html.
— (2006b): Bespitzelter Professor: Verfassungsschutz räumt Fehler ein, 12.6.2006, www.spiegel.de/unispiegel/studium/bespitzelter-professor-verfassungsschutz-raeumt-fehler-ein-a-421027.html.
Plöger, Andrea (2014): Die Proteste der Refugees. Eine Bewegung von den Rändern ins Zentrum Europas. In: PROKLA 177, 585–599.
Reckwitz, Andreas (2006): Ernesto Laclau: Diskurse, Hegemonien, Antagonismen. In:

Stephan Moebius, Dirk Quadflieg (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden, 339–345.
Rehmann, Jan (2013): Occupy Wall Street and the Question of Hegemony: A Gramscian Analysis. Socialism and Democracy 27 (1), 1–18.
Roth, Roland/Rucht, Dieter (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M.
Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a.M./New York.
— (1995). Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. Forschungsjournal 8(1), 9–23.
— (2009): Globalisierungskritische Bewegungen: Forderungen, Formen, Wirkungen. In: Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Abgott Wirtschaftlichkeit, Heidelberg, 89–110.
Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.) (2008): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien, Frankfurt a.M.
Ryner, J. Magnus (2006): International Political Economy: Beyond the Poststructuralist/Historical Materialist Dichotomy. In: Marieke de Goede (Hrsg.): International Political Economy and Poststructural Politics, Basingstoke, 139–156.
Sarasin, Philipp (2003): Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt a.M.
Sauer, Birgit (2009): Direkte Demokratie und feministische Demokratietheorien. Schnittstellen und Problemzonen. In: Hermann K. Heußner, Otmar Jung (Hrsg.): Mehr Direkte Demokratie wagen. Volksentscheid und Bürgerentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge, 2., völlig überarb. Auflage, München, 55–67.
Sauer, Madeleine (2013): Widerspenstige Alltagspraxen als Leerstelle kapitalismuskritischer und demokratietheoretischer Perspektiven: Eine queer-feministische Suchbewegung. Dissertation, Wien
Scherrer, Christoph (2007): Hegemonie: empirisch fassbar? In: Andreas Merkens, Victor Rego Diaz (Hrsg.): Mit Gramsci Arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Argument Sonderband, Hamburg, 71–84.
Schwenken, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union, Bielefeld.
Smith, Anna Marie (2000): Wider die depolitisierenden Effekte des liberaldemokratischen Pluralismus: Die Rechte von Lesben und Schwulen jenseits der Single-Issue-Politik. In: Nico Berger, Sabine Hark, Antke Engel, Corinna Genschel (Hrsg.): Queering Demokratie, Berlin, 45–62.
Snow, David A./Robert D. Benford (1988): Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization. International Social Movement Research 1, 197–217.
— (1992): Master Frames and Cycles of Protest. In: Aldon D. Morris, Carol McClurg Mueller (Hrsg.): Frontiers in Social Movement Theory, New Haven und London, 133–155.
Snow, David A./Rochford, Burke E. Jr./Worden, Steven K./Benford, Robert D. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation. In: American Sociological Review 51, 464–481.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1996): Subaltern Studies. Deconstructing Historiography. In: Donna Landry, Gerald MacLean (Hrsg.): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak, New York, 203–236.

Starr, Amory (2005): Global Revolt. A Guide to the Movements against Globalization, London und New York.

Stäheli, Urs (1991): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: André Brodocz, Gary S. Schaal (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart: Eine Einführung, Opladen, 193–223.

— (2000): Poststrukturalistische Soziologien, Bielefeld.

Stäheli, Urs (1998): Politik der Entparadoxierung. Zur Artikulation von Hegemonie- und Systemtheorie. In: Oliver Marchart (Hrsg.): Das Undarstellbare in der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien, 52–66.

Strauss, Anselm L. (2007): Forschung ist harte Arbeit. Es ist immer ein Stück Leiden damit verbunden. Deshalb muss es auf der anderen Seite Spaß machen. Anselm Strauss im Interview. Mit Heiner Legewie und Barbara Schervier-Legewie. In: Grounded Theory Reader, Köln, 69–79.

Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1990): Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Techniques, Newbury Park (u.a.).

— (1996): Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, Weinheim.

Strübing, Jörg (2002): Just Do It? Zum Konzept der Herstellung und Sicherung von Qualität in Grounded-Theory basierten Forschungsarbeiten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (2), 318–342.

Tarrow, Sidney (1988): National Politics and Collective Action. Recent Theory and Research in Western Europe and the United States. Annual Review of Sociology 14, 421–440.

— (1991): Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen. Theoretische Perspektiven. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (4), 647–670.

— (1998): Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Cambridge (u.a.).

— (2005): The New Transnational Activism, Cambridge.

Tarrow, Sidney (2011): Why Occupy Wall Street is Not the Tea Party of the Left. Foreign Affairs. http://www.foreignaffairs.com/articles/136401/sidney-tarrow/why-occupy-wall-street-is-not-the-tea-party-of-the-left.

The Autonomous Geographies Collective (2010): Beyond Scholar Activism: Making Strategic Interventions Inside and Outside the Neoliberal University. ACME: An International E-Journal for Critical Geographies 9 (2), 245–275.

Torfing, Jacob (1998): Politics, Regulation and the Modern Welfare State, Basingstoke (u.a).

— (1999): New Theories of Discourse: Laclau, Mouffe and Žižek, Oxford.

Ullrich, Peter (2008): Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin.

— (2012): Kulturvergleich, diskursive Gelegenheitsstrukturen und linke Nahostdiskurse. Entwurf einer wissenssoziologischen und diskurstheoretischen Perspektive für die Protestforschung. In: Reiner Keller, Inga Truschkat (Hrsg.): Methodologie und Praxis der wissenssoziologischen Diskursanalyse. Interdisziplinäre Perspektiven, Theorie und Praxis der Diskursforschung 1, Wiesbaden, 315-337.

ver.di (2011): Auch Illegalisierte haben Rechte!, http://besondere-dienste.hamburg.verdi.de/themen/migrar.

Vey, Judith (2011): Freizeitprotest oder Beschäftigungstherapie? Hegemonietheoretische Überlegungen zu linken Krisenprotesten in Deutschland in den Jahren 2009 und 2010. In: Work in Progress. Work on Progress. Doktorand_innen-Jahrbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1/2011, Berlin, 464–472.

Williams, Rhys H. (2004): The Cultural Contexts of Collective Action: Constraints, Opportunities and the Symbolic Life of Social Movements. In: David A. Snow, Sarah A. Soule, Hanspeter Kriesi (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Malden, MA, 91–115.

Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, Bielefeld.

Wischermann, Ulla (2003): Feministische Theorien zur Trennung von Privat und Öffentlich. Ein Blick zurück nach vorn. Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung 1, 23–34.

Worth, Owen/Kuhling, Carmen (2004): Counter-Hegemony, Anti-Globalisation and Culture in International Political Economy, Capital & Class 84, 31–42.

Wullweber, Joscha (2010): Hegemonie, Diskurs und politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt, Baden-Baden.

— (2012): Konturen eines politischen Analyserahmens – Hegemonie, Diskurs und Antagonismus. In: Iris Dzudzek, Caren Kunze, Joscha Wullweber (Hrsg.): Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven, Bielefeld, 29–58.

Yates, Luke (2014): Rethinking Prefiguration: Alternatives, Micropolitics and Goals in Social Movements. Social Movement Studies 14 (1), 1–21.

Zald, Mayer N./McCarthy, John D. (1994): Social Movements in an Organizational Society. Collected Essays, New Brunswick und London.

— (Hrsg.) (1979): The Dynamics of Social Movements. Resource Mobilization, Social Control, and Tactics, Cambridge.

Zelik, Raul (2012): Fast eine Liebeserklärung. In: neues deutschland, 16.6.2012, www.neues-deutschland.de/artikel/229936.fast-eine-liebeserklaerung.html.

Zumach, Andreas von (2013): Nestlé wegen Spitzelei verurteilt: Kleine Genugtuung für Attac. die Tageszeitung, 29.1.2013, www.taz.de/!109998/.

Danksagung

Wissensgenerierung ist immer ein kollektiver Prozess. Der konkrete Kontext, in dem ein Buch erstellt wird, hat folglich immer einen entscheidenden Einfluss auf den Forschungsprozess. Ich möchte daher in diesem Zusammenhang einige Personen und Kontexte hervorheben, die *meinen* Forschungsprozess geprägt haben und ihn zu einem kritisch-solidarischen Prozess gemacht haben.

Zunächst möchte ich meinen beiden Betreuern Alex Demirović und Ulrich Brand für die wertvollen Tipps und kritischen Anmerkungen danken. Beide Betreuer haben mir durch ihre eigene wissenschaftliche Arbeit gezeigt, wie kritische Wissenschaft in der Praxis gelebt werden kann.

Darüber hinaus danke ich der Rosa Luxemburg Stiftung, die die finanziellen und ideellen Rahmenbedingungen für mein Promotionsprojekt bereitgestellt und auf diese Weise die Erstellung einer gesellschaftskritischen Arbeit ermöglicht hat. In diesem Zusammenhang möchte ich mich besonders bei den Mitgliedern des Promotionskollegs »Demokratie und Kapitalismus« der Rosa Luxemburg Stiftung für die Eröffnung eines linken Diskussionszusammenhangs danken. An dieser Stelle möchte ich besonders den Teilnehmer_innen des Lektüreseminars für eine außergewöhnlich solidarische und intensive Diskussionsatmosphäre danken.

Meiner Bürogemeinschaft möchte ich dafür danken, dass ich nach jahrelangem Vagabundieren durch die Bürogemeinschaften der Stadt einen Ort gefunden habe, der mir emotionalen und wissenschaftlichen Rückhalt gibt und der eine solidarisch-produktive Arbeitsatmosphäre ermöglicht. In diesem Kontext möchte ich besonders Madeleine Sauer für die zahlreichen kritischen Diskussionen und theoretischen Inspirationen meinen Dank aussprechen. Ohne sie hätte ich nicht diese queer-feministischen und libertären Einsichten erhalten.

Mein Dank gilt auch Peter Ullrich und Heike Walk, die mir in den letzten Monaten meiner Arbeit am Institut für Protest- und Bewegungsforschung der TU Berlin ein zweites wissenschaftliches Zuhause gegeben haben.

Danken möchte ich auch Susann Huschke, Joscha Wullweber und Eva Dingel für das Korrekturlesen. Besonderer Dank gilt hier Susann Huschke, die immer Zeit und Energie für ein differenziertes Gegenlesen aufgebracht und mich über die Jahre hinweg über die Höhen und Tiefen der Promotion begleitet hat. Anika Michaelis, Bettina Barthel und David Scheller möchte

ich für die vielen, dem eigentlichen Korrekturlesen vorangegangenen, inspirierenden Diskussionen sowie die jahrelange emotionale und solidarische Unterstützung danken.

Bedanken möchte ich mich ebenfalls bei meinem Freund Stefan Engel, der mir durch seine Geduld und Rücksichtnahme eine kontinuierliche Arbeit an meiner Dissertation ermöglicht hat. Meiner Tochter Lili Karlotta danke ich dafür, dass sie mich mit ihrer wunderbaren, begeisterungsfähigen Art in Sekunden dem Arbeitsalltag entreißen kann und mich die vermeintlichen Banalitäten des Alltags mit anderen Augen sehen lässt. Beiden möchte ich dafür danken, dass sie mir mit ihrer unbeschwerten Art den nötigen Rückhalt und Ausgleich gegeben haben.

Meinen Eltern Horst und Gertrud Vey möchte ich ganz besonders dafür danken, dass sie mich bei all meinen Projekten vor allem ideell unterstützt haben, und für die ganz praktische Unterstützung im Alltag.

Des Weiteren möchte ich mich bei verschiedenen kritisch-wissenschaftlichen Zusammenhängen bedanken, insbesondere der AkG, dem Diskurs- und Hegemonieworkshop-Netzwerk und der AG Diss-Empowerment.

Zum Schluss danke ich den Mitgliedern des Hausprojekts M29. Die kontinuierlich im Alltag realisierte basisdemokratische, konsensorientierte und solidarische Lebens- und Diskussionsform hat meine Sensibilität, das Verständnis und das Bewusstsein für soziale Veränderung und Prozesse geschärft, und hat mich mit den Praxen verbunden, mit denen ich mich wissenschaftlich beschäftige.

Und last, but not least: Ein dickes Dankeschön an Jonathan Zint, Rike-Benjamin Schuppner, Dirk Broßke, Ute Werner und Christian Vey für den stets geduldigen Latex-Support, wenn es mal wieder beim Kompilieren gehakt hat …

VSA: Damit sich was bewegt!

Mario Candeias/Eva Völpel
Plätze sichern!
ReOrganisierung der Linken in der Krise
Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland
240 Seiten | unter Mitwirkung von Lara Hernández und Robert Ogman | € 16.80
ISBN 978-3-89965-551-3
Seit 2011 hat mit den »Empörten« und »Occupy Wall Street« ein neuer, transnationaler Bewegungszyklus eingesetzt. Doch die Regierungen setzen ihre neoliberale Politik fort. Die alternativen Bewegungen müssen sich strategisch reorientieren – mit Blick auf die »Hauptquartiere« der Macht.

Alex Demirović
Wissenschaft oder Dummheit?
Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
272 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-572-8
Die Einwände, die gegen die neoliberale Zurichtung der Bildung erhoben werden, zielen meist auf »weniger Demokratie« ab. Aus dem Blick gerät dabei oft, welche Konsequenzen die »Verwettbewerblichung« von Bildungsinstitutionen auf die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion selbst hat.

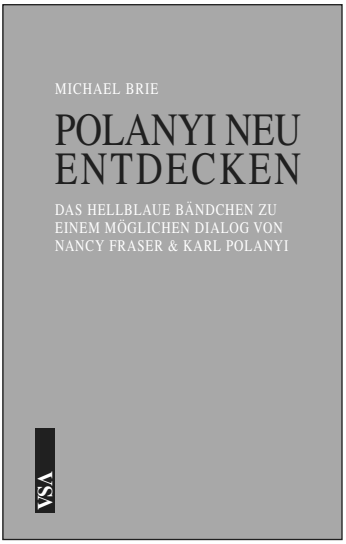
VSA

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA: Hellblaue Bändchen



Michael Brie
Polanyi neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi | Band 1 der Reihe »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 10.00
ISBN 978-3-89965-642-8
Michael Brie führt in das Werk des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi (1886-1964) ein und skizziert Möglichkeiten des Dialogs zwischen diesem und Nancy Fraser, der bekanntesten US-amerikanischen Feministin.

Elmar Altvater
Engels neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die »Dialektik der Natur« und die Kritik von Akkumulation und Wachstum
192 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-89965-643-5
Friedrich Engels' nicht vollendetes Werk »Dialektik der Natur« wurde posthum erstmals im Jahre 1925 in der jungen Sowjetunion in publiziert. Engels ging es um das Begreifen eines »dialektischen Gesamtzusammenhangs« von Natur und Gesellschaft, von Ökonomie und Politik. Dieser »holistische« Ansatz ist heute in den Debatten um die Erde als »ökologisches Weltsystem«, als Anthropozän oder Kapitalozän aktueller denn je.

VSA

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de